C 21734 D



Tarifbewegung '76: Lohnraub auf der ganzen Linie S.17

Arbeiterkampf

Jg.6 Nr.78 12.4.'76 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Öffentlicher Dienst: 5%-Abschluß

Noch am 10.4. haben die Kolleginnen und Kollegen der Kölner Verkehrsbetriebe für mehrere Stunden gestreikt, um der Forderung nach 135 DM mehr für alle Nachdruck zu verleihen. Nur wenige Stunden später vereinbarten die ÖTV/DAG-Füher mit den „öffentlichen Arbeitgebern" nach 14-stündigen (!) Verhandlungen Lohn- und Gehaltserhöhungen von erbärmlichen fünf Prozent (mindestens 85 DM) für die zwei Millionen Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes. Die Tarifkommissionen beider Gewerkschaften hatten nichts Eiligeres zu tun, als diesem Schwindel zuzustimmen.

Nach diesem Lohnraubabschluß hatte ÖTV-Chef Kluncker noch die Dreistigkeit, zu erklären, er hoffe, „daß den Arbeitnehmern jetzt nicht durch Preissteigerungen das Fell über die Ohren gezogen wird".

Die höchst offiziell angekündigte Preissteigerungsrate für 1976 liegt über fünf Prozent (derzeit bei 5,4%)! Weiß Kluncker das nicht?

Portugal/BRD:

Wallraff enthüllt Putschpläne

Während die portugiesische Rechtspresse Überlegungen darüber anstellte, wann und unter welchen Umständen der Putschgeneral und ehemalige portugiesischen Staatspräsident Spinola nach Portugal zurückkehren könne, enthüllte der westdeutsche Journalist Günster Wallraff im „Stern" vom 8. April, daß dieser inzwischen völlig offen um Unterstützung für seinen dritten Putschversuch wirbt.

Spinola, der es nach dem 25. April 74 verstanden hatte, sich zum Aushängeschild des MFA zu machen, mit dessen Zielen er zu keinem Augenblick einig ging, war in der Folge in zwei Putschversuche verwickelt: den sogenannten „Marsch der schweigenden Mehrheit" am 28. September 74 und am 11. März 75 beim Angriff auf das fortschrittliche RALIS. Nach dem 11. März mußte er flüchten, verzog sich zunächst nach Brasilien, wo er mit offenen Armen von seinen alten Spießgesellen empfangen wurde.

In der Folge wurde bekannt, daß Spinola ständig in europäischen Hauptstädten auftauchte und mit Regierungsspitzen verhandelte. Dies gilt insbesondere natürlich für Spanien, aber auch für Frankreich und mit größter Wahrscheinlichkeit auch für die BRD.

Inzwischen hat Strauß bereits vor dem Bundestag zugegeben, mit Spinola direkt verhandelt zu haben, („Wenn eine Figur der Zeitgeschichte mich um eine Unterredung bittet, habe ich keinen Grund, dies zu verweigern").

In all diesen Verhandlungen ist Spinola als Repräsentant der faschistischen Terrorgruppe MDLP („Demokratische Bewegung für die Befreiung Portugals") aufgetreten, die in Portugal und Spanien aus ehemaligen Geheimpolizisten, Kolonialoffizieren und anderem Faschistengesindel aufgebaut wurde und für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich zeichnet.

Wallraff ist es gelungen, mit höchsten Spitzen der MDLP in Portugal Kontakt aufzunehmen, und sogar Spinola zu einer Unterredung über angebliche Finanzierungsangebote seitens westdeutscher Kapitalisten nach Düsseldorf zu locken.

„Die kommunistische Revolution muß irgendwann einmal mit Gewalt beendet werden"

Im einzelnen erfuhr Wallraff, daß die MDLP offensichtlich vor den Präsidentenwahlen (also im Mai oder Juni) einen faschistischen Putsch von chilenischen Ausmaßen durchführen will, um die portugiesische Arbeiterbewegung in einem gigantischen Blutbad zu ertränken.

Texeira, ein MDLP-Führer, erklärte: *„Im Norden ist jetzt ein gutes Klima, die Kommunisten sind einge-*

Forts. Seite 2

Düsseldorf, 25. März '76: „General Walter" alias Spinola beim Verschwörertreff

Endlich! Deng Hsiao-ping entmachtet! Chinas Massen jubeln!

Große Begeisterung herrscht in China über den Beschluß des ZK der KP Chinas, den seit Anfang Februar in der Presse und auf Wandzeitungen angegriffenen Deng Hsiao-ping aller Partei- und Staatsämter zu entheben. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieses Beschlusses, am Abend des 7. April, begannen die Massen auf die Straße zu strömen, tausende von Spruchbändern wurden in aller Eile beschrieben. Am 8. April demonstrierten allein in Peking mehr als eine Million Menschen unter dem fröhlichen Lärm von Trommeln und Gongs, unter einem Wald von roten Fahnen. In den Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen ruhte die Arbeit.

Weitere Demonstrationen fanden statt in Schanghai (200.000 Demonstranten), Schenjang, Sian und anderen Städten.

Am 9. und 10. März gingen die Kundgebungen und Demonstrationen weiter. Chinas Massen haben damit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie den revisionistischen Weg „Profit an die erste Stelle", „materielle Anreize fördern" usw. ablehnen und keine Restauration des Kapitalismus zulassen wollen.

Schon einmal, während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, 1966 bis 68, war Deng Hsiao-ping entmachtet worden. Im April 1973 jedoch tauchte er plötzlich wieder in der Öffentlichkeit auf und erlebte unter bis heute ungeklärten Umständen eine kometenartige zweite Karriere: Schließlich besaß er mehr Macht als je zuvor; er vereinigte als einziger chinesischer Politiker in seiner Person die Funktionen eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten und eines Stellvertretenden Parteivorsitzenden; außerdem wurde er Generalstabschef der Armee. Seit der Erkrankung Tschu En-lais (1974), die diesen immer stärker zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben zwang, hatte Deng Hsiao-ping faktisch weitgehend das Amt des Ministerpräsidenten ausgeübt. Aus vielen Artikeln geht hervor, daß Deng Hsiao-ping nach seiner Rückkehr in Partei- und Staatsämter (seit April 1973) schon sehr bald wieder in seine alten Fehler verfallen sei. Im Sommer 1975 schließlich – so heißt es in der jetzigen Kampagne gegen Deng Hsiao-ping – sei ein „Wind der rechten Abweichung" aufgetaucht, der *„von dieser Person innerhalb der Partei, die den kapitalistischen Weg geht, von oben her angefacht"* wurde: Die Vertreter dieser „rechten Abweichung" hätten nicht die proletarische Politik, sondern den Profit an die erste Stelle setzen wollen. Sie wollten den Einsatz von „materiellen Anreizen" verstärken. Sie seien dagegen gewesen, zur Steigerung der Produktion große Massenbewegungen durchzuführen. Sie hätten das bürgerliche Prinzip „Laßt Fachleute die Fabriken und Institute führen" wieder herstellen wollen. Sie seien gegen das Prinzip des Vertrauens in die eigene Kraft gewesen und hätten stattdessen die Auffassung vertreten, „Rückständigkeit in Wissenschaft und Technologie könne nur dadurch geändert werden, daß fremde Länder um Hilfe gebeten würden". Sie seien gegen die Teilnahme von Studenten an der Produktion gewesen, sie seien gegen eine enge Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und Lehre mit körperlicher Arbeit gewesen.

Ausgehend von der Pekinger Tschinghua-Universität begann im November, zunächst auf den Bereich des Bildungswesens begrenzt, eine Gegenbewegung gegen den „Wind der rechten Abweichung". Seit Anfang Februar dieses Jahres geriet dann auch Deng Hsiao-ping selbst ins Schußfeld.

Ein Sieg der Linken?

Zugleich mit der Amtsenthebung Deng Hsiao-pings faßte das Politbüro den Beschluß, der Ernennung von Hua Guo-feng (seit Anfang Februar amtierender Ministerpräsident) zum Ministerpräsidenten und zum Ersten Stellvertretenden Parteivorsitzenden zuzustimmen.

Dieser Beschluß ist schon insofern verblüffend, weil die Ernennung des Ministerpräsidenten und der Stellvertretenden Parteivorsitzenden gar nicht zu den Kompetenzen des Politbüros gehört:

1. Die vom IV. Nationalen Volkskongreß der VR China (1975) verabschiedete Verfassung sieht in Artikel 17 vor, daß Ernennung und Abberufung des Ministerpräsidenten durch den Nationalen Volkskongreß, auf Vorschlag des ZK der KP Chinas, erfolgen sollen.
2. Das Amt eines Ersten Stellvertretenden Parteivorsitzenden ist im Statut der KP Chinas, das vom X. Parteitag (1973) verabschiedet wurde, überhaupt nicht vorgesehen!

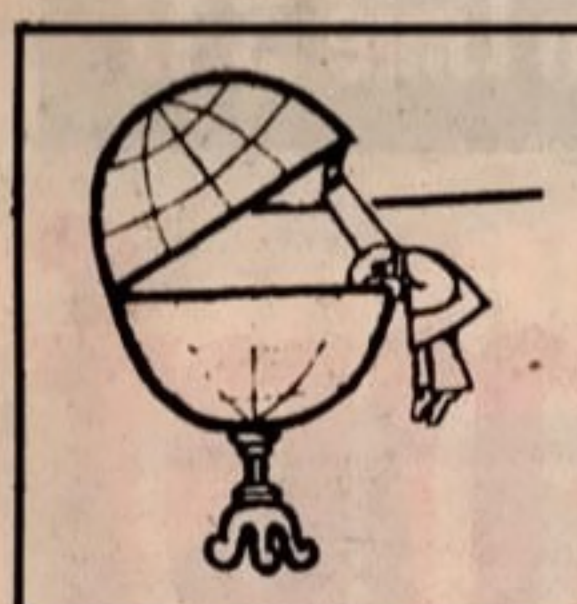
Das vom IX. Parteitag (1969) verabschiedete Statut sah lediglich e i n e n Stellvertretenden Parteivorsitzenden vor. Das war damals Lin Biao. Nach dem Ende Lin Biaos (1971 – siehe Artikel in diesem AK) wurde diese Funktion nicht neu besetzt. Das vom X. Parteitag verabschiedete neue Statut sieht ein Kollektiv von f ü n f Stellvertretenden Parteivorsitzenden vor.

Abgesehen davon, daß Hua Guofengs neue Funktion überhaupt nicht im Parteistatut vorgesehen ist, sieht das Statut vor, daß die Stellvertretenden Parteivorsitzenden durch das Z e n t r a l k o m i t e e (etwa 200 Mitglieder) – und nicht wie jetzt durch das übergeordnete P o l i t b ü r o (etwa 20 Mitglieder)! – zu wählen sind. Dies hätte auch auf Hua Guo-feng angewendet werden müssen, der bisher nicht zu den Stell-

Forts. Seite 2



Arbeiter in Peking begrüßen mit riesigen Demonstrationszügen die Entmachtung Dengs



Blick in die Welt

Türkei:
Faschistische Kommandos und Polizei morden weiter ...

Am 8.4.76 versuchte ein faschistisches Kommando, die Universität der politischen Wissenschaften in Ankara unter ihre Kontrolle zu bringen.

Als fortschrittliche Studenten dem Widerstand entgegensetzten, ermordeten die Terrorkommandos drei Studenten, 16 wurden schwerverletzt, ein Student liegt noch im Koma („Le Monde", 10.4.76).

Ein Student wurde mit einem Kopfschuß niedergestreckt und starb an den Folgen im Krankenhaus.

In verschiedenen Stadtvierteln fanden Studentenversammlungen statt. An der Universität in Hacettepe wurde ein Student von der Polizei erschossen; die Studenten hatten sich vor dem brutalen Bullenüberfall auf das Dach eines Universitätsgebäudes gerettet. Ein weiterer Student starb an den Folgen dieses Angriffes im Krankenhaus der medizinischen Fakultät.

Mehrere hundert Studenten wurden verhaftet.

Seit die reaktionär-faschistische Demirel-Koalititionsregierung an der Macht ist (März 1975) gehen mehr als 65 ermordete fortschrittliche Menschen auf das Konto der faschistischen Terrorkommandos und der Polizei. („Le Monde", 10.4.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Spanien:
Wieder scharfe Verfolgung der Opposition

Gegen die verhafteten Führer der „Demokratischen Koordinierung" wurde Strafantrag wegen eines „Deliktes gegen die Regierungsform" gestellt, d.h. sie sind angeklagt, die Juan Carlos-Regierung stürzen zu wollen. Für ein solches „Vergehen" können die oppositionellen Führer zwischen 20 und 30 Jahren Gefängnis bekommen! Von den Angeklagten gehören drei zur revisionistischen KP Spaniens, einer ist ein Unabhängiger. Die verhafteten Mitglieder der Sozialdemokraten (PSOE) wurden wieder freigelassen. Diese unterschiedliche Behandlung von Mitgliedern der „Demokratischen Koordinierung" ist als „Rücksichtnahme" auf die europäischen Länder zu verstehen, die ja die PSOE ideologisch und finanziell unterstützen. Diejenigen, die keine Unterstützung aus den europäischen Ländern erhalten, wurden mit aller Härte angeklagt, unter ihnen befindet sich wieder der bekannte spanische Arbeiterführer Camacho.

Gegen den Sprecher der ehemaligen „Demokratischen Junta", Tamames, wurde ein Strafbefehl über 40.000 Mark erlassen, für einen bekannten Regisseur ebensoviel – wegen Teilnahme an der verbotenen Demonstration vom 3.4. in Madrid, die von der gesamten Opposition durchgeführt wurde und bei der mehr als 200 Menschen verhaftet wurden.

Die baskische ETA hat den Industriellen Berazadi erschossen, nachdem die Lösegeldforderungen durch das Auszahlungsverbot von Fraga Iribarne nicht erfüllt wurden. Das ist die erste Hinrichtung von ETA in einem Fall von Entführung.

Spanien-Kommission

weitere Artikel zu Spanien Seite 34

Jugoslawien
Neue Terrorurteile
Solidarität mit den „Kominformisten"!

Erneut hat ein jugoslawisches Gericht Terrorurteile gegen sogenannte „Kominformisten" (oder „Neostalinisten") gefällt. Das Bezirksgericht in Novi Sad verurteilte am 16. März u.a.:

- den 63-jährigen Djuro Sargin zu **15 Jahren Zuchthaus;**
- Djordje Bickicki zu **15 Jahren Zuchthaus;**
- den 46-jährigen Velimir Moraca zu **13 Jahren Zuchthaus;**
- den 63-jährigen Gergelj Lutlic zu **13 Jahren Zuchthaus;**
- den 51-jährigen Grigorij ... zu **12 Jahren Zuchthaus;**
- die 28-jährige Bojana Rucnov zu **4 Jahren Zuchthaus.**

Außerdem wurde das Eigentum der beiden ersten Verurteilten beschlagnahmt. Die meisten der Angeklagten sind bereits „wegen identischer Delikte zum Teil mehrfach vorbestraft".

Vorgeworfen wird den Angeklagten, sie hätten eine neue Kommunistische Partei gegründet oder unterstützt, deren Ziel des revolutionären Umsturz der Gesellschaftsverhältnisse in Jugoslawien war (Angaben nach einer Meldung der jugoslaw. Nachrichtenagentur „Tanjug", lt. ‚Monitor-Dienst', 18.3.76).

Sogenannte „Kominformisten" werden lediglich wegen ihrer politischen Opposition seit langem in Jugoslawien mit Polizei-Verfolgung und Terrorurteilen unterdrückt:

- **1974 wurden in einem Prozeß gegen 30 bis 40 „Kominformisten" langjährige Zuchthausstrafen, bis zu 14 Jahren, verhängt.**
- **In einem Prozeß gegen sieben „Kominformisten" in der bosnischen Stadt Tula gab es 1975 Urteile bis zu neun Jahren.**

Weitere „Kominformisten" stehen derzeit vor Gericht.

Jugoslawien ist bisher das e i n z i g e revisionistische Land, in dem sich eine spürbare l i n k e Oppositionsbewegung bemerkbar macht – und nicht nur eine bürgerlich-reaktionäre Opposition vom Typ der Solschenitzyn, Sacharow & Co. Diese Oppositionsbewegung wird pauschal mit dem Ausdruck „Kominformisten" belegt.

Die „Kominform" war eine Nachfolgeorganisation der Anfang der Vierziger Jahre aufgelösten Kommunistischen Internationale. Als „Kominformisten" wurden in Jugoslawien Ende der Vierziger Jahre jene Kommunisten bezeichnet, die sich gegen Titos Bruch mit der Sowjetunion und gegen die revisionistische Entwicklung Jugoslawiens wandten. Tausende dieser Kommunisten wurden zu langen Strafen in Zuchthäuser, KZ's und Zwangsarbeitslager verbannt.

Viele dieser Genossen (aber natürlich auch jüngere Genossen) kämpfen heute wieder in den Reihen illegaler kommunistischer Gruppen, die vom Tito-Regime als „Kominform-Gruppen" bezeichnet werden. Um sie zu diffamieren, wird ihnen vorgeworfen, sie würden mit der Sowjetunion zusammenarbeiten, wollten Jugoslawiens Unabhängigkeit untergraben und in Jugoslawien ein Regime vom sowjetrevisionistischen Typ einführen.

Für diese Behauptung gibt es jedoch keinerlei Belege. Im Gegenteil: Einer der angeblichen Führer der „Kominformisten", der Partisanenführer Vlado Dapcevic (der schon 1948 zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde und z.Zt. wieder in ‚Untersuchungshaft' ist) hat erklärt:

„Ich betrachte die Politik der sowjetischen Parteiführung als ebenso konterrevolutionär und revisionistisch wie die der Tito-Clique" (lt. „FAZ", 28. 11.75).

Bezeichnend ist, daß selbst faschistische Terroristen in Jugoslawien oft nicht so hart bestraft werden, wie angebliche „Kominformisten" oder „Neo-Stalinisten":

- So wurde im März ein aus der BRD eingereister Terrorist, Mitglied der faschistischen „Ustascha", der den Auftrag hatte, Bombenanschläge zu verüben, zu lediglich zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Ein anderer Terrorist, der bereits eine mehrjährige Strafe wegen bewaffneten Aufstands abgesessen hatte und später wieder illegal aus der BRD nach Jugoslawien eingereist war, um dort „Ustascha"-Gruppen aufzubauen, kam mit elf Jahren davon (nach Meldung der „Tanjug", 16. und 20.3.76).

Während erst kürzlich wieder der „Fall Mihajlov" in großer Aufmachung durch die Presse ging (Mihajlov ist ein sozialdemokratischer jugoslawischer Schriftsteller, der wegen „feindlicher Propaganda" zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde), findet die massive „Kominformisten"-Jagd naturgemäß kaum Aufmerksamkeit – da es sich um eine l i n k e Oppositionsbewegung gegen das Tito-Regime handelt.

Auch innerhalb der ‚Linken' im weitesten Sinn finden die „Kominformisten" kaum Solidarität:

- Von reformistischer und trotzkistischer Seite werden sozialdemokratische Oppositionsgruppen wie die Intellektuellen um die Zeitschrift „Praxis" gehätschelt, die vergleichsweise kaum Repressionen ausgesetzt sind, während die „Kominformisten"-Jagd totgeschwiegen wird (offenbar in der Meinung, daß es sich um „Stalinisten" handelt, denen nur recht geschieht.).
- Die verschiedenen „ML"-Gruppen wetteifern mit Schauermärchen über politische Gefangene in der Sowjetunion, während sie die jugoslawischen „Kominformisten" als „Agenten des Sozialimperialismus" diffamieren, die zu Recht unterdrückt würden.
- Auf der anderen Seite distanzieren sich auch die Revisionisten offen von den „Kominformisten" und übergehen die Terrorurteile mit Schweigen.

Wenn die jugoslawischen „Kominformisten" einhellig von Bürgerlichen, Revisionisten, Trotzkisten und „ML"-ern entweder ignoriert oder sogar offen angegriffen werden, dann kann das für uns nur heißen, **daß wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir unsere Solidarität mit den jugoslawischen Genossen zum Ausdruck bringen und breiter über die Unterdrückung der linken Opposition in Jugoslawien informieren!** ●

CHINA

FORTSETZUNG VON SEITE 1

vertretenden Parteivorsitzenden gehörte.

Die Ernennung Hua Guo-fengs nicht nur zum Ministerpräsidenten

noch in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten, was in der bürgerlichen Presse verschiedentlich Anlaß zu Spekulationen gab.

Wir haben in früheren Kommentaren geschrieben, daß es offenbar die Absicht der in der Parteiführung vorherrschenden Kräfte ist, die Teilnahme und Mobilisierung der Massen bei der Kritik an Deng Hsiao-ping in engen Grenzen zu halten. So wurde es ausdrücklich verboten, wie

konterrevolutionären Zwischenfällen" die Volksmassen von der Partei zu Demonstrationen (zur Unterstützung der Beschlüsse des Politbüros) mobilisiert wurden.

Die chinesischen Volksmassen haben dennoch allen Grund, sich über die Entmachtung von Deng Hsiaoping zu freuen. Im Gegensatz zur Verurteilung Lin Biaos, bei der es keine derartige Massenmobilisierung

wurden wieder freigelassen. Diese unterschiedliche Behandlung von Mitgliedern der „Demokratischen Koordinierung" ist als „Rücksichtnahme" auf die europäischen Länder zu verstehen, die ja die PSOE ideologisch und finanziell unterstützen. Diejenigen, die keine Unterstützung aus den europäischen Ländern erhalten, wurden mit

Die baskische ETA hat den Industriellen Berazadi erschossen, nachdem die Lösegeldforderungen durch das Auszahlungsverbot von Fraga Iribarne nicht erfüllt wurden. Das ist die erste Hinrichtung von ETA in einem Fall von Entführung.

Spanien-Kommission

weitere Artikel zu Spanien Seite 34

CHINA

FORTSETZUNG VON SEITE 1

vertretenden Parteivorsitzenden gehörte.

Die Ernennung Hua Guo-fengs nicht nur zum Ministerpräsidenten, sondern auch zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden widerlegt alle Spekulationen, daß er vielleicht nur ein Kompromiß- und Übergangskandidat sein könnte.

Hua Guo-feng hat in kurzer Zeit eine überraschende „Karriere" gemacht: Mitglied des ZK seit dem IX. Parteitag (1969), Mitglied des Politbüros des ZK seit dem X. Parteitag (1973), Minister für Öffentliche Sicherheit und einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten seit dem IV. Nationalen Volkskongreß (1975).

– Innerhalb der Parteiführung stand Hua Guo-feng bis zum Tode Tschu En-lais nur an zwölfter Stelle, unter den Stellvertretenden Ministerpräsidenten an sechster Stelle.

Die Ernennung Hua Guo-fengs zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden zeigt außerdem, daß die jüngsten Beschlüsse des Politbüros des ZK nicht unbedingt als ein Sieg der Linken anzusehen sind. Hua Guo-feng selbst ist zweifellos kein Vertreter der Linken. Bekannt ist, daß er während der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1966 bis 68) und während der „Kritik an Konfuzius und Lin Biao" (1974) ins Feuer der Massenkritik geraten war. Er gehörte auch nicht zu denjenigen, die in der Kampagne zur Einschränkung des bürgerlichen Rechts (1975), die nachträglich als Beginn des Angriffs auf die Positionen von Deng Hsiao-ping erscheint, irgendwie hervorgetreten sind.

Die Ernennung Hua Guo-fengs zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden erscheint außerdem als offene Zurücksetzung von Wang Hung-wen, ein aus der Kulturrevolution hervorgegangener junger Arbeiterkader und Vertreter der „Schanghaier Linken". Wang Hung-wen stand unter den fünf vom X. Parteitag gewählten Stellvertretenden Parteivorsitzenden an zweiter Stelle, nach dem verstorbenen Tschu En-lai. Wang Hung-wen ist in den letzten Monaten kaum noch in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten, was in der bürgerlichen Presse verschiedentlich Anlaß zu Spekulationen gab.

Wir haben in früheren Kommentaren geschrieben, daß es offenbar die Absicht der in der Parteiführung vorherrschenden Kräfte ist, die Teilnahme und Mobilisierung der Massen bei der Kritik an Deng Hsiao-ping in engen Grenzen zu halten. So wurde es ausdrücklich verboten, wie in der Kulturrevolution Kampfgruppen zu bilden und „lange Märsche" zum „Austausch revolutionärer Erfahrungen" zu unternehmen.

Erst n a c h dem Beschluß des Politbüros über die Amtsenthebung Deng Hsiao-pings wurden die Massen mobilisiert, um den Beschluß entgegenzunehmen und zu begrüßen, statt daß sie eine aktive Rolle bei der zweiten Entmachtung Deng Hsiao-pings gespielt hätten. Und auch die jetzige Massenmobilisierung kam erst zustande nach den offenbar spontanen Demonstrationen zu Ehren des toten Ex-Ministerpräsidenten Tschu En-lai, bei denen es auf dem Pekinger Tien-An-Men-Platz teilweise zu Gewalttätigkeiten gekommen war. Diese Demonstrationen hatten am 31. März begonnen und am 5. April mit einer Demonstration von mehr als 100.000 Menschen ihren Höhepunkt erreicht. Dabei kam es zu Schlägereien zwischen den Demonstrierenden, zu Angriffen einzelner Gruppen auf Angehörige der Polizei und Miliz, zu Brandstiftungen. Ähnliche Zwischenfälle hat es auch in anderen Städten gegeben.

Die chinesische Presse sprach von einer „Handvoll von Klassenfeinden", die „einen geplanten konterrevolutionären Zwischenfall" hervorgerufen hätten. Es seien „reaktionäre Reden" gehalten worden, „reaktionäre Flugblätter" seien verteilt worden, und es sei für die „Errichtung konterrevolutionärer Organisationen" agitiert worden. „Schlechte Elemente" hätten Deng Hsiao-ping gepriesen.

Nach den Berichten bürgerlicher Journalisten ist es nicht möglich, ein klares Bild über diese Demonstration zu gewinnen. Während die einen von Sympathie-Kundgebungen für Deng Hsiao-ping sprachen, war in anderen Meldungen von Parolen g e g e n Deng die Rede.

In jedem Fall bleibt die Tatsache, daß erst nach diesen spontanen Demonstrationen und den „geplanten konterrevolutionären Zwischenfällen" die Volksmassen von der Partei zu Demonstrationen (zur Unterstützung der Beschlüsse des Politbüros) mobilisiert wurden.

Die chinesischen Volksmassen haben dennoch allen Grund, sich über die Entmachtung von Deng Hsiaoping zu freuen. Im Gegensatz zur Verurteilung Lin Biaos, bei der es keine derartige Massenmobilisierung gab, entspricht der (hoffentlich) endgültige Sturz Deng Hsiao-pings ganz offensichtlich schon lange den Erwartungen und Forderungen der breiten Volksmassen. Einmal in Bewegung geraten, werden die Massen auch kaum vergessen, daß bisher nur e i n „bürgerlicher Machthaber in der Partei" seiner Ämter enthoben wurde, während in vielen Wandzeitungen und Presseartikeln immer wieder von m e h r e r e n solchen „Machthabern" die Rede war.



Die Beschlüsse des Politbüros

Die Beschlüsse des Politbüros des ZK der KP Chinas vom 7. April haben folgenden Wortlaut:

„Nachdem es den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz und Den Hsiao-pings jüngstes Verhalten diskutiert hatte, schätzt das Politbüro des ZK der KP Chinas ein, daß der Charakter des Problems Deng Hsiao-ping den Aspekt eines antagonistischen Widerspruchs angenommen hat.

Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro einstimmig beschlossen, Deng Hsiao-ping aller seiner Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben; ihm soll jedoch erlaubt werden, seine Parteimitgliedschaft zu behalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhalten wird".

„Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro des ZK der KP Chinas seine einstimmige Zustimmung zur Ernennung des Genossen Hua Guofeng als Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KP Chinas und als Ministerpräsident des Staatsrats der VR China gegeben" (zit. nach „Le Monde", 9.4.).

Wallraff enthüllt Putschpläne

FORTSETZUNG VON SEITE 1

schüchtert. So muß es im Süden auch werden. Dort sind es aber zu viele. Hier können wir sie noch vertreiben, dort wollen wir sie ausrotten. Wir haben jetzt die Nase voll, immer nur Bomben zu legen. Die Zeit ist reif: Jetzt wollen wir töten. Mit Bombenlegen wird nichts gelöst, man muß sie liquidieren!"

Im weiteren erfuhr Wallraff, daß die MDLP-Führer völlig offen über ihre Verbündeten in Portugal sprechen: Der Erzbischof von Braga und sein Domherr Texeiro de Melo, der Putschist und Kapitalist Galvao de Melo, Präsidentschaftskandidat der CDS und in dieser (und nicht nur in dieser!) Eigenschaft enger Verbündeter von Strauß und Kai Uwe von Hassel, sowie die Mitglieder des „Revolutionsrates" Jaime Neves, Chef der Elitetruppe „Commandos", Morais da Silva, Stabschef der Luftwaffe und Ramalho Eanes, Stabschef des Heeres.

Außerdem sprechen alle MDLP-Gesprächspartner Wallraffs ungeniert davon, daß die MDLP nichts anderes als der illegale Flügel der CDS, des „christlich-sozialen Zentrums", Mitglied der „Internationale" der Klerikalfaschisten, ist, die von der CDU und CSU angeführt wird.

Die Kontakte der portugiesischen Faschisten zu CDU/CSU gehen denn auch sehr viel weiter, als Strauß zugegeben hat. Die CDS wird zum Beispiel ganz offen von der CDU/CSU finanziert, hohe CDS-Führer reisen ständig nach Bonn, und der RCDS führt mit Unterstützung der rechtsradikalen „Konrad-Adenauer-Stiftung" in Portugal Seminare mit der CDS-Jugendorganisation „Juventude Centrista" durch („Extra-Dienst", 9.4.76).

Zwar versuchen jetzt alle „interessierten Seiten", von Strauß angefangen, Spinola als einen „unfähigen Spinner" darzustellen, der überhaupt unfähig sei und mit dem man sich nun wirklich nicht einlassen würde, „selbst wenn man einen Putsch durchführen wollte", wovon man natürlich weit entfernt sei.

Tatsache ist jedoch, daß das Vorgehen der MDLP mit faschistischem Terror einerseits, der Rechtsputsch vom 25. November 1975 andererseits, und das Eingreifen der internationalen Reaktion in Portugal von SPD bis CIA lauter Einzelteile eines sorgfältigen Plans sind.

Daß innerhalb eines solchen Plans das faschistische Blutbad als letzte Konsequenz von den Imperialisten immer als reale Möglichkeit einkalkuliert wird, ist nicht erst seit Wallraffs Enthüllungen bekannt.

Die Werktätigen Portugals bieten täglich Beweise dafür, daß sie auch nach dem 25. November nicht bereit sind, auf die Errungenschaften, die sie seit dem 25. April 1974 erkämpft haben, zu verzichten. Die Arbeiterkontrollen in den Betrieben und die Kooperativenbewegung auf dem Land sind sicherlich nicht mit „friedlichen Mitteln" zu zerschlagen. In dieser Hinsicht war der Rechtsputsch vom 25. November nur ein erster Schritt, der jedoch keineswegs die endgültigen Ziele der Bourgeoisie erfüllte. Wallraffs Enthüllungen lieferten hierfür neue Beweise.

Die portugiesische Linke darf keine Zeit mehr verlieren: Die Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront ist eine unmittelbare Tagesaufgabe!

Portugal-Kommission

Libanon Der revolutionäre Prozeß muß weitergehen

An dem derzeitigen relativen Waffenstillstand im Libanon haben alle Parteien des Bürgerkrieges ihr eigenes Interesse. Für die Faschisten, die bei den letzten Kämpfen eine schwere Niederlage erlitten haben, ist es der Versuch, die eigenen Kräfte idiologisch und militärisch wieder aufzurichten. Die Imperialisten sind eilig beschäftigt, ihren völligen Zusammenbruch zu verhindern: Frankreich entsandte einen Vermittler, die USA schickten einen Vertreter zu Geheimgesprächen und in Dschuniah, dem Hauptstützpunkt der Faschisten, sind drei ausländische Schiffe mit zehn Schnellbooten, 30 Panzern, 5000 Maschinengewehren und riesigen Mengen Munition eingetroffen („FAZ", 8.4. 76).

Die bürgerlichen Kräfte versuchen noch einmal mit ihren längst verbrauchten „demokratischen" Mätzchen ihre Talfahrt aufzuhalten. Zwar fordern inzwischen auch die Faschisten den Rücktritt der reaktionären Symbolfigur Frandschiah, aber das soll durch die Wahl eines neuen Staatschefs geschehen, „damit kein Machtvakuum eintritt", aber leider könne das Parlament nicht zusammentreten, da das Mobiliar des Parlamentsgebäudes geklaut worden ist ... („FR", 5.4.).

Die für die Zukunft des Libanon entscheidenden politischen Kämpfe finden jedoch innerhalb der nationalen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte statt, unter massiver Einmischung von Syrien. Ein deutlicher Hinweis für den derzeitigen Stand des Bürgerkrieges ist die Meldung über eine Annäherung zwischen der Führung der PLO und der Ablehnungsfront.

Syrien auf der Seite der Reaktion

Je mehr der Bürgerkrieg sich zu Gunsten der fortschrittlichen Kräfte entwickelte, umso deutlicher hat sich Syrien auf die Seite der Reaktion gestellt.

Schon der Zeitpunkt des syrischen Eingreifens im Januar (mit der Entsendung der Truppen der PLA zur Herstellung eines Waffenstillstands) war bezeichnend: Es war der Moment, wo die demokratischen Kräfte aus der Defensive zur Offensive übergingen und wo sich die Niederlage der Faschisten abzeichnete. Da die Faschisten eine Garantie verlangten, daß Syrien nicht auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte intervenieren werde, unternahm Syrien damals gleich einen sehr bedeutsamen Schritt: Eine Einheit der As-Saika, einer auf der Linie der syrischen Baath-Partei stehenden „palästinensischen Befreiungsorganisation", machte einen Angriff auf die Zeitungen „Beirut" (Linie des irakischen Baath) und „Al Muharrir" (nahe der PLO, Ablehnungsfront und libanesischen Linken), wobei der Chefredakteur von „Beirut" ermordet wurde. Hinzu kamen ausdrückliche lobende Kommentare für ein syrisches Eingreifen aus den USA sowie das völlige Aufhören der israelischen Drohungen gegen Syrien.

Als sich dann Ende März erneut die Offensive der demokratischen Kräfte günstig entwickelte, stoppte Syrien die für diese Kräfte bestimmten Waffentransporte („FR", 1.4.). An der Grenze zum Libanon wurden 17.000 Mann der regulären syrischen Armee zusammengezogen („FAZ", 2.4.). Der Palästinenserschlächter König Hussein von Jordanien, der in den letzten Monaten merkwürdig enge Beziehungen zu Syrien unterhält, reiste nach Washington, um grünes Licht für eine syrische Intervention zu erbitten („FAZ", 2.4.). Er erhielt zunächst die Antwort, daß die Entwicklung noch weiter abgewartet werden müsse. Es wurde jedoch Sonderbotschafter Brown mit massiven Drohungen in den Libanon entsandt. Brown traf sich demonstrativ mit den Führern der Faschisten, zur gleichen Zeit kreuzte der Flugzeugträger „Guadalcanal" und weitere Einheiten der berüchtigten sechsten US-Flotte vor der libanesischen Küste („FAZ", 31.3.). In Uniform der As-Saika überschritten 2.500 syrische Soldaten die Grenze zum Libanon („FAZ", 7.4.).

Syrien hatte den libanesischen Bürgerkrieg zur Aufwertung seiner eigenen Position benutzt. Es hat deshalb ein Interesse an einer Fortdauer des Krieges und kein Interesse an einem Sieg der nationalen demokratischen libanesischen Kräfte. Das syrische Interesse an einem Waffenstillstand ist deshalb ein Eingeständnis der Niederlage seiner Politik und des erneuten Sieges der demokratischen Kräfte.

Die einmarschierten syrischen Truppen besetzten während des Waffenstillstands wichtige strategische Punkte und legten einen Ring um die verbliebenen faschistischen Stellungen („FR", 10.4.).

Syrien hatte auch das Ziel verfolgt, die Ablehnungsfront in der PLO zu isolieren und zu zerschlagen. Dies wäre der „friedlichen Lösung" zugute gekommen und hätte die Rolle Syriens gestärkt. Das Gegenteil ist jedoch eingetreten: In einer gemeinsamen Pressekonferenz von Arafat (PLO und Al-Fatah), Habasch (PFLP) und Vertretern der LAA (Libanesisch-Arabische Armee) wurde das gemeinsame Ziel bekräftigt, den palästinensischen Widerstand im Libanon zu sichern.


Genosse Habasch (PFLP) und J. Arafat (PLO-Chef) zusammen mit zwei Offizieren der LAA

Am 8.4. kam es daraufhin zu Angriffen der As-Saika auf Stellungen der PFLP, die erfolgreich zurückgeschlagen wurden („FR", 10.4.).

Festigung der Einheit der PLO

Die syrische „Vermittlung" bedeutete auch einen Angriff auf die Führungsrolle der Al-Fatah und Arafats in der PLO, denn Syrien unterstützt offen den Führer der As-Saika, Zuhair Muhsen, gegen Arafat. Dadurch wurde die Ablehnungsfront zu einem notwendigen Ausgleichsgewicht im Kräfteverhältnis, und Al-Fatah konnte kein Interesse an ihrer Zerschlagung haben.

Weiter hat sich der Bürgerkrieg in einer direkten Stärkung der Position der Ablehnungsfront ausgewirkt. Die Kämpfer der PFLP und der anderen Organisationen der Ablehnungsfront waren die verläßlichsten Verbündeten der demokratischen Kräfte. Demgegenüber spielte die PLO mit Arafat die Rolle eines Vermittlers, so daß es dazu kommen konnte, daß Einheiten der Al-Fatah nicht kämpfen durften, sondern zwischen den Faschisten und Kämpfern der PFLP in ihren Stellungen saßen. Sie wurden demoralisiert, ließen teilweise schließlich ihre Befehle sausen und beteiligten sich am Kampf gegen die Faschisten. So ist der Waffenstillstand für die Al-Fatah auch ein Mittel, die eigenen Reihen wieder zu schließen.

Schließlich muß man klar wissen, daß die Ablehnungsfront wohl eine scharfe politische Auseinandersetzung gegen die kapitulationistischen Kräfte der PLO-Führung geführt hat, aber sich immer gegen eine wirkliche Spaltung der PLO eingesetzt hat. Eine solche Spaltung war schon deshalb unmöglich, weil viele Mitglieder der Al-Fatah mit der Politik der Ablehnungsfront sympathisierten. Andererseits ist aber die PLO-Führung kein sicherer Verbündeter der libanesischen demokratischen Kräfte, und ihr Widerspruch zur Politik der Ablehnungsfront bleibt erhalten, auch wenn sich Arafat und Habasch in die Arme fielen. Denn ein Sieg der Linken in Libanon wäre auch ein Sieg der Linken in der PLO.

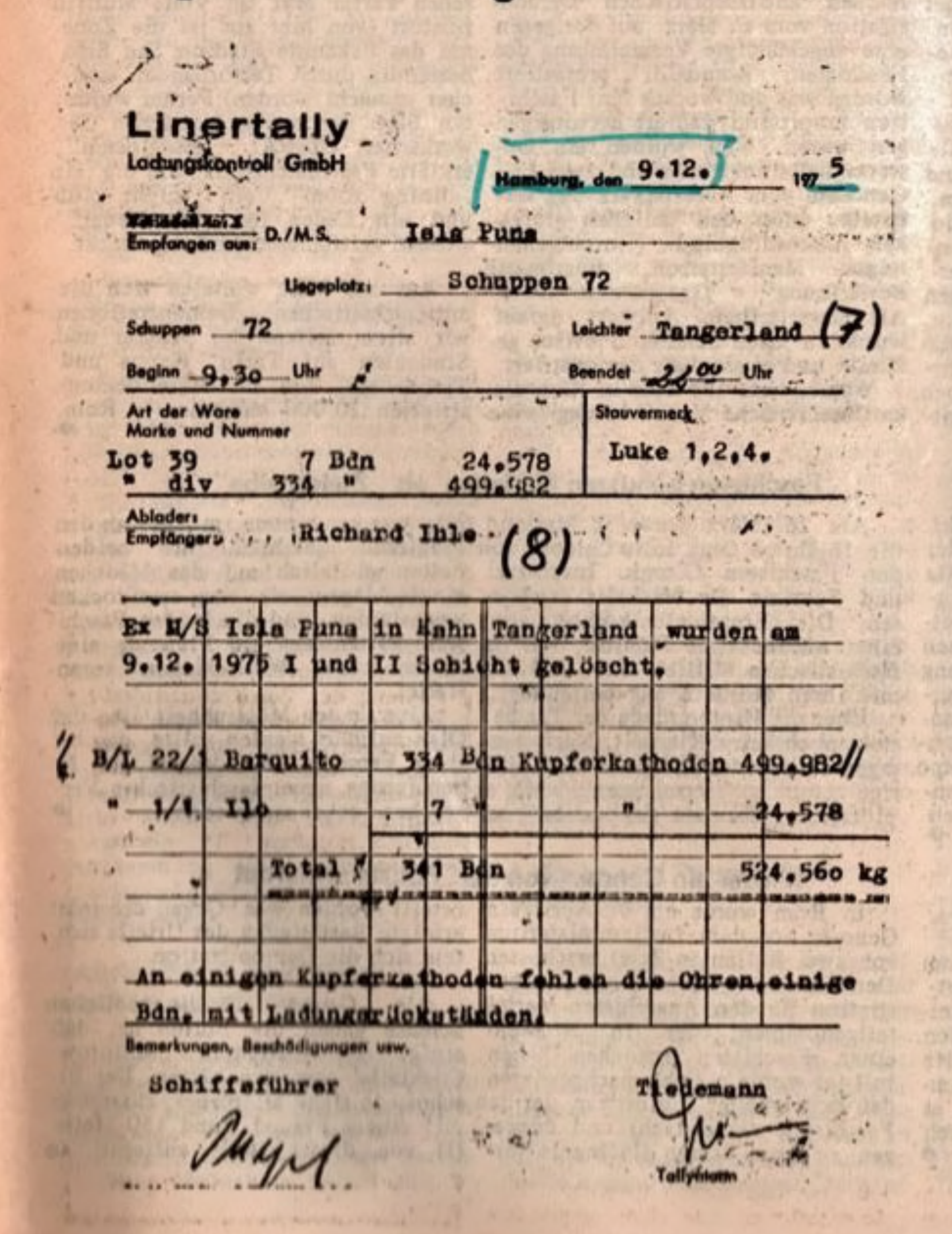
Der Kampf geht weiter

Der jetzige Waffenstillstand steht mehr als der letzte unter den Bedingungen der Sieger. Als Figur im Vordergrund steht dabei Dschumblatt, der sich selbst als Sozialdemokrat und Anhänger des schwedischen Modells bezeichnet hat (ARD-Interview). Er hofft, daß sich die arabische Welt nach seinen Ideen entwickeln wird, aber die arabische Revolution wird über ihn hinwegschreiten. Im Libanon sind inzwischen objektive Grundlagen für ein Fortschreiten der Entwicklung geschaffen: Volksräte in den Flüchtlingslagern und in verschiedenen libanesischen Städten, politische Entlarvung der Faschisten, der bürgerlichen Kräfte und der reaktionären arabischen Kräfte (durch den Charakter der syrischen Intervention).

Die Linken nutzen den Waffenstillstand als Atempause. Die Kämpfer müssen schließlich auch Geld fürs Leben verdienen, und die Bevölkerung muß sich mit dem Nötigsten versorgen können. Im Laufe der Kämpfe ist bereits jeder Hundertste getötet worden, die meisten davon von den Faschisten ermordet. Für dieses vergossene Blut verlangen die Massen mehr als die Beteiligung des sozialdemokratischen Großgrundbesitzers Dschumblatt an der alten korrupten Regierungsmaschine. Sie haben viel mehr zu gewinnen, wenn sie den Kampf fortsetzen. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DDR-Revisionisten entlarvt: Kupferimporte aus Chile!



Linertally
Lodungskontroll GmbH

Hamburg, den 9.12. 1975

Empfangen aus: D./M.S. Isla Puna

Liegeplatz: Schuppen 72

Schuppen 72 Leichter Tangerland (7)

Beginn 9,30 Uhr Beendet 21⁰⁰ Uhr

Art der Ware / Marke und Nummer: Lot 39 7 Bdn 24.578 / " div 334 " 499.982

Stauvermerk: Luke 1,2,4.

Ablader: / Empfänger: Richard Ihle (8)

Ex M/S Isla Puna in Kahn Tangerland wurden am 9.12. 1975 I und II Schicht gelöscht.

B/L 22/1 Barquito 334 Bdn Kupferkathoden 499.982

" 1/1 Ilo 7 " " 24.578

Total 341 Bdn 524.560 kg

An einigen Kupferkathoden fehlen die Ohren, einige Bdn. mit Ladungsrückstäden.

Bemerkungen, Beschädigungen usw.

Schiffsführer

Tiedemann
Tallymann

Mit diesen Dokumenten wird der definitive Beweis erbracht, daß die DDR-Revisionisten wirtschaftliche Beziehungen zur Junta in Chile unterhalten.

Das Kupfer (499 Tonnen (1)) wurde am 7. November 1975 in Chanaral/Chile (2) in das Schiff MS „Isla Puna" (3) geladen. Das Schiff der Staatsrederei von Ecuador, die mit Unterstützung des westdeutschen Reedereikonzern Hapag-Lloyd aufgebaut wurde (s.AK 46).



Bill of Lading
Page 2
B/L No 1.-
Ref.-No

CORPORACION DEL COBRE ON BEHALF OF COMPAÑIA DE COBRE SALVADOR S. C. R. (5)

VEB DEUTRANS ROSTOCK. (6)

VEB DEUTRANS ROSTOCK.

Transnave
Transportes Navieros Ecuatorianos
Southamerica-Westcoast-Service
Northbound

P-24.- (3) (2)
"ISLA PUNA".- Barquito, (Chañaral), Chile S.A.
HAMBURG.

SHIPMENT N°B-251.- CONTRACT N°AD-04-B9, (71/120 - 114/B042).
QUOTA OCTOBER.

	Gross Kilos	Tare Kilos	Net Kilos
Lot (89,90,92,97,98,) 334 Bdles. Said to 101,104,105,106,107,) Contain 9,456 Sheets 111 & 126-Yellow.-.) Copper Scrap Anodes.	499,982 (1)	861	499,121

FOR THE SHIPPER: ANTOFAGASTA COPPER CORP. (4)
EXPORT PERMIT #55624.
October 31st/1975.-
"CLEAN ON BOARD"

E. A. Trench.
Port Agent.

Iaf.

Freight and charges / Freight to be prepaid to be collected
499.982.- M.T.
US$54.16.-each .... US$27,079.03
Bunker Surcharge
US$6.50 per M.T.- .... " 3,249.88
US$30,328.91
Chilean Merchant
Marine Tax 3%.- .... " 909.87
US$31,238.78
"PREPAID".
Three.

Barquito, (Chañaral),

M/N. "ISLA PUNA" P. JUAN YTURRALDE T. "TRANSNAVE"

Für den Exporteur, Antofagasta Copper Corp. (4), fungiert die Compania de Cobre in Salvador/Brasilien als Vermittler (5). Dies ist notwendig, da wahrscheinlich bei der späteren Verarbeitung in der DDR, Brasilien als Herkunftsland angegeben wird. Empfänger der Ware ist der „Volkseigene Betrieb Deutrans" in Rostock (6).

In Hamburg wurde das Kupfer am 9. Dezember 1975 in das DDR-Binnenschiff „Tangerland" (7) umgeladen. Die Spedition Richard Ihle (gewissermaßen die westdeutsche „Filiale" von „VEB Deutrans"/DDR-Speditions-Monopol) übernimmt in Hamburg die Abfertigung (8). Auf diesem Weg gelangten im Jahr 1975 ca. 2.600 Tonnen Kupfer aus Chile über den Hamburger Hafen in die DDR.

Hier zeigt sich mal wieder was an dem Geschwätz der DDR-Revisionisten vom „Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen" und Boykottmaßnahmen dran ist. Der Aufruf zur Solidarität mit dem chilenischen Volk wird hier zur hohlen Phrase, die zur Täuschung der Anhänger des internationalen Revisionismus dient und die Kritik an der chinesischen Außenpolitik zu Chile dient der bloßen Zweckpropaganda und miesen Hetze gegen den „Maoismus" und soll von eigenen Beziehungen zum chilenischen Faschismus und dem revisionistischen Eigennutzdenken ablenken, das in Wirklichkeit zumindest hauptsächlicher Maßstab revisionistischer Außenpolitik ist. Gegenüber den revisionistischen Heuchlern, hat die chinesische Außenpolitik zumindest den „Vorteil" der Offenheit, insofern die „guten Beziehungen" zur chilenischen Junta ganz unverhüllt zur Schau gestellt werden. In jedem Fall schlägt die wirtschaftliche Unterstützung der chilenischen Mörderjunta, wie sie von den chilenischen Außenpolitikern und den Revisionisten betrieben wird, dem proletarischen Internationalismus ins Gesicht!

FÜR DIE VÖLLIGE ISOLIERUNG DER JUNTA ALS ZIEL DER SOLIDARITÄT MIT CHILE! ●

Italien
Kampf den Teuerungen! Weg mit der DC-Regierung!

Die Massenkämpfe in Italien für höhere Löhne, gegen Entlassungen und Teuerungen und gegen die DC-Regierung haben sich in den letzten Wochen weiter ausgeweitet.

In Neapel besetzten am 30. März mehr als 10.000 Arbeitslose den Hauptbahnhof und das Stadtzentrum. Einige tausend Frauen, Jugendliche und Arbeiter schlossen sich diesen Protestaktionen an. Die Polizei ging brutal mit Schlagstöcken, Tränengas und Schußwaffen (!) gegen die Arbeitslosen vor. An diesem Tag wurden 29 festgenommen, die auf Grund der zahlreichen Protestaktionen alle wieder am 5. April freigelassen werden mußten.

Die kämpferischen Aktionen der Arbeitslosen von Neapel hatten einen vorläufigen Höhepunkt am 5. und 6. April, als die Arbeitslosen das Arbeitsamt zwei Tage lang besetzt hielten. Der Magistrat der Stadt, der aus ‚Kommunisten' und ‚Sozialisten' besteht, verfügte daraufhin die Schaffung von 2.000 Arbeitsplätzen bei der Stadtreinigung und in der städtischen Verwaltung.

Auch die Metallarbeiter setzten ihre Kämpfe fort: Am 6.4. streikten alle italienischen Metallarbeiter vier Stunden, die Metallarbeiter in Rom und Umgebung 24 Stunden. Am selben Tag streikte auch der größte Teil des Flugpersonals.

Der Kampf gegen die Teuerungen wird organisiert

In Mailand haben Frauen und Männer der „Democrazia Proletaria" (proletarische Demokratie, Komitees, die von der revolutionären Linken initiiert wurden) „mercatini rossi" (kleine rote Märkte) organisiert, wo Brot, Fleisch, Gemüse, Obst und andere Grundnahrungsmittel weit unter den Teuerungspreisen verkauft werden.

Diese „mercatini rossi" wurden von der Stadtverwaltung verboten und unter Einsatz von Tränengas mit Polizeigewalt geräumt. Bei dem Bulleneinsatz gab es einige Verletzte auf Seiten der Marktfrauen und -männer. Ähnliche Initiativen wie in Mailand gibt es auch in den anderen Zentren der italienischen Arbeiterbewegung.

Gegen die Teuerungen und gegen die DC-Regierung fanden fast jeden Tag im April Protestkundgebungen und Demonstrationen statt.

Am 3. April wurde – auf Initiative der revolutionären Linken – in zehn Großstädten gegen die „Regierung der Preistreiberei" demonstriert: 30.000 in Mailand, je 3.000 in Massa und Bologna, je 2.000 in Genua und Bergamo – von den anderen Demonstrationen liegen uns keine Zahlen vor. Diese Demonstrationen dienten auch der Vorbereitung der nationalen Demonstration gegen die Teuerungen am 10. April in Rom. Diese nationale Demonstration wird von den linken Organisationen Lotta Continua, Avanguardia Operaia und PdUP („Il manifesto") organisiert. Zu der Demonstration wurde unter dem Motto aufgerufen: „*Das Dekret* (gemeint sind die umfangreichen „Spar"maßnahmen, die die italienische Regierung aufgrund des EG-Kredits erlassen hat; siehe AK 77) *darf nicht durchkommen! Die Regierung des Lohnraubs und Lohnstopps, der Entlassungen und des Pakts mit den Faschisten muß gehen!*" („Lotta Continua", 4./5.4.76).

Außerdem fordern die Genossen „politische Preise" für alle Grundnahrungsmittel und die staatliche Kontrolle der Grundnahrungsmittelproduktion.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Frühjahrsoffensive in Italien! Mailänder Genossen verbrennen den rechten (Krisen-)Winter. Auf der Winterpuppe mit Moro-Kopf (Name des DC-Regierungschefs heißt übersetzt ‚Mohr') steht unter klerikal-faschistischen Zeichen, „Entledige dich deines täglichen Winters!"



Nein zu den Preiserhöhungen   Politische Preise für die Grundnahrungsmittel.



Arbeitslosendemonstration in Neapel am 31.März. Auf den Transparenten steht: „Wir fordern Arbeit!" Gleichzeitig werden in Parolen die brutalen Polizeieinsätze, bei denen von den Bullen geschossen (!!) wurde, angeprangert.

Soldatenkämpfe in Italien
Faschistischer General hinter Gitter gebracht



Römische Soldaten demonstrieren gegen die Verschärfung des militärischen Disziplinargesetzes.

Maletti, ehemals Chef der „Sektion D" (politische Abteilung) des italienischen Geheimdienstes SID, einer der übelsten Putschgeneräle und Menschenschinder Italiens, sitzt im Knast. Die Soldaten feierten diesen Tag in römischen Kasernen mit einem kräftigen Schluck, denn Maletti hatte von Beginn seiner Amtszeit an die Soldaten schikaniert, wo es nur ging, brutale Strafen wie Einzelhaft, Schläge und Geldstrafen verhängt und mit einem Heer von Spitzeln und Agenten die fortschrittlichen Soldaten und jegliche antimilitaristische und antiimperialistische Aktivität zu unterdrücken versucht.

Maletti war, nach den vorliegenden Informationen, während seiner SID-Zeit führend in die Inszenierung der strage di stato (faschistischer Bombenanschlag mit 16 Toten in einer Mailänder Bank am 12. Dezember 1969; der Anschlag sollte den Linken in die Schuhe geschoben werden) verwickelt. Insbesondere wird ihm vorgeworfen, daß er die Flucht von Guido Gianettini – Faschist, SID-Mann und der Beteiligung an der strage die stato dringend verdächtig! – nach Paris ermöglichte und daß er sogar dafür sorgte, daß dem in Italien polizeilich gesuchten Gianetti in Paris weiter sein SID-Honorar gezahlt wurde!

Kurz vor seiner Verhaftung hatte sich Maletti, inzwischen vom SID zur Armee versetzt, neue Schweinereien geleistet.

Erneuter Putschversuch und Provokation gegen Lotta Continua

In Absprache mit Kriegsminister Forlani und dem CIA wurden die Soldaten und Kasernen für die Zeit vom 25.-28.3. während des Generalstreiks und der Soldatendemonstration in Alarmbereitschaft gesetzt.

Speziell in Rom startete Maletti eine Provokation, indem Elemente von der SID einige ihrer eigenen Autos in Brand setzten. Sofort wurde über Radio und Telefon Lotta Continua beschuldigt, Putschversuche vorbereitet und durchgeführt zu haben. Die römischen Kasernen wurden abgeriegelt, die Soldaten mußten teilweise die Waffen abliefern und wurden gesucht. Alle Flugblattverteiler und als Genossen und fortschrittliche Soldaten bekannte Männer wurden festgenommen und schikaniert.

Soldaten entlarven Malettis Anschlag

Womit Maletti jedoch nicht gerechnet hatte, war, daß seine beauftragten Gehiemdienstler beobachtet worden waren, als sie die Autos in Brand steckten.

In einer sofort breit gestarteten Flugblattaktion konnte deshalb seine Verantwortung für diese ungeheure Provokation bewiesen werden.

Nicht mehr tauglich als taktischer Drahtzieher faschistischer und reaktionärer Anschläge und Putschversuche hat ihn die Militärhierarchie erstmal aus dem Verkehr gezogen und ist gezwungen worden, ihm einen Prozeß zu machen.

Die Nachricht von Malettis Verhaftung wurde sofort an alle Kasernen weitergegeben und am selben Abend fanden in vielen Kasernen Feiern und Feste aus Freude über den errungenen Erfolg statt. ●

Italien   Kampf dem Faschismus!

Am 14. März protestierten im Zentrum Roms Tausende gegen die Provokationen von Neofaschisten und Polizei. Tags zuvor waren Genossen beim Flugblattverteilen von einem bewaffneten Faschisten bedroht worden. Da die anwesende Polizei es trotz Verlangen abgelehnt hatte, den betreffenden Schießhund auch nur zu kontrollieren, hatten sich Genossen seiner anzunehmen versucht. Sofort griff die Polizei mit Waffengewalt ein, eine Polizeikugel durchschlug einem Genossen von „Avanguardia Operaia" den Schenkel, zehn Genossen wurden festgenommen.

Kurz zuvor, am 12. März, war dem Genossen Alvaro Insardi, Mitglied von „Lotta Continua" und des römischen Arbeitslosenkomitees, von einem faschistischen Kommando aufgelauert und mit zwei Pistolenschüssen, ins Bein und den Unterleib, lebensgefährliche Verletzungen zugefügt worden. Zwar inhaftierte die Polizei daraufhin drei einschlägig bekannte Jungfaschisten als wahrscheinliche Täter, ließ sich jedoch zugleich nicht die Gelegenheit entgehen, die Wohnung des überfallenen Genossen zu durchsuchen und dessen Bekannte langen Verhören zu unterziehen. Noch am selben Abend hatte in Rom abermals eine Faschistenbande zugeschlagen: Der Studentengenosse Lorenzo Giovannini wurde von drei Faschisten mit einer Eisenstange am Kopf verletzt.

Ebenfalls am 13. März rächte sich die Polizei im venezianischen Coneglianі, nahe Treviso, an einer erfolgreichen antifaschistischen Demonstration vom 6. März, auf der gegen eine angekündigte Versammlung des Faschisten Romualdi protestiert worden war und woraus fünf Faschisten hospitalreif-lädiert hervorgegangen waren. Nun wurden ein Gewerkschaftsfunktionär und zwei LC-Genossen vom Arbeitsplatz weg verhatete, unter den üblichen grotesken Anschuldigungen („nichtgenehmigte" Manifestation, „unerlaubte Bewaffnung" = Transparente usw.). Als unmittelbare Antwort darauf wurde in allen Schulen Trevisos gestreikt und massenhaft demonstriert.

Während am 15. März in Rom die antifaschistische Mobilisierung insbesondere in fast sämtlichen Schulen anschwoll, protestierten auch in Mailand und Florenz vorwiegend Studentenmassen gegen die neuerlichen neofaschistischen Übergriffe namentlich auf Schulen und Universitäten. In Mailand unternahmen 20.000 Studenten in Selbsthilfe die „Schliessung" von einem halben Dutzend Faschistenhöhlen. So wurde der zweitwichtigste (nach dem Büro in der Via Mancini) Sitz der faschistischen Partei MSI im Viale Murillo zerstört (von hier aus ist die Zone um das bekannte Stadion San Siro beständig durch Terrorbanden unsicher gemacht worden).Ferner wurde ein Büro der neofaschistischen Gewerkschaft CISNAL „geschlossen", erklärte Faschistentreffs, wie u.a. ein „dining room", ein „night club" und ein Laden für „Kluftbedarf" wurden zertrümmert und angesteckt.

Am 16. März weiteten sich die antifaschistischen Demontrationen vor allem seitens der Schüler und Studenten auf Turin, Genua und Trento aus. Am 17. März demonstrierten 20.000 Menschen in Rom. ●

LC-Genosse verurteilt

Am 24. März wurde in Rom der Genosse Marcello Galeotti von der kommunistischen Organisation Lotta Continua zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Genosse war presserechtlich verantwortlich für einen Artikel, in dem über die Ermordung des Antifaschisten Zibecchi (er wurde im vorigen Jahr bei einer Demonstration von einem Polizei-Jeep überfahren, der mit mörderischem Tempo in eine flüchtende Demonstranten-Menge gerast war) berichtet worden war. ●

Faschisten-Überfall gescheitert

Am 1. April hatten sich in Rom rund 30 Faschisten zusammengerottet, um einen Sitz der ‚Kommunistischen Partei', PCI, zu überfallen. Pech für die Faschisten: In dem Sitz fand gerade eine Mitgliederversammlung statt. Die Faschisten zogen es unter diesen Umständen vor, sich lieber zu verkrümeln. ●

Faschisten benutzen Mädchen als „Zielscheibe"

Am 26. März wurde in Mailand die 16jährige Olga Julia Calzoni von den Faschisten Giorgio Invernizzi und Fabrizio De Michelis erschossen. Die Ermordete kommt aus einer wohlhabende Familie, war im faschistischen Millieu aktiv und war mit ihren Mördern eng befreundet.

Über die Hintergründe der Tat besteht noch keine Klarheit. Nach Aussagen der Mörder haben sie die 16jährige „nur so" erschossen, weil es plötzlich „über sie gekommen" sei Man war gemeinsam im Auto an den Stadtrand gefahren, die beiden hatten plötzlich auf das Mädchen eingeschlagen, sie war erschrocken weggelaufen, und die beiden Faschisten hatten auf die Flütende eine Art makabres „Wettschießen" veranstaltet.

Eine ander Möglichkeit ist, daß Olga entführt werden sollte, um bei ihrer Familie ein Lösegeld zur Finanzierung neuer faschistischer Verbrechen locker zu machen. ●

Wieder ein Genosse von der Polizei ermordet

In Rom wurde am 7. April ein Genosse vor dem Justizministerium von zwei Bullen in Zivil erschossen. Der Genosse hatte an einer Demonstration für den Anarchisten Marini teilgenommen, der in Notwehr einen Faschisten erstochen haben soll (es wurde niemals nachgewiesen, daß es überhaupt Marini war, der den Faschisten niederstach) und deswegen zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Gegen die jetzt erfolgte Bestätigung des Urteils richtete sich die Demonstration.

Als „Grund" für die tödlichen Schüsse gaben die Bullen an, daß einige Demonstranten ‚Molotow-Cocktails' geworfen hätten. Der Erschossene stand allerdings, zusammen mit einem Freund, rund 150 Meter (!) von dieser Stelle entfernt! ●

Argentinien:

Auch durch den Militärputsch wird die Krise der Bourgeoisie nicht gelöst

Nach dem einhelligen Jubel der bürgerlichen Presse über die faschistische Machtübernahme in Argentinien wird jetzt über die Stabilisierung der Junta und ihre ersten „Erfolge" berichtet: *„Stabilisierung in Argentinien"* („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 3o.3.), *„Die kleinen Wunder der neuen Herren"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 1.4.) und sogar: *„Putsch in Argentinien – ein Segen"* („Washington Post", nach „SZ", 1.4.).

Durch die ständige Betonung, wie *„unblutig"* der Putsch durchgeführt wurde, wie *„besonnen"* und *„zurückhaltend"* die argentinische Junta vorgehe, soll die Gleichsetzung der argentinischen Generäle mit einem allzu offensichtlichen Henker wie Pinochet vermieden werden.

Daß die Junta in Argentinien sich aber grundsätzlich in keiner Weise von der Chiles unterscheidet, beweisen ihre Maßnahmen – schon lange vor – und erst recht nach dem Putsch.

Ständige Razzien, Verhaftungen, militärische Besetzung von bestreikten Betrieben und selbst der Einsatz von Bomben (gegen die Landguerilla in Tucuman oder gegen das Elendsviertel von Montechingolo) werden schon seit Monaten durchgeführt (vergl. ARBEITERKAMPF 77). Nach den ersten Massenverhaftungen nach dem Putsch (nach schwankenden Angaben 1.000 – 20.000 Menschen), nach Einführung der Todesstrafe, der militärischen Be-
(nach schwankenden Angaben 1.000 – 20.000 Menschen), nach Einführung der Todesstrafe, der militärischen Be-
setzung von Betrieben und dem Verbot bzw. Betätigungsverbot der Parteien wurden inzwischen weitere Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung eingeleitet:

- Die meisten Einzelgewerkschaften wurden unter staatliche Aufsicht gestellt, d.h. daß ein Offizier an ihrer Spitze steht. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist auf „Sozialfürsorge" beschränkt. Es ist ihnen verboten, Lohnverhandlungen zu führen. Streiks sind strikt untersagt. („SZ", 31.3.)
- In den Straßen von Buenos Aires patroullieren Lastwagen voll Soldaten mit schußbereiten Waffen, überall gibt es Verkehrskontrollen und Razzien durch das Militär („SZ", 31.3.).
- Sogenannte *„fliegende Kommandos"* von schwerbewaffneten Faschisten rasen in Autos ohne Nummernschilder durch Buenos Aires. Die faschistischen Banden, die wesentlich zur Vorbereitung des Putsches beigetragen haben, – allein am letzten Wochenende vor dem Putsch wurden 22 linke Gewerkschafter ermordet – sollen auch jetzt und in Zukunft einen Teil der Drecksarbeit bei der Ausrottung der linken Bewegung übernehmen („SZ", 27. und 31.3.).
- In Commandore Rivadavia wurde nach Abschaffung der bürgerlichen Gerichte das erste Militärgericht eingesetzt und ein Verfahren gegen sechs Gewerkschafter wegen angeblicher „Subversion" eingeleitet („SZ", 6.4.).
- Alle Angestellten des Staates sollen entlassen werden, die nicht *„für die Bekämpfung subversiver Aktivitäten eingesetzt sind"* („Frankfurter Rundschau", „FR", 2.4.).
- Ständig gibt es neue Verhaftungen wegen *„subversiver"* Tätigkeiten oder Propaganda oder einfach wegen *„Beziehungen zu subversiven Kreisen"*. („SZ", 2.4., „NZZ", 31.3.).
- Die direkte Pressezensur wurde zwar schon kurz nach dem Putsch wieder aufgehoben, argentinischen und ausländischen Journalisten drohen aber hohe Strafen, wenn sie *„unerwünschte Nachrichten"* veröffentlichen. *„Unerwünscht"* sind z.B. Meldungen über Verhaftungen, Kritik am Militär usw. („SZ", 27.3.).
- Der neue militärische Provinzgouverneur von Rosario hat bereits zur Verbrennung marxistischer Literatur aufgefordert. Ebenfalls in Rosario wurden über 1.000 *„Nachtschwärmer"* (? !) verhaftet. Ziel dieser Aktionen ist die *„moralische und ideologische Säuberung des öffentlichen Lebens"*. („SZ", 3/4.4.).

Ausländische Flüchtlinge werden ausgewiesen

Nach einer neuen Verordnung können Ausländer, *„die die nationale Sicherheit gefährden oder sonst straffällig werden"*, innerhalb von fünf Tagen aus Argentinien ausgewiesen werden.

Diese Maßnahme richtet sich vor allem gegen die zahlreichen politischen Flüchtlinge aus den faschistischen Nachbarländern. Die Junta hatte außerdem gleich nach dem Putsch alle Botschaften in Buenos Aires von schwerbewaffneten Einheiten abriegeln lassen, um die letzten Fluchtmöglichkeiten abzuschneiden. („NZZ", 30.1.).

Argentinien war eines der letzten Länder in Südamerika, wo politisch Verfolgte aus Bolivien, Uruguay, Chile oder Brasilien zwar eine unsichere aber immerhin eine Zuflucht finden konnten. Die argentinischen Behörden und die faschistischen Banden hatten die ausländischen Flüchtlinge bereits in den letzten Jahren massiv kontrolliert, verfolgt und auch entführt und an die Geheimpolizeien der entsprechenden Länder ausgeliefert. Die Flüchtlinge lebten – meist ohne Arbeitserlaubnis und ohne Pässe – unter elenden und demütigenden Bedingungen (vergl. AK 70).

Argentinien war dennoch ihre einzige Chance zu überleben; die Auslieferung an die Heimatländer bedeutet die sichere Verhaftung und in vielen Fällen Folter und Ermordung.

Der Imperialismus verwandelt ganz Lateinamerika in eine faschistische Kaserne, in der es keinerlei Zuflucht mehr gibt.

Videla und Pinochet – kein Unterschied

Videla und Pinochet – kein Unterschied

Die gründlichen Respressionsmaßnahmen der argentinischen Junta machen deutlich, daß alles Gerede vom „unblutigen Putsch", von „Besonnenheit und Zurückhaltung" der Militärs usw. nichts weiter als Demagogie und Betrug ist, ebenso wie das Bemühen den Putsch als „rein argentinische Angelegenheit" zur Lösung des Chaos im Lande darzustellen, so als habe der US-Imperialismus mit dem Putsch nichts zu tun.

Der Unterschied zu Chile besteht darin, daß die argentinischen Generäle und der Imperialismus aus den Erfahrungen mit Pinochet gelernt haben. Es geht ihnen darum, die Unterstützung des Imperialismus für die faschistische Machtübernahme nicht so offenkundig werden zu lassen wie in Chile; und es geht darum, eine breite Solidaritätsbewegung und eine damit verbundene außenpolitische Isolierung zu vermeiden. Die argentinischen Militärs hatten zur Durchsetzung dieser Ziele günstigere Bedingungen: Die peronistische Regierung Isabel hatte nicht nur für die Bourgeoisie, sondern vor allem vor den Massen total abgewirtschaftet; die argentinischen Militärs konnten es dadurch verhindern, gleich am Anfang breite Kämpfe zur Verteidigung der Regierung (wie sie in Chile stattfanden) niederschlagen zu müssen.

Das lange und intensive „Herbeizitieren" des Putsches durch die gesamte Presse im In- und Ausland sollte von vornherein eine breite Argentiniensolidarität abschwächen.

Der argentinischen Junta wird es aber nur solange gelingen, ihr „besonnenes und korrektes" Image zu pflegen, bis der Volkswiderstand zunimmt.

So stellt auch die „Süddeutsche Zeitung" besorgt fest, daß es zu *„schwerkontrollierbaren Streikbewegungen"* kommen könne, die *„zu einer Verschärfung der Repression zwingen"*, womit *„das bisher günstige Bild der Militärjunta im In- und Ausland gefährdet"* wäre. („SZ", 3/4.4.).

Die Generäle haben längst gezeigt, daß sie alle Maßnahmen eingeleitet haben und nicht zögern, um ebenso brutal und blutig gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen wie Pinochet in Chile oder wie sie selber es gestern und heute schon gegen die revolutionäre Linke praktizieren.

Aufgabe und Perspektive der Militärs

Die Militärjunta soll die wirtschaftliche Krise der Bourgeoisie lösen und – was Bedingung dafür ist – die Niederhaltung der Arbeiterbewegung gewährleisten. Gleich nach seiner Amtseinführung deutete der Oberkommandierende der Streitkräfte und neue Präsident Jorge Videla den Kurs an, den er verfolgen wird: Das ausländische Kapital solle an einer *„vernünftigen (!) Ausbeutung der Reichtümer teilhaben"* („FR", 1.4.) Der *„peronistische Wirtschaftsnationalismus"* (offenbar die mageren und imperialistenfreundlichen Verstaatlichungsmaßnahmen der peronistischen Regierung) solle eingedämmt werden.
listenfreundlichen Verstaatlichungsmaßnahmen der peronistischen Regierung) solle eingedämmt werden.
Entsprechend wurde der neue Wirtschaftsminister ausgesucht: Jose Martinez de Hoz gilt als *„energischer Befürworter des privaten Unternehmertums"* („FR", 3o.3.) oder als die *„Verkörperung der Allianz zwischen traditionellem argentinischem Großgrundbesitzertums und mulitnationalem Finanzmanagement"* („SZ", 31.3.). De Hoz ist selber einer der größten Viehzüchter des Landes und gleichzeitig Manager einer argentinischen Tochter von ITT (!) sowie einer Reihe anderer imperialistischer Konzerne. („SZ", 31.3.)

Weitere US-Firmen, wie z.B. General Electric, sind durch Mitarbeiter von de Hoz in der Regierung vertreten. („SZ", 4.4.).

Die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung bestanden aus verschiedenen Anreizen für ausländische Investoren. So der Abschaffung der (begrenzten) staatlichen Kontrolle über Auslandsinvestitionen, oder der Amnestie, *„für das bisher aus verschleierten Spekulationsgewinnen angesammelte 'schwarze Kapital'"* („SZ", 3/4.4.).

Der wirtschaftliche Kurs der neuen Regierung wurde *„in Unternehmer- und Finanzkreisen zunächst mit Genugtuung aufgenommen"* („NZZ", 30.1.). Es gab plötzlich in den Geschäften wieder alle – vorher zur Panikmache gehorteten – Waren zu kaufen. Es habe eine deutliche Produktionssteigerung gegeben, weil der „absentismo" – häufige Krankheit und Abwesenheit vom Arbeitsplatz – seit dem Putsch von 25 % auf 1 – 2 % zurückgegangen sei („NZZ", 3o.1.).

Tröpfelstreiks und Versammlungen während der Arbeitszeit machen schlagartig einer verbissenen Disziplin Platz. Beim Autobauer.. Peugeot wurde von einem Tag auf den anderen das Tagessoll von 120 Tagen erreicht, nachdem die Leistung vorher.. noch um 70 Autos lag." („Vorwärts", 1.4.)

Trotz dieser für Bougeoisie und Imperialisten zunächst günstig klingenden Meldungen, äußert selbst die bürgerliche Presse immer wieder besorgte Skepsis, ob es der Junta wirklich gelingen könne, Wirtschaft und Arbeiterbewegung in den Griff zu bekommen:

„Wie lange sich die Masche" der Junta, nämlich ein günstiges, legales Image im In- und Ausland aufzubauen, *„durchhalten läßt, ist jedoch eine andere Frage. Zwei gravierende Probleme – die wirtschaftliche Krise und die Guerilla* (und Arbeiterbewegung) *– harren einer Lösung, die man weder mit nachgiebigem Taktieren noch mit harter Hand so leicht wird finden können."* („Vorwärts", 1.4.).

Tatsächlich hat Videla keinerlei neues Konzept anzubieten. Argentinien befindet sich schon derzeit in völliger Abhängigkeit vom US-imperialistischen und europäischen Kapital. Die weitere „Öffnung zum Imperialismus", die Videla betreibt, kann keine grundlegende Wende bringen, sondern wird das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung beschleunigen.
gen, sondern wird das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung beschleunigen.

Die Bourgeoisie (und auch die Imperialisten) suchen faktisch seit 30 Jahren nach einem Ausweg aus der „Dauerkrise"; den Widersprüchen zwischen Landoligarchie und Industriekapital, zwischen beschränkten nationalen Interessen und der völligen Abhängigkeit vom Imperialismus, sie suchen eine Lösung zur „Befriedung" der kämpferischen Arbeiterbewegung. Das ist bisher weder durch brutale Militärdiktaturen noch durch Regierungen der scheinbaren „demokratischen Öffnung" gelungen.

Videla gelang es trotz langer und intensiver Bemühungen nicht ganz, die Reihen der Offiziere auf eine völlig einheitliche Taktik in ihrem Vorgehen festzulegen.

Kritik gab es von einer Gruppe von Offizieren am Wirtschaftsprogramm, weil es *„den multinationalen Gesellschaften einen allzu freien Spielraum"* gewähre („SZ", 3/4.4.). Diese Offiziere sehen die begrenzte „Eigenständigkeit" der Betriebe im Stahl-, Werft- und Bergbausektor bedroht, die zu großen Anteilen den Militärs gehören, und die sie in Zusammenarbeit mit imperialistischem Kapital betreiben.

Widersprüche traten auch bei Maßnahmen zur politischen Unterdrükkung auf. Während die Armee mehrere Gewerkschafter und Arbeiterdelegierte in den Betrieben zunächst verschonte, nahm die Marine hier zahlreiche Verhaftungen vor.

Die Armee gestattete der KPA den weiteren Vertrieb ihrer Zeitung, *„während ein Kommando von Marinesoldaten die Redaktion besetzte und im Verlauf eines als 'Schußwechsels' bezeichneten Zwischenfalls mehrere Personen tötete."* („SZ", 3./4.4.). Aus diesen Widersprüchen läßt sich keineswegs die Theorie von einer demokrati-
Personen tötete." („SZ", 3./4.4.). Aus diesen Widersprüchen läßt sich keineswegs die Theorie von einer demokrati-
schen und einer reaktionären „Fraktion" in den Streitkräften konstruieren, wie es die Revisionisten versuchen Es handelt sich dabei nur um Meinungsverschiedenheiten auf taktischer Ebene, die aber für Videla mehr Schwierigkeiten bei der Durchsetzung seiner Politik bedeuten.



Die Rechnung der Imperialisten wird nicht aufgehen. Arbeiterbewegung – und Revolutionäre

Die „Erfolgsaussichten" der Imperialisten und ihrer faschistischen Junta sind auf Grund dieser Bedingungen erfreulich schlecht. Ganz sicher wird die Junta die Lage nicht so lange ruhig halten können, wie es Pinochet in Chile gelang, wo der Volkswiderstand nur langsam an Breite zunehmen kann.

Die argentinische Arbeiterklasse verfügt von 1955 - 73 über lange Erfahrungen im Kampf gegen faschistische Militärdiktaturen. 1969/70 hat sie in breiten und militanten Kämpfen die Ablösung des Faschisten-Generals Ongania und die Vorbereitungen zur Rückkehr Perons erkämpft. In den letzten Monaten zeigte sich, daß die argentinische Arbeiterklasse nicht bereit ist, die Krise der Bourgeoisie auf ihrem Rücken austragen zu lassen (z. B. in dem großen Generalstreik im Herbst 1975 gegen das Notstandsprogramm der Regierung, in dessen Folge der Oberfaschist Lopez Rega das Land verlassen mußte).

Forts. Seite 6

Erste Gesetze der faschistischen Junta

Seit dem 24.3. sind folgende neue Gesetze in Kraft:

- *„Wer auf irgendeine Art (!) öffentlich kollektive Gewalttätigkeit entfacht und/oder die Ordnung stört, wird nur auf Grund der Anklage der Unruhestiftung mit Gefängnis bis zu 15 Jahren bestraft."*
- Wer Verkehrsmittel, Massenmedien, öffentliche Anlagen angreift, oder durch Feuer, Explosionen oder auf ähnliche Weise das Leben der Bevölkerung gefährdet, wird zu einer festgelegten Gefängnisstrafe oder zum Tode verurteilt.
- Wer *„Handlangerdienste"* für die oben genannten *„Verbrechen"* leistet, *„wird der gleichen Strafe zugeführt"*; wer nur *„sekundär"* beteiligt ist, wird mit Gefängnisstrafen von 15 bis 25 Jahren bestraft.
- Das Militär- und Polizeipersonal ist befugt, *„die Waffen gegen jedermann zu gebrauchen"*, der bei solchen *„Verbrechen in flagranti ertappt wird und sich nicht auf die erste (!) Aufforderung hin ergibt, oder aber, wenn er seine Waffen gegen diese erhebt."*
- *Hiermit werden auf Dauer (!) spezielle Militärgerichtshöfe im ganzen Land geschaffen"*, die für die beschriebenen Verbrechen zuständig sind. Die Kommandeure der Verteidigungszonen (!) sind ermächtigt, ständige Militärgerichte einzusetzen und ihre Mitglieder zu bestimmen.
- Laut Kommunique Nr. 34 ist das Tragen von Waffen ausschließlich den Sicherheitskräften – in und außer Dienst – gestattet.
- Alle Waffen Sprengstoff usw. sind innerhalb von 24 Stunden abzuliefern. Wer dieses Verbot verletzt, wird mit Gefängnisstrafen bis zu 10 Jahren bestraft.
- Wenn der Besitz von Waffen *„Verbrechen gegen die allgemeine Sicherheit"* möglich machen oder *„erleichtern"* (!!) soll, oder wer ohne *„legalen Auftrag"* Waffen oder explosive Stoffe herstellt, verteilt, kauft oder transportiert, wird mit Gefängnis bis zu 15 Jahren bestraft (nach „Monitor-Dienst", 26.3.76).

Im Hintergrund des argentinischen Putsches: ITT und Siemens – ein Beispiel für viele



Die Einflußnahme der Imperialisten auf die faschistische Machtübernahme in Argentinien wird zur Zeit noch systematisch verschwiegen.

Der BRD-Imperialismus hat schon wenige Tage nach dem Putsch seine konkreten Erwartungen an die Militärjunta angemeldet. Für die Erfüllung ihrer Forderungen versprachen die Imperialisten eine seit langem geplante, aber unter den peronistischen Regierungen nicht verwirklichte technische Hilfe und Kredite („SZ", 5.4.).

Folgende Forderungen stellen die Imperialisten auf:

– Die Militärjunta soll eine Erklärung abgeben, in der versichert wird, daß die Fernmeldeabteilung der argentinischen Filiale von Siemens nicht verstaatlicht wird (was die Peronisten als Plan angedeutet hatten).

– Die Junta soll die Beschuldigungen zurücknehmen, nämlich, daß Siemens überhöhte Rechnungen ausgestellt und Steuern in Millionenhöhe hinterzogen habe.

– Der argentinische Staat soll Entschädigungssummen an Siemens zahlen, weil er bestimmte Verträge gegenüber der Firma nicht eingehalten habe.

– Weiter soll eine Entschädigung an die Dresdner Bank gezahlt werden, deren Minderheitenanteil an einer argentinischen Bank von der peronistischen Regierung nationalisiert worden war.

Diese „Forderungen" sind eine unglaubliche Dreistigkeit angesichts der Machenschaften, die gerade Siemens sich in Argentinien geleistet hat:

Seit 1954 haben die argentinischen Töchter von Siemens und Standard Electric (eine Filiale von ITT) vertraglich alle Rechte zum Ausbau des Telefonnetzes in Argentinien. Beide Firmen haben das bis ins letzte ausgenutzt:

– Die – beim Telefonbau zahlreichen und komplizierten Einzelteile wurden teilweise doppelt berechnet und vom argentinischen Staat auch doppelt bezahlt.

– Laut Vertrag durften alle für den Telefonbau notwendigen Einzelteile zollfrei eingeführt werden. ITT und Siemens nutzten diese Regelung, um Waren, die nichts mit dem Telefonbau zu tun haben, zollfrei zu importieren. Z. T. wurden diese Waren nur importiert, um sie sofort wieder auszuführen und die staatliche Export-Förderungsprämie mitzunehmen.

– Die Profite von Siemens Argentinien beim Handel mit anderen Konzernen beliefen sich im Schnitt auf 31 %. Nur bei Lieferungen an Firmen, die zur Siemensgruppe gehören, machte Siemens Argentinien durchschnittlich 11,5 % Verlust. Dadurch wurde der argentinische Staat um Unsummen an Gewinn- und Einkommenssteuern betrogen: Man schätzt die Steuerschuld der Siemens Argentinien auf 3,8 Mio. Dollar, die von ITT auf über 9 Mio. Dollar.

Die Manipulationen – von denen hier nur einige Beispiele erwähnt wurden – wurden seit 1971 von Gewerkschaftern und liberalen Demokraten enthüllt. Die Peronisten schlachteten 1973 das Thema für ihren Wahlkampf aus, um den Massen einen antiimperialistischen Charakter ihrer Politik weiszumachen. Die „Argentinisierung" der Telefonbauabteilung von Siemens wurde dann mit großem Pomp und Propagandaaufwand vollzogen. Parallel dazu wurden Geheimverhandlungen mit den Imperialisten geführt und festgelegt, daß allein die Telefonbauabteilung vom argentinischen Staat gekauft wird, alle anderen Kapitaleinlagen von Siemens unangetastet bleiben, und Siemens keine Rückzahlungen für Steuerhinterziehungen und doppelte Rechnungen, die der Konzern im Laufe der Untersuchungen zugeben mußte, zu leisten braucht.

Vor diesem Hintergrund wird der Charakter der Forderungen deutlich, die die BRD-Imperialisten jetzt an die Junta gestellt haben. Sie versuchen, die Profite, die ihnen durch die sehr begrenzte antiimperialistische Imagepflege der Peronisten und vor allem durch zahlreiche Streiks und Lohnkämpfe verloren gingen, jetzt doppelt und dreifach nachzuholen.

Erfolgreichstes Beispiel für Zugeständnisse, die Imperialisten an die Arbeiter machen mußten, waren die Kämpfe der Arbeiter von Mercedes Benz Argentinien – unterstützt von den Montoneros, die den Produktionsleiter von Mercedes entführten. Die Geschäftsleitung mußte fast alle Forderungen erfüllen und zog als einer der letzten imperialistischen Konzerne alle „heimischen" Mitarbeiter aus Argentinien ab, weil sie trotz konspirativster Sicherheitsmaßnehmen und schwerbewaffneter Leibwächtertrupps nicht mehr vor der bewaffneten Guerilla geschützt werden konnten.

Die Imperialisten erwarten natürlich auch, daß die Junta mit diesen Zuständen aufräumt. Gegenüber dem BRD-Kapital hat die Junta bereits ihre *„Bereitschaft zum Entgegenkommen"* geäußert und *„als Zeichen des guten Willens"* weitere Großaufträge für Siemens angedeutet. („SZ", 5.4., weitere Informationen aus „Argentinieninfo", Nr. 2). ●

Forts. von S. 5

Forts. von S. 5

Das heißt, die argentinische Arbeiterbewegung ist bereit, für ihr Lebensniveau und gegen politische Entrechtung zu kämpfen, und sie kann dabei auf jahrelange Erfahrungen zurückgreifen. Es wird nicht lange dauern, bis die argentinischen Arbeiter auf breiter Ebene anfangen, sich zur Wehr zu setzen.

Der Rückgang des „absentismo" und die vermehrte Arbeitsdisziplin lassen – nicht einmal für die bürgerliche Presse – den Schluß auf einen längerfristigen Sieg der Militärs über die Arbeiterklasse zu; sie sind vielmehr Ausdruck für eine augenblickliche Lähmung und Desorientierung der Arbeiterbewegung, die im wesentlichen durch das brutale Abwirtschaften des Peronismus und den militärischen Druck bedingt sind.

Die Schwäche der Arbeiterbewegung in Argentinien ist nicht wie 1973 in Chile das Vertrauen auf den „friedlichen Übergang", sondern die langjährige Bindung an die peronistische Ideologie vom „Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Das Ziel, den Sozialismus zu erkämpfen (und nicht einen nationalistisch-antiimperialistischen „Sozialismus", wie ihn Linksperonisten propagieren) hat noch nicht so breiten Eingang in die Arbeiterbewegung gefunden. Die Regierungen Perons und Isabels haben aber erheblich zur Entlarvung des „Dritten Weges" und damit auch zum Anwachsen und zur Stärkung der revolutionären Bewegung beigetragen.

Die linken und revolutionären Organisationen sind seit langem auf eine faschistische Machtübernahme vorbereitet. Sie verfügen über lange Erfahrungen im illegalen Kampf und haben bewiesen, daß sie einer mörderischen Unterdrückung und Verfolgung nicht nur standhalten, sondern diese gleichzeitig bekämpfen konnten.

Die KPA, deren Einfluß in der Arbeiterbewegung äußerst beschränkt ist und nicht mit dem der KP Chiles zu vergleichen ist, wird durch ihre kriminelle Begrüßung des Putsches den letzten Kredit verlieren (siehe Artikel in diesem AK).

Schon vor dem Putsch haben die PRT/ERP und die Montoneros als die beiden bedeutendsten linken Organisationen Formen der Zusammenarbeit entwickelt (gemeinsame bewaffnete Aktionen oder zumindest gemeinsame Planung und gegenseitige Unterstützung). D. h., eine Isolierung der PRT/ERP von der übrigen Linken ist in Argentinien nicht zu erwarten.

Die Bedingungen für die revolutionäre und Arbeiterbewegung sind auch aus weiteren Gründen günstig. Den Militärs kann es kaum gelingen, das Land total in eine Kaserne zu verwandeln und militärisch so umfassend zu kontrollieren, wie es Pinochet in Chile versucht. In Argentinien gibt es weite, dünn besiedelte ländliche Gebiete, in die sich eine bewaffnete Guerilla zurückziehen und von wo aus sie ihre Aktionen entwickeln kann. Ländliche Gebiete, in denen Landarbeiter mit langer kämpferischer Tradition die Guerilla unterstützen und sich – teilweise selbst bewaffnet – gegen die Repression verteidigen.

So gelingt es der Landkompanie der PRT/ERP in Tucuman seit über einem Jahr, dem Vernichtungsfeldzug der Militärs erfolgreich standzuhalten. Auch nach dem Putsch haben die revolutionären Organisationen Argentiniens gezeigt, daß sie dazu in der Lage sind, die Militärjunta mit allen Mitteln zu bekämpfen – trotz der verstärkten Repression, der Kontrollen, trotz der Präsenz einer Unmenge von Soldaten auf den Straßen:

– Kurz vor der Amtseinführung von Jorge Videla als Staatschef wurde der oberste Einsatzleiter der argentinischen Polizei aus einem fahrenden Auto heraus erschossen. („FR", 30.3.)

– Eine Guerillaeinheit griff eine Polizeistation in Moreno an. Angeblich wurden zunächst drei und bei weiteren Gefechten weitere sechs Guerilleros getötet. Verluste auf Seiten der Polizisten wurden natürlich nicht genannt („SZ", 31.3.).

Unter diesen Bedingungen kann und wird das Konzept der Bourgeoisie und des Imperialismus in Argentinien nicht aufgehen. Die PRT/ERP schrieb am 30.1., daß der Militärputsch ein *„Schritt zur Generalisierung des Bürgerkriegs"* sein wird, *„die Einbeziehung der Massen in den Krieg und die Polarisierung der beiden kämpfenden Kräfte"* (AK 77).

Dazu der Südamerikakorrespondent der „FR" im SPD-„Vorwärts" recht realistisch: *„Im Kampf gegen die Subversion werden die Militärs reichlich Gelegenheit haben, sich die Zähne auszubeißen." „Auch in Argentinien sind es die erschreckenden sozialen Gegensätze, die rücksichtslose Ausbeutung bestimmter Volksgruppen – etwa der Plantagenarbeiter in Tucuman oder Juyjuy oder der Tabak- und Teepflanzer in Corrientes und Misiones, der Wucher im Zwischenhandel, der vor allem die städtische Randbevölkerung auslaugt und andere strukturelle Widersprüche, die den Nährboden der Subversion bilden. Was kann sich an dieser Realität mit Videla, Martinez de Hoz und einem liberalen Wirtschaftsprogramm ändern? "* („Vorwärts", 1.4.). ●

Stimmen zum Putsch in Argentinien

Lateinamerika

Wie nicht anders zu erwarten, haben die engsten Nachbarn Argentiniens, wie Chile, Bolivien, Uruguay, den Staatsstreich begrüßt.

Die chilenische Junta äußerte, daß *„der gute Wille und die Aufopferung"* der Präsidentin Isabel nicht ausreichten, um *„ein von Unruhen geschütteltes Land wie Argentinien zu regieren. Argentinien braucht eine Regierung, die Achtung, Autorität und Glaubwürdigkeit genießt."* Der bolivianische Präsident Banzer erklärte: *„Die argentinisch-bolivianischen Beziehungen würden ihren bestehenden herzlichen Charakter behalten."* (Banzer hatte gleich nach dem Putsch die Grenzen zu Argentinien abriegeln lassen, um *„das Eindringen von Flüchtlingen"* zu vermeiden!).

Einigermaßen unerwartet kommen die Glückwünsche des peruanischen Präsidenten Bermudez zur Machtübernahme der Militärs in Argentinien. In einer Grußbotschaft an die argentinische Junta betonte Bermudez seine *„Freude, die besten Wünsche für den Erfolg"* der neuen Regierung übermitteln zu dürfen und er hoffe, daß er sich die *„ständigen Bande der Freundschaft"* zwischen beiden Regierungen weiter verstärkten. Der Chef einer angeblich „antiimperialistischen Volksregierung" beglückwünscht die Faschisten zur Machtübernahme! (Alle Zitate aus „Monitor-Dienst", 26.3.)

Die Revisionisten

Radio Moskau, Prag und DDR berichteten in ersten Meldungen relativ kurz über die Fakten der Machtübernahme und die ersten Maßnahmen der Junta.

Der Putsch wurde als Staatsstreich der Reaktion eingeschätzt, der auf Grund der kapitalistischen Krise und des Chaos im Lande provoziert wurde. dabei wurden einige „Hoffnungen" auf die „gemäßigten Teile" der Militärs zum Ausdruck gebracht.

In keiner Stellungnahme fehlte der Hieb gegen *„linksextreme Gruppen"*, die angesichts der sowieso chaotischen Situation Argentiniens noch *„Öl ins Feuer gossen"*, *„den Terror der Reaktion mit eigenen Terrorakten erwiderten"* (Radio Prag) oder die *„die innenpolitisch instabile Situation forciert haben"* (Berliner Rundfunk, nach „Monitor-Dienst", 26.6.).

Den Vogel bei dieser Art Berichterstattung schoß aber die DKP ab.

Am 26.3., also gleich nach dem Putsch, berichtete die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" unter der Überschrift *„Putsch für das Kapital"*:

„In Argentinien haben reaktionäre Militärs die Macht ergriffen, Gewerkschafter und Kommunisten werden bereits verfolgt. Terror a la Pinochet ist zu befürchten."

Nur wenige Tage später ließ die DKP diese richtige Einschätzung fallen – offenbar sofort nachdem sie die Erklärung der argentinischen „Bruderpartei" mit der Billigung des Putsches zur Kenntnis genommen hatte.

In der „UZ" vom 1.4. wird kommentarlos (!) die KPA-Erklärung mit allen Beschönigungen der Junta zitiert und zusätzlich befriedigt festgestellt, daß sich mit der *„Einsetzung des neuen Präsidenten das Leben in Argentinien äußerlich weiter nomalisiert"* habe.

In den Augen der DKP hat sich die argentinische Junta offenbar innerhalb von drei Tagen von „Falken" in „Tauben" verwandelt, sie verlor kein Wort mehr über Verfolgungen und den reaktionären Charakter der Junta. Dieser totale Schwenk wurde ohne jegliche Erklärung und Begründung vollzogen.

KBW

In der „KVZ" vom 8.4. berichtete der KBW unter der Überschrift *„Militärjunta – Statthalter der Großbourgeoisie und des Imperialismus"* über das Interesse, das die Imperialisten an der faschistischen Machtausübung in Argentinien haben.

Bekanntnlich haben aber für den KBW als treuem Nachbeter der chinesischen Außenpolitik alle Konflikte in der Welt ihre Ursache im „Ringen der Supermächte". Folglich muß auch Argentinien irgendwie in dieses Schema passen:

„Bedeutet der Militärputsch für die Supermacht USA und den BRD-Imperialismus eine Verstärkung ihres Einflusses in Argentinien, so steht die andere Supermacht bezüglich Argentinien noch mit leeren Händen da. Das soll anders werden ... "

Zitiert wurde dann die Erklärung der KPA, um daran deutlich zu machen, daß die KPA – wohl als 5. Kolonne des Sozialimperialismus – daran arbeite , daß die Supermacht UdSSR in Argentinien Fuß fassen kann. Über diesen – für die weitere Entwicklung in Argentinien total unbedeutenden – Gedankengängen „vergißt" die „KVZ" die wesentlichen Fragen, wie z. B. die nach dem Stand und der Perspektive der revolutionären Bewegung. In der „KVZ" v. 1.4. hieß es dazu nur, daß sich die revolutionären Organisationen von der peronistischen Partei abgespalten hätten und sich völlig von der Ideologie des Peronismus lösen müßten, um *„voranzukommen"*. Dies betrifft aber nur die linksperonistischen Organisationen.

Die Existenz und relative Stärke der marxistisch-leninistischen PRT/ERP wird völlig unterschlagen.

„KPD/ML"

Der „Rote Morgen" vom 10.4. setzte sich gar nicht erst groß mit dem Putsch in Argentinien auseinander, sondern ging unter der Sparte „Revisionistisches" allein auf den *„Verrat"* , d. h. die Billigung des faschistischen Putsches durch die KPA ein. Hervorgehoben wurde dann noch die (Bruderpartei?) „KP/ML" Argentinien. Als deren „Verdienste" wurden genannt, daß sie – im Gegensatz zur KPA – verboten wurde und die Volksmassen schon seit langem aufgerufen hätte, *„vor einem reaktionären Putsch auf der Hut zu sein und ihm mit Massenaktionen zu begegnen."*

Dieser Verein hat erst kürzlich seinen 2. „Parteitag" abgehalten. Dort wurde *„insbesondere gegen die aggressive Tätigkeit der beiden Supermächte"* Stellung genommen und zum Aufbau einer *„patriotischen demokratischen Front ... gegen den Imperialismus und die Reaktion und die Unterbindung der Interventionsversuche des sowjetischen Sozialimperialismus"* aufgerufen („Monitor-Dienst", 23.3.).

Eine Stellungnahme, die wahrhaft gekonnt an den Problemen der argentinischen Arbeiterbewegung und der Realität im Lande vorbeigeht, die aber voll ins Schema der „KPD/ML" paßt. ●



Frauen



Gesetzesvorlagen zum Schutz der Frauen bisher nicht verabschiedet

Nach 15-jähriger Ehe, in der sie nicht die Dienerin, sondern die Sklavin ihres Mannes war, hat eine Mutter von fünf Kindern ihren Peiniger umgebracht.

Von den 78 englischen Pfund, die ihr Mann pro Woche verdiente, bekam sie nur 14 Pfund wöchentlich für den Haushalt.

Mit der Axt hat sie den täglichen Prügeleien ihres Mannes ein Ende bereitet.

Das Gericht ließ sie auf Bewährung frei (nach „Guardian", 14.2.76).

Bewohnerinnen des Frauenasyls in London Chiswick wiesen Schnittverletzungen, Brandmale von auf der nackten Haut ausgedrückten Zigaretten auf. Viele dieser Frauen sind einem regelrechten Folterhaus entflohen.

Zum Frauenasyl in London haben die Bewohnerinnen ein zweites hinzu genommen, indem sie ein leerstehendes Hotel besetzten.

Der Staat unterstützt diese Häuser. In beiden Asylen kümmern sich zwölf festangestellte Kindergärtner und Vorschullehrer um die Kinder. An den Kindern haben die häuslichen Verhältnisse natürlich Spuren hinterlassen: sie sind mißtrauisch, aggressiv und verstockt (nach „Frankfurter Rundschau", 12.1.76).

Aber die englischen Frauen können vorerst weiterhin von ihren Ehemännern brutal verprügelt werden, ohne daß Gerichte einschreiten. Eine Gesetzesvorlage, die auf Druck der Bewegung gegen die Brutalität an Frauen ins Unterhaus eingebracht wurde, ist dort durch die Konservativen mit Hilfe von parlamentarischen Tricks nicht mehr abgestimmt worden und wird erst wieder nach allen anderen bisher festgesetzten Tagesordnungspunkten zur Verhandlung kommen. Das dauert.

Das Gesetz hätte es den Frauen erleichtert, gegen ihre Ehemänner einstweilige Verfügungen zu erwirken, durch die der Ehemann ganz oder teilweise aus dem Haus ausgesperrt werden könnte.

Außerdem könnten Richter schneller eine Haft anordnen, wenn die Prügeleien sich wiederholen.

Außerdem könnten Richter schneller eine Haft anordnen, wenn die Prügeleien sich wiederholen.

Nach dem bisher geltenden Gesetz müssen die Frauen, die sich vor der Brutalität ihres Ehemannes schützen wollen, die Scheidung einreichen oder ein langwieriges gerichtliches Trennungsverfahren beantragen.

Die Polizei kann nur dann eingreifen, wenn der Mann seiner Ehefrau bereits schwere körperliche Verletzungen zugefügt hat, und selbst dann zögert die Polizei noch.

Im Rahmen des Gesetzespaketes zur Gewalt gegen Frauen („Violence Bill") wurde Vergewaltigung neu definiert. Außerdem soll den Opfern Anonymität bei der Gerichtsverhandlung garantiert werden. (Genaueres über das Gesetz ist uns aber nicht bekannt.) (Nach „Guardian" vom 14.2.76).

Dieses Gesetzespaket macht zwar einen guten Eindruck; aber wie Gesetze, die den Anspruch erheben, die Emanzipation der Frau zu unterstützen sogar in ihr Gegenteil verkehrt werden, zeigt das Peispiel der Prügelstrafe; nach der Logik eines Schuldirektors in England wurde das Gleichberechtigungsgesetz so ausgelegt, daß auch Mädchen mit Prügel von ihren Lehrern bestraft werden können. •

Aus: „Guardian", 14. Feb. 76

Für 30 % der Mütter der erste Urlaub — das soll gestrichen werden !!!

Seit 1969 wird die Unterstützung für das Müttergenesungswerk massiv abgebaut. Von 180 Heimen mußten in den letzten sechs Jahren 37 die Tore schließen. So konnten im letzten Jahr in den noch verbliebenen 143 Heimen nur 55.000 Kuren gegenüber früher 90.000 durchgeführt werden.

Und Bundesregierung, Sozialämter und Krankenkassen kürzen weiter die Mittel: 500.000 DM sind es in diesem Jahr weniger, die vom Familienministerium an das Müttergenesungswerk gehen. 1974 waren es noch 5,5 Mio. DM, heute sind es nur noch 3,5. Offensichtlich will man sich seitens der Bundesregierung nach und nach ganz aus der Förderung zurückziehen, was das Ende des Werkes bedeuten würde.

Hinzu kommt noch, daß immer mehr Sozialämter ihre Zuschüsse verweigern und daß Krankenkassen und Rentenversicherungen Mutterkuren streichen; so zahlten bisher die Kassen für jede Kur 206 DM, die Sozialhilfeträger 269 DM.

Diese Entwicklung fällt in eine Zeit, in der insbesondere auf den Müttern durch Arbeitslosigkeit, schlechte Schul- und Ausbildungssituation, miese Kindergartensituation stärkerer Druck als je zuvor lastet.

Für 90 % der Frauen, die eine Kur machen, kommt diese zu spät, da ihre Gesundheit nicht mehr völlig wiederherzustellen ist.

Für 30 % der Frauen ist es der erste Urlaub überhaupt. 52 % sind Arbeiterfrauen, 51 % haben zwei bis vier Kinder, 23 % vier und mehr. 16,8 % treten die Kur mit psychischen Störungen an, besonders groß ist die Zahl der Frauen, die in zerrütteten Ehen leben, unter unzureichenden Wohnverhältnissen leiden und in wirtschaftlicher Not sind.

Für diese Frauen war der Urlaub über das Müttergenesungswerk die letzte Chance, an eine Erholung heranzukommen.

Hier trifft die Spar- und Krisenpolitik wieder einmal diejenigen, denen eigentlich eine besondere Unterstützung gegeben werden müßte. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Darmstadt:

Polizeieinsatz gegen Gegner des § 218 !

Wieder hat es einen massiven Polizeieinsatz gegen Gegner des § 218 gegeben, diesmal in Darmstadt.

Dort tagte am 27. und 28. März die sogenannte „Mittelrheinische Gesellschaft für Geburtenhilfe und Gynäkologie". Die Aufgabe dieses Kongresses sollte sein, auf der Grundlage des „reformierten" § 218 die Indikationen festzulegen, bei denen es die Ärzte mit ihrem „Gewissen" vereinbaren können, eine Abtreibung vorzunehmen. Es sollen auf diesem Kongress von Hals-Nasen-Ohren bis zur Nervenkrankheit Kriterien für die Ärzte festgelegt werden, nach denen in Zukunft die Fälle für einen (offiziellen) Schwangerschaftsabbruch eingegrenzt werden.

So kam es, daß sich bei der Eröffnung des Kongresses auch Gegner des §218 einfanden, um gegen den Kongreß zu protestieren.

Wobei sich der Protest auch gegen die Finanzierung des Kongresses durch die Chemische Industrie wie z. B. Merck-Darmstadt, Steigerwald-Arzeneimittel GmbH, Schering AG, Berlin usw. richtete.

Die Demonstranten versuchten die Tagungsteilnehmer am Betreten des Kongreßzentrums zu hindern und den Eingang zu versperren. Es wurde die Parole gerufen: „Reaktionäres Ärztepack, raus aus Darmstadt".

Dies wurde von der Polizei zum Anlaß genommen, massiv loszuschlagen. Mit Schlagstöcken gingen sie auf die Demonstranten los und es gab zahlreiche Verletzungen, wobei zwei Menschen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. •

Eine Frankfurter Genossin

Thailand:

Bullen vertreiben Arbeiterinnen aus besetzter Fabrik

Mitte März besetzte die Polizei die „Samakkee Gammagorn" (Fabrik der Vereinigten Arbeit) und verjagte die Frauen, die die Fabrik fast drei Monate lang auf gemeinschaftlicher Grundlage in eigener Regie betrieben hatten.

Nach dem Überfall marschierten die Arbeiterinnen der Fabrik und andere, die sie unterstützten, aus Protest zur Residenz des Premierministers. Sie wurden von der Polizei zurückgedrängt, 41 verhaftet, davon 16 Jugendliche. Arbeiter mehrerer anderer Textil- und keramischen Fabriken in Omnoi, in der Nähe von Bangkok, streikten für einen Mindestlohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen; Forderungen, ähnlich denen, die die Arbeiterinnen der „Fabrik der Vereinigten Arbeit" dazu führten, ihre Fabrik zu übernehmen.

Arbeiter, meist Frauen, in der „Taichalearn Textilfabrik" haben erklärt, daß sie dem Beispiel ihrer Schwestern folgen und ihre Fabrik übernehmen wollen (nach „New Asia Notes", 26.3.76). •

Indochina-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Erfolgreiche Klage gegen ungleiche Bezahlung!

Eine belgische Stewardess hat beim Arbeitsgericht Brüssel bzw. beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg erfolgreich gegen die Diskriminierung der Frauen im Beruf geklagt. Männliche Stewards dürfen länger in ihrem Beruf tätig sein als weibliche (für sie ist die Berufstätigkeit mit 45 Jahren zu Ende) und haben dadurch natürlich einen erheblichen Verdienstvorteil. Die Stewardess klagte deshalb auf einen entsprechenden Diskriminierungszuschlag. Das Gericht, das die bisher einzige Institution der EG mit endgültigen Kompetenzen ist, gab der Klägerin gemäß Artikel 119 EG-Gesetz Recht.

Dieses Urteil gilt für die gesamte EG und für alle privaten Arbeitnehmer, d. h. jede Angestellte oder Arbeiterin kann entsprechende Urteile in ihrem Staat herbeiführen, die die Arbeitgeber zur Zahlung eines „Diskriminierungszuschlags“ verpflichten!

Speziell Großbritannien und Irland haben auch ein entsprechendes Wehgeschrei angestimmt: Der Öffentliche Haushalt würde total durcheinanderkommen, wenn diese Zuschläge jetzt massenhaft und rückwirkend gezahlt werden müßten – das bedeute eine Ruinierung der Staatsfinanzen usw. usf.!! Daraufhin wurde das Urteil in der Art gefaßt, daß alle diejenigen, die zur Zeit ein Verfahren schweben haben, die Zahlungen rückwirkend erhalten müssen, alle künftigen Verhandlungen aber nur die zukünftige Bezahlung betreffen.

Mit diesem Urteil sind auch alle Verträge und Tarifverträge rechtswidrig, die ähnliche Benachteiligungen für die Frauen beinhalten. ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

DKP

Aus „humanen Gründen" für die Fristenregelung

Kürzlich ist eine Broschüre erschienen, die die Redebeiträge der DKP auf dem von ihr inszenierten Hamburger „KB-Tribunal“ (8.1.76) enthält. In der Broschüre sind auch einige „Diskussionsbeiträge“ von DKP-Funktionären abgedruckt, die vorbereitet waren, aber ‚aus Zeitmangel‘ nicht gehalten wurden.

So auch der „Diskussionsbeitrag“ von einer Frau Margret Springhorn zum Thema „KB und Kampf gegen § 218“, der auf diese Weise dankenswerterweise ans Licht der Öffentlichkeit gelangt.

Frau Springhorn wollte nämlich erläutern, warum die DKP für eine auf drei Monate begrenzte ‚Fristenlösung‘ ist.

Hierzu hatte man schon gelegentlich vage Schnacks gehört: „Eigentlich“ sei die DKP ja auch nicht für eine solche begrenzte ‚Fristenregelung‘, aber das sei heute halt eine

Hierzu hatte man schon gelegentlich vage Schnacks gehört: „Eigentlich“ sei die DKP ja auch nicht für eine solche begrenzte ‚Fristenregelung‘, aber das sei heute halt eine

„Bündnisfrage“, und wenn man die ‚Fristenregelung‘ erst mal hätte, könnte man ja weitersehen ...

Frau Springhorn sagt es deutlicher: *„Zu einer Abtreibung nach dem 3. Monat, und das heißt bis praktisch hin zur Geburt, kann man aus medizinischen und humanen Gründen gesetzlich keinen Arzt zwingen. Denn es kann nicht darum gehen, das Prinzip der freien Entscheidung, man gestatte mir hier einmal das Wort frei, über die Gesundheit und das Leben von Frauen zu stellen.“*

Sorgt sich die DKP also um Gesundheit und Leben der Frau, oder sorgt sie sich um das „Gewissen“ der Ärzte?

Einen Hinweis gab Frau Springhorn mit der Forderung, *„daß Abtreibungen, auch die nach (!) dem 3. Monat, straffrei bleiben müssen.“* Wäre die DKP wirklich der Ansicht, daß bei einer Abtreibung nach der 3-Monats-Frist Gesundheit und Leben der Frauen gefährdet sind, so wäre ein V e r b o t der Vornahme einer Abtreibung unter solchen Umständen eine logische Schlußfolgerung. Frau Springhorn argumentiert aber lediglich so, daß die Ä r z t e *„aus medizinischen und humanen Gründen“* davor geschützt werden müßten, gegen ihren Willen nach dem 3. Monat eine Abtreibung vorzunehmen. Mag sich dann die Frau – wenn sie zu einer Abtreibung nach dem 3. Monat g e z w u n g e n ist, denn keine Frau wird aus Vergnügen länger warten als nötig – nach einem Arzt umsehen, der sich sicher die Abtreibung wieder teuer bezahlen läßt, mag sie gar in ihrer Not zum Pfuscher laufen – den „humanen“ und „medizinischen“ Rücksichten

Abtreibung wieder teuer bezahlen läßt, mag sie gar in ihrer Not zum Pfuscher laufen – den „humanen“ und „medizinischen“ Rücksichten

der DKP (auf die Ärzte!) ist Genüge getan...

Abgesehen von diesen wahrhaft „humanen“ Überlegungen befindet sich die DKP mit ihrer Befürwortung der ‚Fristenregelung‘ in der gewohnten tragi-komischen Rolle, die alten Klamotten der SPD als „letzten Schrei“ aufzutragen. Ebenso wie bei der sogenannten „Mitbestimmung“ macht sich die DKP anstelle eigener Alternativen wieder mal für die zu Grabe getragenen Reform-Versprechen der SPD stark. **Dabei paßt sich die DKP der SPD soweit an, daß sie seit dem Karlsruher Verfassungsgerichtsurteil vom vorigen Jahr praktisch auf Aktivitäten gegen den § 218 verzichtet hat. Womit die DKP noch einmal unterstrichen hat, daß sie dem arbeitenden Volk nichts zu bieten hat!** ●

Hamburg

Schweinische Zustände in der Frauenklinik Altona

Die hier geschilderte Erfahrung machte eine Frau, als sie mit einer Blutung während der Schwangerschaft in die Frauenklinik Altona in der Bülowstr. eingewiesen wurde:

„Als ich im 3. Monat schwanger war, bekam ich plötzlich während der Arbeitszeit Blutungen. Ich rief meinen Arzt an, der mir sofort riet, ins nächste Krankenhaus zu fahren und mich so wenig wie möglich zu bewegen. Ein Arbeitskollege fuhr mich ins neue Altonaer Krankenhaus. Von der Anmeldung wurde ich, nachdem meine Personalien aufgenommen wurden, in den 2. Stock des Hauses und von dort noch auf eine andere Station geschickt, weil anscheinend niemand wußte, wer zuständig war, und das alles, obwohl Bewegung in meiner Situation eine Fehlgeburt hätte auslösen können.

Als ich nun das vierte Mal wieder weggeschickt werden sollte, weigerte ich mich zu gehen, und blieb auf einer Bank sitzen, bis mich eine mürrische Ärztin untersuchte. Nun sollte ich in die Frauenklinik Bülowstr. fahren, wo ein Bett für mich frei war. Auf die Frage, wie ich dort hinkommen sollte, wurde mir kalt und rücksichtslos gesagt: „So wie Sie hergekommen sind.“ Mein Arbeitskollege war natürlich schon lange wieder zur Arbeit gefahren und widerwillig und nach langem Hin und Her wurde mir endlich ein Taxi bestellt.

In der Bülowstr. angekommen, kam ich nach langem Warten und nochmaliger Personalaufnahme endlich in ein Bett. Erst am dritten Tag folgte eine gründliche Untersuchung. Ich lag nun drei Wochen in dieser Klinik ohne daß etwas geschah. D. h., es geschah eine Menge um mich herum, nur nichts, was mir auch half. So wurde z. B. eine andere Patientin, deren Wehen drei Wochen zu früh kamen, die die starken Schmerzen vor der Hebamme jedoch nicht zeigen wollte, angeschrien: „Nun sagen Sie doch endlich, ob Sie Wehen haben oder nicht, sonst können wir uns das ganze Theater gleich sparen, denn wenn es Zwillinge sind, gehen die sowieso hops.“ (Laut Ultraschallaufnahme bestand bei dieser Patientin der Verdacht auf Zwillinge).

Nach drei Wochen Bettruhe, in denen ich sage und schreibe nur sechsmal untersucht wurde, wobei mir nie Aufklärung über meinen Zustand gegeben wurde, hielt ich es einfach nicht mehr aus. Die Ärzte waren bis auf eine Ausnahme abweisend und kalt, und so bat ich meinen Mann, den zuständigen Arzt zu fragen, wann ich nach Hause könnte. Der Arzt machte die Entlassung von einer Abschlußuntersuchung am nächsten Tag abhängig; wenn alles in Ordnung sei, könnte ich danach gehen. Diese Abschlußuntersuchung war für mich ein großer Schock.

Der Arzt untersuchte mich und sagte mir völlig kalt und anteilnahmslos: "Das muß weg." Ich konnte es einfach nicht glauben, fing an zu weinen und fragte völlig verzweifelt, ob das denn sein müsse. Der Arzt erklärte nur, daß der Embryo eigentlich faustgroß sein müßte. Er sei jedoch geschrumpft und es müßte eine Ausschabung vorgenommen werden. Wohlgemerkt ich war bis zu diesem Zeitpunkt zweimal wöchentlich untersucht worden. Daraufhin wurde ich noch in derselben Stunde, ohne daß ich vorher mit meinem Mann sprechen konnte, für die Ausschabung vorbereitet.

Genau das gleiche wie mir war zur selben Zeit einer Türkin passiert – auch ihr Kind war abgestorben und mußte durch eine Operation entfernt werden. Bei ihr hatten sich Ärzte und Schwestern jedoch noch schweinischer verhalten als bei mir, denn sie hatten ihr, obwohl sie gut deutsch sprach und verstand, nicht erzählt, was passiert war und was sie mit ihr vorhatten.

Als wir beide mit einer Beruhigungsspritze in einem nach kaltem Rauch stinkenden und mit vollen Aschenbechern versehenen „sterilen“ Raum abgestellt wurden, erzählte ich ihr, was auf sie zukam. Die Türkin kam vor mir zur Operation und ich hatte Zeit und Ruhe genug, auf das Klirren jedes einzelnen Operationsinstruments zu achten. Die größte Sauerei war es noch, daß die assistierende Schwester mit einem Plastikbeutel, in dem der ausgeschabte Embryo der Türkin war, an mir vorbeiging. Als ich dann an der Reihe war, klammerte ich mich nur noch in völlig kaputtem Zustand an die Hand einer Ärztin und weinte.“

Diese Geschichte war kein Einzelfall, dies wurde mir aus vielen Gesprächen mit anderen Patientinnen deutlich. **Überall das gleiche: Schlechte ärztliche und medizinische Versorgung. Diskriminierende Behandlung, besonders von Frauen, die „verdächtigt“ wurden, sich selbst geholfen zu haben, weil sie das Kind angeblich nicht haben wollten.**

Frauen, die in die gleiche Lage kommen sollten wie ich, sollten sich, wenn es geht, während ihrer Schwangerschaft ausführlich über herrschende Zustände in Krankenhäusern informieren, um möglichst nicht die gleichen Schikanen zu erleben wie ich. Man muß sich jedoch darüber im Klaren sein, daß gerade im Zuge der Sparmaßnahmen die Bedingungen in den Krankenhäusern sich rapide verschlechtern und es kaum noch Krankenhäuser mit idealer Hilfe gibt. Wir haben daraus die Lehre gezogen, daß wir niemals allein in ein Krankenhaus gehen, denn in krankem und geschwächtem Zustand kann man seine Rechte und Ansprüche gegenüber autoritären Ärzten und überarbeitetem Pflegepersonal kaum durchsetzen. Man ist gerade zu diesem Zeitpunkt auf die Hilfe guter Freunde angewiesen. ●

Frauen in Altona

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!



Zu vier Monaten Gefängnis wurde kürzlich in Hamburg eine Mutter verurteilt, die sich angeblich nicht genug um ihre zwei Kinder gekümmert hat.

Außer dem Hinweis, daß ihr Verdienst knapp für sie alleine ausreicht, erfährt man jedoch nichts über die näheren Umstände. Stattdessen wird ausgeschlachtet, daß die Frau noch nicht einmal den Namen des Vaters angeben konnte und außerdem auf die Frage des Richters „Was halten Sie von der Gleichberechtigung?“, antwortete: „Selbstverständlich viel!“

Gleichberechtigung gleich: „Überall bumsen, ohne den Namen der Männer zu wissen“, gleich Veruntreuung der Kinder ...

Mit diesen schmutzigen Artikeln soll davon abgelenkt werden, daß Veruntreuung von Kindern von den Frauen nicht „aus Spaß“ gemacht wird, sondern weil sie oft selber in einer verzweifelten Lage sind, die tagtäglich in diesem System neu erzeugt wird.

* * *

Am 29.3. kamen ca. 60 bis 70 Menschen zu einer Podiumsdiskussion über den § 218, zu der die Frauengruppe im Jugendzentrum Vertreter der CDU, der SPD (war jedoch nicht erschienen), der evangelischen und katholischen Kirche, eine Sozialarbeiterin und den einzigen Frauenarzt auf der Insel Sylt eingeladen hatte. Alle Vertreter sprachen den Frauen das Recht ab, über ihren Körper selbst zu entscheiden. Der katholische Pfaffe brachte das in bekannter frauenverachtender Art: Jede Frau müßte zwar nach ihrem Gewissen handeln, aber ob sie dazu in der Lage sei, hänge eben von ihrer „Bildung“ ab und ob sie „Verantwortung“ tragen will.

Diese Podiumsdiskussion hat noch einmal gezeigt, daß wir von den Parteien und die Kirche nichts als Frauenfeindlichkeit zu erwarten haben.

Zwei Flensburger Genossinnen

* * *

„Ich muß Mutter und Vater zugleich und auch noch Handwerker sein ... wenn die Männer im Licht stehen, müssen die Frauen im Schatten stehen ...“

So nicht etwa das Leidklagen einer überforderten, sondern durch und durch „verständigen“ Politikerfrau, Marianne Niegel, Frau eines CSU-Bundestagsabgeordneten.

Zwar dürfte den Frauen wenig an der Emanzipation dieser Dame gelegen sein, ihrem Mann und seinesgleichen jedoch sollte schnell das „Licht“ ausgepustet werden ...

* * *

Thailändische Ehefrau für 4.682,– DM – Hin- und Rückflug inbegriffen

Daß von der BRD aus Reisen für Männer insbesondere nach Thailand organisiert werden, wo es ausschließlich darum geht, in Bordellen Frauen durchzubumsen, ist eine bekannte Sache der kapitalistischen Frauenfeindlichkeit und Perversion. Aber daß man inzwischen für 4.682,- DM thailändische Frauen k a u f e n kann, ist ein neuer Dreh.

Verlockend preist die „Bild-Zeitung“ *„den reizenden Eheimport aus Bankok“* an: *„Sie zieht ihrem Mann abends die Schuhe aus, zündet ihm die Zigarette an und verwöhnt ihn auch sonst“.*

In Thailand hat der Reisende die Auswahl *„unter vier bis sieben Thai-Mädchen und dann erstes intimes Kennenlernen. Da ist alles drin, denn über Sex denkt man in Thailand anders als bei uns“* („Bild“, 1.4.76)

Dazu muß man wissen, daß oft Menschenhandel mit Nutten der Grund für diesen Dreck ist. Weil eine Nutte in der BRD mehr verdient als in Thailand, werden die Frauen oft von thailändischen Zuhältern gezwungen, sich zu verheiraten, damit sie in die BRD auswandern können. Hier müssen sie sich dann wieder scheiden lassen und weiter für den Zuhälter auf den Strich gehen. Frauen als Exportware, mit der man Profit macht! ●

Frauen des KB/Gruppe Lüneburg

„... in ihrer Weiblichkeit amputiert" Zur Politik um die „Pille"

Die „Pille" ist in den letzten Monaten wieder ins Schlaglicht von Pseudo-Aufklärung über ihre Schädlichkeit oder Unschädlichkeit geraten. Im Dezember letzten Jahres hat es zuletzt den großen Wirbel darum gegeben, als sieben Sorten von Antibaby-Pillen wegen Krebsgefahr aus dem Handel gezogen wurden.

Wir wollen in diesem Artikel nicht auf Schädlichkeit und Wirkungsweise von Verhütungsmitteln eingehen, sondern auf die Politik, die die Bourgeoisie um die Pille macht.

„Je mehr Untersuchungen vorgenommen werden, umso wahrscheinlicher wird es, daß man Zusammenhänge aufdeckt, die auch gegen die Pille sprechen". Und philosophisch fährt der Artikel fort: ***„Es ist aber möglich, daß der Mensch sich mit einer unklärbaren Situation abfinden muß... Wir müssen, was die Arzneimittel angeht, noch lernen, mit Unsicherheiten und Widersprüchen fertig zu werden. Je größer unser Sicherheitsbedürfnis wird, umso mehr Unsicherheit handeln wir uns ein"*** („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15.12.75, Rainer Flöhl).

Ist die Pille gefährlich?

Krebs durch die Pille

Die Pille erst ab 15 Jahr...

Schwanger trotz Anti-Baby-Pille

Tiefere Stimme durch die Pille?

Früher hatten die Frauen ständig Angst, schwanger zu werden, weil es keine ausreichend sicheren Verhütungsmittel gab. Heute ersetzt die Bourgeoisie diese Angst durch die Angst vor Krebs und anderen Nebenwirkungen, die durch die Pille hervorgerufen werden könnten.

Auffallend ist, daß die Bourgeoisie sich ausgerechnet um die Nebenwirkungen der „Pille" so viele „Sorgen" macht, wo doch auf der anderen Seite eine völlig unzureichende Gesundheitsversorgung praktiziert wird, wie z.B. Schwangerschaftsvorsorge-Untersuchung, Krebsvorsorge und überhaupt gynäkologische Untersuchungen.

Denn eins kann immer wieder festgestellt werden, daß die chemische Industrie Menschen als Versuchskaninchen benutzt und die Behörden Stoffe zulassen, die erwiesenermaßen schädlich sind.

„In einem Heim für geistig behinderte Frauen (!) und in einer Klinik für Geburtenkontrolle in Tennessee (USA) wurde eine Antibabypille ... verordnet, die in Tierversuchen zu Krebs führen kann ... Bereits vorher hatte man festgestellt, daß das Medikament bei Hunden zu Brustkrebs führt". (Aus: „Die weißen Magier", Blüchel).

Im Vergleich zu diesem Beispiel ist es der glatte Hohn, wenn jetzt folgende Richtlinien für Ärzte verbindlich gemacht werden sollen: Keine Pillen mehr an Mädchen unter 15 Jahren! Es soll vorgeschrieben werden, daß junge Mädchen sich jedes halbe Jahr (!) untersuchen lassen müssen, ansonsten würden sie die Pille nicht mehr verschrieben bekommen.

Einher mit diesen Gesetzen geht die besonders gefährliche „Aufklärung" des Frauenärzte-Kongresses (in Hamburg, April '75): 70% der jungen Mädchen würden die Pille „umsonst" nehmen, da sie trotz Menstruation noch keinen Eisprung hätten, sie brauchten „keine Angst vor einem Kind zu haben" und folglich auch keine Verhütungsmittel zu benutzen! Mit diesem gefährlichen Gewäsch und der sowieso katastrophalen Sexualaufklärung durch Elternhaus und Schule auf der einen Seite und mit der starken Kontrolle durch die Ärzte auf der anderen Seite, werden die jungen Frauen in eine noch größere Unsicherheit getrieben.

Festzustellen ist, daß es der Bourgeoisie weder um „Vorsorge", noch um „Fürsorge" geht. Der Wirbel um die Pille bringt in erster Linie zum Ausdruck, daß es um eine verschärfte sexuelle Unterdrückung der Frauen geht, die durch eine ständige Unsicherheit und Abhängigkeit zu Verzicht und Enthaltsamkeit erzogen werden sollen. Denn „Freiheiten" will die Bourgeoisie niemandem zugestehen und Genuß auch nicht, denn **„mit Bürgern, die sich hemmungslos dem Genuß hingeben und keine ethische Gedankenwelt mehr kennen, kann keine staatliche Ordnung ihre Aufgaben erfüllen. Allgemeine Zügellosigkeit wirkt gesellschafts- und staatsauflösend"** . (Würmeling, bis 1962 Familienminister in der BRD; nach: Haensch, Repressive Familienpolitik.)



Hören Sie, Frau - ich habe nicht umsonst sieben Jahre Medizin studiert, wieviele Kinder Sie kriegen oder nicht, entscheide also ich!

Und diese Ideologen werden von den meisten Ärzten unterstützt: Ein praktischer Arzt in Hamburg-Eppendorf will „der Natur nicht ins Handwerk pfuschen" und meinte neulich: „Die Pille ist der Untergang des Abendlandes", man solle es wieder so machen, wie früher: „Aufpassen"!

Folgen wir dem Ruf „zurück zur Natur" und ab ins Mittelalter: *„Der Frankfurter Gynäkologe und Sexualmediziner Dr. Georg Sillo-Seidl empfiehlt für Sonderfälle noch eine Möglichkeit: Die Schwangerschaftsverhütung nach der Kalendermethode"* („Bild am Sonntag", 7.9.75).

Denn was bringt schon die Zivilisation und die neue Medizin: **„Ehen zerbrachen, Freundschaften gingen auseinander – und alles, weil lange Zeit niemand die sextötende Nebenwirkung der Pille ernst nahm".**

In der gleichen Ausgabe wird uns dann noch untergejubelt, daß es nicht ratsam wäre, wenn eine Frau „zu spät" Kinder bekäme, da diese dann leichter behindert zur Welt kommen könnten! („Bild", 9.9.75).

Durch die Panikmache in der bürgerlichen Presse werden die Frauen ständig unter Druck gesetzt, nicht ihre eigentliche Bestimmung als „Gebärmaschine" zu vergessen!

Zum Problem, ob die Pille „mißgelaunt" oder „depressiv" mache, läßt der „Stern" (38/75) folgendes ab: *„Psychologen glauben: Was die Frauen nicht verkraften, ist die hundertprozentige Sicherheit* (!) *die ihnen die Pille verschafft. Einfach nicht schwanger werden zu können, erzeugt in ihnen verborgene Schuldkomplexe.*(!) *Sie kommen sich vor, als wären sie in ihrer Weiblichkeit amputiert."* !!

So kann's kommen:

> **Rabiate Pillensucht**
>
> AFP, **Barcelona**
>
> In Barcelona weigerte sich ein Frauenarzt, einer Patientin die Pille zu verschreiben. Die Frau reagierte heftig: Sie schlug den Mediziner so zusammen, daß er das Bewußtsein verlor. Er liegt mit einem Rippenbruch im Krankenhaus. Die Patientin braucht die Pille vorerst nicht. Sie sitzt im Gefängnis.

Es können kaum Aussagen über Schädlichkeit oder Unschädlichkeit der Pille gemacht werden, da keine fundierten Langzeit-Untersuchungen vorliegen. Im Grunde sind wir tagtäglich die Versuchskaninchen für die bürgerliche Wissenschaft.

Immer erst in allerletzter Minute werden schädliche Medikamente – wenn es sich nicht mehr verheimlichen läßt – aus dem Verkehr gezogen. Und es werden bewußt schädliche Präparate zugelassen!! Die menschenfeindliche Gesundheitspolitik des Kapitalismus äußert sich auch darin, daß kein Geld in die Erforschung und Entwicklung unschädlicher Verhütungsmittel gesteckt wird.

Diese unzulängliche Entwicklung der Pille nutzt die Bourgeoisie aber, um gegen die Pille zu hetzen, einen Schuldigen für alle möglichen Krankheiten zu finden, Unsicherheit zu schüren, um auch über diesen Weg die sexuelle Unterdrückung der Frau aufrecht zu erhalten.

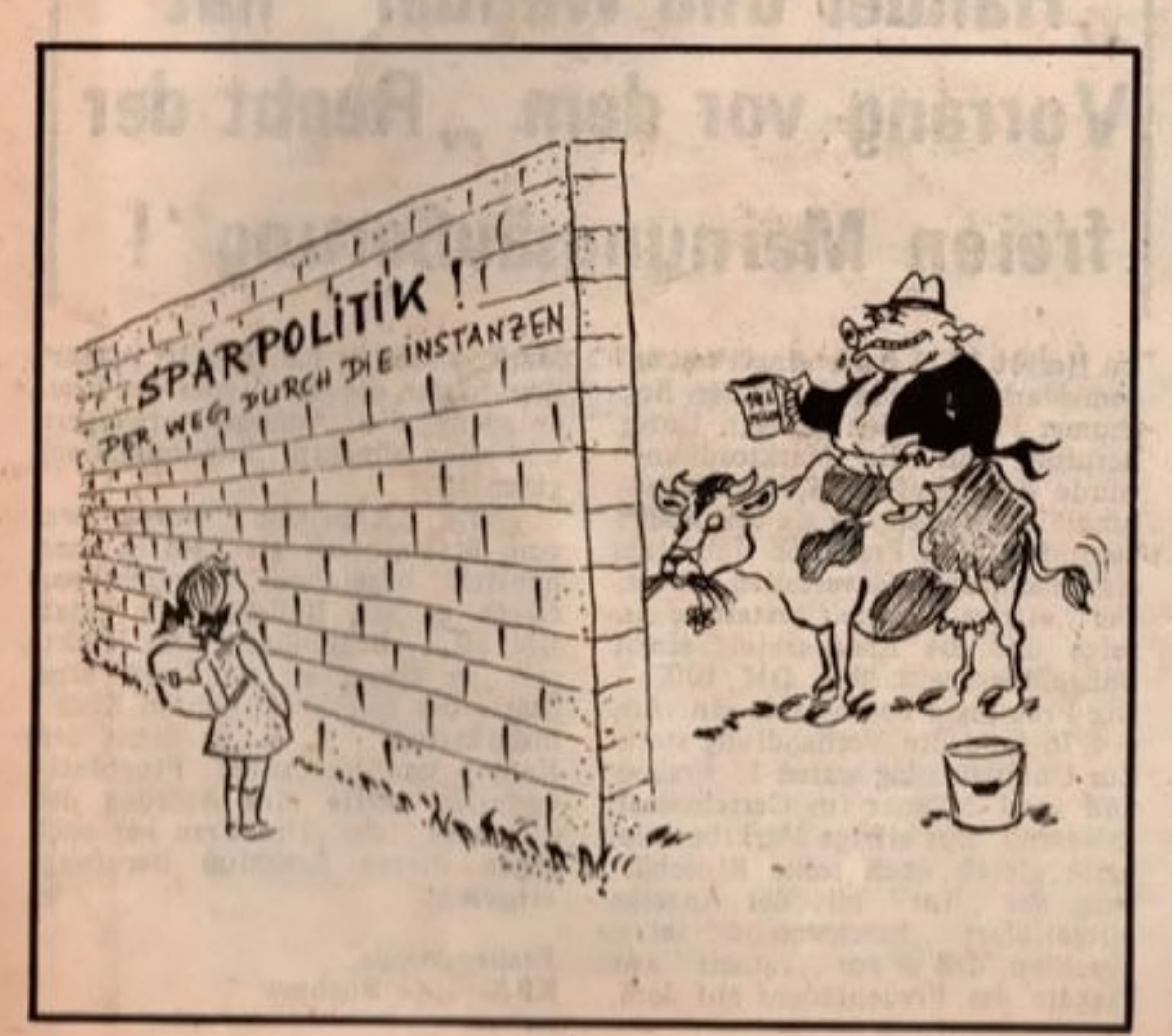
Wir fordern die Entwicklung von sicheren, einfachen und unschädlichen Verhütungsmitteln für Frau und Mann!! ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Perversitäten der Sparpolitik!

Die Sparwut gewisser Leute in diesem Land macht vor nichts halt! Jetzt ist die Frühstücksmilch der Kölner Schulkinder an der Reihe. Der Preis wurde von 18 auf 25 Pfennige raufgesetzt. Außerdem soll zukünftig sorgsam ausgesucht werden, wer noch dem Kreis der Gratismilchempfänger angehören darf.

Und das geht so: Wer in Zukunft Freimilch trinken möchte, muß sich von seinen Mitschülern durch ein besonderes Merkmal unterscheiden – einen „zwingenden sozialen und gesundheitlichen Notstand". Diesen festzustellen ist ganz einfach, dafür gibt es Tabellen. Danach kommt der lange Marsch durch die Instanzen. Als erster „setzt sich der Lehrer ein", er wird aufmerksam auf den bedenklichen gesundheitlichen Zustand seines Schülers, er kümmert sich vorbildlich um diesen und gibt den Eltern einen Antrag.



Die Sache kommt ins Rollen! Vater oder Mutter gehen zur Familienfürsorge – die sorgt vorbildlich weiter und überprüft erst mal die Angaben. Ein Hausbesuch empfiielt sich, kann man doch dabei am besten feststellen, ob die Bedingung gemäß Formblatt 2 erfüllt ist, nämlich, daß *„das Kind das schichtenspezifische Mindestmaß an häuslicher Pflege in Bezug auf Ernährung erhält"*.

Aufgabe der Familienfürsorge ist es, darauf hinzuwirken, die soziale Situation des Kindes zu verbessern. Einleuchtend, das Kind soll ja künftig nicht mehr auf die Zuteilung kostenloser Frühstücksmilch angewiesen sein!

Die Sache rollt weiter! Das Gesundheitsamt hat auch seine Existenzberechtigung und darf nicht übergangen werden. Also wird der zukünftig freimilchtrinkende Schüler ärztlich untersucht.

Unterdessen dürfte weitgehend ausgeschlossen sein, daß ein Schüler ohne erhebliche Unterernährung und Blutarmut (lt. Vorschrift) etwa in den Genuß kostenloser Milch gerät.– Jetzt kann der Antrag wieder zurück zur Schule und die sorgt dafür, daß die Molkerei die Bestellung bekommt.

Geschafft! Weite Wege durch Stäbe von Sachbearbeitern hat der Antrag unbeschädigt passiert. Nun gibt es für den wahrhaft Bedürftigen 1/4 l Milch – jeden Morgen, ein Jahr lang. Und dann? Dann geht alles von vorne wieder los!

Eines haben die Antragsfuchser allerdings noch vergessen: Die Kühe müßten eigentlich auch einen Genehmigungsantrag ausfüllen und absegnen, schließlich sind sie doch die entscheidenden Produzierer! Ob jetzt jemand die Parole ausgibt: „Für die freie Wahl der Kühe durch das Volk"??? ●

Sex – Fluch oder Segen der Menschheit

„Zuviel Liebe macht krank", behauptete der englische Frauenarzt Dr. Albert Singer. Bei entsprechenden Untersuchungen habe er angeblich festgestellt, daß *liebes- und lebensfrohe* Frauen dreimal so oft Unterleibsgeschwüre haben wie andere! Was es in England an pseudo-wissenschaftlichen Frauenfeinden gibt, gibt es auch in der BRD:

„Vorsicht! Beim Sex können Sie Gelbsucht bekommen". Das behauptet ein Dr. Müller von der medizinischen Hochschule Hannover auf dem Internisten-Kongreß im Hamburger CCH vor über 1 300 Fachärzten.

Und es gibt noch größere „Autoritäten":

„Krebs durch Sex". Früher und häufiger ‚Geschlechtsverkehr' erhöht bei Frauen die Gefahr, an Gebärmutterkrebs zu erkranken, behauptet die Weltgesundheitsorganisation.

Aber man staune, Sex hat auch „wundersame Kräfte":

„Sex ist das beste Schlafmittel", laut „Hamburger Morgenpost" und dem Psychotherapeuten Lenne. „Sex hilft gegen Schmerzen", im besonderen bei Gelenkschmerzen, meint G. Ehrlich aus Philadelphia. „Die Liebe macht stark und schützt vor Grippe". Was Liebe doch so alles kann!

Sex hilft auch beim Abnehmen! Macht außerdem Menschen intelligenter und stärker! Besonders den Frauen wird die Liebe empfohlen: „Liebe ist die beste Schönheitskur", laut Doris Day, und es kommt noch dicker: „Liebe besiegt den Streß"!

Und wer sich auf den einzelnen Gebieten als „Diplom-Liebhaber" ausbilden lassen will, der nehme an einem Fernkurs für Sex in Großbritannien teil ... !

Und weil Sex eben für alles und jeden herhalten muß, hat ein sportbegeisterter englischer Psychiater ebenfalls zu dieser unerschöpflichen Argumentationsquelle gegriffen. Sex – ist seiner Meinung nach – der „ideale Sport":

- Sex ist gesund, weil man so viel Energie wie bei einem Acht-Kilometer-Spaziergang verbraucht, ohne daß man Autoabgase einatmen muß.
- Sex ist sehr variabel, weil man es sowohl als Spiel zu zweit wie auch als Mannschaftsspiel ausüben kann.

Und was ihn besonders empfehlenswert macht – Sex ist relativ ungefährlich! Beim Boxen, Bergsteigen oder Autorennen gibt es mehr Tote.

Wobei man an der Einschätzung, ob Sex nun gefährlich ist oder nicht, wieder sehen kann, daß es halt nur an der speziellen Sichtweise liegt! ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/ Gruppe Hamburg

Rom

100.000 Frauen auf der Strasse für die Legalisierung der Abtreitung

Am Sonnabend, den 3.4.76, fand in Rom die bisher größte Demonstration italienischer Frauen gegen das Abtreibungsverbot statt. Zahlreiche Frauenorganisationen, sowie die Genossinnen der revolutionären Linken und auch der PCI beteiligten sich an der Demonstration, die vor den Sitz der Christdemokraten (DC) zog, um gegen deren reaktionäre Gesetzesvorlage zum Abtreibungsparagraphen zu protestieren.

Unter Parolen wie

- *Mein Bauch gehört mir!*
- *Wir sind keine Huren, wir sind keine Heiligen – wir sind einfach Frauen!*
- *DC raus aus dem Parlament!*

prangerten sie die Politik der DC der MSI-Faschisten an. Diese hatten gemeinsam gegen Sozialisten und PCI die endgültige Vorlage des neuen Paragraphen durchgepeitscht, der eine Abtreibung nur bei medizinischer Indikation und Vergewaltigung erlaubt. Hervorstechend an der Demonstration war wieder die Dominanz der Feministinnen, die unter Parolen wie:

- Der Feminismus ist unsere politische Bewegung!
- Raus aus den Männerorganisationen!

marschierten. Nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung" wurde die Demonstration von Frauengruppen angeführt, die dafür „sorgten, daß sich keine Männer der Demonstration anschlossen"



„Wenn der Pabst abtreiben müßte, wäre die Abtreibung ein Sacrament!"

Schluß mit der Bevormundung! Wir fordern ein Referendum

Die Forderung der Frauen nach einem Volksentscheid über den Abtreibungsparagraphen, die im Parlament in erster Linie von den Sozialisten vertreten wird, ist eine klare Kampfansage gegen die DC, da sie einen Sturz der Regierung Moro und vorzeitige Neuwahlen mit sich bringen würde.

Fieberhaft haben die Parteien deshalb in der letzten Woche nach Möglichkeiten zur Verhinderung einer neuen Regierungskrise gesucht, wobei sich besonders die PCI um einen Kompromiß mit der DC bemüht hat. Die PCI hatte zunächst gemeinsam mit der DC gestimmt, war dann auf Grund der Kämpfe der Frauen, besonders auch in ihren eigenen Reihen, dazu gezwungen worden, den Indikationsparagraphen nicht zu unterstützen; heute machen sie jedoch wieder durch ihre Anbiederungsversuche an die DC deutlich, wosie stehen.

Die Sozialdemokraten haben den DC-MSI-Vorschlag dadurch unterstützt, daß 15 ihrer Abgeordneten dieser wichtigen Abstimmung fernblieben, so daß sich die DC mit nur fünf Stimmen Mehrheit durchsetzen konnte. ●

Wir entscheiden! Für freie Abtreibung! Für freie Verhütungsmittel!

Bericht eines Genossen aus England

10.000 demonstrieren gegen Abtreibungsverbot

Am 3. April 1976 fand in London eine nationale Demonstration für das Recht auf Abtreibung statt. Aufgerufen hatte die „National Abortion Campaign" (NAC) unter den Parolen: „Die Frau selber muß entscheiden", „Kostenlose Abtreibung auf Verlangen", „Kein Zurück zu Hinterhöfen und Kurpfuschern". Gefolgt waren diesem Aufruf nach Schätzungen der Polizei 6.000, nach Schätzungen des NAC 10.000 bis 11.000 Menschen. Etwa ein Drittel der Demonstranten marschierte im Block der trotzkistischen Gruppen „International Socialists" (IS) und der „International Marxist Group" (IMG) und verschiedener anderer Gruppen.

Worum ging es im Einzelnen auf dieser nationalen Demonstration? In England ist z.Z. das Abtreibungsgesetz von 1967 in Kraft, das den Abbruch der Schwangerschaft bis zur 20. Woche, in Ausnahmen bis zur 24. Woche erlaubt, wenn die Fortsetzung der Schwangerschaft ein *„größeres Risiko für die körperliche und geistige Gesundheit der Frau und des Kindes (medizinische Indikation) oder der übrigen Familie (soziale Indikation) darstellt als eine Abtreibung"*. Trotzdem wird 30% der Frauen jährlich eine Abtreibung verweigert. 1. weil das englische National Health Service (NHS) nicht der Anzahl der Hilfesuchenden gewachsen ist, 2. weil die Entscheidung über die Abtreibung in den Händen von zwei Ärzten liegt, die zwar private Abtreibungen zu jeder Tages- und Nachtzeit durchführen, aber NHS-Patienten gerne von den „Freuden der Mutterschaft" überzeugen.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes von 1967 bildete sich eine einflußreiche Anti-Abtreibungs-Gruppe, die „Gesellschaft für den Schutz ungeborenen Lebens", die hauptsächlich von der (katholischen) Kirche und reaktionären Professoren aufgebaut wurde. Mit Unterstützung dieser Anti-Abtreibungs-Gruppe legte der Labour(!)-Abgeordnete James White 1975 ein verschärftes Gesetz im Parlament vor. Neu an der „James White Vorlage" ist, daß die Ärzte nunmehr bescheinigen sollen, daß 1. die Fortsetzung der Schwangerschaft ein *„schweres Risiko"* für das Leben der Frau bedeutet und daß 2. die Fortsetzung der Schwangerschaft eine *„ernsthafte Gefahr"* für die körperliche und geistige Gesundheit der Frau und ihrer übrigen Familie darstellt.

Allein diese Veränderungen würden zwei Drittel der Frauen, die nach dem geltenden Gesetz zur Abtreibung berechtigt sind, davon ausschließen. Außerdem sollen die Informationsmöglichkeiten eingeschränkt und ausländische Frauen grundsätzlich von der Abtreibung in England ausgeschlossen werden!

Am 9. Februar 1976 wurde vom Parlament das sogenannte „Select Committee" eingesetzt, das die Beratungen über die James-White-Vorlage zur Gesetzesreife bringen soll. Kurz nach Bildung des „Select Committee" legten sechs Befürworter der Abtreibung in diesem 15-köpfigen Ausschuß die Arbeit nieder, weil sie keine Möglichkeiten sahen, die Beratungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ein zurückgetretenes Mitglied des „Select Committee" hielt eine Rede auf der Abschlußkundgebung der nationalen Demonstration.

Außerparlamentarischer Kampf zur Legalisierung der Abtreibung

Die „National Abortion Campaign" wurde 1975 gegründet, um den Protest und die Opposition gegen die James-White-Vorlage zu koordinieren. Im Juni 1975 demonstrierten 20.000 Menschen auf der ersten NAC-Demo. Inzwischen gibt es 85 NAC-Gruppen in ganz England.

Viele Feministinnen und ihre Gruppen haben im NAC einen größeren organisatorischen Rahmen gefunden und im Aufrufflugblatt zur Demonstration heißt es, daß ein „männliches" Parlament versucht, das liberale Abtreibungsgesetz abzuändern. Das politische Spektrum des NAC reicht von Hausfrauen und Frauengruppen, über Teile der Labour Partei und der Gewerkschaften, die im letzten September auf dem TUC-Kongreß eine Resolution für die Abtreibung verabschiedet haben, bis hin zu den trotzkistischen Gruppen IMG und IS, die im NAC Koordinierungs-Komitee vertreten sind.

Die Aktionen der NAC-Gruppen sind vielfältig. Viele lokale Gruppen erstellen Pamphlete, in denen sie Untersuchungen zur „Abtreibungswirklichkeit" anstellen, nützliche Ratschläge geben und Adressen veröffentlichen. In London wurden Krankenhäuser bestreikt und bei Ärzten Streikposten aufgestellt und Flugblätter verteilt, die keine Abtreibungen vornehmen wollten. Ebenfalls wurden am Gesundheitsministerium Streikposten aufgestellt und Demonstrationen durchgeführt. Theatergruppen führen ihre Stücke auf Veranstaltungen in vielen Städten auf.

In den Monaten nach der Demo ist geplant, das Material zu sammeln, Analysen zu erstellen und Erfahrungen zusammenzufassen, mit dem Ziel, ein Tribunal abzuhalten als Alternative zum parlamentarischen „Select Committee". Dazu sollen Untersuchungen in den Betrieben auf Gewerkschaftsebene zusammengefaßt und diskutiert werden. Schulen und Universitäten sollen speziell darauf befragt werden, inwieweit die „Gesellschaft für den Schutz ungeborenen Lebens" ihren Einfluß und ihre reaktionäre Propaganda entfalten kann.

Den trotzkistischen und kommunistischen Gruppen innerhalb des NAC scheint es bisher noch nicht gelungen zu sein, die moralisch und humanitär begrenzte Ausrichtung der Demonstration in London zu durchbrechen und den Kampf der Frauen für Abtreibung in den allseitigen politischen Kampf der Frauen und der gesamten englischen Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft einzuordnen. Eine große politische Schwierigkeit bereitet vor allem die Entlarvung der parlamentarischen Illusionen, denen die NAC stark verhaftet ist, und die Einordnung der Rolle der Labour Party bei der Rechtsentwicklung der englischen Gesellschaft. Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration in der Londoner Innenstadt hatte keine der trotzkistischen oder kommunistischen Gruppen Rederecht, offensichtlich hatte es auch keine Gruppierung gefordert. ●

„Handel und Wandel" hat Vorrang vor dem „Recht der freien Meinungsäußerung"!

Im Herbst 1975 hatte eine Frau auf dem Markt Flugblätter für den Bochumer Frauenladen verteilt. Unter Berufung auf die Marktordnung wurde sie aufgefordert, die Verteilung einzustellen, da sie den Markt behindere. Die Frau ließ sich nicht einschüchtern und verteilte weiter. Der „eifrige Beamte" erstattete Anzeige und die Frau erhielt einen Bußgeldbescheid über DM 100,–. Die Frau legte Beschwerde ein. Am 1.4.76 fand die Verhandlung statt. Zur Unterstützung waren 15 Frauen und zwei Männer im Gerichtssaal anwesend. Der eifrige Marktbeamte hatte gleich noch seine Einschätzung der „Tat" mit der Anzeige mitgeliefert. „Erschwerend" sei zu beachten, daß er zur „Tatzeit" zwei Plakate des Frauenladens auf dem Markt entdeckt haben will! Außerdem hätten die Mitglieder des Frauenladens die Aussage verweigert und seien ohnehin „kommunistisch gelenkt".

Diese „Expertise" wurde zwar vom Staatsanwalt als „völlig unerheblich" bezeichnet, dennoch beantragte er ein Bußgeld von jetzt DM 50,–. Begründung: Der Markt sei „im Gegensatz zur Straße eine Stätte der zweckbestimmten Kommunikation", d. h. er dient dem Kaufen und Verkaufen. Flugblattverteilen stelle eine Störung des „Zwecks" dar. Die Frau hat auch gegen diesen Beschluß Berufung eingelegt. ●

Frauengruppe
KB/Gruppe Bochum

1. Bundesparteitag der AVP

Unter offensichtlich tumultartigen Auseinandersetzungen hat am 4. April die „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" (AVP) ihren ersten „ordentlichen" Bundesparteitag abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde wieder Dietrich BAHNER gewählt, der als Kapitalist einen Jahresumsatz von 250 Millionen repräsentiert und der den Grundstock für dieses Vermögen bei der „Arisierung" der jüdischen Firma Leiser 1934 legte (nach A. Norden: Herrscher ohne Krone, Dietz-Verlag 1974).

„Wir müssen uns gegenseitig ertragen können, auch wenn das



Parteichef: Kapitalist D. Bahner

manchmal sehr schwerfällt" – so kommentierte der „Parteitagspräsident" und wiedergewählte stellvertretende Parteivorsitzende Kurt Meyer („FR", 5.4.76) das Gerangel von zehn (!) Kandidaten um den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden, das Ausdruck der Konkurrenz der in der AVP zusammengeschlossenen Vereine und reaktionären Karrieristen ist, wie z.B.:

Günter Leyk, Vorsitzender in Bayern, Präsident einer „Republikanischen Partei" und ehemals Mitgründer der NPD in Bayern.

Wilfried Ahrens, ehemals Chefredakteur bei „Quick" und einer der Topmanager der reaktionären Kampagne anläßlich der Bundestagswahl 1972; sein „Bericht aus Bonn", den er als „Bundesgeschäftsführer" erstattete, wurde auf dem AVP-Parteitag niedergeschrien.

Horst Göttig, Vorsitzender der „Liberalen Sozialen Union" (LSU), bisheriger Stellvertreter, wurde abgeschmettert bei seinem Versuch, auch Westberlinern (ehemalige BFD-Mitglieder) und saarländischen „Delegierten" (in beiden Regionen hat die AVP bisher keine Landesverbände) Stimmrecht zu geben.

Auf dem Parteitag waren sogar „Delegierte" mit Plaketten „Diesmal hilft nur noch NPD" anwesend!

Diese offensichtliche Zerrissenheit der AVP, wie sie sich auf dem Parteitag darstellte, macht deutlich, daß die AVP keine politisch eigenständige Gruppierung ist, deren innere Widersprüche nur mühsam zusammengehalten werden durch die Aufgabe, die diesem Verein von der Reaktion insgesamt zugewiesen wird: Die Formierung der Reaktion, die Ausrichtung der bürgerlichen Parteien auf einen verschärften Rechtskurs voranzutreiben.

Dieser Auftrag war auch das einzige einigende Band auf diesem ersten Bundesparteitag: Spontan erhoben sich die Delegierten zum Absingen des „Deutschlandliedes", wobei Differenzen über die richtige Strophe („Einigkeit und Recht und Freiheit" oder „Von der Maas bis an die Memel" oder „Deutschland, Deutschland über alles"?) auftraten, nachdem Bahner die Ziele formuliert hatte: Es sei die „Gemeinschaft" – vom Betrieb bis zur „Volksgemeinschaft", die ihm vorschwebe, in der „Fairneß" und „Opferbereitschaft" vorherrschen müsse.

Nach wie vor dementiert die AVP energisch alle Meldungen, nach denen sie im Herbst auf eine eigenständige Kandidatur verzichten und zur Wahl der CDU aufrufen werde („FAZ", 22.3.76). Im Gegenteil, die AVP will neben „eigenständiger Wahlkampfführung" auch in einigen Regionen Direktkandidaten aufstellen. Wie dieser Beschluß im Rahmen des Konzepts der Formierung dann aussehen kann, erläuterte die „Welt" am 5.4.76 in ihrem Bericht vom Parteitag: Diese Kandidaten würden dort aufgestellt, wo innerhalb der CSU/CDU sich „weniger Rechte" durchgesetzt hätten, um auf diese Weise den heute innerhalb der CSU/CDU vorangetriebenen Ausrichtungsprozeß von außen zu unterstützen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg ●

4. Partei auch in Hamburg gegründet

Am 26.3.76 wurde im Hamburger „Haus des Sports" der Hamburger Landesverband der AVP gegründet. Bis auf das Saarland existierten damit in allen Bundesländern Landesverbände dieser rechtsradikalen Organisation. In Westberlin ist die Gründung der AVP bislang ebenfalls nicht so recht vom Fleck gekommen.

Geschäftsführerin in Hamburg ist eine Frau LAABS, die schon früher als Aktivistin für faschistische Umtriebe in Erscheinung getreten ist. So organisierte sie im Mai 1971 gemeinsam mit führenden NPD-Mitgliedern ebenfalls im „Haus des Sports" – einem beliebten Treffpunkt für Faschisten – eine Kundgebung der G.O.G. („Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer") mit dem Alt-Nazi, Ex-CDUler und faschistischen Geschichtsklitterer Bolko von Richthofen.

Damit zeigt sich auch in Hamburg, daß in der AVP sich führende faschistische Aktivisten vereinigt haben, um ihr altes Geschäft unter einer neuen Firma zu betreiben. ●

Der § 88 a – eine „qualitativ neue Stufe" der Faschisierung?

Im ARBEITERKAMPF Nr. 71 hatten wir unter der Überschrift „Kampf dem Maulkorbgesetz" einen Artikel des IK Arbeiterhilfe veröffentlicht, in dem über die damals bevorstehende Verabschiedung des § 88a (Befürwortung von Straftaten; Anleitung zu Straftaten) berichtet wurde.

Zur Bedeutung des § 88a hatte das IKAH am Schluß des Artikels folgende Einschätzung gegeben: „... *Diese Maßnahmen* (Todesschuß, Zusammenknüppeln von Demonstranten und Passanten, Tränengaseinsätze gegen Kinder, Anm. AK) *zeigen, in welchem Tempo die Bourgeoisie die reaktionäre Ausrichtung und Faschisierung des Staatsapparates vorantreibt. Seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ist das Maulkorbgesetz der massivste Angriff auf die demokratische Bewegung. Er stellt eine q u a l i t a t i v n e u e S t u f e* (Hervorhebung von uns, Anm. AK) *dar, indem er das Instrumentarium zur Kriminalisierung der linken Presse bereitstellt"* (AK Nr.71). Diese – bisher unwidersprochene – Einschätzung muß unserer Meinung nach korrigiert werden.

Der § 88a – Noch ein Gesetz gegen Links!

Wie aus dem Artikel „Kampf dem Maulkorbgesetz" auch hervorgeht, hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren die Gangart der Faschisierung beschleunigt. Mit Hilfe der SPD/FDP-Koalition brachte sie auf dem Hintergrund der „RAF"-Hetze ein ganzes Arsenal von Gesetzen und faschistischen Maßnahmen durch. Hier nochmal in Kürze ein Überblick:

– Die Polizei wird zur neuen GeStaPo ausgerüstet („Programm der Inneren Sicherheit", Todesschußdebatte, Schaffung von MEKs etc.);
– Im Bewußtsein der Bevölkerung wurde der „Antiterrorismus" und somit eine neue Qualität des Antikommunismus verankert;
– Der Justizapparat wurde faschistisch ausgerichtet und durch die „Strafrechtsreform" diverse neue Gesetze gegen die Linke geschaffen (Verteidigerausschlüsse, Beugehaft etc.);
– Durch Berufsverbote im öffentlichen Dienst und Gewerkschaftsausschlüsse wurde ein Klima der massiven Einschüchterung geschaffen;
– Durch eine massive Ausländerhetze und Hetze gegen die Länder der „Dritten Welt" wird versucht, neue nationalistische und rassistische Vorurteile in der Bevölkerung zu verankern;
– Faschistische Banden werden gefördert, NS-Verbrecher werden freigesprochen usw.

Bereits vor Verabschiedung des § 88a sind zahlreiche Prozesse gegen Kommunisten geführt worden, d.h. daß die bisherigen Gesetze (von der Praxis mal ganz abgesehen) bereits ausreichten, um jede „Propagierung von Gewalt" unter Strafe zu stellen.

Mit Hilfe des §§ 135 StGB (Beleidigung), 90 StGB (Staatsverleumdung", „Verunglimpfung von Verfassungsorganen der BRD"), 130 StGB (Volksverhetzung) wurde auch bisher schon, wenn auch noch nicht in Massenumfang, „Recht" gegen Linke gesprochen.

Der § 88a ist somit ein weiteres Instrument, die Linken zu kriminalisieren, aber nicht Ausdruck einer „neuen Qualität". ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Bremerhaven: Waffensammler stellen aus



Am 20. und 21.3. dieses Jahres fand in Bremerhaven bereits die zweite Ausstellung von Waffen und anderen „Militaria" der „Wehrhistorischen Sammlergemeinschaft e.V." (WHSG) statt.

Die WHSG wurde im April 1974 in Bremerhaven gegründet und versteht sich als *„eine Vereinigung aller an Waffen- oder wehrkundlichen Themen interessierten Personen in der BRD"*. Die WHSG verfügt mittlerweile über zwei weitere Sektionen in Oldenburg/Ostfriesland und im Raum Tostedt („Nordheide"). Andere Mitglieder kommen aus dem gesamten nordwestdeutschen Raum, z.B. Bremervörde und Hamburg; Verbindungen gibt es in die gesamte BRD.

Zum regen „Vereinsleben" der WHSG gehören wöchentliche Treffen zum Tausch von Sammlungsstücken und Erfahrungen, verbilligte Fahrten zu „Fachmessen", eigene Ausstellungen. Mit welcher Zielrichtung diese Leute ihr „Hobby" betreiben, wird z.B. aus einem Begleitbrief des Bremerhavener Waffensammlers Eduard Schreiber zu seiner Sammlung (Parabellum-Pistolen, 30 Militärgewehre) deutlich: *„Der ernsthafte Waffensammler"* dürfe sich *„nicht allein auf das bloße Sammeln beschränken"*, vielmehr müsse er seine Sammlungsstücke auch „in Schuß" halten.

Den breitesten Raum auf der Bremerhavener Ausstellung nahmen neben den Waffensammlern die Ordenssammler der WHSG ein. Unter „Ordensammeln" verstehen diese Leute offensichtlich das Zusammentragen jeglichen Nazi-Plunders. So bestanden 75% aller Ausstellungsstücke aus Orden der Nazi-Herrschaft, so daß die gesamte Ausstellung von dieser Zurschaustellung faschistischer Abzeichen geprägt wurde! Dies störte allerdings die WHSG nicht im geringsten, sondern scheint zu einem ihrer vordringlichsten Ziele zu gehören: Sie will dabei helfen, *„unserer jüngsten Vergangenheit ihren Platz in der Geschichte zu verschaffen"*.

Bezeichnend für die Haltung des Staatsapparates und der bürgerlichen Parteien ist, daß der Nazi-Plunder ungestört ausgestellt werden durfte und daß in der Lokalpresse einschließlich SPD-Zeitung, breit auf die Ausstellung aufmerksam gemacht wurde!

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Bremerhaven ●

Bundesgrenzschutz als Bundespolizei voll eingegliedert

Im „Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutz 1975", vorgelegt am 3.2.1976, strahlte Bundesinnenminister Maihofer satte Zufriedenheit über die erzielten Ergebnisse aus: *„Der BGS hat im Jahre 1975 einen weiteren deutlichen Schritt nach vorn getan. Die zielstrebigen Bemühungen der Bundesregierung um die konsequente Fortentwicklung des BGS zu einer stets einsatzbereiten Polizei des Bundes beginnen sich auszuzahlen"* (Bericht.... S. 1).

Diese „Errungenschaften" sind u.a.:

– Die Personalstärke der Bundespolizei wurde auf 21.059 Beamte erhöht (das sind 3.500 Mann mehr als 1969);
– für insgesamt 44 neue Wasserwerferkraftfahrzeuge wurden Besatzungen ausgebildet;
– die Ausstattung mit Waffen und Geräten wurde „weiter verbessert"; die bereits vorhandenen fünf (!) Fliegerstaffeln erhielten weitere Transporthubschrauber;
– an Grenzübergangsstellen wurden Terminals des EDV-Verbundnetzes eingerichtet, das Datenverbundnetz wurde weiter ausgebaut: 76 Grenzdienststellen mit insgesamt 85 Terminals sind ans INPOL-System beim BKA (LKA) angeschlossen;
– bei der Bundespolizei gibt es keine kurzdienenden Beamten mehr (somit ist eine noch schlagkräftigere ideologische Ausrichtung gewährleistet);
– ausgediente BGSler werden nach ca. acht Dienstjahren in andere „Verwaltungsbereiche" übernommen (um wahrscheinlich auch die Länderpolizeien entsprechend „zu unterstützen" – bisher mußte ein ausgedienter BGSler seinen Lebensunterhalt manchmal noch als Werkschutz-Mann fristen).

Insgesamt wurde die neue Bundespolizei bereits bei 151 Fällen zur „Unterstützung der Polizeien" der Länder herangezogen, davon 59 Einsätze im „Personen- und Objektschutz" (z.B. Abriegelung der Gebäude in Stuttgart-Stammheim beim „RAF-Prozeß") und vor allem *„stellte der BGS im Raume Bonn in 40 Fällen anläßlich von Demonstrationen (!), Kundgebungen, Besuchen von ausländischen Staatsgästen... und sonstigen Veranstaltungen Absperrungs- und Sicherheitskräfte"* (Bericht, S. 20).

Auch bei **„Großfahndungen nach Kriminellen und Terroristen"** (!) hat sich die Bundespolizei glänzend bewährt; mit 18 Hubschraubern war der BGS dabei.

Auch die Belange der „freiheitlich-demokratischen" BRD im A u s l a n d werden jetzt offiziell vom BGS mitverteidigt. *„Insgesamt waren 280 Polizeivollzugsbeamte des BGS im Ausland tätig. Davon entfallen 175 auf die deutschen Auslandsvertretungen und 105 auf Auslandsstationen der Deutschen Lufthansa"* (Bericht, S. 23).

Bei dieser gewaltigen Aufrüstung kann es nicht verwundern, wenn Maihofer freudig feststellt: *„ Das BGS-Gesetz hat den Bundesgrenzschutz als Polizei des Bundes voll in das System der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland integriert"* (Bericht, S. 3). ●

Hamburg: Polizeiterror gegen Ausländer

Am 26.3.76 fand eine Großrazzia der Polizei im Altbauviertel Ottensen in Hamburg-Altona statt. Die Aktion richtete sich gegen die ausländischen Bewohner Ottensens. Leiter der Razzia war Hermann Kruschka, Chef der Polizeidirektion West, bekannt als MEK-Einsatzleiter.

Innerhalb von dreieinhalb Stunden waren die Lokale in der Nähe des Altonaer Bahnhofs durchkämmt: 90 Ausländern – vor allem Türken – wurde der Ausweis kontrolliert, drei (?) wurden in Untersuchungshaft genommen („elbe-Wochenblatt", 31.3./1.4.76). Die Personaldaten wurden mit den Speicherdaten des Hamburger Polizei-Computers und den Suchlisten des Bundeskriminalamtes verglichen. Nach Angaben Kruschkas sollen in Zukunft immer wieder solche „Blitzaktionen" durchgeführt werden.

Natürlich brachte auch dieser Polizei-Masseneinsatz nur das zutage, was sowieso schon (zumal der Polizei) bekannt ist, daß nämlich *„die Ausländer besser sind als ihr Ruf. Von den 120.000 in Hamburg lebenden Ausländern ist ‚kriminell betrachtet', weniger (!) Schlechtes zu hören als von der einheimischen Bevölkerung!"* („elbe-Wochenblatt").

Für die geplanten Dauer-Razzien besteht daher kein anderer Grund als eine gegen die Ausländer gerichtete massive Einschüchterungsstrategie. Damit sorgen die Behörden Hamburgs gleichzeitig dafür, daß ständig und pauschal gegen die ausländischen Kollegen der Verdacht geschürt wird, Kriminelle zu sein, mit denen man sich besser gar nicht erst einläßt: Bestes „sozialliberales" Wasser auf die Mühlen von Rassismus und nationaler Überheblichkeit.

Bullen immer „bürgernäher"

Schon im letzten Jahr war die Zusammenarbeit von Hamburger Polizei und HVV (Hamburger Verkehrs-Verbund) bei Massen-Fahrkartenkontrollen auffällig. Fahrgäste ohne Karten wurden bei manchen Kontrollen gleich den wartenden Bullen übergeben.

Auf Anfrage eines NDR-Reporters kam jetzt die offizielle Bestätigung: Polizei und HVV (mit seinen funkgerüsteten Bussen) sowie Taxis arbeiten seit längerem bei Fahndungsaktionen planmäßig zusammen (NDR II, „Umschau am Abend", 26.3.76).

Darüber hinaus kündigte die Polizei zum Spiel des HSV am 31.3. erstmals den Einsatz von siebzig (!) Bullen der „Spezialtruppe" MEK (mobiles Einsatzkommando) an – dazu sechs Hundeführer – die (angeblich um „alkoholisierte" und „pöbelnde" Fußballfans in Schach zu halten) zwei zentrale S-Bahn-Stationen kontrollieren sollten. Weitere Aufgabe: Mitfahren in den S-Bahn-Zügen! („Hamburger Abendblatt", 31.3.76). ●

Bullenterror auf dem Hamburger Dom

Bei einem kurzen Dombesuch erlebten wir, wie ein am Boden liegender Jugendlicher von zwei Männern verprügelt wurde. Sechs uniformierte Bullen standen untätig drum herum, wo raus klar wurde, daß die zwei nur Zivilbullen sein konnten.

Nach Auskunft von Kollegen des Jugendlichen hatte dieser nur eine Bierflasche fallen lassen. Ein dritter Zivilbulle packte den Jugendlichen, als dieser gerade am Scherbenauflesen war, und zerrte ihn im Eiltempo zur gegenüberliegenden Wache. Dabei schleuderte er ihn in eine Hecke und stieß ihn mit dem Kopf gegen die Tür der Wache. Einige empörte Dombesucher beschwerten sich bei den Bullen über das brutale Vorgehen, die sich daraufhin drohend in einer Reihe vor uns aufbauten, um uns einzuschüchtern. Die Bullen ließen dabei Sprüche los wie:

- *„Das war an sich harmlos! Aber wenn mir einer die Fresse aufschlitzen will (?), hau ich ihn mit dem Kopf gegen die Wand."* – *„Wenn Sie wüßten, was hier sonst immer so los ist, würden Sie das kapieren. Diese Leute verstehen nur solche Sprache – und das war noch die mildeste."* (!) *„Sie können mir sagen, was Sie wollen, das rieselt mir hier hinten runter; Ihnen sind wir keine Rechenschaft schuldig."*

Dieses Vorgehen und die Sprüche der Bullen schürte eine ziemliche Wut und Empörung bei uns und einigen anderen Antifaschisten.

Zwei Genossen, die sich spät abends nach einem Termin auch mal „erholen" wollten.

Augustfehn:
Frau von Polizei brutal zusammengeschlagen

Am 31. März, frühmorgens um ca. vier Uhr, wurde in Augustfehn (Kreis Ammerland) in der Hauptstraße eine Frau von Polizeibeamten brutal zusammengeschlagen. Die etwa ein Dutzend Mann starke uniformierte Schlägerbande brachte ihr Prellungen und Blutergüsse an Armen und Beinen, Nasenbluten, eine Platzwunde an der Oberlippe, sowie Fuß- und Handverletzungen bei; Brille und Strümpfe wurden zerstört! Die Frau mußte nach ärztlicher Feststellungen dieser Verletzungen krankgeschrieben werden.

Anlaß für diesen Polizeiüberfall war der Versuch der Beamten, einen Bekannten der Betroffenen wegen eines behaupteten Verkehrsdeliktes zu „stellen". Nachdem aber zweifelsfrei feststand, daß der Mann nicht oder nicht mehr im Hause war, hielt man sich ohne Begründung und Rechtsmittelbelehrung an die Frau, deren Wohnung und Grundstück völlig durchkämmt wurden. Betten, Schränke, Schubläden usw. wurden durchsucht, und unklar ist bis heute, w a s dort wohl gesucht wurde – der gesuchte Mann befand sich eindeutig weder in einer Schublade, noch im Haus überhaupt! Auf die Forderung nach einem gerichtlichen Durchsuchungsbefehl reagierten die Bullen auch nur höhnisch. Grundlos wurde die Frau schließlich aufgefordert, zu dieser Stunde mit auf die ca. 15 km entfernte Polizeiwache in Westerstede zu kommen.

Ihre Weigerung brachte ihr Prügel von Staats wegen ein: brutal wurde sie in den Streifenwagen gezerrt und mit Handschellen gefesselt! Selbst im Auto wurden ihr noch Schläge versetzt, die zu den erwähnten Verletzungen führten.

Auf der Wache wurde ihr das Recht genommen, sich sofort mit einem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen. Außerdem mußte sie eine Blutprobe über sich ergehen lassen – w a r u m , bleibt vorerst ein Geheimnis der Polizei.

Drei Tage später wurde vor allem in Augustfehn ein Flugblatt verteilt, das von der „Gruppe demokratischer Jugendlicher" Augustfehn, den Gruppen der Ammerländer Jugend- und Schülerzeitung „Stachel", den KB-Sympathisanten im Ammerland und der Arbeitsgruppe Frauen des KB/Oldenburg unterzeichnet worden war. Im Flugblatt wurde der brutale Polizeiüberfall bekannt gemacht. Diese Veröffentlichung stieß auf breites Interesse und rief bei vielen Menschen Empörung über die Polizei hervor. In zwei Geschäften wurde das Flugblatt jedem Einkäufer mitgegeben; über 30 DM wurden spontan zur Unterstützung dieser Enthüllungsarbeit gespendet.

KB/ Gruppe Oldenburg

Faschistische Thesen in der Springer-„Welt"
Kriminalität „erblich"?

„80 % Gene (Vererbung – Anm. AK) **und 20 % Umwelt"** ist die These eines Professors für Psychologie, Hans-Jürgen Eysenck. Er durfte diese auf einem halbseitigen Artikel in der „Welt" vom 17.2.76 genüßlich ausbreiten.

„Zum Glück sind wir heute so weit, darlegen zu können, daß Erbfaktoren in der Tat sehr stark das kriminelle Verhalten beeinflussen können". Angebliche „Beweise" sind u.a.:

1. Bei adoptierten Kindern *„erweist sich, daß die Kinder von straffälligen Müttern (leiblichen) in ihrer Jugend und Erwachsenenphase weit häufiger kriminelle Tendenzen zeigen als die Kinder von nicht straffälligen Müttern".*
2. *„Wir können uns schließlich fragen, ob Straftäter sich von Nicht-Straftätern ihrer Persönlichkeit nach unterscheiden. Erstere können sich z.B. als stärker emotional, impulsiv, rücksichtslos-entschlossen usw. herausstellen. Von diesen Eigenschaften wissen wir, daß sie wesentlich durch Vererbung bestimmt sind".*

„Man weiß jetzt, daß Straftäter solche oben genannten Eigenschaften eher besitzen als Nichtstraftäter".

Schließlich läßt dieser „Wissenschaftler" die Katze aus dem Sack, als er mit seinen rassistischen Thesen beweisen will: Die angebliche Notwendigkeit einer „schärferen" Kindererziehung!

„Menschen, die früh am eigenen Leib die Folgen ihrer Handlungen zu spüren bekommen (können) *schließlich doch etwas lernen. Aufgabe der Gesellschaft sollte es sein, diesen Prozeß zu beschleunigen. Dies kann geschehen durch verschärfte Disziplin, durch Bestrafung jeder Übeltat, auch schon im frühesten Alter, oder durch Insistieren* (Bestehen) *auf eine gewisse Zahl sozialer Maßstäbe, die die Gesellschaft für wichtig erklärt.*

So vorzugehen, heißt natürlich genau das Gegenteil von dem zu tun, was heute so üblich ist: alles durchgehen lassen, keine Disziplin verlangen und den Übeltäter möglichst ungeschoren davonkommen zu lassen".

Echt verwunderlich, daß sich Eysenck zum Schluß des Artikels gegen Folter wendet („...sie letztlich wirkungslos blieb").

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Belgien: Keine Amnestie für NS-Kollaborateure

Ein Vorstoß der rechtsradikalen „Flämischen Volksunion", durch eine Amnestie die Bürgerrechte von ehemaligen Kollaborateuren des Nazi-Besatzungsregimes wieder herzustellen, wurde im belgischen Parlament mit den 99 Stimmen der wallonischen Parteien und der sozialistischen Fraktion gegen 88 der flämischen Volksunion, Christdemokraten und Liberalen abgelehnt.

Die „Entnazifizierung" wurde in Belgien offensichtlich ernsthafter betrieben als in der BRD, wo schon wenige Jahre nach Kriegsende Alt-Nazis wieder in Amt und Würden gelangten. So wurden 33.300 Flamen, 17.700 Wallonen und 7.635 Brüsseler wegen Kollaboration mit den Nazis verurteilt, 242 von ihnen hingerichtet. Gegenwärtig leben noch einige tausend der Nazi-Helfer unter Verlust ihrer bürgerlichen Rechte, Renten und Vermögen.

In zahlreichen Ländern verstärken die Rechten ihre Bemühungen, die Nazis ihrer gerechten Strafe zu entziehen, entsprechend etwa der „Freiheit für Heß"-Kampagne. In Belgien sind sie erstmal gescheitert. Jetzt will die „Flämische Volksunion" König Baudoin um einen Gnadenerlaß angehen.

Holland-Kommission KB/Gruppe Bremerhaven

Klassenjustiz

Weitere Verschärfungen an der Rechtsfront geplant

Seit Ende letzten Jahres liegen Entwürfe der Bundesregierung und des Bundesrates (CDU-Mehrheit) zur Änderung der Strafprozeßordnung vor. Es handelt sich dort u.a. um eine Verschärfung des § 129 *„Bildung terroristischer Vereinigungen".* Die Bundesregierung verspricht sich hiervon eine *„bessere Bekämpfung terroristischer Vereinigungen durch eine Erhöhung des Strafrahmens."* Das Gesetz soll ferner ein Beitrag zur Beseitigung des „Ermittlungsnotstandes" (!) sein. Schließlich soll durch den neuen § 138 eine strafrechtlich sanktionierte Anzeigepflicht (!) für Mitwisser geschaffen werden. (Alle Zitate beziehen sich auf: Drucksache 7/4005, Deutscher Bundestag- 7. Wahlperiode, 1.9.75, S. 4-10)

Der neue § 129 – erhöhte Strafandrohung

§ 129 a sieht unter (1) vor, daß derjenige, der eine Vereinigung gegründet, für sie wirbt oder sie unterstützt (oder sich als Mitglied daran beteiligt), deren „Zweck" die „Begehung von Straftaten ist" (z.B. Mord, Totschlag, Vergiftung, Geiselnahme, „Luftpiraterie") mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft wird. (Bundesratsentwurf: Freiheitsstrafe von 1 - 10 Jahren) „Rädelsführer" oder „Hintermänner" sollen künftig mit einer Strafe von einem bis zehn Jahren rechnen.

Gesetzlich sanktioniertes Denunziantentum

Überhaupt keine Beachtung in der bürgerlichen Presse fand die Einführung einer *„strafrechtlich sanktionierten Anzeigepflicht für Mitwisser"* die von den Gestapomethoden der Faschisten nicht weit entfernt sind. § 138 sieht vor, daß ebenso der bestraft wird, der von dem Vorhaben oder der Ausführung einer Straftat nach § 129a erfährt (und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die Straftat noch zu verhindern ist) und es *„unterläßt, der Behörde unverzüglich Anzeige zu erstatten".*

In der Begründung der Bundesregierung dazu heißt es, daß durch die Anzeigepflicht dem Kreis der „Mitwisser", die bisher durch Schweigen gewährte „Deckung" entzogen werden soll. Damit wird die Pflicht zur Denunziation rechtlich verordnet. Der Bundesratsentwurf geht wie üblich noch einen Schritt weiter: Er fordert eine Anzeigepflicht auch für bereits begangene Straftaten.

Die Tragweite dieser Verschärfungen läßt sich u.a. an dem Grundsatzurteil gegen die Hamburger Hausbesetzer in der Eckhofstraße absehen (siehe dazu AK 76): Dort legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Bundesgerichtshof ein, *„um die Rechtslage zu klären, ob Hausbesetzung kriminelle Vereinigung ist."* Sie ist: Die Begründung für das Bestehen einer „kriminellen Vereinigung" bestand im Wesentlichen darin, daß behauptet wurde, die Hausbesetzer wollten der Polizei mit „massiver Gewalt begegnen", indem sie „lebensgefährdende Angriffswaffen" bereit hielten, wie „halbierte Ziegelsteine" und Katapulte.

Damit ist klar, daß auch Bürgerinitiativen wie die in Whyl zu kriminellen Vereinigungen erklärt werden können, auf die dann alle Verschärfungen des neuen Gesetzes anwendbar sind. Wenn z.B. eine solche Bürgerinitiative konkrete Verteidigungsmaßnahmen gegen zu erwartende Polizeiüberfälle plant, so kann sich der Staatsapparat Leute herausgreifen und mit der Begründung verurteilen, daß sie es unterlassen haben *„einer Behörde unverzüglich Anzeige über eine bevorstehende Straftat"* (natürlich seitens der Bürgerinitiative und nicht der Polizei) zu machen.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) Hamburg

Kampagne zur Haftverschonung für Karl-Heinz Roth

Karl-Heinz Roth's Gesundheitszustand verschlechtert sich zusehens. Wenn ihm nicht sofortige Haftverschonung gewährt wird und er nicht in die Intensivstation eines modernen Krankenhauses überführt wird, dann droht ihm der sichere Tod.

Roth, der selbst Arzt ist, meinte dazu in einem Fernsehinterview Anfang April, daß er unter den jetzigen Bedingungen nicht mehr lange zu leben habe.

Nach wie vor lehnt aber Richter Kopka eine Haftverschonung mit der Begründung ab, Roth habe seinen Zustand selbst verschuldet.

Roth ist bisher nicht angeklagt, geschweige denn verurteilt. Richter Kopka nimmt sich die Freiheit, Roth eigenmächtig zu verurteilen, unter Umständen zum Tod.

Gegen dieses Vorgehen der Klassenjustiz ist jetzt eine Kampagne zur Haftverschonung für Karl-Heinz Roth angelaufen. Mehr als hundert prominente Journalisten, Schriftsteller, Wissenschaftler, Rechtsanwälte usw. haben inzwischen eine Erklärung unterschrieben, in der sie den Justizminister Posser von Nordrhein-Westfalen auffordern, Roth sofort freizulassen.

Vom 26.3. bis einschließlich 28.3. führte in Düsseldorf der „Arbeitskreis Meinungsfreiheit und Rechtsstaatrepression" einen symbolischen Hungerstreik unter der Forderung sofortiger Haftverschonung für Roth durch. An dem öffentlich geführten Hungerstreik beteiligten sich etwa 30 Genossen. Es wurden 81 Besuchsanträge für Roth gesammelt und 50 DM von Passanten zur Unterstützung der Aktion gespendet.

Im Westdeutschen Rundfunk Köln am 13.3.76 wies der Journalist und Liedermacher Walter Moßmann auf die lebensbedrohliche Situation Roths hin. Prompt wurde auf den WDR Druck ausgeübt, daß diese Sendung zugelassen wurde.

Walter Moßbach wandte sich daraufhin in einem offenen Brief an die Mitarbeiter des WDR Köln, in dem er unter anderem die „Freiwillige Selbstzensur", die viele Journalisten heute gegen sich selbst ausüben, kritisiert. Nur eine breite Öffentlichkeit macht es möglich, den Druck gegen eine fortschrittliche Berichterstattung abzuwehren.

Wesentlich schärfer als in der Presse der BRD (wo Roths Zustand praktisch totgeschwiegen wird), ist die Reaktion im Ausland. Im holländischen Rundfunk wurde am 20.3. ein Telefoninterview mit der Verlobten von Roth gesendet. Lange Artikel über Roths Haftbedingungen und die Lebensgefahr, in der er sich befindet, befanden sich in „Le Monde" vom 20.3. und der Zeitschrift der holländischen Journalistenschule, „Zipitaja" am 25.3. Die holländische Zeitung erschien mit der engagierten Überschrift: *„Westdeutscher politischer Gefangener. Sie lassen Roth sterben!"*

Auf einem internationalen Kongreß in Mailand (s. AK 77) wurde eine Protestresolution gegen die Behandlung politischer Gefangener in der BRD verabschiedet.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe



Antifaschist verurteilt

Am 21.1. fand die Berufungsverhandlung gegen den Arbeiter H. vor dem Landgericht Hamburg statt. Ihm wurde *„schwere Körperverletzung"*, begangen an dem Faschisten Rosendahl, vorgeworfen.

Im Dezember '73 hatte die faschistische NPD ausgerechnet im Arbeiterbezirk Eimsbüttel einen Propagandastand aufgestellt und versuchte, ihren braunen Dreck an den Mann zu bringen. Diese eindeutige Provokation wurde von einigen Antifaschisten aus Eimsbüttel nicht hingenommen. Sie versuchten, die Hetzpropaganda dadurch zu verhindern, daß sie den Stand umwarfen und (leider nur) teilweise das Material zerstörten. Die Faschisten waren offenbar darauf vorbereitet: mit einem Schlagring wollte Faschist Rosendahl sofort anfangen, auf die Antifaschisten einzuschlagen. Der Arbeiter H., der in der Nähe gestanden hatte, wollte den Kollegen zu Hilfe kommen und wurde von Rosendahl mit dem Schlagring traktiert. Er erlitt Kopfverletzungen. Den Antifaschisten gelang es, Rosendahl zurückzudrängen und ihm das verdiente „Veilchen" beizubringen. Der Arbeiter H. konnte als einziger kurz nach dieser Aktion von der „ungewöhlich" schnell anrückenden Polizei festgenommen werden.

Die Augenverletzung, die Rosendahl davontrug, reichte der Klassenjustiz zur Verurteilung von H. zu 1500 DM Geldstrafe, ersatzweise 75 Tage Haft wegen *„schwerer Körperverletzung"*.

Die Zeugen der Anklage, allesamt NPD-Faschisten, verstrickten sich bei der ersten Instanz ständig in Widersprüche, was den Richter natürlich nicht störte (siehe dazu AK 55).

In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil aus erster Instanz bestätigt. Zusätzlich muß H. die Kosten beider Verfahren tragen. Auch in der Berufung stützte sich das Gericht ausschließlich auf Aussagen der Faschisten Rosendahl, Timmermann, Sabrautzky und Dr. Wolter.

Es konnte nicht mal bewiesen werden, daß der gutplazierte Schlag auf Rosendahls Auge von H. ausgeführt wurde. H. sollte stellvertretend für alle beteiligten Antifaschisten bestraft werden: *„Selbst wenn es der Angeklagte nicht gewesen sein sollte, sondern ein anderes Mitglied der Gruppe, muß sich der Angeklagte auch diesen Schlag zurechnen lassen"*. Rosendahls Schlagring wurde „natürlich" nie gefunden, und Richter Dettmer hielt es auch für *„unwahrscheinlich"*, daß Rosendahl einen solchen überhaupt besitzt. Rosendahl habe schließlich unter Eid ausgesagt, daß er keinen besitzt. Während der Richter die Aussagen der Faschisten durchweg als *„glaubwürdig und überzeugend"* bezeichnete, stellte er die Aussagen des Antifaschisten schlicht als *„nicht glaubhaft"*, *„unwahrscheinlich"* und als *„Schutzbehauptungen"* hin (alle Zitate aus dem Landesgerichtsurteil).

Man kann sich das widerliche Schmunzeln des Faschisten Fr.-U. Bundt vorstellen, als er triumphierend vermelden konnte: *„Das Gericht hielt nicht die widersprüchliche und erfundene Version des Angeklagten, sondern die Aussagen unserer Aktivisten, die damals überfallen wurden, für glaubhaft."* („Hamburger Nationaldemokraten", Blättchen des LV Hamburg)

Dieser Prozeß hat noch einmal deutlich gezeigt, wie gut die Zusammenarbeit der Faschisten mit der Klassenjustiz klappt.

Die Urteile gegen Antifaschisten sollten uns nicht davon abhalten, weiterhin konsequent gegen die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse, die Faschisten, vorzugehen. ●

IKAH

Solidaritätskonto 12443653
BfG Hamburg
Konto Arbeiterhilfe e.V.

Ist lebenslängliche Haft verfassungswidrig?

Wie schon kurz berichtet, hat der Verdener Landgerichtspräsident Beckmann einen Mordprozeß vor dem Urteilsspruch ausgesetzt, d.h. unterbrochen.

Der Berliner Polizist Riese gilt als überführt, mit Rauschgift gehandelt und einen *„Geschäftspartner"*, der aussteigen und singen wollte, kaltblütig umgelegt zu haben.

Richter Beckmann will vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, daß ein Mörder in jedem Fall mit lebenslanger Haft bestraft werden muß. Er beruft sich auf Artikel 100 des Grundgesetzes, der verlangt, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, wenn ein Richter durch sein Urteil glaubt, gegen die Verfassung zu verstoßen.

Richter Beckmann hält die lebenslange Haft bei Mord für verfassungswidrig , weil – im Gegensatz zum Totschlag – die Tatumstände u.ä. auf keinen Fall mildernde Umstände schaffen.

Besonders aber sieht er die Menschenwürde verletzt, weil hohe Haftzeiten psychische Vernichtung bedeuten. Es tritt ein Persönlichkeitsverfall ein, *„ein Prozeß, der zu Lebensuntauglichkeit ... und häufig zur Verblödung führt."* (Prof. Triffterer, 1974, „Zeitschrift für Rechtspolitik").

Das öffentliche Echo

Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vogel, bezeichnete demgegenüber den Mordparagraphen als verfassungsgemäß. Ebenso der Vorsitzende des Strafrechtssonderausschusses Müller-Emmert (SPD), der allerdings für eine richterliche Haftprüfung nach ca. 15 Jahren eintritt – anstelle des bisher üblichen „Gnadengesuchs".

Der Hamburger „Reform"-Justiz-Senator Klug von der FDP schloß sich den Vorstellungen des Richters Beckmann an. Bestrebungen zur Haftzeitbeschränkung gibt es schon länger: 1974 z.B. einen schüchternen Gesetzentwurf des Bundesjustizministers.

Es sollen dann nur noch die sogenannten Unverbesserlichen drin bleiben, vor denen die Öffentlichkeit geschützt werden müsse. Darin allerdings sind sich a l l e bürgerlichen Juristen und Politiker einig!

In beklemmender Weise hat das Herr Stimpert von der „Hamburger Morgenpost" (31.3.76) formuliert: *„Es ist schlicht nicht gerecht, einen Vater bis an sein Lebensende hinter Gitter zu stecken, der im Affekt den Sexualmörder seiner Tochter umbringt. Und es ist schlicht nicht zu vertreten, einen unheilbaren Triebtäter nach ein paar Jahren Gefängnis wieder auf die schulpflichtige Menschheit loszulassen. Er gehört (notfalls lebenslang!) in eine psychiatrische Anstalt."*

Abgesehen davon, daß der Vater bestimmt nicht als Mörder verurteilt werden wird: woher nimmt Herr Stimpert das Recht, zu sagen, es gebe Menschen, die schon mit Eigenschaften geboren sind, die sie auf Dauer von menschlicher Gesellschaft ausschließen?? Und schließlich: was hat das damit zu tun, daß lebenslange Haft Menschen zerstört?!

Aber jedenfalls wurden wiedermal die Opfer bemüht, um den Rachegedanken bringen zu können.

Aber die heutige Rechtssprechung kennt noch andere „Unverbesserliche". Wie schon des öfteren an dieser Stelle berichtet, gibt es starke Bestrebungen, Angeklagte, die vom Verfassungsschutz oder ähnlichen Behörden als Überzeugungs- bzw. Gesinnungstäter eingestuft werden, prinzipiell als besserungsunwillig zu betrachten. Sie können wegen grundsätzlich angenommener Flucht- und Verdunklungsgefahr in U-Haft gehalten werden (siehe Borvin Wulf). Ebenso fällt eine Strafaussetzung auf Bewährung flach, weil sich eben „Überzeugungstäter" weder bewähren wollen noch können. Hier liegt also die Grenze, die sich auch diese „liberalen" Juristen setzen.

Was soll also der ganze Zauber?

Für die Verkürzung der Haftzeit als auch für „Resozialisierungsvollzug" gilt sicher, daß sie für den einzelnen Gefangenen und seine Familie etc. eine relative Vermenschlichung bringen können. Sie verschleiern aber auch, daß die Ursachen der Kriminalität und die Bedingungen im Knast keineswegs abgeschafft bzw. geändert sind, ebensowenig die Bedingungen, die die Gefangenen draußen bei ihrer Entlassung vorfinden.

Die *„Wiedereingliederung in die Gesellschaft"*, die das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom vergangenen Jahr als Hauptziel des Strafvollzugs bezeichnete, hört spätestens am Gefängnistor auf, sofern sie überhaupt begonnen hat.

Das wurde auch kürzlich an den Reaktionen auf die beiden Gefangenen-„selbst"morde in Hamburg-Fuhlsbüttel deutlich. Der springende Punkt ist, daß die Gefangenen in der öffentlichen Meinung verurteilt sind, dort findet die eigentliche Bestrafung, sprich Rache statt.

Nach einer Allensbach-Umfrage sollen 30% der Bundesbürger für die Todesstrafe sein und erst recht wohl für die „Todesstrafe auf Raten"! ●

IKAH-Knastgruppe

Terrorurteil gegen P.P. Zahl

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit verhängte das Düsseldorfer Landgericht am 12.3. ein empörendes Urteil gegen den linken Schriftsteller P.P. Zahl: 15 Jahre Knast wegen zweifachen *„versuchten Mordes"*.

Im ersten Prozeß 1974 war er noch wegen *„schwerer Körperverletzung"* und *„Widerstand gegen die Staatsgewalt"* zu vier Jahren verurteilt worden (s. AK 75). Im Dezember '72 hatte Zahl versucht, sich einer Ausweiskontrolle zu entziehen. Bei der Flucht kam es zu einer Schießerei mit den Bullen, wobei ein Bulle verletzt und Zahls Arme mehrere Male durchschossen wurden. Die Beweisaufnahme ergab im ersten Prozeß eindeutig, daß die Schüsse von Zahl in einer regellosen Flucht abgegeben wurden, folglich also der Bulle unbeabsichtigt getroffen wurde.

Deshalb war der Antrag der Staatsanwaltschaft in der ersten Instanz, ihn wegen *„versuchten Mordes"* anzuklagen, vom Gericht abgelehnt worden. Die Staatsanwaltschaft legte daraufhin Revision beim Bundesgerichtshof ein und bekam recht!

Da die Staatsanwaltschaft auch in der zweiten Instanz keinerlei Beweis für den Vorwurf des *„versuchten Mordes"* hatte, griff sie auf andere „bewjährte" Mittel zurück: der Staatsanwalt erhob in aller Öffentlichkeit den grotesken Vorwurf, Zahl habe die Absicht verfolgt, Ulrike Meinhof zu befreien und sei außerdem ein *„Bankräuber"*.

Im Prozeßverlauf konnte die Klassenjustiz die *„Tötungsabsicht"* nicht im geringsten beweisen. Zahl hätte bei seiner Flucht mehrmals die Möglichkeit gehabt, einen tödlichen Schuß abzugeben; außerdem wäre es schwachsinnig, sich durch einen Mord der Festnahme durch die Polizei zu entziehen, denn gegen Zahl lag nichts „Schwerwiegendes" vor. Dafür konnte aber „bewiesen" werden, daß Zahl ein *„führender Kopf der linken Bewegung"* sei. Nach Meinung der Staatsanwaltschaft und des Richters spricht dieser *„Tatbestand"* allein dafür, daß eine *„Tötungsabsicht"* vorgelegen haben muß!

Ohne jeden Beweis verhängte Richter Monschau die höchstmögliche Zeitstrafe: 15 Jahre Knast, zusammengesetzt aus zwölf und neun Jahren für zwei „Mordversuche"! In der Urteilsbegründung gab der Richter sogar zu, daß hier ein politisches Urteil gesprochen wurde: *„Der juristische Strafrahmen von drei bis fünfzehn Jahren mußte voll ausgeschöpft werden, weil Zahl ein Gegner des Staates ist und die Notwendigkeit der speziellen Abschreckung besteht"* („Informationsdienst" 118).

Das Urteil und die ganze „Beweisführung", die sich praktisch darauf beschränkte, Zahl eine linke Gesinnung nachzuweisen, erinnert an die Methoden der Klassenjustiz unter dem Nazi-Faschismus. Es stimmt, was im Zusammenhang mit dem Hoppe-Prozeß im AK 21 stand:

„Die politische Verfolgung der aktiven Kämpfer gegen den Kapitalismus wie auch der(jenigen) ..., die keinen Respekt vor der kapitalistischen Eigentumsordnung haben, ... entwickelt sich erneut in die Richtung brutaler Terrorurteile, wie sie der älteren Generation noch vom Nazi-Regime in schrecklicher Erinnerung sind. Es beginnt mit zügellos harten Urteilen gegen verwirrte politische ‚Verzweiflungstäter', weil die Justiz sich hier noch den geringsten Widerstand oder das größte ‚Verständnis' der Bevölkerung erhofft. Es endet mit dem Justizterror gegen a l l e Gegner des Kapitalismus, mit der polizeilichen und gerichtlichen Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung." ●

Urteile im Bethanienprozeß gefällt

Der Vorsitzende des Westberliner Regionalkomitees der „KPD", Christian Heinrich, ist am 6.4. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Der Mitangeklagte Sieghard Gummelt bekam neun Monate Gefängnis aufgebrummt.

Anlaß des Prozesses war eine Kampagne im Frühjahr 1975, bei der es um die Errichtung einer Kinderpoliklinik im ehemaligen Bethanien-Krankenhaus im Arbeiterbezirk Kreuzberg ging. Die Kampagne hatte relativ großen Anklang in der Bevölkerung gefunden, da die medizinische Versorgung der Kinder in diesem Stadtteil katastrophal ist. In Flugblättern, für die Heinrich presserechtlich verantwortlich zeichnete, war zur Besetzung des leerstehenden Bethanien-Krankenhauses aufgerufen worden. Fortschrittliche Mediziner und ärztliches Personal hatten eine ambulante Station für die Kinder eingerichtet. Für die ausländischen Arbeiter, die zahlreich in Kreuzberg wohnen, war dies die einzige Möglichkeit, ihre Kinder behandeln zu lassen. Heinrich wurde jetzt verurteilt, wegen *„fortgesetzter gemeinschaftlicher Anstiftung zum schweren Hausfriedensbruch"*, *„übler Nachrede"* und *„verfassungsfeindlicher Einwirkung auf öffentliche Sicherheitsorgane"*. Dieser letzte Punkt wurde auch Gummelt zur Last gelegt, der vor einer Polizeiunterkunft Flugblätter v e r t e i l t (!!) hat, in denen die Polizisten aufgefordert wurden, bei einer etwaigen Besetzung des Bethanien-Krankenhauses nicht einzugreifen, sondern sich krankzumelden und sich insgesamt gegen die militärische Ausbildung bei der Polizei zu wenden. ●

Grundmann muß aus der Haft entlassen werden!

Wolfgang Grundmann, der im Kaiserslautener „RAF"-Prozeß zusammen mit Manfred Grashof und Klaus Jünschke angeklagt ist, ist lebensgefährlich erkrankt. Sein bedrohliches Darmleiden wird zur Zeit in der Universitätsklinik Mainz behandelt. Schon vor Monaten hatten die Verteidiger Grundmanns auf den sich ständig verschlechternden Gesundheitszustand hingewiesen, bisher leider vergebens.

Die Mitangeklagten Grashof und Grundmann forderten den Gerichtsvorsitzenden Adolf Stiefenhöfer am 6.4. zum wiederholten Male auf, Grundmann sofort aus der Haft zu entlassen und das Verfahren vorläufig einzustellen. ●

Prozeß gegen Gertraud Will

Am 5.4.76 begann vor dem Münchener Landgericht der Prozeß gegen die Kindergärtnerin Gertraud Will. Mitangeklagt ist ihr Bruder, der Blindenlehrer Hartmut Will. Die Staatsanwaltschaft wirft Gertraud die Unterstützung dreier krimineller Vereinigungen, Rädelsführerschaft in einer weiteren, Vorbereitung von Explosiv-Verbrechen, Begrünstigung, Strafvereitlung und versuchte Gefangenenbefreiung vor. Hartmut Will ist wegen Mithilfe bei einigen Delikten angeklagt.

Gertraud wurde am 24.4.74 bei einer – normalen – schwerbewaffneten Polizeirazzia in München verhaftet. Die Polizei fahndete nach Roland Otto, dem Verlobten von Gertraud. Im Verlauf dieser Polizeirazzia ist übrigens der Münchener Taxifahrer Günther Jendrian in seiner Wohnung von den Bullen abgeknallt worden. Seit dieser Zeit sitzt Gertraud in Untersuchungshaft.

Die Vorwürfe, die ihr in der Anklageschrift gemacht werden, sind reichlich fadenscheinig: 1971 habe sie Sprengstoff, Leitzordner, Geld und Formulare der Gruppe „Tupamaros München" im elterlichen Keller aufbewahrt. Diese Sachen kamen dann aber irgendwie weg und wurden auch nie wieder gesehen. Von der „kriminellen Vereinigung", deren Rädelsführerin die Genossin sein soll, sind keine weiteren Mitglieder und nicht einmal der Name bekannt. Aber die „Befreiung inhaftierter Straftäter" soll sie geplant haben. 35 Zeugen und sieben Sachverständige werden für den Prozeß aufgeboten. Gertraud sagte in den ersten drei Prozeßtagen, daß die Vorwürfe gegen sie völlig aus der Luft gegriffen seien. Aus der Tatsache, daß sie 1969 an einem Knastcamp (in Ebrach, wo zu der Zeit Fritz Teufel saß) mit Leuten teilgenommen habe, die später zu Anarchisten wurden, könne man nicht zwingend herleiten, daß sie eine Anarchistin sei oder mit solchen in Verbindung stehe (nach „Süddeutsche Zeitung", 6.4.76). Sie habe den Kampf um Roland Otto, der schon vor 1974 im Knast saß, auf allen Ebenen geführt und dieser Kampf war auch ein Kampf um sie selbst.

Am dritten Prozeßtag wollte die Staatsanwaltschaft ihren ersten grossen „Trumpf" ausspielen. An diesem Tag wurde Rudolf Putnik vernommen.

Er hatte in früheren Aussagen Gertraud belastet und behauptet, in seiner Garage vären Anfang April 1971 größere Mengen von Dynamit und Sprengstoffchemikalien von den „Tupamaros München" versteckt worden. Gertraud habe sie einige Zeit später abgeholt und im elterlichen Keller versteckt. Diese Trumpfkarte blieb der Staatsanwaltschaft allerdings im Hals stecken. Putnik, der inzwischen in Westberlin zu sieben Jahren wegen Bankraubs verurteilt wurde, widerrief seine belastenden



Behauptungen und nahm von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch. Staatsanwalt Görlach und der Vorsitzende Richter Maver versuchten dann, die frühere Aussage von Putnik dadurch zu retten, daß sie ihm immer wieder in den Mund zu legen versuchten, er mache nur keine Aussage, weil er bedroht und unter Druck gesetzt worden sei (nach „SZ", 9.4.76). Putnik wies diese Unterstellungen als „Kolportagen" zurück und auch der ihn begleitende Westberliner Kriminalbeamte konnte sich dazu nicht äußern. Damit hat sich schon zu Anfang des Prozesses der größere Teil der Anklagepunkte als null und nichtig erwiesen. Es ist allerdings sicher, daß die Klassenjustiz nichts unversucht lassen wird, um die beiden Genossen doch noch als „Kriminelle" abzustempeln und hinter Gitter zu bringen. ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

...Klassenjustiz aktuell...

Köln: Ende März begann ein Prozeß gegen Ralf Stein wegen

- Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung,
- Schußwaffenbesitz,
- Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz,
- Abhören von Polizeifunk und
- Begünstigung eines geflohenen Häftlings.

Der Vorsitzende Richter Liptow war Beisitzer von Somoskeoy im Prozeß gegen die vier türkischen Genossen Özerturgut, Urgulu, Yurtas und Tutgun.

Ralf Stein war Kontaktadresse einer anarchistischen Zeitschrift. Er wurde festgenommen, weil zwei Opfer der Polizeiaktion „Winterreise" einen gewissen „Stone" erwähnten. Das Stone nicht Stein ist, wurde zwar bei einer Gegenüberstellung festgestellt, aber daraufhin bezogen sich die Behörden auf die Aussage des zwielichtigen Dieter Hartmann, der in U-Haft sitzt. Er hatte Stein angeblich kurz beherbergt und mit 100 DM ausgeholfen. Außerdem bemühte man den Berufszeugen Bodeux (Schmücker-Prozeß), der sich auch zu Stein was einfallen lassen wird, wie schon zu K.-H. Baumann (AK 75).

Westberlin: 20 von 128 Gerichtsreferendaren, die 1974 in einer Anzeige im (West-) Berliner „Tagesspiegel" gegen die Behandlung von Katharina Hammerschmidt protestiert hatten, erhielten nun Strafbefehle über insgesamt 33.600 DM. K. Hammerschmidt war an Krebs im Knast gestorben.

•••

Düsseldorf: Der DKP-Funktionär Helmut Klier wurde im Berufungsverfahren zu 360 DM Geldstrafe und Übernahme der Gerichtskosten verurteilt (wegen *„Nötigung"* und *„Verstoß gegen das Versammlungsgesetz"*).

Klier hatte 1974 zusammen mit 120 anderen Antifaschisten eine NPD-Veranstaltung verhindert (nach „Tat", 26.3.).

Gießen: Im Prozeß gegen acht ehemalige Gestapofaschisten wegen Beihilfe zum Mord in mehreren tausend Fällen wurde der Schöffe Robert Schleer für *„befangen"* erklärt, weil er im Dezember '75 (!) gegenüber anderen gesagt haben soll: *„Die Angeklagten gehören verurteilt"* und es sei *„unverständlich, warum diese Leute noch frei herumlaufen"*. („Tat", 26.3.).

•••

Leutkirch: Am 11.3. wurde das arbeitslose Mitglied M.B. der „Roten Garde" Leutkirch wegen *„Beleidigung"* und *„Nötigung"* der NPD zu 150 DM Geldstrafe und Übernahme der Gerichtskosten verurteilt („Roter Morgen", 27.3.).

••••••••••••••••••••••••••••••

Richtigstellung

Im AK 76 ist im Bericht über das Anwaltsreffen in Frankfurt eine sachliche Unrichtigkeit enthalten:

Die einzigen Vertrauensverteidiger, die noch kein Ehrengerichtsverfahren haben, sind Schily und Pfaff (nicht Heldmann). Rechtsanwalt Pfaff ist im gleichen Büro wie Heldmann.

Schily und Heldmann sind die beiden einzigen Vertrauensverteidiger, die in Stammheim überhaupt noch verteidigen können – von ehemals 12 Anwälten. ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

••••••••••••••••••••••••••••••

Nachrichten aus dem Knast

Paris: Ende März ist in Frankreich ein Gefangener an einem Hungerstreik gestorben. Der 34jährige Auguste G., der seit Mai '75 (!) die Nahrung verweigert hatte, wog bei seinem Tod noch 25 kg! Er war zu lebenslanger Haft verurteilt und wollte erreichen, daß seine „Etappe als ehrenhafter Arbeiter" in seine Akte aufgenommen würde und daß er in einer normalen Zelle untergebracht würde.

•••

•••

Kassel: Der zweite „Selbst"mord in Kassel-Wehleiden seit Februar. Ein 37jähriger Häftling, der zur psychiatrischen Behandlung nach Kassel gebracht war, sprang auf dem Weg zu einem Sozialarbeiter übers Treppengeländer vom 3. Stockwerk.

•••

Bochum: In der Nacht vom 12. auf den 13.2.76 erhängte sich der Untersuchungsgefangene Werner David in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bochum. David war am 12.2.76 zu drei Jahren Gefängnis mit anschliessender Sicherheitsverwahrung wegen „widernatürlicher" Unzucht mit Kindern verurteilt worden.

In der vorausgegangenen Verhandlung war er als mehr oder weniger „perverses Schwein" fertiggemacht worden: Statt ihm die Möglichkeit einer psychotherapeutischen Behandlung zu geben, zog man das bewährte „Heilmittel" der jahrelangen Sicherheitsverwahrung vor: Diesem langsamen Zugrundegehen zog David den rascheren Freitod vor.

Besonders „pietät"voll erwies sich die Anstaltsleitung der JVA Bochum: Während die Gefangenen sehr betroffen über Davids Tod waren und ausschließlich darüber sprachen, spielte das Abendradioprogramm die „karnevalistische Hitparade"! (Nach „Informationsdienst" 119, 3.4.76)

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

den rascheren Freitod vor. IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Ludwigsburg:

Wie wir erst jetzt erfahren haben, ist der Arzt Wolfgang Huber (ehemals Sozialistisches Patientenkollektiv) am 15.1.76 aus der Haft entlassen worden. Er war 1974 festgenommen worden. Am 6.11.75 hatte er einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Eine Woche danach wurde er offenbar in das Vollzugskrankenhaus Hohenasberg begracht. Die Vollzugsbehörden behandelten seine Verteidiger Croissant und Schifferer als Ausgeschlossene.

Sie stellten sich u. a. auf den hirnverbrannten Standpunkt, sie seien nicht als Verteidiger zu betrachten, da sie in „einer Gnadensache" tätig seien, deshalb seien ihre Besuche keine Verteidigerbesuche und ihre Briefe keine Verteidigerpost.

Während des Hungerstreiks wurde W. Huber durch eine Nasensonde künstlich ernährt. Trotzdem verschlechterte sich natürlich sein gesundheitlicher Zustand zusehends. Zwei Wochen vor seiner Haftentlassung – also Ende Januar – hob das Justizministerium ohne Begründung die Verteidigerausschlüsse auf.

Inzwischen hat W. Huber bedingt durch die lange Unterernährung weiterhin an Gewicht verloren (nach Presseerklärungen der Verteidigung). ●

Neue Hetzkampagne gegen Hamburger Gefangene

Nachdem sich Mitte Februar die Gefangenen Rohrmoser und Krieger in ihren Zellen im Fuhlsbütteler Knast erhängt hatten und in einem Flugblatt ihren Selbstmord mit den unmenschlichen Zuständen im Knast erklärt hatten (s. AK 75), sorgten verschiedene Vorfälle im Fuhlsbütteler Knast in Hamburg für Schlagzeilen wie: *„Wieder Aufruhr in Santa Fu"*, *„.... schon wieder ein neuer Krawall"*, *„Linksradikale Häftlingsgruppen – von außen gesteuert?"* („Hamburger Morgenpost", 7. und 8.4. und „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9.4.76).

Selbstmord als letzter Ausweg

Tatsächlich hatte sich im Fuhlsbütteler Knast letzte Woche folgendes ereignet:

Am 6.4.76 sei ein Aufsichtsbeamter von einem Häftling „ohne erkennbaren Grund" niedergeschlagen worden. Am selben Tag verbarrikadierte sich Hans W. in seiner Zelle und zündete Möbel und Matratzen an. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht. Einen Tag später, am Mittwoch, unternahm ein Häftling einen Selbstmordversuch, indem er eine große Menge Schlaftabletten nahm. In einem in seiner Zelle gefundenen Brief schrieb er u. a., *„er sei mit den Nerven fertig"*, für ihn habe alles *„sowie so keinen Zweck mehr"*. („Süddeutsche Zeitung" (SZ), 9.4.). Ausserdem fühlte er sich mit einer Woche „Absonderung" zu Unrecht bestraft, er hatte gegen einen Beamten angeblich „falsche Verdächtigungen" ausgesprochen.

Über die wirklichen Hintergründe dieser letzten Verzweiflungstaten erfährt man in der bürgerlichen Presse natürlich nichts. Stattdessen gab der Leiter der Vollzugsanstalt in der „Umschau am Abend" vom 8.4. den zynischen Kommentar, daß die Ursache für die Selbstmorde *„in individuellen Besonderheiten, psychischer Labilität"* zu suchen seien.

Verantwortlich sollen „Linksradikale" sein

Sehr viel mehr erfährt man in der bürgerlichen Presse dagegen über eine *„linksradikale Häftlingsgruppe"* (die von einem Kommunikationszentrum gesteuert werden soll), die gezielt mit den letzten Ereignissen in Verbindung gebracht wird. Es wurde das Gerücht ausgestreut, diese Gruppe habe von den Selbstmorden der Gefangenen Rohrmoser und Krieger vorher gewußt und den Tod der beiden für *„eigene propagandistische Zwecke mißbraucht"* („SZ", 9.4.). Mit einem Mal bekam auch ein nicht unterzeichneter Brief große Bedeutung, in dem die Verfasser einen *„gewaltlosen Widerstand"* durch Hungerstreik und Besteigen des Anstaltsdaches ankündigen. Bei gewaltsamer Unterbrechung der Protestaktion, so heißt es, *„zögern wir nicht, uns vom Anstaltsdach in die Tiefe zu stürzen"*. („SZ"). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß dieser Brief bereits vor drei Wochen der Justizbehörde von einem Häftling zugeleitet wurde, was übrigens auch der Leiter des Strafvollzuges nicht bestreitet. Die verschiedenen Versionen, die über das als linksradikal bezeichnete Kommunikationszentrum in die Welt gesetzt werden (es wurde von Funkverbindungen zwischen „draußen" und „drinnen" geschrieben, von namentlich bekannten Gefangenen, die vom Kommunikationszentrum gesteuert würden usw.) lassen jedoch die damit verbundene Absicht deutlich erkennen: Es gibt in Hamburg seit längerer Zeit eine Kampagne gegen den zu „laschen" und „liberalen" Strafvollzug in Fuhlsbüttel. Durch „Bild"-Überschriften wie: *„Sie schlagen dich fast tot – und die Beamten tun nichts"* oder *„So verdiente ein Häftling in vier Jahren 40.000 Mark"* sollen die bereits erheblich reduzierten Reformansätze (u. a. bessere Urlaubsregelung, mehr „Freizügigkeit" im Knast selber) als Ursache für Selbstmordversuche und Aggressivität (natürlich seitens der Gefangenen) erscheinen. Dabei darf dann natürlich nicht fehlen, daß dieser „lasche" Strafvollzug „linksradikalen" Organisationen das Feld zur „Unterwanderung" bereitet. Während die CDU ganz offen für eine Verschärfung des Strafvollzuges eintritt, ist natürlich auch die SPD weit davon entfernt, wirkliche Verbesserungen für die Häftlinge zu schaffen. Das Paradepferd „humaner Strafvollzug" ist schon längst den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen.

Erleichterungen in Fuhlsbüttel wurden rückgängig gemacht. Ausserdem unterstützt die SPD durch die Hetze gegen „linksradikale Unterwanderer" die Kriminalisierung aller derjenigen, die sich für eine wirkliche Verbesserung der Gefangenen einsetzen. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Berufsverbote

Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

Kiel: Berufsverbot für international anerkannten Wissenschaftler

Am 31. März war für den wissenschaftlichen Angestellten am Institut für Meereskunde in Kiel Dr. M. Tomczak nach siebenjähriger Tätigkeit der vorläufig letzte Arbeitstag.

Der Anlaß war verhältnismäßig

tag. Der Anlaß war verhältnismäßig

geringfügig. Tomczak hatte einer Schülerin, die nach Material über die Zukunft der Meeresforschung angefragt hatte, eine Publikation der GUV (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, KBW-„Basisorganisation") und eine weitere der „Roten Zelle Meereskunde" zugeschickt.

Kultusminister Braun sah darin „einseitig ausgerichtetes Propagandamaterial", sowie eine aktive Unterstützung der genannten Organisationen und sprach die Kündigung aus. Dieses Propagandamaterial enthielt Übersetzungen aus internationalen Publikationen der Welternährungsorganisation FAO (!) und Statistiken aus Bundesforschungsberichten (!), versehen mit einem Kommentar.

Tomczak legte gegen die ausgesprochene Kündigung Klage ein. Zum Prozeßtermin erhob das Kultusministerium Vorwürfe gegen Tomczak, die weit über die bisherige Anschuldigung der Unterstützung der genannten Organisationen hinausging: Es wurde behauptet, bei den Arbeiten Tomczak s *„handele es sich in Wirklichkeit nicht um wissenschaftliche Arbeiten, sondern um kommunistische Propaganda, die sich mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit tarnt."*

Damit war die Katze aus dem Sack: Nicht um die Versendung zweier Broschüren ging es dem Kumi, sondern um einen Wissenschaftler, der z.B. die isländische Forderung nach einer 200-Meilen-Fischereizone unterstützte.

Ein Wissenschaftler, der seine Forschung nicht in den Dienst des westdeutschen Imperialismus stellen will, ist natürlich unbrauchbar. Entsprechend wurde Tomczaks Klage abgewiesen. Das Gericht meinte: *„Durch diese seine Handlungsweise*

gewiesen. Das Gericht meinte: „Durch diese seine Handlungsweise

hat der Kläger verfassungsfeindliche Zielen Vorschub geleistet, das Vertrauen der Bevölkerung in eine von politischen Einflüssen unabhängig wirkende und forschende Wissenschaft erschüttert."

• Doch es kommt noch dicker: Das Gericht, wohl wissend, daß Tomczak in der BRD in seinem Fach keinen anderen Arbeitsplatz finden kann, legte ihm nahe, doch zu emigrieren! Diese Handlungsweise weckt Erinnerungen an den Hitler-Faschismus. Damals mußten weit über tausend demokratische Wissenschaftlicher Deutschland verlassen.

Noch ein anderer Aspekt dieses Falles verdient Beachtung. Wie wohl kein anderer Fall erregte gerade dieses Berufsverbot auch internationale Aufmerksamkeit. Zahlreiche Protestschreiben von Wissenschaftlern aus den USA, Schweden, Norwegen, Spanien, Frankreich, Peru, Kolumbien und Elfenbeinküste erreichten Braun. Insbesondere auch in der skandinavischen bürgerlichen Presse erschienen Artikel zum Fall Tomczak, in denen die Empörung und Sorge über diese Praktiken in Westdeutschland zum Ausdruck kommen.

(Informationen von der „Fachschaftsgruppe Meereskunde" Uni Kiel) ●

Uni Einheit II
KB/ Gruppe Kiel

„Radikalenerlaß" für Künstler?

Ende März enthüllte die „Frankfurter Rundschau" einen neuerlichen Angriff auf die Freiheit fortschrittlicher Künstler. Danach bemühte sich Hagen Mueller-Stahl beim Hessischen Staatstheater in Kassel um die Stelle eines Schauspieldirektors. Allein die Tatsachen, daß Mueller-Stahl bis 1961 in der DDR gearbeitet hatte und sich ein Jahr lang in Mannheim für die Durchsetzung von Mitbestimmung eingesetzt hatte, schien dem hessischen Kultusministerium Grund genug zu sein, um an diesem Fall erneut eine Attacke zu starten.

Mueller-Stahl sollte sich im Angestelltenvertrag zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bekennen. Das sollte allerdings nur der Auftakt zu einer weiten „Radikalen"-Kampagne am Theater sein. Das Kultusministerium verschickte eine Kopie des Vertrages an alle hessischen Staatstheater. Darin wird unter der Überschrift: „Überprüfung bei Neueinstellung des künstlerischen Personals durch den Verfassungsschutz" gefordert, daß „zumindest bei Führungskräften", die gleichen Zusätze wie bei Mueller-Stahl in die Verträge aufgenommen werden sollen.

Gegen diesen Angriff erhoben die Intendanten der drei hessischen Staatstheater Einspruch, und der Kasseler Verfassungsrechtler Riemer fertigte ein Gutachten an, nach dem die Einrückung des BAT §8 in Mueller–Stahls Vertrag „verfassungswidrig und nichtig" sei. *„Das Grundgesetz (§ 5, Absatz 3) entbinde Kunst und Künstler von der Treue zur Verfassung und schließe daher auch ein vertraglich festgehaltenes Treuegelöbnis aus "* („FR", 26.3.76).

Zähneknirschend erklärte Kultusminister K (ont) rollmann daraufhin: *„Ich habe überhaupt keinen Anlaß zu bedauern oder zu entschuldigen. Das wird korrigiert, die Klausel wird nicht angewendet"* („FR", 26.3.76). ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Bremens SPD-Senat forciert Berufsverbote

Gegen das Personalratsmitglied der Bremer Universität Dr. Mützelburg will der SPD-Senat die Entlassung durchsetzen, da er KBW-Mitglied ist. Rektor und Personalrat haben dies abgelehnt, eine Reihe Universitäts- und Gewerkschaftsgremien haben sich mit Mützelburg solidarisiert, an einer Protestdemonstration am 17. März beteiligten sich 600 Personen (vergl. auch AK 76 und 77).

Doch der Senat läßt nicht locker. SPD-Bürgermeister Koschnik und SPD-Senator Franke forderten SPD-Uni-Rektor Steinberg ultimativ auf, die Entlassung Mützelburgs beim Personalrat zu beantragen. Steinberg hatte unter Berufung auf das Remonstrationsrecht (Einspruchsrecht) die Anweisung seines Vorgesetzten Franke zurückgewiesen. Danach trat der Senat als übergeordnete Dienststelle auf und wiederholte die Anweisung. In einem Brief an Steinburg droht Bürgermeister Koschnick unverhüllt: *„Es muß ganz klar sein, daß jede auch nur geringfügige Abweichung von dem mit dieser Weisung vorgeschriebenen Verfahrensablauf in entscheidendem Ausmaß auf die Universität insgesamt zurückfallen müßte, insoweit deren Fähigkeit, die staatlichen Personalangelegenheiten wahrzunehmen, in Frage gestellt erscheinen würde"* („Bremer Nachrichten", 30.3.76).

Senator Franke jubilierte: *„In diese Situation war der Rektor zu bringen. Jetzt muß er ausführen"* („BN", 30.3.).

Steinberg beugte sich dem Druck seiner Parteifreunde. Am 31. März stellte er beim Personalrat den Kündigungsantrag gegen Mützelburg, den der Personalrat zwei Tage später einstimmig zurückwies. Steinberg nahm diese Maßnahme allerdings unter Protest vor. In einer Erklärung dazu schreibt er, daß es sich vom Senat in *„unangemessener Weise unter Druck gesetzt"* fühlt und weiter: *„Ich erwarte, daß der Personalrat der Universität die von mir geäußerten Bedenken aufgreift und dem von mir gezwungenermaßen gestellten Antrag nicht nachkommt."*

Damit hat Steinberg zwar versucht, sich selber reinzuwaschen, dem Senat aber letztendlich doch den Weg geebnet; denn jetzt muß der Entlassungsantrag vor's Verwaltungsgericht, wobei Koschnik und Co. auf die Mithilfe der bürgerlichen Justiz vertrauen.

Nachzutragen bleibt noch, daß Mützelburg bei den Neuwahlen des Personalrates mit 226 Stimmen (gleich 40,6%) die zweitmeisten Stimmen bekam, womit er wiedergewählt wurde. ●

KB/Gruppe Bremen

Hannover: Berufsverbot mit Polizeigewalt durchgesetzt

Gegen den Lehrer W. Binz von der Integrierten Gesamtschule Langenhagen ist ein Berufsverbot in Vorbereitung. Er wurde ab 1.4.76 vom Unterricht beurlaubt. Die Vorwürfe gegen ihn:

- Unterstützung des KBW durch „KVZ"-Verkauf im Lehrerzimmer;
- Unterstützung eines Schulstreiks;
- Die geplante Einladung eines Vertreters des „Komitees südliches Afrika" zum Unterricht über Zimbabwe (Rhodesien);
- Öffentliche Information über seine geplante Disziplinierung.

Binsz versuchte, trotz Hausverbot, weiter zu unterrichten und wurde daraufhin von Bullen gewaltsam aus der Schule geholt. Die Lehrer der Schule haben mehrheitlich das geplante Berufsverbot verurteilt. ●

treters des „Komitees südliches Af- rufsverbot verurteilt.

Schweiz: Berufsverbote nach Art der BRD

Seit 1970 häufen sich in der Schweiz Versuche, unbequeme politisch meist engagierte Lehrer wieder aus dem Schuldienst zu entlassen. In einer Dokumentation der „Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft" vom Mai 1975 werden über 30 Fälle dargestellt. Wie auch in der BRD dürfte die Dunkelziffer wesentlich größer sein.

In der Schweiz gibt es keinen „Radikalenerlaß" wie in der BRD. Anknüpfungspunkt für Berufsverboteverfahren ist sehr häufig das Verhältnis der Betroffenen zur „Landesverteidigung". Kritik am Militärdienst wird als verfassungswidrig verfolgt. So wurde dem Lehrer Andre F. das „Lehrerpatent" entzogen, nachem er zweimal vor einer Kaserne Flugblätter verteilt hatte und deswegen sogar zu einer Haftstrafe verurteilt worden war. Die juristischen Begründungen bei diesem Fall haben die Schweizer Behörden offensichtlich direkt aus einschlägigenVerfahren in der BRD abgeschrieben.

So heißt es in einem Behördenschreiben zu diesem Fall: *„Lehrer und Beamte stehen in einem besonderen Verhältnis zum Staat: von ihnen kann und muß verlangt werden, daß sie sich an die Verfassung halten ..."* Hervorzuheben ist, daß A.F. nicht nur entlassen wurde, sondern ihm sogar die „Lehrberechtigung" entzogen wurde, er also auch nicht woanders als Lehrer tätig werden kann!

Ein weiterer Lehrer wurde 1974 nach einem Jahr Schuldienst wieder entlassen, weil er den Wehrdienst mit der Waffe verweigert hatte! Ein besonderer Dorn scheint den Schweizer Behörden mit schulischen „Experimenten" im Auge zu stecken: gleich mehrere Lehrer wurden in den letzten beiden Jahren entlassen, weil sie nicht in „gewohnter" Form für Disziplin sorgten, in einem Fall sogar zeitweise auf die Erteilung von Noten verzichteten.

Auch in der Schweiz gibt es die in der BRD „gewohnten" Berufsverbotegründe: Mitgliedschaft in der „Partei der Arbeit" (etwa der DKP vergleichbar, sitzt im Parlament), anderen linken politischen Organisationen, Beteiligung an Demonstrationen, Unterschrift unter Wahllisten linker Parteien, zu freizügige Äußerungen im Sexualkundeunterricht usw.

Selbst für die bundesrepublikanischen Verhältnisse atemberaubend ist dabei die Begründung für das Berufsverbot gegen Z. in Luzern: Z. hatte sich für eine „Waffenausfuhrverbotsinitiative", für eine Ausstellung „Geschichte der Schweizerischen Arbeiterbewegung" sowie das Dokumentarspiel „Generalstreik" engagiert. Pikanterweise gehört dieser Lehrer auch noch der Sozialdemokratischen Partei an.

In der Schweiz ist die Verhängung von Berufsverboten für die herrschende Klasse unproblematischer als in der BRD, da Lehrer keine Beamten auf Lebenszeit sind, sondern ihre Beamtenverträge regelmäßig erneuert werden müssen. Auch aus diesem Grund laufen Verfahren in der Schweiz meist lautloser als in der BRD ab – Verträge werden einfach nicht erneuert oder verlängert, wobei die Behörden dies offenbar nicht einmal begründen müssen. Dies bestätigt noch die Vermutung, daß es wesentlich mehr Fälle gibt, als offiziell bekannt.

Positiv hervorzuheben ist, daß sich die Schweizer Lehrergewerkschaft deutlich gegen die Berufsverbote engagiert und auch die Parallelen zur Praxis in der Bundesrepublik sieht. ●

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Neue Propagandalüge über die „Russenwalze"

Mitte März war in der bürgerlichen Presse Fürchterliches zu lesen: *„Binnen 48 Stunden könnten die Sowjet-Divisionen am Rhein stehen!"* („Flensburger Tageblatt", 16.3.76). Ein zunächst anonym gebliebener führender Nato-General (es handelte sich um den Belgier Robert Close, zugleich Dozent an der NATO-Akademie in Rom) behauptete diese Ungeheuerlichkeiten: Die Feuerkraft der „Russen" sei so groß, daß sie nicht einmal atomare Waffen einsetzen bräuchten; der Überraschungseffekt so hoch, daß keine Zeit für den Einsatz von A-Waffen durch die NATO verbliebe. Vor allem aber befänden sich allein in der BRD rund 16.000 (!) sowjetische Agenten, die in der „Stunde Null" die Besetzung bzw. Zerstörung von Rundfunk-, Fernseh-, Vorwarneinrichtungen u. a. wichtigen Befehlsposten übernehmen werden. Eine „Wunde" sei es, daß der US-Präsident „bestenfalls" erst 36 bis 48 Stunden nach dem Angriff über den Einsatz von Atomwaffen entscheiden könne. Die konventionellen Streitkräfte seien völlig ungenügend, die Strategie voller Schwächen.

Derartige Horrorgeschichten sind nicht neu. Begierig wurde diese von der gesamten bürgerlichen Presse – auch der sozialdemokratischen, wie in der Hamburger Morgenpost geschehen – übernommen.

Sicherlich ungewollt hat allerdings der belgische General mit seinen fantastischen Geschichten starken Protest vor allem von Seiten der westdeutschen Bundeswehr herausgefordert. Ein Stabsoffizier im Bonner Kriegsministerium meinte: *„Wenn der Osten in 48 Stunden am Rhein sein will, dann müßten wir auch schon den letzten Soldaten in Urlaub schicken. Außerdem müßte die gesamte Bereitschaftspolizei zwischen Elbe und Rhein den Verkehr regeln, damit diese Strecke innerhalb des genannten Zeitraums durchfahren werden könne"* („Flensburger Tageblatt, 17.3.76).

Tatsächlich wollte General Close mit seinen Lügen nur das altbekannte und bewährte Mittel des „Russenschrecks" aufbauen, um von den eigenen waffenstarrenden Arsenalen und der eigenen Kriegslüsternheit der Militaristen abzulenken und vor allem weiterer Aufrüstung ideologisch den Weg ebnen. Militärisch ist ein derartiger Vormarsch und Überraschungsangriff der sowjetischen Armee völlig undenkbar:

„Die Nato hat sich in den letzten Jahren mit einer hochmodernen Meldeanlage ausgerüstet. Drei verschiedene Frühwarnsysteme (Dewline BMEWS, NADGE) decken ganz Westeuropa ab. In Zeiträumen von Mikrosekunden können mittels Computern Abfangjäger und Boden-Luft-Raketen gegen eindringende Flugkörper gelenkt werden. Die Kommandozentralen der Nato sind durch ein eigenes Satelitenfunknetz miteinander verbunden.

In den laufend angepaßten „Athener Richtlinien" ist das Szenario des stufenweisen Einsatzes von Atomwaffen vereinbart, falls eine Aggression nicht mit konventionellen Mitteln aufgehalten werden kann." ●

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Innenminister Maihofer bestätigt Verfassungsschutz-Vorwurf gegen die

SPD-Leber stützt US-Kriegsdrohungen

In einem Interview mit der französischen Wochenzeitschrift „Valeurs Actuelles" zog Kriegsminister Leber seine „Schlußfolgerungen" aus der Angola-Affäre: *„Sie sei der Beweis, daß sich die Ausbreitung des politischen Einflusses der Sowjetunion fortsetzen wird. Solange die USA nicht wieder ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale werfen würden, wie sie es tun müßten (!), werde sich die Sowjetunion bemühen, das von Amerika hinterlassene Vakuum auszufüllen".* („Flensburger Tageblatt" („FT") 27.3.76).

Im Zusammenhang mit den Kriegsdrohungen von Ford und Kissinger wird hier deutlich, daß der BRD-Imperialismus „als Juniorpartner des US Imperialismus" die Wende zum neuen „Kalten Krieg" unterstützt.

Gezielt arbeitet dieser SPD-Minister daran, die „harte Haltung" gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes ideologisch zu untermauern. So schreibt er in einem Kommentar für die „Westfälischen Nachrichten" am 2.4.: *„Die Einmischung in Angola beweise, daß die Sowjetunion entschlossen sei, überall dort „zuzupacken", wo schwache Stellen seien. Diesem Drang der sowjetischen Weltmacht nach weltweiter Ausdehnung könne nur von der anderen Weltmacht, den USA, Einhalt geboten werden"* („FT", 2.3.76).

Angesichts der wirklichen Ereignisse in Angola beweist hier ein SPD-Politiker einmal mehr, was sozialdemokratische Politik heute tatsächlich ist: Unter dem Vorwand einer angeblich zunehmenden Aggressivität der Warschauer Pakt-Staaten leiten die Imperialisten eine Politik der verstärkten Konfrontation und Kriegsdrohungen ein, nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern gegenüber allen um ihre Befreiung kämpfenden Völker! ●

Kriegsdrohungen ein, nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern gegenüber allen um ihre Befreiung kämpfenden Völker! ●

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Innenminister Maihofer bestätigt Verfassungsschutz-Vorwurf gegen die „antimilitaristisch-information"

Die Zeitschrift „Antimilitarismus-Information"(ami) wurde im Verfassungsschutzbericht für 1974 erstmals erwähnt und als „prokommunistisch" und somit „verfassungswidrig" eingestuft. Diese „Einstufung" wurde inzwischen in einem Brief von Innenminister Maihofer bestätigt, den er an Prof. Senghaas geschrieben hatte, der gegen diese Einschätzung protestierte. Neben Protestschreiben von zahlreichen Professoren aus dem In- und Ausland sind die Vorwürfe des Ministers in der neuesten Ausgabe der „antimilitarismus-information" (3/76) veröffentlicht worden. Neben der Tatsache, daß durch diese Einstufung alle, die an diesem Informationsdienst mitarbeiten, bzw. ihn nur lesen, den Bedrohungen durch den Verfassungsschutz und den Staatsbehörden ausgesetzt sind, ist von besonderer Bedeutung, welche Äußerungen heute als „prokommunistisch" bzw. „verfassungswidrig" gelten!

So gibt Maihofer doch glatt als „Begründung" für die Einstufung an, daß laut „ami" *„die Bundeswehr zu einem wesentlichen Instrument der Sicherung des kapitalischen Systems ausgebaut wurde".* Das ist sogar ausdrücklich der Auftrag der Bundeswehr im Grundgesetz! Der Vorwurf, der hier gemacht wird, ist offensichtlich der, daß nicht statt kapitalistisches System das Wort „Freiheit" gebraucht wird – das ist schon „prokommunistisch". Weiter wird der „ami" vorgeworfen, sie habe über „angebliche" Übungen der Bundeswehr für den Einsatz gegen die Zivilbevölkerung berichtet. Auch diese Übungen sind ja schlichtweg eine Tatsache! Um „verfassungskonform" zu sein, muß man es wohl so darstellen, daß diese Übungen als „zum Schutz der inneren Sicherheit" dienten.

Weiterhin wird der „ami" angekreidet, sie habe die „UZ", den „Extradienst", die „KVZ" und „die tat" zitiert! Sie habe den *„Kapitalismus für den Faschismus verantwortlich gemacht"*, eine Tatsache, die nach dem 2. Weltkrieg soweit verbreitet war, daß selbst die CDU vorgab, sie sei gegen den Kapitalismus. Heute dagegen wird der antifaschistische Kampf für „verfassungswidrig" erklärt! Resüme Maihofers: die „ami" *„zersetzt die Wehrbereitschaft unter Schülern"* und *„diffamiert die Bundeswehr, auf deren angeblich militaristische Tendenzen ständig hingewiesen wird".*

Uns geht es hier nicht darum, der „antimilitarismus-information" zu „bestätigen", daß ihre Positionen nichts mit kommunistischen Positionen zu tun hätten, wie das einige Professoren getan haben, in dem Irrglauben, ihr damit zu nützen. Die Angriffe auf die „ami" machen deutlich, daß es dem imperialistischen Staat darum geht, jede antimilitaristische Arbeit Schritt um Schritt zu illegalisieren und zu bedrohen. Deshalb gilt der „antimilitarismus-information" unsere Solidarität. ●

Wegen Soldatenzeitung bestraft

In Simaringen wurden vor drei Wochen zwei Soldaten zu mindestens 14 Tagen Arrest verurteilt, mit der „Begründung", eine Soldatenzeitung innerhalb der Kaserne verteilt zu haben (nach „Informationsdienst" Nr. 118). Zum Teil müssen sie – weil sie zu bekannt sind, den Arrest in umliegenden Kasernen absitzen. Wegen der gleichen Sache wurde ein Soldat zu 120 DM Geldstrafe verurteilt (nach „die tat" vom 2.4.76). Ein Schritt weiter ging die Bundeswehr bei einem Soldaten, der wegen der Teilnahme (in Uniform) an einer Antikriegskundgebung im September 1975 bestraft worden war. Er teilte diese Strafe einer Soldatenzeitung mit und bekam noch einmal fünf Tage Bau (ebenfalls „die tat").

Erreicht werden soll damit die Illegalisierung jedes nur geringen Kontakts von Soldaten zu einer Soldatenzeitung der Linken. ●

Waffengeschäfte mit dem „Leo"

Die italienische Rüstungsfirma Oto Melara pries in einer Anzeige einer amerikanischen Militärzeitschrift den „Leopard Main Battle Tank" an. Oto Melara baut in Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Panzerkonzern Krauss-Maffai den Kampfpanzer „Leopard II" und wickelt auch die Waffenexportgeschäfte mit anderen Ländern ab. Neu an dieser Anzeige ist dabei, daß „Oto" diesmal völlig auf den Tarnnahmen „Löwe" verzichtet hat und das Ding nun unverhohlen an den Mann bringen will. Ein Sprecher von Krauss-Maffai äußerte sich dazu vielsagend: „*Sie* (die italienischen Kapitalisten) *wollen in der Anzeige darlegen, was sie alles können"* („Frankfurter Rundschau" 3.4.76). Das westdeutsche Verteidigungsministerium äußerte lakonisch, daß die *„Ausfuhrbestimmungen nicht gelockert"* worden sind – warum auch, wenn man über so gute Drähte in Italien verfügt?! ●

Da kreist der Hammer!

Die neue Wehrdisziplinarordnung zeigt ihre Auswirkungen: Zwei Soldaten der Boehn-Kaserne in Hamburg-Farmsen setzten sich nachts während des Wachganges für einen Augenblick in ein Auto, um sich etwas aufzuwärmen. Ihre Waffen stellten sie draußen vor das Auto. Beim Aufwärmen wurden sie vom wachhabenden Offizier entdeckt, vorläufig festgenommen und eingesperrt (!). Sie wurden zu einer Geldstrafe von 600 DM (bei 165 DM Sold!) sowie einem halben Jahr Gefängnis auf Bewährung verknackt. Die Soldaten sind somit vorbestraft!

Man vergleiche dieses Terrorurteil einmal mit der „Bestrafung eines Oberstleutnants, der mit besoffenem Kopf einen Natoalarm auslöste - er wurde versetzt. ●

„Wunderwaffe“ der Bundeswehr

„Bild“, vom 17.3.76, jubelte: „*Bundeswehrsoldaten werden bald mit einem Gewehr herumlaufen, das kleinere Kugeln verschießt als eine Kinderluftbüchse*“. Es handelt sich dabei um ein neues Gewehr, das die Bundeswehr entwickelt hat und im nächsten Jahr der Nato vorgestellt werden soll. Die neue Mörderwaffe hat ein sehr kleines Kaliber (4,3 mm) gegenüber den bisherigen 7,62 mm und kann Salven von drei Schuß abfeuern. Das eigentlich entscheidende an der Waffe ist die Munition: sie besteht nur aus einer Treibladung und dem Geschoß – also ohne Hülse und ist absolut tödlich. Zynisch kommentiert „Bild“, daß „*Waffentechniker noch mit einem Problem kämpfen: das Geschoß fliegt so schnell – 1100 m pro Sekunde –, daß es einen sofortigen „Schocktod“ verursacht, wenn es einen Menschen trifft. Das müssen wir noch wegkriegen. Wir wollen kampfunfähig machen, aber nicht sofort töten*“. Der BRD-Imperialismus steht den USA in nichts nach, wenn es um brutale Vernichtungswaffen geht. ●

CIA behauptet: Israel hat mindestens zehn Atomwaffen!

Nach Berichten des amerikanischen Geheimdienstes CIA besitzt Israel 10 bis 20 einsatzbereite Nuklearwaffen. Vor rund einem halben Jahr kursierten erstmals derartige „Vermutungen“. Der israelische Präsident Rabin sagte dazu, daß „*Israel keine Atommacht ist und nicht als erster Staat im Nahen Osten Atombomben einführen wird*“. („Welt“, 16.3.76). Die Bestätigung des CIA scheint die „Vermutungen“ eher zu erhärten – vor allem deshalb, weil die USA in den letzten Monaten einige Luftabwehrraketen vom Typ „Lance“ an die Zionisten geliefert haben, die mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden können.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die vom amerikanischen Senat gebilligte Rüstungshilfe für das laufende Jahr zur Hälfte an die Zionisten geht: 2,3 Mrd. US-Dollar von insgesamt 4,8 Mrd.! („Welt“, 5.3..76). ●

Keine Amnestie für Kriegsdienstverweigerer

Bekanntlich ist vor einigen Jahren durch einen Erlaß des Verteidigungsministeriums entschieden worden, daß Kriegsdienstverweigerer, die bereits in der Bundeswehr ihren Wehrdienst ableisten, solange weiter ihren Dienst an der Waffe ableisten müssen, bis sie endgültig als Kriegsdienstverweigerer anerkannt sind. Bisher wurden sie nur für die Zeit des Prüfungsverfahrens vom Dienst an der Waffe befreit. Dies war eine besondere Schikane gegen die Kriegsdienstverweigerer beim Bund. Versahen sie nun weiter den Dienst an der Waffe, so liefen sie Gefahr, überhaupt nicht anerkannt zu werden, und verweigerten sie trotzdem den Dienst an der Waffe, so machten sie sich wegen Befehlsverweigerung strafbar. Es hat in der Tat dann auch eine größere Anzahl von entsprechenden Verurteilungen gegeben.

Das zeigt noch einmal deutlich, wer Soldat bei der Bundeswehr ist, darf nach wie vor den Kriegsdienst nicht verweigern. Das ist der Standpunkt aller bürgerlichen Parteien. Die Regierungskoalition ist lediglich bereit „*in Härtefällen*“ von einer Bestrafung abzusehen (nach „Süddeutsche Zeitung“, 1.4.76).

Demgegenüber hat die Bundesdelegiertenkonferenz der Zivildienstleistenden, die Ende März in Frankfurt tagte, nochmals die Forderung nach Amnestie erhoben. Gleichzeitig wurde nochmals die Änderung des Prüfungsverfahrens abgelehnt, weil ihr wesentlicher Inhalt die Aushöhlung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung ist, indem dieses Recht nunmehr direkt und offensichtlich der militärischen Bedarfsplanung unterstellt wird. Im Mittelpunkt des Kongresses stand jedoch die Beratung konkreter Kampfmaßnahmen gegen die Verlängerung des Zivildienstes von 15 auf 18 Monate, die am 8.4. im Bundestag abschließend behandelt werden soll. Vorgesehen sind dazu schwerpunktmäßige Warnstreiks im Mai. (nach „Dt. Volkszeitung“, 8. 4. 76). ●

Concorde-Pleitegeier: ... kommen jetzt die Militärs zum Zuge?

Im Januar dieses Jahres feierte man auf den Pariser und Londoner Flughäfen den Beginn des Liniendienstes des „*schnellsten und teuersten*“ („Stern“, 29.1.76) Flugzeuges der Zivilluftfahrt. In Paris waren mehr als 600 Kapitalisten gekommen, um mit anzusehen, wie 100 ausgesuchte Bourgeois' zum ersten Flug des zivilen Überschallfluges abhoben.

An diesem Tage hatten die staatlichen britischen und französichen Fluggesellschaften „British Airways“ (BA) und „Air France“ (AF) ihre ersten Maschinen vom Typ „Concorde“ in Betrieb genommen. Für rund 7 000 DM pro Person, lassen sich Leute wie der VW-Chef Schmücker oder der Duke of Kent, auf dem Jungfernflug nach Rio de Janeiro fliegen. In d i e s e m Moment haben sie nur ein Interesse. Vierzig Minuten nach dem Start wollen sie den „Höhepunkt“ dieses Milliardenprojekts erleben – das Durchbrechen der Schallmauer. Der Katzenjammer folgte schnell auf dem Fuß. Nachdem das ganze Projekt mit „*400 Millionen Franc*“ („Deutsche Volkszeitung“, 13.6.75) finanziert wurde, stellen nun selbst alle großen westlichen Luftverkehrsgesellschaften die Frage nach dem Sinn und Zweck dieses Flugzeuges.

Die Konzeption dieser Maschine geht bis mindestens in die 60er Jahre zurück. Anfangs waren auch noch die BRD-Flugzeughersteller an diesem Projekt beteiligt – heuten bauen nur noch Frankreich und England an der Concorde. Entstanden ist ein Flugzeug, das für die Zivilluftfahrt (!) nichts bringt: Die Concorde kostet rund 140 Millionen DM (240 Millionen DM mit Ersatzteilen) und kann rund 100 Passagiere befördern. Im Vergleich zum „Jumbo“ kostet sie rund 50 Millionen DM mehr und transportiert über 200 Passagiere weniger. Sie ist zwar nur um sieben Meter kürzer als der Jumbo, hat aber nur einen Durchmesser von 2,63 Meter, welcher die räumliche Enge unterstreicht. (Siehe Querschnitt). Es ist eng wie in einem U-Boot, die Fenster haben die Größe eines Bierdekkels und die Sitze sind 10 cm schmaler als die ohnehin schon engen Sitze des Jumbo.

Die Kritiken der Luftverkehrsgesellschaften (LVG) lauten einhellig:

Die Kritiken der Luftverkehrsgesellschaften (LVG) lauten einhellig: „*zu teuer, zu laut, zu hoher Treibstoffverbrauch, zu wenig Frachtraum und zu geringe Reichweite.*“ („Hamburger Abendblatt“, 17.1.76). Nach dem „Hamburger Abendblatt“ ist die Concorde zwar „*das schönste Flugzeug, das je gebaut wurde*“, und weiter sei sie „*in Kraft und technischer Perfektion umgesetzte Eleganz und Poesie.*“ Die neuesten Wirtschaftlichkeitsrechnungen allerdings fallen nach Angaben des „Spiegel“ vom 19.1.76 „*düster aus*“. Schon die Betriebskosten sind nach Berechnungen der Lufthansatechniker „knapp 2 1/2 mal so hoch wie beim Jumbo“. Die Kollegen der Besatzung leisten Schwerstarbeit, ein altes Problem der Piloten taucht wieder auf. Von der Enge im Cockpit bis hin zum schier unerträglichen Streß der Stewardessen beim Bedienen der Passagiere.



Concorde

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt zum Thema Arbeitsbedingungen in der Concorde: „*die von Sadisten für Masochisten entworfenen spartanischen Sitze, deren Konstreukteure man wegen Körperverletzung verklagen sollte*“. Sie beziehen sich auf das Cockpit, in dem auch so manches auf Kosten der Flugsicherheit eingespart wurde. Es mangelt z.B. an Ablageflächen für die lebenswichtigen Anflugkarten der Flughäfen. Einer der schwersten Vorwürfe ist aber, daß „*wenn wir Pech haben – (sie) die uns schützende Ozonschicht beschädigt.*“ („Spiegel“, 19.1.76). Diese Beschädigung erfolgt durch das Durchbrechen der Schallmauer in einer bestimmten Höhe.

Die in der bürgerlichen Presse so hochgespielte Concorde ist also insgesamt wirtschaftlich unrentabel, viel zu teuer und umweltgefährdend. Dieser Vogel wird keine Rolle als Zivilflugzeug spielen.

So hat die Concorde bis heute in nur fünf Städten der gesamten (!) Welt Landeerlaubnis erhalten. Umweltschützer und Regierungen haben Welt Landeerlaubnis erhalten. Umweltschützer und Regierungen haben etliche Instanzen eingeschaltet, um die Landungen und Starts der Concorde zu verhindern.

Der englische Bischof Hugh Montifori erklärte die Concorde vor einem US-Ausschuß als „*ein Ding des Teufels*“ und es „*macht einen Höllenlärm*“ („HA“, 17.1.76).

Alle großen westlichen LVG haben ihr Desinteresse an der Concorde bestätigt, lediglich der Schah von Persien und die VR-China zeigen noch Interesse.

Bis heute fliegen nur drei Maschinen bei Air France und British Airways und es werden nach dem Willen der Engländer auch nicht wesentlich mehr werden. Am 28.3.76 wurde bereits über die Einstellung der Produktion beraten. Allerdings ist bei den Gesprächen der Unterhändler noch keine Einigung erzielt worden. Sollte aber die Produktion eingestellt werden, „*würden allein in England weit über 10 000 Arbeiter (!) ihre Beschäftigung verlieren, in Frankreich unter Umständen noch mehr*“ („FAZ“, 29.3.76).

Es scheint also sicher, daß die Concorde mit „*Überschall stracks ins Museum*“ („Welt“, 29.3.76) kommen wird.

Damit ist klar, daß die 10 Mrd. DM Entwicklungskosten, die der Arbeiterklasse über das Steueraufkommen aufgebürdet worden sind, jetzt zu hochkarätigem Schrott geworden sind. Übrig bleibt das technische ‚know how', das jetzt wieder in militärischen Projekten eingesetzt werden kann – ähnlich wie das heute auch mit dem Jumbojet praktiziert wird. Laut „Spiegel“ (vom 8.3.76) wurden damit „**Tests als fliegende Startrampe für Interkontinental-Raketen**“ als „**fliegender Flugzeugträger**“ u.ä. durchgeführt.

Von den BRD-Luftfahrtkapitalisten wird das Scheitern der Concorde teilweise schadenfroh begrüßt: „*Die Überkapazität der Flugzeugindustrie,* teilweise schadenfroh begrüßt: „Die Überkapazität der Flugzeugindustrie, *seit langem ein Hemmschuh für eine sinnvolle Zusammenarbeit* (innerhalb der EG – Anm. Red.) ..., *wird dort abgebaut werden müssen, wo sie am augenfälligsten ist: in England und Frankreich ...*“ „*Die Kräfte, für die Concorde verschwendet, können jetzt auf sinnvollere Aufgaben konzentriert werden* “ („Welt“, 29.3.76).

Da bieten sich Projekte unter Federführung der BRD-Kapitalisten nach ihren Vorstellungen natürlich geradezu an. ●

Ein Genosse von der Lufthansa und ein Genosse der Anti-Militarismus-Kommission

Westdeutscher Schüler als „Kriegsgefangener“ ...

Bei einem Manöver im schleswig-holsteinischen Raum (Preetz-Plön), geriet ein 16-jähriger Schüler in „Kriegsgefangenschaft“. Zwei britische Fallschirmjäger nahmen den Schüler fest, zogen ihn nackt aus, fesselten ihn mit Telefonkabeln und verbanden ihm die Augen. Der Schüler mußte mehrmals auf- und niederknien, durfte sich dann die Hose wieder anziehen und wurde von den beiden Soldaten barfuß durch Steingeröll geschleppt. Außerdem wurde ihm der Lauf des Gewehrs in die linke Bauchseite gestoßen („Welt“, 23.3.76). Eine ärztliche Untersuchung bestätigte die Mißhandlungen des Schülers. Die Anklagebehörde der britischen Streitkräfte in der BRD gab jedoch zur Antwort, „*daß die Soldaten nicht vor ein Gericht gestellt werden können*“ . („Welt“) Auch ein Sprecher des (CDU)-Justizministeriums gestand den Briten zu, den „*Fall überaus korrekt ..... zu verfolgen*“. ●

In der Woche krank – Sonnabends nachdienen!

Demagogisch heißt es in einem Kompanie-Befehl der Liliencron-Kaserne in Kellinghusen, vom Februar 1976, daß die Ausbildungszeit, nunmehr sechs Wochen, sehr kanpp bemessen sei, jede Stunde unheimlich wichtig sei, nichts versäumt werden solle usw. usf. Der Hauptmann kommt dann zu dem Schluß, daß trotzdem ausgefallene Ausbildung am Samstag nachzuholen sei!

Genau heißt das: Wer mehr als zwei Stunden Geländeausbildung versäumt, muß am Samstagvormittag drei Stunden nachholen.

Abgesehen davon, daß die Kollegen auch zum Stühleschleppen herangezogen werden, stellt dieser Befehl ein enormes Druckmittel für die Soldaten der Kompanie dar, Besonders hart trifft dies die Kollegen aus dem Rheinland, die teilweise zehn Stunden oder mehr brauchen, um nach Hause zu fahren. Für sie lohnt sich Samstagmittag keine Heimfahrt mehr. Also was tun viele? Sie laufen auch mit kaputten Haxen, Erkältung, Fieber usw. ins Gelände. Weg mit den Benachteiligungen der kranken Soldaten !!! ●

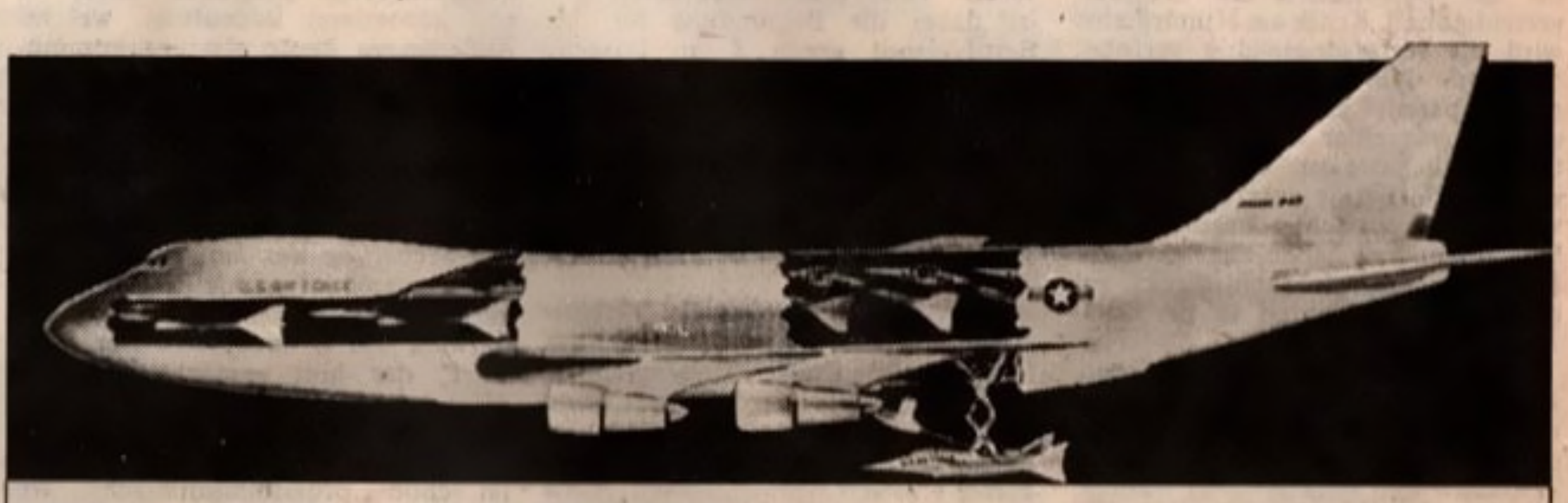
Ein Soldat

Im Unterricht nicht mitgeschrieben – 30 DM Disziplinarstrafe

Während der theoretischen Ausbildung schrieben einige Rekruten nicht alles ab, was der Feldwebel an die Tafel schrieb, da sie den Teil schon einmal geschrieben hatten. Der Feldwebel griff sich einen heraus (es war „zufällig“ der Vertrauensmann) und fragte, ob er alles abgeschrieben habe. Er bejahte dies, da er es tatsächlich schon einmal geschrieben hat. Bei der Kontrolle durch einen Unteroffizier stellte sich dann jedoch heraus, daß ca. 20 Wörter in seinen Notizen fehlten. Der Rest war vollständig.

Eine Woche später wurde dieser Rekrut zum Hauptmann gerufen und verhört. Es verging keine Woche, da hatte er eine Disziplinarstrafe von 30 DM !

Der Vertrauensmann kann sich nie wieder zur Wahl stellen, da „unbescholtene“ Kandidaten gebraucht werden. ●



Jumbo als fliegender Flugzeugträger

Vielseitiger Jumbo-Jet: Boeings Großraumflugzeug 747, das bereits Tests als fliegende Startrampe für Intercontinental-Raketen hinter sich hat, wird möglicherweise auch als Flugzeugträger eingesetzt. Die Entwicklungsingenieure des Konzerns arbeiten an Entwürfen für zwei kleine bemannte Überschall-Jäger — einen „Light Experimental Supercruiser“ (LES) und einen sogenannten „Micro Fighter“. Sechs LES und sogar zehn „Micro Fighters“ würden in den Rumpf eines Boeing-Jumbos passen, von dort in der Luft starten und nach dem Einsatz wieder vom Mutterflugzeug aufgenommen werden. Planer der US-Luftwaffe sagen, ein solches Rückkehrmanöver sei nicht schwieriger als das routinemäßige Betanken in der Luft. Typische Einsatzmöglichkeiten für den fliegenden Flugzeugträger: Die Boeing 747 fliegt mit sechs LES-Jägern an Bord von Amerika nach Europa, jedes der Kampfflugzeuge startet zu drei Einsätzen, danach kehrt der Riesenvogel zum Heimatflughafen zurück.

„Spiegel“, 8. März '76



Tarifbewegung '76: Lohnraub auf der ganzen Linie

Für Millionen Arbeiter und Angestellte sind in den letzten Wochen neue Tarifverträge abgeschlossen worden oder stehen jetzt kurz vor ihrem Abschluß. Dank der sozialdemokratischen Tarifpolitik ist es den Kapitalisten ein weiteres Mal gelungen, mit knapp über 5 % (und damit unterhalb der Inflationsrate) liegenden Abschlüssen den bereits seit Jahren anhaltenden Lohnabbau fortzusetzen.

In der Metallindustrie wurden Erhöhungen von 5,4 % ab 1.4.76, für die ersten drei Monate des Jahres je 110,– DM rückwirkend (teilweise auch nur 5,4 % ab 1.1.76), für die Lehrlinge 25,– und 30,– DM und für alle Beschäftigten ab 1977 (!) ein zusätzlicher Urlaubstag ausgehandelt.

Im Bereich Handel, Banken und Versicherungen wurde Ende März für das gesamte Bundesgebiet und Westberlin 5,4 % abgeschlossen.

In der Bauindustrie gibt es ab 1. Mai 5,3 %, zusätzliche Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

In der nächsten Zeit sind darüberhinaus weitere Abschlüsse im

1. Mai 5,3 %, zusätzliche Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

In der nächsten Zeit sind darüberhinaus weitere Abschlüsse im

Öffentlichen Dienst (ÖTV), Post (Postgewerkschaft) und Eisenbahn (Gewerkschaft der Eisenbahner) zu erwarten, die auch kaum besser aussehen dürften.

In der anlaufenden Tarifrunde für die Druckindustrie wurde von den Gewerkschaftsführern eine 9 % Forderung aufgestellt, in der am 12. April beginnenden Tarifrunde für 680 000 Beschäftigte der Chemieindustrie geht es in den größten Bezirken um 5,4 % plus 50,– DM (Rheinland-Pfalz), 5 % plus 5o.– DM in Hessen und 5 % plus 45.– DM im Bezirk Nordrhein.

Allein die Höhe der aufgestellten Forderungen läßt auch in diesen Industriezweigen keine höheren Abschlüsse erwarten.

Wohl in einer seiner „Sternstunden" hat der IG-Druck-Vorsitzende Mahlein offen ausgesprochen, was von dem demagogischen Geschwätz seiner „Gewerkschaftskollegen" („Kaufkraftverbesserung durchgesetzt" usw.) wirklich zu halten ist: *„Mit 5,4 % wird ein Inflationsausgleich nicht erreicht"* („FR", 1.4.). Man darf gespannt sein, wie der gute Mann nun seinerseits den zu erwartenden Lohnraubabschluß in der Druckindustrie zu rechtfertigen sucht ...



Die „Avantgarde" – dank ihrer Politik hat der kapitalistische Lohnraub auch in dieser Tarifbewegung weitere Fortschritte gemacht (links: Loderer; rechts: Vetter)

Die „Avantgarde" – dank ihrer Politik hat der kapitalistische Lohnraub auch in dieser Tarifbewegung weitere Fortschritte gemacht (links: Loderer; rechts: Vetter)

In der Tat stellen die Tarifabschlüsse nicht einmal einen Ausgleich der jetzigen offiziellen Preissteigerungsrate von 5,4 % (bei Lebensmitteln 7,5 %) dar, von einem Ausgleich des „Nachholbedarfs" der Arbeiter und Angestellten aus dem Jahre 1975 ganz zu schweigen. Für dieses Jahr muß zusätzlich noch mit einer höheren Preissteigerungsrate als 1975 gerechnet werden, Steuererhöhungen (Mehrwert-, Tabak- und Branntweinsteuer) sind bereits beschlossen, die Erhöhung der Renten und Krankenversicherung steht schon wieder in der „Diskussion".

Hinzu kommt noch ein besonderer Umstand, der den Kapitalisten in diesem Jahr weitere Vorteile verschafft: *„Von den Lohnerhöhungen sind zwei Prozentpunkte abzustreichen, weil in diesem Schaltjahr 1976 ohnehin eine Woche mehr als üblich gearbeitet werden muß. Arbeitsfreie kirchliche und weltliche Feiertage fallen meist auf das Wochenende"* („SZ", 31.3.).

In der Tarifpolitik der DGB-Führer: Statistenrolle für die Arbeiter

Von den Gewerkschaftsführern ist gar nicht erst versucht worden, die zweifellos in der Arbeiterklasse vorhandene Kampfbereitschaft (die u.a. besonders in der Metallindustrie, aber auch im Öffentlichen Dienst und der Druckindustrie in zahlreichen Warnstreiks immer wieder demonstriert wurde) auch wirklich gegen die Kapitalisten einzusetzen. In keinem einzigen Fall wurde ernsthaft ein größerer Streik der Arbeiter auch nur vorbereitet, die „Einigung" mit den Kapitalisten wurde in jedem Fall spätestens in der „Schlichtung" erzielt.

Von vornherein galt es den Gewerkschaftsführern als ausgemacht, mit „Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Lage" derart niedrige Abschlüsse auszuhandeln.

Voran ging in dieser Tarifbewegung mal wieder die IGM, deren erster 5,4 % Abschluß sich als *„Lohnformel durchsetzte"* („SZ", 31.3.) und nach etwas *„bedeutungsvoller Dramaturgie"* („SZ", 7.4.) und Theaterdonner nach und nach in allen Bezirken und Branchen übernommen wurde. Nach dem ersten Abschluß konnte es *„Abweichungen nur noch um Zehntelprozente geben"* („SZ", 31.3.). Das ist die Wirklichkeit der verräterischen Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer.

Die Arbeiter und Angestellten spielen bei dieser Tarifpolitik nur noch eine Statistenrolle, die bestenfalls in halbstündigen Warnstreiks die „Verhandlungsposition" ihrer „Tarifstrategen" unterstützen dürfen. Dieser Ausschluß der Gewerkschaftsmitglieder begann schon bei der Aufstellung der Forderungen, wo die Vorstände von vornherein „Orientierungsdaten" zwischen 7,5 % und 8,5 % setzten. Dort wo sich die Mitglieder und Vertrauensleute mehr an ihre eigenen sozialen Bedürfnisse als an die „Daten" der Vorstände hielten und höhere Forderungen erhoben, wurden sie kurzerhand (so in einigen IGM-Bezirken und vor allem in etlichen Bereichen der ÖTV geschehen) von den Gewerkschaftsführern wieder abgesetzt bzw. nicht beachtet.

Das wohl krasseste Beispiel dieser Art von Tarifpolitik lieferten diesmal die Gewerkschaftsführer der IG-Bau: Sie ließen erst gar keine Forderungen durch Mitglieder oder Funktionäre diskutieren oder etwa aufstellen (!), sondern zogen ohne Forderung in die Verhandlungen mit den Kapitalisten („HB", 22.1.76). Hier wird nicht einmal mehr der Schein einer auch nur geringfügigen Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder an der Tarifbewegung aufrechterhalten.

Solange „Führer" dieses Schlages noch die gewerkschaftliche Tarifpolitik bestimmen, wird es den Kapitalisten auch in Zukunft gelingen, ihre Klasseninteressen durchzusetzen.

Maulhelden und Demagogen

Trotzdem der Lohnabbau durch die neuen Tarifverträge offensichtlich ist und auch die bürgerliche Presse dies nicht verschwieg (selbst Springers „Welt" schrieb angesichts des Metallabschlusses von einem „Sinken der Rallöhne" – 13.3.76) schrecken die Gewerkschaftsführer nicht davor zurück, sich großkotzig Erfolgslorbeeren an die Brust zu heften. Das wohl hemmungsloseste Beispiel hierfür lieferte der „Tarifexperte" und Vorstandsmitglied der IGM, Hans Mayr, in der letzten „Metall" (7/76): Es habe sich gezeigt, *„daß die IGM auch in schwierigen Zeiten ein machtvolles Instrument der aktiven Interessenvertretung ... ist"*. Mayr kommt zwar nicht umhin zuzugeben, daß *„der materielle Teil der vorliegenden Tarifverträge keinen Anlaß zum Jubeln gibt"*, aber verkündet

kommt zwar nicht umhin zuzugeben, daß *„der materielle Teil der vorliegenden Tarifverträge keinen Anlaß zum Jubeln gibt"*, aber verkündet

dann, daß *„unter organisationspolitischen Gesichtspunkten (?) diese Tarifbewegung schon heute eine Dokumentation unserer ungebrochenen Abwehrkraft und unserer solidarischen Geschlossenheit geworden ist. In diesem Geiste werden wir auch die kommenden Auseinandersetzungen führen"*. Na denn gute Nacht, kann man da nur sagen ... Auf derselben Linie liegt auch sein Boß Loderer, der wortradikal verkündete, er denke an einen *„Nachschlag"* noch in diesem Jahr, wenn ein *„außerordentlicher Konjunkturaufschwung und rücksichtslose Preissteigerungen"* der Kapitalisten zu beobachten sei. Gemeint sind hiermit die Tarifverträge für ein 13. Monatsgehalt und „vermögenswirksame Leistungen" in der Metallindustrie, die im Sommer und Herbst kündbar sind.

Hinter diesen starken Worten des IGM-Vorsitzenden verbirgt sich auch das Bemühen, spontanen Aktionen der Arbeiter und Angestellten, die sich angesichts des Aufschwungs für die Kapitalisten ergeben könnten, zuvorzukommen und auf dem Verhandlungswege abzublocken.

Wenn die Arbeiterschaft den Herren Loderer und Co. da mal nicht einen Strich durch die ‚Rechnung macht und sich selbst den „Nachschlag" holt ... ●

METALL

Reynolds Hamburg: Landgericht bestätigt die Kündigung des IGM-Vertrauenskörpervorsitzenden

Im Juni '75 kündigte Reynolds dem Vorsitzende des IGM-Vertrauenskörpers einmal fristlos und sicherheitshalber gleich drei weitere Male fristgerecht. Begründung: Der Kollege habe Parolen gegen die damals im Werk anstehenden Massenentlassungen, Kurzarbeit und Werksschließung an die Toilettenwand geschrieben.

Das Arbeitsgericht entschied in der ersten Verhandlung erwartungsgemäß gegen den Kollegen und billigte dem Kapitalisten die Aufrechterhaltung der Kündigung zu. Das „Vertrauensverhältnis" zwischen dem Kollgen und der Geschäftsleitung sei „gestört" worden. Allerdings erkannte das Gericht nur die vierte und letzte Kündigung an, weil bei den drei vorherigen der Betriebsrat nicht „ordnungsgemäß" gehört worden war. Dieses Urteil wurde jetzt vom Landesarbeitsgericht in der Berufung des Kollegen bestätigt.

IGM-„Rechtsschutz" – eine Provokation

In der letzten Woche vor der Berufungsverhandlung hatte der Kollege -zig Mal versucht, mit seinem IGM-Anwalt einen Termin zu bekommen, um den Prozeß vorzubereiten. Als er ihn endlich einen Tag vor dem Prozeß (!!) erreichte, stritt IGM-Anwalt Teichmüller zunächst ab, daß der Prozeß schon am nächsten Tag sei. Erst nach hartnäckigem Drängen des Kollegen bequemte sich Teichmüller, doch mal in der Akte nachzusehen – um festzustellen, daß der Termin doch am nächsten Tag sei.

Dann jedoch kam der Hammer: Für den Prozeß hatte Teichmüller keine Zeit, da er an dem Tag in Travemünde war!!

Der Kollege war gezwungen, noch so kurz vor dem Prozeß einen eigenen Anwalt zu beauftragen und der IGM-Rechtsstelle die Prozeßvollmacht zu entziehen. Anschließend mußte er um die Herausgabe der Prozeßunterlagen von Teichmüller kämpfen und erhielt sie nur nach der Drohung mit juristischen Schritten.

Deutlicher konnte die örtliche IGM-Führung dem Kollegen kaum noch zeigen, daß sie kein Interesse daran hatte, daß er wiedereingestellt wird. ●

IGM-Führer Engelmann: „Die Gefahr kommt von links"

Am 313 .nahmen die beiden IGM-Sekretäre Engelmann und Teichmüller an der Sitzung des Vertrauenskörpers Reynolds/Hamburger Aluminium Werke (HAW) teil. Haupttagesordnungspunkt war der geplante Gewerkschaftsausschluß des Reynolds BR-Vorsitzenden wegen seiner Unterstützung der oppositionellen Betriebsräteveranstaltung im Dezember '75.

Bei Reynolds/HAW bestehen für die Gewerkschaftsführer ungünstige Mehrheitsverhältnisse. Dies zwang sie, entgegen sonstigen Gewohnheiten, sich der öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen. Dabei konnte besonders Engelmann – der teilweise noch ein „linkes" Image besitzt – beweisen, was für ein übler Demagoge er tatsächlich ist.

Er widerholte den bereits bekannten Vorwurf, daß der Veranstaltungsraum von einem KB-Mitglied angemietet sei, das auch sonst KB-Veranstaltungen anmelde. Ansonsten verwies er darauf, daß es sich um eine VK-Sitzung handelt, und der konkrete Nachweis, wenn überhaupt, nur in einem Untersuchungsverfahren zu führen sei.

Zahlreiche Vertrauensleute forderten daraufhin die Rücknahme des Ausschlußantrages, da der BR-Vorsitzende im Betrieb engagiert die Interessen der Belegschaft vertritt.

Dagegen berief sich Engelmann auf den Beiratsbeschluß. Die betriebliche Praxis sei dabei ohne Bedeutung. Offener kann man wohl nicht mehr zugeben, daß der Beiratsbeschluß ausschließlich dazu dient, die I.G. Metall nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu säubern.

Anschließend hetzte Engelmann: *„Der KB will mit Waffengewalt und ohne Rücksicht auf das Blut und den Tod von tausenden Proleten an die Macht kommen."* Die Gewerkschaften hätten aus den Erfahrungen mit den „Rechtsfaschisten" der dreißiger Jahre gelernt, diese Erfahrungen gelte es heute gegen die „Linksfaschisten" (!) anzuwenden. Militante und gewalttätige Aktivitäten der (Rechts-) Faschisten würden vom KB *„aufgebauscht"* und dienten als *„Vorwand, um selbst Gewalt zu predigen"*. Den Beweis könne er anhand des Programms des Kommunistischen Bundes nachliefern.

Nach dieser VK-Sitzung bestehen keine Zweifel mehr, daß die Gewerkschaftsführer entschlossen sind, den Ausschluß durchzuziehen. Sie nehmen dabei auch in Kauf, daß ihr ohnehin schon lädiertes Ansehen bei den Betriebsräten und Vertrauensleuten von Reynolds und HAW weiter abnimmt. ●

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Richtigstellung

Zu dem, von den Gildemeistern Kapitalisten angekündigten Stillegung von Heidenreich und Harbeck, herausgegebenen Metallarbeiter sowie in dem im ARBEITERKAMPF 77 veröffentlichten Artikel „Kampf gegen die Stillegung von H & H", ist die Aussage, *„bei MBB ist mit ca. 600 Entlassungen zu rechnen"*, sachlich nicht richtig! Aufgrund eines Fehlers in der Technik ist diese Behauptung zustande gekommen.

In der letzten Metallarbeiter Betriebsausgabe haben wir uns zu der Beschäftigungssituation bei MBB folgendermaßen geäußert. *„Nach Aussagen der Geschäftsleitung ist die Belegschaft 1975 um 11 %, das heißt mehr als 500 Kollegen, verringert worden! Dieses Jahr soll die Belegschaft um weitere 5 % reduziert werden. Das sind noch einmal 200 Kollegen!"* Das heißt, daß die MBB-Kapitalisten keine Kollegen entlassen, sondern sie erreichen dies durch eine natürliche Fluktuation, Abgänge, Rentenantritt usw., beziehungsweise keine Leute neu einstellen. Es wird deshalb bei MBB dieses Jahr zu keinen Massenentlassungen kommen! ●

Betriebszelle MBB
KB/Gruppe Hamburg

Heidenreich & Harbeck (Hamburg): Der Kampf geht weiter!

Nach der erfolgreichen Demonstration von etwa 3.000 Hamburger Metallern gegen die Stillegung von Heidenreich & Harbeck durch die Gildemeister-Kapitalisten, versucht die IGM-Führung ihre „Bemühungen auf 2 Ziele zu konzentrieren: für alle 800 von der Entlassung bedrohten Metaller überdurchschnittlich gute Sozialpläne durchzusetzen. Gleichzeitig soll versucht werden, auf die verantwortlichen Politiker ... einzuwirken, den Betrieb möglichst zu erhalten" („Welt der Arbeit", 26.3. 1976).

Auf der außerordentlichen Vertrauensleutesitzung am 25.3. erklärt IGM-Führer Engelmann: „*Die IGM ist zufrieden, wenn der Betrieb in seiner Substanz erhalten bleibt.*" Den empörten Widerspruch einiger Kollegen kanzelte er ab. „*Es ist doch klar, daß hier ein ungesundes Verhältnis besteht ... Alles- oder Nichts-Denken führt doch hier nicht weiter..!*"

Die Forderung eines linken Vertrauensmannes, nicht auf die Politiker zu vertrauen, sondern auf den Kampf der Arbeiter zu bauen und die Kollegen auf Kampfmaßnahmen zu orientieren, wurde vom IGM-Führer niedergeschmettert. „*Streik schadet uns nur, das ist das Gerede von Verantwortungslosen. Den Unternehmern käme ein Streik gut zupaß, dann ersparen sie sich den Sozialplan, und die IGM kann Millionen DM als Schadensersatz zahlen.*"

SPD-Betriebsrat verbreitet Nebel

Der sozialdemokratisch beherrschte BR setzt ebenfalls sein ganzes Gewicht ein, um Kampfaktionen der Arbeiter zu verhindern und stattdessen auf die Parteifreunde in Bonn und im Hamburger Senat zu orientieren: „*Das großzügige Angebot des Hamburger Senats ernsthaft zu überprüfen*", fordert der Gesamtwirtschaftsausschuß von den Kapitalisten. Wirtschaftssenator Kern bietet sich mit „*Zuschüssen, Zinsverbilligungen sowie einer Landesbürgschaft zur Stützung*" an. Voraussetzung sei aber „*eine neue erfolgversprechende (?) Firmenkonzeption... und ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze, mindestens 500, muß erhalten bleiben*" („Hamburger Abendblatt", 5.4.76).

Vorstandschef Bartelmeh kontert markig: „*Bei den gegenwärtigen Verlusten Kredite oder Zuschüsse anzunehmen, hieße russisch Roulette spielen*"; und demagogisch setzt er hinzu, „*das wäre Verschwendung von Steuergeldern*" („Hamburger Abendblatt, 29.3.76).

Den Schlußstrich unter diesen Theaterdonner setzt der eigentliche Chef aller „Sozialdemokraten" Helmuth Schmidt selbst: „*Eine Hilfe des Bundes zur Erhaltung eines unrentablen Betriebes würde einen Präzedenzfall darstellen und müßte auch anderen Betrieben offenstehen*" („Hamburger Abendblatt", 7.4.76).

Es geht auch anders

Der Versuch der IGM-Führung und der Mehrheit der Betriebsräte, den Kampf gegen die Stillegung in die Konzernetagen zu verlegen, „*wurde vorübergehend unterbrochen, weil Hunderte von aufgebrachten Mitarbeitern bis zum Sitzungszimmer vordrangen und eine baldige Entscheidung forderten*" („Welt", 26.3.76).

Die Erklärung des Vorstandes, „Verhandlungen im In- und Ausland zu führen, um im Wege einer Beteiligung und/oder durch die Hereinnahme neuer Produkte die Existenz von H&H nicht nur für 2 Jahre, sondern auf Dauer zu sichern", vermochte die Kollegen nicht an die Arbeit zu bringen. Im Gegenteil, die Arbeiter drohten mit weiteren Kampfmaßnahmen. Erst mit der Zusicherung der Kapitalisten,die Stillegungspläne und Entlassungslisten sofort zu veröffentlichen, nahmen die 200 Kollegen die Arbeit wieder auf.

Mehrere zivile Polizeiautos, auch vom „Mobilen-Einsatz-Kommando" (MEK) wurden vom Hamburger Senat zum Schutz der Kapitalisten bis in die Abendstunden vor dem Werk aufgefahren.

Noch Tage später stand des MEK jederzeit abrufbereit für die Kapitalisten „zur Verfügung".

Tags darauf wurden 300 Kollegen, überwiegend Arbeiter,von ihren Vorgesetzten darüber unterrichtet, daß „sie voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres ihren Arbeitsplatz verlieren."

Lehrlinge demonstrieren für ihre Forderungen

Am Freitag letzter Woche bekundeten ca. 90 Lehrlinge ihre Solidarität mit den älteren Kollegen im Kampf um die Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und marschierten mit einer von allen Lehrlingen unterschriebenen Forderungsliste durch den Betrieb zu einem fortschrittlichen BR.

Gemeinsam mit den Lehrlingen überreichte er den freigestellten Betriebsräten den Forderungskatalog. Den Lehrlingen geht es vor allem um die „*schriftliche Versicherung des Vorstands, alle Lehrlinge bis zur Prüfung auszubilden...*"

Die Betriebsräte und der anwesende IGM-Führer versprachen, die Forderungen der Lehrlinge „*in die Sozialplanverhandlungen mit aufzunehmen.*"

Ein Erfolg ist erkämpft worden

Auf Initiative von fortschrittlichen, kämpferischen Arbeitern wurde innerhalb von zwei Tagen von 342 Kollegen (gut ein Drittel der Belegschaft) durch Unterschrift umgehend eine ordentliche Betriebsversammlung gefordert. Gegebenenfalls auch ohne Beisein der Kapitalisten soll sie „*zur Klärung der anstehenden Fragen führen*", wie „*Verhinderung der geplanten Auslagerung von Produktionsmaschinen*" und eine ausführliche Diskussion „*über die Folgen der Arbeitslosigkeit*".

Durch Hinhalten, Versprechungen und Verschleppungen konnte die Abstimmung im Betriebsrat verzögert werden. Schließlich wurde dennoch mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, **am 12. April – ohne die Teilnahme des Vorstands eine zeitlich unbeschränkte Betriebsversammlung durchzuführen.** ●

Betriebszelle Heidenreich & Harbeck KB/Gruppe Hamburg

Metaller-Warnstreiks

Vor Abschluß der Tarifrunde fanden in den letzten beiden Märzwochen noch eine Reihe von Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Südbaden und Bayern statt.

Am 23.3. streikte die Frühschicht (60 Kollegen) der Balo Motorenbau GmbH in Castrop-Rauxel. Außerdem streikten 200 Kollegen von Hella in Paderborn. Am 25.3. streikten die Kollegen von Jansky in Emsdetten gegen 32 Verwarnungen, die aufgrund eines Warnstreiks ausgesprochen worden waren. Außerdem streikten die Werke von Daimler-Benz in Bad Homburg/Hessen (450 Kollegen) und Wörth/Bayern (3.000 Kollegen). Montag bis Mittwoch, den 29. bis 31.3., streikten jeweils zwischen 1.500 und über 2.000 Kollegen aus Südbaden, und am 1.4. streikten 200 Kollegen der Singener Aluminium-Werke.

Aufgrund des Warnstreiks vom 17.3. waren bei W. Taschner KG in Krefeld drei Betriebsräte fristlos gekündigt worden, von denen zwei bereits aufgrund von Solidaritätsbekundungen wieder im Betrieb sind. Gegen den BR-Vorsitzenden läuft ein Verfahren zur außerordentlichen Kündigung, gegen alle drei ein Antrag auf Ausschluß aus dem Betriebsrat. Da die Firma inzwischen aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist, müssen neue Haustarife abgeschlossen werden, in die die IGM eine Klausel gegen Maßregelungen und die Rücknahme der Kündigung aufnehmen will.

Erfolg der streikenden Arbeiter bei Klug & Co

Am 31.3.76 trat die gesamte Belegschaft der Werkzeugbaufirma Klug & Co in den Streik. Die Firmenleitung wollte Löhne und Urlaub abbauen.

Die bis dahin verweigerten Verhandlungen mit der IG-Metall brachten einige Tage später folgenden Abschluß:

Urlaub, vermögenswirksame Leistungen und Weihnachtsgeld werden nicht abgebaut, sondern entsprechend dem Tarif der Werkzeugmacher-Innung geregelt. Die Stundenlöhne hingegen bleiben über der tariflichen Regelung für den Werkzeugbau. ●

Hamburger Agfa-Werk stillgelegt

Nach Heidenreich & Harbeck wird jetzt ein weiterer Metallbetrieb in Hamburg geschlossen.

Am 30. Juni dieses Jahres wird der deutsch-belgische Agfa-Gevaert-Konzern sein Zweigwerk in Hamburg stillegen. Rund 200 Arbeiter und Angestellte sind die Betroffenen. Nur 50 von ihnen werden in andere Agfa-Gevaert-Werken übernommen. Für die übrigen Kollegen ist ein Sozialplan vereinbart worden.

Die Geschäftsleitung begründet die Stillegung mit „*rückläufiger Geschäftsentwicklung im Bereich der Schwarzweiß-Filme*" („Hamburger Abendblatt", 9.4.76). ●



„Ruhe sanft!" stand auf dem Sarg, den die Arbeiter des Stahlwerkes Eckesey in Hagen in der letzten Woche nach dem letzten Abstich verbrannten. Das der Südwestfalen AG gehörende Werk wurde systematisch ausgetrocknet und die Arbeiterschaft systematisch rausrationalisiert. Dagegen hatten die Kollegen in den letzten Monaten Streiks und Protestdemonstrationen durchgeführt.

25.000 Werftarbeiter von Entlassungen bedroht!

Tiefste Krise des kapitalistischen Schiffbaus

Riesige Produktionsanlagen in der Schiffbauindustrie und mit ihnen Zehntausende von Werftarbeitern sind in den kapitalistischen Staaten von Stillegung und Entlassungen bedroht. Das kapitalistische System erweist sich auch in diesem Bereich als total unfähig, die Produktion auf der Grundlage einer rationalen Planung nach den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten.

Massenentlassungen für die Arbeiter und Angestellten mit dem damit verbundenen Elend und die Vernichtung von Milliardenwerten (Stillegungen) sind die Folgen. Während sich weltweit eine langsame wirtschaftliche Aufwärtsbewegung für die Kapitalisten abzeichnet, vertieft sich die Krise auf dem internationalen Schiffbaumarkt immer mehr.

Betroffen sind hiervon 35 Schiffbau-Konzerne, die sich auf den Großschiffbau spezialisiert haben und vor allem in Japan, der BRD, Schweden, Spanien, Frankreich und Großbritannien produzieren (die führenden Konzerne dieser Länder verfügen über rund zwei Drittel des gesamten Auftragsbestandes aller 47 kapitalistischen Schiffbau-Staaten.).

Zum einen ist diese Krise eine direkte Folge der allgemeinen, seit zwei Jahren anhaltenden kapitalistischen Krise, die im Schiffbau aufgrund besonderer Bedingungen einer zeitlichen Verschiebung eingesetzt.

Zugleich wird – nicht zu Unrecht – von einer „Strukturkrise" des Schiffbau gesprochen, die die konjunkturelle Krise in ihren Auswirkungen enorm verschärft. Es handelt sich vor allem um eine Krise der Überproduktion (in der Schiffahrt, insbesondere bei Tankern) und der Überkapazitäten (bei den Werftmonopolen).

Unter dem Eindruck eines sich ausweitenden und stetig wachsenden Welthandels wurden von den Reedereikapitalisten von Jahr zu Jahr mehr Schiffe bei den Werften bestellt. So erhöhte sich die jährliche Neubautonnage von 9,7 BRT (1964) auf über 33 Mill. BRT im

Entwicklung der Schiffbau-Kapazitäten (in Mio BRT):

	1963/64	1977/78	Änderung (in %)
Westeuropa	6,4	20,3	217
davon BRD	1,3	3,1	138
Japan	2,6	22,0	746 (!)
übrige Länder	2,0	9,7	385
Gesamtkapazität	11,0	52,0	373

Quelle: OECD, nach Vereinigte Wirtschaftsdienste, 26.9.75

Jahr 1974. Bis zu achtzig Prozent dieser Tonnage machten dabei Tankschiffe aus, so daß immer mehr Werftkonzerne sich allein auf den Bau von riesigen Tankern spezialisierten (Planungen bis zu 1 Mio. Tonnen).

Der sich ausweitenden Nachfrage folgend bauten die Werftkapitalisten weltweit ihre Neubaukapazitäten aus, wobei insbesondere die japanischen Monopole eine aggressive Marktstrategie verfolgten (s. nebenstehende Tabelle). Heute ist weltweit bereits eine Kapazität von rund 50 Mio. BRT vorhanden.

Nach der sog. „Energiekrise" 1973, deren Folge eine geringerer Verbrauch von Erdöl (Sparmaßnahmen, Ersetzung durch andere Energieträger) in den imperialistischen Staaten war, verringerte sich die für den Transport benötigte Tonnage drastisch; zusammen mit den bereits in Auftrag gegebenen Tankern (die im allgemeinen erst zwei Jahre nach Auftragserteilung abgeliefert werden können), traten schlagartig Überkapazitäten in der Tankschiffahrt auf, die sich auf mehrere Millionen Tonnen belaufen. Schätzungen geben für 1980 einen weltweiten Bedarf an Tankertonnage zwischen 160 und 180 Mio. BRT an. Bereits Mitte 1975 betrug allein die fertiggestellte Tonnage schon 150 Mio. BRT; 1977 wird sie bereits um 20% höher liegen als die Obergrenze des für 1980 (!) geschätzten Bedarfs. „*Selbst bis 1985 dürfte kein nennenswerter Erweiterungsbedarf zu erwarten sein*" (FAZ, 8.3.76). Dieses Überangebot, das sich durchdie schon bestellten aber noch nicht abgelieferten Tanker weiter erhöhen wird, hat dazu geführt, daß zu Anfang 1976 weltweit 485 Großtanker aufgelegt waren, d.h. beschäftigungslos dümpelten (HB, 12.1.76).

Insgesamt wird damit gerechnet, daß die gesamten Neubauten von allen Handelsschiffen bis 1980 unter 20 Mio. BRT sinken werden (FAZ). Das würde bedeuten, daß über die Hälfte aller Großwerften in der Welt überflüssig und damit – unter kapitalistischen Bedingungen – von Stillegung bedroht wären. Schon heute wird die weltweite Überkapazität auf über 30% geschätzt.

Unter den Werftkapitalisten setzt damit ein scharfer Konkurrenzkampf ein – der auf dem Rükken der Werftarbeiter und der gesamten werktätigen Bevölkerung ausgetragen wird:

– „*Nordeuropas Werftindustrie muß schrumpfen ... In Dänemark und Schweden zeichnen sich Massenentlassungen als unvermeidbar ab. Nach vorsichtigen Schätzungen müssen die schwedischen Werften um rund 40% schrumpfen, die dänischen und norwegischen bleiben voraussichtlich etwas unter dieser Marke*" (SZ, 26.11.75).
– In England und Frankreich sind bereits in den letzten Jahren tausende von Werftarbeitern entlassen worden, besonders in Großbritannien hält dies an.
– Auch in Japan stehen Zehntausende von Werftarbeitern vor Entlassungen durch die Kapitalisten.
– **In der BRD sind in den nächsten Jahren bis zu 25.000 bis 75.000 Werftarbeiter von Entlassungen bedroht: die Zulieferindustrie ist hierbei noch nicht einmal berücksichtigt** (HB, 10.2.76).

Diese Politik der Kpaitalisten wird in allen Ländern noch durch riesige „Werftprogramme" der Regierungen unterstützt (Subventionen, Zinshilfen für Neubauten, Exportkredite usw.).

Das Programm für die westdeutschen Werftkapitalisten – 270 Mio. DM 1975 und abermals 150 Mio. 1976 – nimmt sich im Vergleich zu den in anderen Staaten gezahlten Unterstützungen sogar noch vergleichsweise bescheiden aus. Allerdings haben erst kürzlich die Wirtschaftsminister der vier BRD-Küstenländer von der Bundesregierung weitere zusätzliche Hilfen für die Werftkapitalisten verlangt. Ihre Bewilligung dürfte nur eine Frage der Zeit sein.

Diese staatlichen Waffen können aber die Krise selbst und ihre Auswirkungen nicht verhindern. Letztlich werden hiermit den einzelnen Kapitalisten nur zusätzliche Waffen zur Verfügung gestellt, mit denen sie ihre Konkurrenten aus dem Felde schlagen sollen. Die Krise schließlich wird durch derartige Maßnahmen nicht abgeschwächt, sondern weiter vertieft. ●

Wirtschaftkommission KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

Der Vorstandsvorsitzende der BASF, Seefelder, hat in Frankfurt den Umsatzzuwachs der gesamten Chemie-Industrie bis Ende Januar im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr mit sieben Prozent angegeben (bei BASF sei er sogar noch höher: bis März zehn Prozent) Seefelder glaubt nicht an eine kurzfristige Belebung, sondern an einen kontinuierlichen Aufstieg.

Doch nicht nur die Umsätze sind gestiegen, sondern auch die Profite hätten sich von Monat zu Monat gesteigert. Eine durchaus erfreuliche Entwicklung für die Kapitalisten, wenn nur nicht noch die Tarifrunde anstehen würde. Seefelder gibt an, er könne nur hoffen, daß die Gewerkschaften das zentrale Thema der deutschen Chemie-Industrie, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, bei ihren Forderungen im Auge behielten („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.4.76). Da kann er ganz beruhigt sein! Die chemische Industrie sieht also mal wieder einem riesigen Profitboom entgegen!

—— Betriebe ——

Merck Darmstadt: Durch den Betrieb demonstrierten am Dienstagvormittag über 150 Auszubildende. Sie forderten in Sprechchören und auf Transparenten die Übernahme aller 132 Auszubildenden, die in diesem Jahr ihre Abschlußprüfung ablegen. Die Firmenleitung hat verlauten lassen, daß sie aus wirtschaftlichen (!) Gründen sich nicht in der Lage sehe, allen Lehrlingen Arbeitsverträge anzubieten (!). Die Geschäftsleitung will auch erst bei den Verhandlungen, am 1. Mai (!), dem Betriebsrat mitteilen, wieviele Lehrlinge sie übernimmt.

Da die Geschäftsleitung auf der Jugendversammlung nicht bereit war, Zahlen zu nennen, entschlossen sich die Lehrlinge, die Jugendversammlung zu verlassen und durch das Werk zu ziehen („Frankfurter Rundschau", 31.3.76).

• • •

Feldmühle AG, Werk Plochingen: *„Am besten wäre es, wenn man ein Rollkommando bilden würde, den Betriebsrat zusammentreiben, totschlagen und im Hof zur Abschreckung an den Beinen nach oben aufhängen würde".* Solche Äußerung leistete sich in der Feldmühle AG, Werk Südplastik- und keramik in Plochingen, Baden-Württemberg, der Produktionsleiter Herbert Bittner vor Zeugen, ohne hierfür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Wie weitere Kollegen dort bekundeten, sind Beschimpfungen dieser Art bei der Feldmühle AG schon des öfteren vorgekommen.

Als aber ein Angestellter in berechtigtem Zorn dem Personalleiter sagte, er fände ihn „zum kotzen", so wurde dies sofort mit fristloser Kündigung geahndet. Nicht zuletzt wohl deshalb, weil die Ehefrau des Angestellten eine unbequeme Betriebsrätin ist.

Der Betriebsrat hat der Kündigung widersprochen und die IG Chemie hat bereits Klage beim Arbeitsgericht eingereicht („Gewerkschaftspost" 4/76).

• • •

Bayer AG, Leverkusen: Nun meldet auch die Bayer AG, Leverkusen, „Protest" an gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerks bei Brokdorf (Kreis Steinburg). Allerdings nicht, um die Front der Umweltschützer zu stärken, sondern – wie sollte es auch anders sein – um die eigenen Interessen zu wahren. Der Chemie-Konzern baut bei Brunsbüttel ein neues Werk und hat die Genehmigung, dort Kühl- und Brauchwasser aus der Elbe zu entnehmen. Jetzt befürchten die Bayer-Experten, das Kernkraftwerk könne die Elbe so weit aufheizen, daß in Brunsbüttel nicht mehr genügend Kühlmöglichkeit vorhanden ist („Welt", 9.3.76).

Tarifrunde '76

Forderungen aus den Betrieben im Bezirk **Hessen:**

Betrieb	Forderung
Bereich Frankfurt/M.	
Cassella	4,5% u. 60 DM
DuPont	3,5% u. 70 DM
Metallgesellschaft	5,0% u. 50 DM
Chem.Werke Homburg	9%, mind. 120 DM
Farbwerke Griesheim	8,5%
Glanzstoff Kelsterdach	6% u. 40 DM
Ellen Betrix	200 DM
Eichler	135 DM
Hoechst AG	8%
Bereich Darmstadt	
Röhm	150 DM
Resart Ihm AG	170 DM
Effbe-Werke	170 DM
Merck, Darmst.	170 DM
Merck, Gernsh.	6% u. 70 DM
Ciba-Geigy, Lampertheim	168 DM
Ciba-Geigy, Marienberg	4% u. 70 DM
AK-Chemie	150 DM
Dt. Amphibolienwerke	150 DM
Gesamt-Vertrauensleute-Konferenz Darmstadt	170 DM
Verw.stell Gießen	6% u. 60 DM
Verw.stelle Wiesbaden	6% u. 60 DM
Verw.stelle Hanau	4% u. 70 DM

Daraus machte die Tarifkommission 5% + 50 DM.

Forderungen aus den Betrieben im Bezirk **Rheinland-Pfalz:**

Betrieb	Forderung
BASF	8%, mind. 130 DM
Verw.stelle Mainz	5,4% u. 90 DM
Verw.stelle Neustadt	5,4% u. 45 DM

Daraus machte die Tarifkommission 5,4% + 50 DM.

Forderungen aus den Betrieben im Bezirk **Nordrhein:**

Betrieb	Forderung
Clouth-Gummiwerke	8,5%, mind.120DM
Wacker-Chemie	155 DM
Herbol	150 DM
Erdöl-Chemie	150 DM
Böttcher	5% u. 80 DM
Degussa	3% u. 120 DM
Sachtleben	160 DM
Akzo	155 DM
Verw.stelle Wuppertal	150 DM
Wiederhold	150 bis 170 DM
Uranit	2,5% u. 120 DM

Daraus machte die Tarifkommission 5% + 45 DM.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Texaco: Verwaltungsgebäude – ein Ausbeutungsbunker

Die Angestellten der Deutschen Texaco AG, die derzeit in vier Bürohäusern in verschiedenen Hamburger Stadtteilen arbeiten, sollen zum März 1977 in ein zentrales Verwaltungsgebäude in Hamburgs City Nord umziehen. Den Bau dieses 70-Mio-Projektes haben die Texaco-Kapitalisten übrigens so lange verzögert, bis der Hamburger Senat zu den bundesweiten 7,5% weitere vier Prozent Investitionszulagen für die Kapitalisten beschloß.

Das neue Verwaltungsgebäude soll ein Musterbeispiel modernster, wissenschaftlich erprobter Ausbeutungsmethoden werden: Die Angestellten sollen zukünftig in riesigen Bürohallen arbeiten, in denen sogenannte Beschallungsanlagen installiert sind. Diese berieseln die Kollegen mit ständigen gleichbleibenden Geräuschen, wodurch eine Kommunikation unter den Kollegen unterbunden und die Arbeitsleistung gesteigert werden soll. Genauso menschenfeindlich sind die Klimaanlagen, die in dem neuen Verwaltungsgebäude so konstruiert werden sollen, daß sie die Angestellten in den Phasen des Leistungstiefs (die der menschliche Körper zu seiner Regeneration braucht) mit Sauerstoff-Duschen vollpumpen – nach Feierabend können dann die Menschen getrost zusammenbrechen.

Rationalisiserungsvorbereitungen in vollem Gange

Eine ganze Reihe von Studien, die Arbeitsbelastung und Arbeitsabläufe unter den Bedingungen des neuen Bürogebäudes untersuchen, werden erhebliche Personaleinsparungen nach sich ziehen. Dazu einige Beispiele:

Heute hat die Texaco in vier Häusern Registratur- und Botendienste organisiert. Die Zusammenlegung dieser Arbeiten wird einige Kollegen den Arbeitsplatz kosten. Eine zusätzliche Rationalisierung erreicht die Texaco dadurch, daß sie auf den fünf belegten Stockwerken Registraturzentren für über 200 Kollegen jeweils bildet, die von ihnen selbst bedient werden.

Alle Frauen, die neben ihrer Sachbearbeitung auch an Schreibmaschinen sitzen müssen, wurden aufgefordert, täglich ihre Arbeiten auf vorgedruckten Formularen minutenweise einzutragen, unterteilt nach Schreibarbeit und sachbearbeitender Tätigkeit. Vorgesehen ist, die Schreibmaschinen aus den einzelnen Bereichen rauszuholen und die anfallenden Schreibarbeiten einem bereits bestehenden zentralen Schreibdienst aufzudrücken. Da es in den Verwaltungen üblich ist, Frauen mit gleicher Ausbildung wie die Männer zu einem großen Teil mit der „Tipperei" zu belasten, werden ihre Arbeitsplätze als Folge dieser Untersuchung auch vorrangig wegfallen.

Die Texaco plant, ihren gesamten Küchenbetrieb im neuen Gebäude an eine Fremdfirma zu verpachten. Dadurch verlieren rund 15 Frauen ihren Arbeitsplatz. Angeblich sei der neue Küchenbetrieb nur mit besserem Fachpersonal zu betreiben, das bei den Pachtgesellschaften für wesentlich niedrigere Löhne arbeite. Die geringen Lohnkosten kämen allen Kollegen über den Essenspreis zugute. Mit solchen Hinweisen versucht der Texaco-Kapitalist seinen Plan bei den Kollegen zu verkaufen. Tatsächlich soll die letzte „Sozialeinrichtung" auf einen rein profitorientierten Küchenpächter abgeschoben werden. Gleichzeitig verlieren 15 Frauen ihren Arbeitsplatz, denn, so der Texaco-Personalchef, der Pächter nimmt unsere Frauen auf keinen Fall.

Weitere Rationalisierungen ergeben sich im Bereich der Haushandwerker, die zum Teil durch die Zusammenfassung in einem Haus „überflüssig" werden und zum Teil den erhöhten technischen Anforderungen angeblich nicht mehr gewachsen sind. Von Umschulung und Weiterbildung keine Rede.

Diese Aufzählung von geplanten Rationalisierungen ist auf keinen Fall vollständig. Sie soll nur einen Einblick geben, wie der Texaco-Konzern vom Staat mitfinanzierte Investitionen zur Rationalisierung nutzt.

Steigende Ausbeutung durch menschenfeindliche Arbeitsbedingungen

Bis auf die Herren des Vorstandes und einige Herren der Leitung, die sich im Umfeld des Vorstandes bewegen, werden alle Angestellten in Großräume gepfercht. Das Ergebnis: Etwa 200 bis 300 Kollegen arbeiten jeweils in den Bürohallen der Stockwerke.

Der Kapitalist erzielt so eine günstigere Raumnutzung, weil Wände, Gänge usw. fehlen und Leerräume in einzelnen Büros wegfallen; er kann flexibler umorganisieren – wenn veränderte Arbeitsabläufe es erfordern, schiebt er ganze Abteilungen ohne Schwierigkeiten hin und her. Schließlich erleichtert der Großraum seinem Überwachungspersonal die Kontrolle der Kollegen, weil praktisch alle ständig unter Beobachtung stehen.

Fachberater der Kapitalisten fanden jedoch zwei nennenswerte Nachteile in der Großraumkonzeption. Die Kollegen könnten trotz Beobachtung in Versuchung geraten, miteinander zu reden und die gestiegene Geräuschkulisse lenke die Angestellten von ihrer Arbeit ab, die sie konzentriert zu leisten hätten.

Die Texaco plant deshalb, ähnlich wie andere Kapitalisten vor ihr (u.a. Lufthansa), eine sogenannte Beschallungsanlage einzubauen. In Abständen von wenigen Metern werden an der Decke Lautsprecher angebracht, durch die ein ständiges Rauschen, ähnlich eines Wasserfalles, in den Raum dringt. Dieses Rauschen vermischt sich mit anderen Lauten (Telefone, sprechende Kollegen usw.) und vermittelt den Kollegen einen Eindruck, als arbeiten sie einsam und allein. In letzter Konsequenz bedeutet das System, den Kollegen werden Sinneswahrnehmungen geraubt – sie sehen zwar wie andere Kollegen sprechen, hören es nur nicht mehr – und die Kommunikation unter den Kollegen soll verschwinden, damit die „Leistung des Einzelnen" steigt.

Zu einem vermutlich noch gefährlicherem Manipulationsmittel baut der Texaco-Kapitalist die Klimaanlage aus. Wissenschaftler haben herausgefunden, daß der Mensch tagsüber Leistungshöhen und -tiefen durchmacht. Angeblich fängt er morgens langsam an, steigert sich dann ab zehn Uhr bis Mittag, fällt nach dem Mittagessen rapide ab, steigert sich wieder um 15 Uhr und läßt schließlich wieder in Erwartung des „Feierabends" nach. Die sogenannten Erholungsphasen, die sich der menschliche Körper bewußt oder unbewußt nimmt, weil er normalerweise nicht dauerhaft auf Höchstleistung produzieren kann, sind den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Die Texaco wird den Kollegen deshalb über die Klimaanlage Sauerstoff-Duschen verpassen. In den „wissenschaftlich" ermittelten Phasen minderer Arbeitsleistung, wird eine größere Menge Sauerstoff in den Großraum gejagt, die die erschlafften Körper der Angestellten aufputschen soll. Man verspricht sich eine gleichbleibende Höchstleistung, ohne daß der Kollege es wahrnimmt. Abends wird der arbeitende Mensch dann zusammenbrechen dürfen, um sich genügend für den nächsten Tag zu erholen. Diese Methode, den arbeitenden Menschen raffiniert auszulaugen, wurde dem Betriebsrat frech als Dienst an den Kollegen angeboten. Sie begegne dem akuten Sauerstoffmangel.

Kollegen sollen sich mit dem „Jahrhundertbauwerk" identifizieren

Der Texaco-Vorstand unternimmt alles Denkbare, um den Angestellten diesen Bunker anzupreisen.

Dazu dienen Sonderbroschüren, Extra-Betriebsversammlungen mit Wissenschaftleraufgebot, Tage der offenen Tür usw. Die Bosse mußten allerdings Pleiten in dieser Kampagne hinnehmen.

Dem Vorstand mißlang es, den Hamburger Betriebsrat für seine Pläne zu gewinnen. Beispielsweise lehnte er mehrheitlich den Einbau der Beschallungsanlage ab und wandte sich genauso gegen das Vorhaben, die Küche zu verpachten.

Die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsgruppe HV/Wilhelmsburg führt in ihrer Betriebszeitung eine Gegenkampagne, in der die Nachteile für die Kollegen aufgezeigt werden und ihre Forderungen zum Ausdruck kommen. Unter anderem gelang es weitgehend, das Aufgebot an Wissenschaftlern (Psychologen, Arbeitsmedizinern, Akkustikern usw.), die angetreten waren, um auf einer Betriebsversammlung das Bürogebäude zu verkaufen, zu entlarven. Die Texaco zahlte ihnen einen Tagessatz von 2. bis 3.000 DM. Der „unabhängige" Akkustiker war selbst Verkäufer von Beschallungsanlagen usw. Die Kollegen müssen über eine breite Aufklärung zusammengefaßt werden, um sich gegen die Rationalisierungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen zu wehren.

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Rechte Betriebsrats-Aktionseinheit bei Beiersdorf

Einige Mitglieder der rechten Betriebsratsliste „Unabhängige Beiersdorfer" (alles CDU-Leute), die letztes Jahr wegen „eigener Listenaufstellung" aus der IG Chemie ausgeschlossen werden mußten, damit man die zehn Mitglieder der linken Betriebsgruppe ALTERNATIVE rausschmeißen konnte, haben am 17.2.76 ihren Prozeß für Wiederaufnahme in die Gewerkschaft gewonnen.

Begründung: Auf der IG-Chemie-Liste hätten auch DKP-Mitglieder kandidiert, für die „Unabhängigen" wäre es nicht zumutbar gewesen, zusammen mit Verfassungsfeinden auf einer Liste zu kandidieren, deshalb sei eine eigene Listenaufstellung gerechtfertigt (s.AK Nr. 76).

Die Gewerkschaftsführung hat gegen diese Entscheidung zwar Widerspruch vor Gericht eingelegt, was aber das Verhältnis zwischen den SPD/IG Chemie-Funktionären und den CDU-„Unabhängigen" nicht sonderlich trüben wird. Denn wenn sich auch DAG, „Unabhängige" und IG Chemie in einigen kleinen Punkten kappeln, wenn es gegen die fortschrittlichen ALTERNATIVE-Betriebsrätinnen geht, dann stehen sie gemeinsam in einer Front.

Von zehn Abteilungsversammlungen der letzten Woche ist den „Unabhängigen" zweimal die Berichterstattung zugeschanzt worden. (DAG einmal, dafür stellt die DAG noch einmal den Versammlungsleiter, ALTERNATIVE für beides nicht vorgesehen).

Auf der Betriebsratssitzung vom 18. März wurde für den Ausschuß, der sich wegen der Verlagerung eines Teils des Werkes nach Hausbruch mit der Geschäftsleitung zusammensetzen soll, zwar nicht eine ALTERNATIVE-Betriebsrätin gewählt, die selber aus einer dieser Abteilungen kommt, dafür aber vom Betriebsratsvorsitzenden Max Ganschow ein „Unabhängiger"-Betriebsrat vorgeschlagen (... und gewählt), der absolut nichts mit der Verlagerung zu tun hat.

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Colgate: Kleiner Erfolg für die „Liste Frauen"

Nachdem die Colgate-Kapitalisten bereits zwei Betriebsrätinnen der „Liste Frauen" aus dem Betrieb gefeuert hatten, verkündeten sie siegessicher, daß damit für sie ein erster Erfolg zu verzeichnen sei. An eine eventuelle Wiedereinstellung sei in gar keinem Fall zu denken. Und so scherten sie sich weder um den gewonnenen Prozeß der linken Kollegin Anna W., noch um eine einstweilige Verfügung, die ihr den Zugang zur Betriebsratsarbeit ermöglichen sollte. Sie legten zum einen Berufung, zum anderen Beschwerde ein – mit dem Erfolg, daß Anna W., obgleich sie vor Gericht gewann, seit Oktober '75 noch keinen Fuß in den Betrieb setzen durfte.

Im Fall der zweiten linken Betriebsrätin, Karin M., versuchte die Geschäftsleitung dasselbe Spiel – die einstweilige Verfügung, die es der Kollegin gestattete, die Arbeit bis zur Entscheidung ihres Arbeitsgerichtsprozesses wieder aufzunehmen, ignorierten sie. Sogar den darauffolgenden Vollstreckungsbefehl wollten sie anfänglich nicht anerkennen und schickten die Kollegin unverfroren wieder nach Hause, als sie mit dem richterlichen Beschluß in der Hand ihre Arbeit wieder antreten wollte. Der Vollstreckungsbefehl habe „formale Mängel" sagte die Geschäftsleitung. Allerdings kam sie damit vor Gericht nicht durch – ihr Antrag, die Zwangsvollstreckung aufzuheben, wurde abgelehnt. Und nach heißen Diskussionen mußten sie vorerst zurückstecken: Karin M. nahm die Arbeit wieder auf. Und mit gebührender Aufmerksamkeit wurde dies Ereignis von Geschäftsleitung und Produktionsleitung vorbereitet. Die leitenden Herren bequemten sich – wohl das erste Mal in ihrer Laufbahn – um fünf Uhr morgens aus den Betten, um die Kollegen, die um sechs Uhr anfangen zu arbeiten, gebührend vorzubereiten. Sämtliche gewerbliche Kollegen wurden von den leitenden Herren zusammengerufen und aufgeklärt, daß Karin M. heute „vorläufig" die Arbeit wieder aufnähme. Einen roten Teppich ließen die Herren vom Empfangskomitee nicht ausrollen. Wohl etwas humorlos, wie?

Die Prozeßwelle von und gegen die „Liste Frauen" rollt indes weiter. Da stehen die Termine an für die Betriebsrätin Anna W., die ausgeschlossen werden soll aus dem BR, da steht die Urteilsverkündung in dem Berufungsverfahren an, dann kommt die Verhandlung in erster Instanz wegen ihrer zweiten Kündigung usw. Ein Ende ist da noch nicht abzusehen. Haben die Colgate-Kapitalisten doch vor Gericht mit allem Nachdruck versichert, daß eine weitere Zusammenarbeit mit Anna W. für sie völlig ausgeschlossen sei.

Und noch eine kleine Merkwürdigkeit: Das Landesarbeitsgericht, und dort die Präsidentenkammer höchstpersönlich, sah sich leider nicht in der Lage, im Berufungsverfahren der linken Kollegin ein Urteil zu verkünden, ob die Betriebsrätin nun wieder in den Betrieb darf oder nicht. Die Akte ging nämlich verloren. In der Postabteilung, so heißt es.

Betriebszelle Colgate
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Tarifrunde 1976

Inzwischen ist im Versicherungsbereich die Schlichtung angelaufen. Die Gewerkschaft HBV und die DAG schraubten zur Verhandlung am 26. 3. ihre Forderungen herunter. Die HBV von 6.9 % bis 7.9 % je nach Tarifgruppe auf nunmehr 6,5 % bis 7,4 %. Die DAG von 7,5 % auf 7 %.

Vom „Sozialpaket" (Tarifstrukturkorrektur, mehr Urlaub etc.) ist nichts weggenommen worden. Die Versicherungskapitalisten zeigten sich wenig beeindruckt, sie blieben bei ihrem 4,5 %-Angebot. In der ersten Schlichtungssitzung am 3. April unter Vorsitz des nordrhein-westfälischen Landesschlichters Kraft änderte sich nichts, die nächste Sitzung wurde für den 11. April einberufen.

Selbst auf ihren Flugblättern protestieren HBV- und DAG-Führung nicht einmal mehr. Während die DAG alles unkommentiert läßt, fordert HBV zum Gewerkschaftseintritt mit folgendem Slogan auf:
„Stehen Sie nicht abseits! Sympathie allein genügt nicht. Beziehen Sie Stellung durch Ihren Beitritt zur Gewerkschaft HBV im DGB, denn: Der beste Weg ist die Stärkung der Verhandlungsposition der Gewerkschaft HBV." (Flugblatt der HBV vom 5. 4. 76).

Banken

Kurz und schmerzlos für die Kapitalisten ging bei den Banken die Tarifrunde zu Ende. Am 29. 3. 1976 wurde auf der Lohnraub-Linie 5,4 % abgeschlossen!

Groß- und Außenhandel Hamburg

Die HBV forderte 8 %, die DAG 7 %. Beide Gewerkschaften gingen schnell noch mit ihren Forderungen gemeinsam runter, als die Kapitalisten provokatorisch meinten, sie würden erst dann verhandeln, wenn sich die Gewerkschaften einig sind.

Am bisher ersten und einzigen Verhandlungstag, dem 25. 3. 76, gingen HBV und DAG auf 6,338 % runter, der Arbeitgeberverband (AGA) wurde „großzügig" und bot ca. 3,8 %, dann ca. 4 % an.

Mit diesem „Angebot" hatten sich die Kapitalisten schon fast übernommen, sie meldeten sich für den zweiten Verhandlungstag, den 5. 4. grippekrank, eine Woche später soll jetzt der Termin stattfinden.

Einzelhandel

Für die 230.000 Beschäftigten des Einzelhandels in Niedersachsen begannen am 6. 4. 76 die Verhandlungen. Die Forderungen der Gewerkschaft HBV: DM 115,- Festbetrag und DM 50,- für Auszubildende. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Millionenstrafen für Banken

Eine Reihe von Kreditinstituten hat in den letzten Jahren Wertpapierspekulationen und -transaktionen in Milliardenhöhe mit dem Ausland getrieben. „Dummerweise" in einer Zeit, wo dieser Handel kurzfristig im Rahmen des Konjunkturprogrammes verboten war.

Den Banken wurde jetzt nach einer Meldung der „Frankfurter Allg. Zeitung" vom 5. 4. 76 Strafen auferlegt, die teilweise die Millionengrenze erreichen. Allerdings: Die Namen der Banken können nicht genannt werden, sie werden nur dem staatlichen Aufsichtsamt gemeldet.

Bei Millionenstrafen kann man sich vorstellen, was für riesige Gewinne gemacht wurden. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Banken verdienen an der Krise

„Die wirtschaftliche Unsicherheit ist ein außerordentlich wichtiges Motiv zum Sparen, das hat die Geschäftsentwicklung der Hamburger Sparkasse im vergangenen Jahr besonders deutlich bewiesen", mit diesen Sätzen leitete das „Handelsblatt" vom 1. 4. 76 einen Artikel über die Geschäftslage der Haspa ein. Die sehr hohen Dividendenzahlungen der Kreditinstitute beweisen immer wieder, daß es gerade die sogenannten Finanzsammelbecken (Versicherungen, Banken) sind, die den Rahm der Krise abschöpfen und dabei noch die Frechheit besitzen, von steigenden Kostendruck etc. zu reden.

Wir wollen hier die Aufstellung der Profit- und Dividendenzahlungen fortsetzen:

- ▶ Die Haspa hat ihren Jahresüberschuß um 19,4 % steigern können!
- ▶ Die Commerzbank konnte ihren Gewinn um ca. 33 % steigern!
- ▶ Die „SKV Kreditbank GmbH" Kiel, hinter der die Vereins- und Westbank mit einer 2/3-Beteiligung steht, hat ihren Jahresüberschuß um 16,3 % erhöht. Die Bank zahlt für 1975 eine Dividende von 16 %.
- ▶ Die Westfälische Hypothekenbank AG, Dortmund, hat ihre Bilanzsumme 1975 um 76 % (!!) gesteigert. Der Jahresüberschuß stieg um 30 %, es wird eine Dividende von 12 % ausgezahlt. Hinter der Bank steht die Westfalen Bank AG, Bochum, und die Deutsche Herold Allgemeine Versicherungs-AG.
- ▶ Die Rheinische Hypothekenbank, Frankfurt, hat ihren Jahresüberschuß um 12,4 % steigern können. Es wird eine Dividende von 18 % ausgeschüttet. 90,5 % des Aktienkapitals befinden sich in den Händen der Commerzbank.

(Alle Angaben aus „Handelsblatt" vom 22. 3. 76 und 31.3. 76.) ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Einzelhandel: Immer mehr Dörfer ohne Lebensmittelläden!

Jährlich schließen ca. 10.000 Einzelhandelsgeschäfte in der BRD. Wie die Industrie-und Handelskammer Koblenz jetzt laut „Handelsblatt" vom 20./21. 3. 76 herausfand, bedeutet dies, daß z. B. in ihrem Bezirk in den letzten fünf Jahren 123 Gemeinden ohne örtliche Lebensmittelversorgung auskommen müssen. Rund 20 Dörfer kommen jedes Jahr neu dazu. Konzentration führt nicht nur zur Freisetzung von Kollegen des Einzelhandels, sondern zu immer größeren Reisen, um überhaupt Lebensmittel zu bekommen. ●

Coop/Hageba, Hamburg: Abschuß des Betriebsratsvorsitzenden wird vorbereitet

Bereits im Arbeiterkampf Nr. 74 berichteten wir von einem Verweis, den der Betriebsratsvorsitzende der hageba wegen der Ausübung der Meinungsfreiheit erhalten hat. Der Kollege hatte mit einer Kollegin ein politisches Gespräch geführt und ihr auch den Arbeiterkampf überlassen. Der Betriebsrat hat sich damals geschlossen hinter seinen Vorsitzenden gestellt und das Recht der freien Meinungsäußerung verteidigt.

Inzwischen hat sich die Geschäftsleitung zwei weitere „Vergehen" des BR-Vorsitzenden ausgetüftelt, mit dem Ziel, „Beweise" für den Rausschmiß zu sammeln.

Diesmal werden folgende „Vorwürfe" erhoben:

- ▶ Er hat am 10. 3. an einer Betriebsversammlung einer „anderen" coop-Gesellschaft teilgenommen, und „vergessen", sich beim Abteilungsleiter abzumelden.
- ▶ Er hat eine Einladung zu einem Treffen von Betriebsräten der Hamburger coop-Betriebe unterschrieben, das in dem Betriebsratszimmer der hageba außerhalb der Arbeitszeit stattfinden sollte.

Diese „Vergehen" bestehen samt und sonders in bisher üblichen Verfahrensweisen, die bislang nie Stein des Anstoßes gewesen waren.

Die Kapitalisten haben „guten Grund", jede Zusammenarbeit der Betriebsräte bei coop gegen alle bestehenden Rechte der Betriebsräte zu unterbinden.

Noch in diesem Jahr soll das Gebäude der coop-Zentrale verkauft werden und weiter rationalisiert werden! ●

coop-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Iduna: Totale Reglementierung der Betriebsratsarbeit geplant

„Betriebsratsmitglieder dürfen ihre Kollegen n i c h t am Arbeitsplatz aufsuchen, ein e i g e n m o t i v i e r t e s Handeln der einzelnen Betriebsratsmitglieder ist nicht statthaft, nur in wenigen Ausnahmefällen darf ein Betriebsratsmitglied sich von seinem Arbeitsplatz entfernen – er hat sich dann grundsätzlich r e c h t z e i t i g abzumelden (damit der Arbeitgeber sich auf den Ausfall seiner Arbeitskraft einstellen kann) – er muß seinem Vorgesetzten in groben Zügen den G r u n d mitteilen.

Kommt ein Betriebsratsmitglied diesen Verpflichtungen nicht nach, so kann eine grobe Pflichtverletzung vorliegen, außerdem eine Arbeitsvertragsverletzung, die unter Umständen zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt und zum Schadensersatz verpflichtet!"

Diese Zitate stammen nicht aus einer Neuauflage der Nazi-Gesetze zur Regelung der Arbeit, sondern aus einem Rechtsgutachten der hauseigenen Rechtsstelle der Iduna-Versicherungen zur Stellung von Betriebsräten.

Läßt man einmal die rein juristische Würdigung dieser Theorien beiseite, (z. B. den Passus des Betr. VG, daß ein Betriebsratsmitglied an der Ausübung seiner Funktion nicht behindert werden darf), so muß man feststellen, daß sich die Iduna ein Instrumentarium schaffen möchte – wann immer sie es möchte – Betriebsräte 100%ig mundtot zu machen und sie aus dem Betrieb zu entfernen.

Die Iduna geht sogar so weit, daß sie zwar das Recht von Betriebsräten verbal anerkennt, sich zu Sitzungen zu treffen oder auch bei Betriebsbegehungen von Gewerbeaufsichtsämtern mitzulaufen. Ansonsten aber darf der Betriebsrat *„grundsätzlich nur in einer ordnungsgemäßen Sitzung die ihm obliegenden Aufgaben erfüllen; als Kollegialorgan trifft er seine Entscheidungen durch Beschluß. Dies ist die allein zulässige Form der Willensbildung."* Aktiv werden nach außen hin darf dann nur noch das freigestellte Betriebsratsmitglied. Wobei Freistellung nicht heißt, daß er „rumgehen kann wie er will". Nur in den wenigen Fällen, in denen der Betriebsrat sich an Kollegen wenden darf (nach Meinung der Iduna), kann auch der Freigestellte etwas machen. Und falls der Betriebsrat auf die Idee kommen sollte, sich eine andere Arbeitsteilung zu suchen, als der Vorstand es möchte, droht die Iduna: *„Es ist zwar nicht Sache des Arbeitgebers, sondern des Betriebsrates, die Arbeitsteilung innerhalb des Betriebsrates zu bestimmen, jedoch ist der Betriebsrat verpflichtet, bei der Gestaltung seiner Tätigkeit auch die Belange des Betriebes im Auge zu behalten..."*

Das „Rechts"produkt der Iduna ist ein Teil der Lehren (wenn auch im Moment das drastischste), die aus dem Kampf gegen die linken Betriebsräte und Kollegen gezogen wurden. Aber schon aus den sehr weitgehenden Vorstellungen über die Eindämmung von Betriebsratsrechten wird deutlich, daß durchaus nicht allein linke Kollegen getroffen werden sollen. Jeder Betriebsratskollege, selbst die liberalen, können getroffen werden, wenn es die Situation erfordert.

Und das wird nichts anderes heißen, als daß das Iduna-Kapital mehr oder minder vorbeugend h e u t e eine weitgehende Fesselung durchsetzen will, um schon m o r g e n gegen jeden loszuschlagen, der sich den noch lange nicht abgeschlossenen Rationalisierungsmaßnahmen nicht einfach willenlos unterwirft.

Ob die Iduna damit durchkommt, hängt erst zweitrangig von Gegen-Gutachten oder juristischem Streit ab. Inwieweit sich heute Betriebsräte dagegen wehren, die Kollegen im Betrieb aufklären und geeignete Protestaktionen ankurbeln – inwieweit also die Kollegen sich an die Verordnungen des Kapitals nicht halten, davon hängt ab, ob die Betriebsratsrechte gehalten werden können. ●

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

Banken
Bankenpleiten reißen nicht ab!

Die Frankfurter Teilfinanzierungsbank „Absatzfinanzierungs- und Creditanstalt (AFC) GmbH" mußte mit sofortiger Wirkung auf Weisung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen ihre Tore schließen. Nach einer Meldung des „Handelsblattes" vom 31. 3. 76 hat sich die Bank mit Schulden übernommen, außerdem sei die Geschäftsleitung qualitativ nicht in der Lage, das Geschäft richtig zu führen. Diese offensichtlich unsinnige Erklärung soll nur verschleiern, daß eine ganze Reihe von Kreditinstituten im Laufe der letzten Jahre schließen mußte (über 50!). Hauptursachen waren immer Spekulationsverluste auf dem internationalen Geldmarkt bzw. auf dem Immobiliensektor.

Von dem seit Schließung der Herstatt-Bank lauthals verkündeten Solidaritätsfond der Banken zur Abdeckung der Schulden und Spareinlagen ist im Falle der AFC nicht die Rede. Der Hessische Bankenverband erklärte: *„Wir wären dankbar, wenn man in diesem Zusammenhang das Wort ‚Bank' nicht in den Mund nehmen würde."*

Nicht verdeckt werden kann aber, daß die AFC eng mit der im September 1975 pleite gegangenen Frankfurter Selmi-Bank zusammengearbeitet hat. Der Pleitegeier kreist weiter... ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Vier Millionen DM für elf Schmarotzer

In der laufenden Tarifrunde erschallt laut das Gejammer der „armen" Bankkapitalisten, kein Geld sei da. Hinzu kommt eine neue schwierige Situation: Elf Vorstands- und Präsidentenstühle sind bei den Banken neu zu besetzen. Für diese elf stehen ganze vier Millionen DM Jahresgehalt zur Verfügung. Wahrlich, eine schwere Entscheidung, bedenkt man, daß die Herren schon an weiteren Aufsichtsratsbezügen schwer zu tragen haben. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Einzelhandel: Wie man Profite frisieren kann

280 Milliarden DM Umsatz hat der westdeutsche Einzelhandel 1975 gemacht, (lt. „Handelsblatt" vom 20./21. 3. 76). Das entspricht einem Plus von 8,9 %. Die Einzelhandelskapitalisten haben jetzt einen ganz besonderen Dreh der Profitverschleierung entdeckt: Man zieht die Preissteigerungsrate einfach ab und erhält so eine sog. „preisbereinigte Umsatzsteigerung" von „nur" 2,5 %! Für 1974 konnte man noch dicker hinlangen. Von dem Umsatz-Plus von 5,3 % wurde wieder die Preissteigerung abgezogen und schon jammerten die Kapitalisten, ihr Umsatz sei um 2,2 % zurückgegangen! ●

HBV-Hamburg: Forderung nach Frauenveranstaltung wird breiter!

Wir berichteten im letzten Arbeiterkampf über die Forderung nach einer Frauenveranstaltung auf der HBV-Jugendmitgliederversammlung am 20. 3. 76. Eine tonangebende SDAJ'lerin glaubte, die Sache mit der Behauptung, dadurch würden Frauen gegen die Männer ausgespielt, vom Tisch kriegen zu können. Doch so leicht ist die Frauenveranstaltung nicht abzublocken! Inzwischen liegt eine Reihe weiterer Anträge nach einer Frauenveranstaltung vor:

- ▶ von der Mehrheit des Fachgruppenvorstandes im Groß- und Außenhandel
- ▶ von Kollegen der Betriebsgruppe Iduna
- ▶ von Kollegen und Kolleginnen der Fachgruppe Genossenschaften.

Im Fachgruppenvorstand Versicherungen schlossen sich eine Reihe der Kollegen der SDAJ-Argumentation an, hielten dann aber das Thema doch für diskussionswürdig – doch schnell einigte sich die Mehrheit wieder darauf, daß vor dem 1. Mai – wie gefordert wurde – da nichts mehr zu machen sei.

Der Ortsverwaltungsvorstand zog noch einmal den Kopf aus der Schlinge und verwies den Antrag des Fachgruppenvorstands des Groß- und Außenhandels ohne Stellungnahme zurück, weil noch nicht a l l e Vorstandskollegen befragt worden seien.

Offen gegen eine Frauenveranstaltung möchten diese Herren sich nicht äußern, doch damit werden sich die Frauen nicht abspeisen lassen! ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



HBV-Demonstration in Essen: Über 250 Kollegen folgten am 24. März dem Aufruf der Gewerkschaft HBV in Essen. Sie protestierten mit einer Demonstration und Kundgebung gegen das Tarifangebot der Einzelhandelskapitalisten.

co op, Hamburg: HBV-Betriebsgruppe aufgelöst!

Nachdem in den letzten Jahren in der „gemeinnützigen" coop gewaltig rationalisiert worden ist und dabei lauter kleine Gesellschaften gebildet wurden, in die jeweils nur ein Teil der bisher angestellten Kollegen überstellt wurden, zog nun die Gewerkschaftsführung nach. Dem neugebildeten Fachgruppenvorstand Genossenschaften teilte Gewerkschaftssekretär Klaas die Auflösung der HBV-Betriebsgruppe bei coop amtlich mit. Als Grund wurde angegeben, daß es ja keinen coop-Betrieb mehr gäbe!! Konkreter Hintergrund ist der Wahlsieg der Linken im Fachgruppenvorstand, die gegenüber dem rechten Hachmann von der coop eine Mehrheit erlangt hatten. Damit drohte auch die Gefahr, daß die Betriebsgruppe mehr und mehr aus ihrem Dämmerschlaf aufgeweckt worden wäre, in eben dieser Hachmann sie zu halten versucht hatte. ●

coop-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Groß- und Außenhandel: Gewerkschaft gegen linken Fachgruppenvorstand

Am 25.3.76 hatte die Mehrheit der aktiven Mitglieder in der Fachgruppe Groß- und Außenhandel sich einen linken Vorstand gewählt. Mit Hilfe von Satzungsmätzchen will der Hamburger Ortsverwaltungsvorstand dieses Wahlergebnis für null und nichtig erklären – so laut Beschluß vom 18.3.76.

Als Vorwand wurde konstruiert, daß ein Kollege nun auf einmal in die „Fachgruppe Wirtschaftsdienste" gehören soll, wovon er trotz jahrelanger Mitarbeit in der Gewerkschaft nie etwas gehört hatte und auch der Kapitalist ihn nach den Groß- und Außenhandelstarif bezahlt.

Derartige irrsinnige „Begründungen" machen deutlich, daß die Gewerkschaftsführer die Satzung als ein Instrument sehen möchten, linke Politik innerhalb der Gewerkschaft für satzungswidrig zu erklären. Fortschrittliche Initiativen von Gewerkschaftern können diesen Wahlsieg der Linken erst zum Tragen bringen. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg: HBV-Delegiertenversammlung Mit dem Antikommunismus auf den Buch gefallen

Kampf den „Chaoten vom KB", das war der Hauptinhalt des Geschäftsberichts des geschäftsführenden Sekretärs der Hamburger Ortsverwaltung, Arnold Krause. Die 135 anwesenden Delegierten aus den Fachgruppen und Betriebsgruppen mußten sich wieder einmal vom Oberhetzer gegen Links anhören, daß die „Chaoten" Mitgliederversammlungen durch lange Reden hinauszögern, die Kollegen verscheuchen und dann mit Mehrheiten „chaotische Beschlüsse" durchpauken (gemeint sein können nur Beschlüsse gegen Extremistenerlaß und für hohe Tarifforderungen!).

Selbst Fachgruppenvorstände würden von Linken besetzt. Diese verteilen dann Flugblätter, die der „einfache" Kollege nicht mehr von denen der Gewerkschaftsführung unterscheiden könne.

Die absolute Frechheit aber war, daß Krause die derzeitige Mitgliederzuwachsstagnation darauf zurückführte und fast wörtlich sagte: *Die Stagnation liegt nicht an einem angeblich höheren Arbeitgeberdruck, dieser existiert nicht mehr und nicht weniger als früher!*

Dumm für die Gewerkschaftsführer war nur, daß sie mit ihrer Hetze selbst in diesem Gremium nicht durchdrangen. Relativ viele Delegierte kritisierten Krause teils recht scharf, er überspanne den Bogen und vergesse den Hauptgegner eines jeden Gewerkschafters. Ein Kollege (von der Volksfürsorge) sagte eindeutig, wenn heute die Betriebsgruppen und damit die gewerkschaftliche Basisarbeit einschlafen, dann sei die Arbeitsweise der Sekretäre und der Ortsverwaltungsvorstand schuld und niemand anderes.

Da nützte es auch wenig, daß der Landesleiter Schiel – ein noch größerer Demagoge als Krause – nun mit großem Getöse auf einmal auf den Putz haute gegen das Kapital als Hauptgegner. Denn der „Starredner" des Abends, der HBV Obervorsitzende Vietheer war völlig falsch „eingestimmt" worden. Er sprach über die ach so schlimme „Zwietracht in der Welt" – nicht etwa als Kurskorrektur über den bisherigen Spalterkurs gegenüber der Linken, für den er verantwortlich zeichnet – sondern er appellierte an die Unternehmer, die Arbeitslosen doch bitte wieder arbeiten zu lassen. Diese Rede verfehlte ihre Wirkung nicht: Selbst der Rechts-Links-Seiltänzer der HBV, Meyer, schoß Vietheer an!

Für die rechten Gewerkschaftsführer, die mal so schön gegen die Linken auf dem höchsten Hamburger HBV-Gewerkschaftsgremium vom Leder ziehen wollten, insgesamt eine verkorkste Versammlung.

Auf die Forderung nach einem kämpferischen 1. Mai, erklärte der Ortsverwaltungsvorsitzende zum „soundsovielten Male", daß ja nun am 1. Mai marschiert wird und eine Kundgebung abgehalten werde. Als Redner schlugen die Kollegen Arbeiter von Heidenreich & Harbeck vor (der Laden soll dichtgemacht werden).

Als gefordert wurde, die von der Ortsverwaltung nichtanerkannten (linken) Fachgruppenvorstandsmitglieder des Groß- und Außenhandels als Delegierte zuzulassen, konnte sich die Gewerkschaftsführung nur noch durch gutes „Zählen" über die Ziellinie retten. Angebliches Ergebnis: 64 Stimmen für Zulassung, 65 dagegen, 3 Enthaltungen. Ganz „unorthodox" wurden die Ja-Stimmen erst nach der „Auszählung" der Gegenstimmen bekanntgegeben. Bei derartig knappen Ergebnissen kann man sich schon mal verzählen.

Auf Mitgliederversammlungen haben die Gewerkschaftsführer das schon häufiger erlebt, aber jetzt auch noch auf der Delegiertenversammlung! ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg-Mannheimer, Hamburg: Zwei linke Jugendvertreter aus der Gewerkschaft ausgeschlossen

Die beiden Jugendvertreter bei der Hamburg-Mannheimer, die mit großer Mehrheit von ihren Kollegen gewählt wurden, sind nun aus der HBV ausgeschlossen worden. Der erste Rausschmißversuch wurde von dem damaligen HBV-Fürsten Hein gestartet, der heute bei der DAG ist. Auch der zweite Versuch vom Düsseldorfer Hauptvorstand wurde von den Jugendlichen mit einem Protestschreiben gegen die Gesinnungsschnüffelei beantwortet.

Dennoch wurde der Ausschluß ungeniert durchgezogen. Die Gewerkschaftsführer verlangten von den Jugendvertretern ein „Kündigungsschreiben aus dem KB" innerhalb von 14 Tagen – diese Frist sei nicht eingehalten worden.

Aus der Tatsache, daß diese Frist nicht eingehalten wurde, zieht der Vorstand in seinem Schreiben den dreisten „Schluß": *„Mit Ihrer Haltung haben Sie nunmehr die Gründe für Ihren Ausschluß aus unserer Gewerkschaft gegeben!"*

Doch es kommt noch dicker: Obwohl der Vorstand den Beschluß erst am 24. 3. faßte, hatten die Jugendvertreter bereits im Januar auf ihrer Mitgliedskarte den Vermerk „ungültig" erhalten, d. h. sie waren somit ausgeschlossen, wie der zuständige Gewerkschaftssekretär auf Anfrage mitteilte. Die Sache war von vornherein abgemacht, die „Begründungen" wurden nur zum Schein nachgeschoben.

Mit welcher Abgebrühtheit die Gewerkschaftsführer glauben, fortschrittliche Gewerkschafter ausschließen zu können, zeigt die lapidare Mitteilung, daß die Jugendvertreter *„nachweislich Informationsmaterial des KB verteilt und zum Kauf angeboten"* hätten.

Sie bemühen sich erst gar nicht, ihre Behauptungen zu beweisen und darüberhinaus glauben sie ohne ernste Hindernisse ihre Richtung in der Gewerkschaft zum Mitgliederkriterium machen zu können. Dem muß entschlossen entgegengetreten werden. ●

Betriebszelle Hamburg-Mannheimer
KB/Gruppe Hamburg

Kennst Du Dich in Konkursen aus – bescheißt Dich auch das Bieberhaus!

Am 29.3. wurde allgemein in der Frankfurter Lokalpresse die „überraschende" Pleite des Kaufhauses Bieberhaus bekanntgegeben.

Betroffen sind insgesamt ca. 700 Angestellte und unzählige Kunden. Beschwichtigend hieß es in der „Frankfurter Rundschau" vom 30.3., „daß die Gesellschafter die Bereitschaft zu erkennen gegeben hätten, die Anzahlungen zurückzuerstatten und Härten zu vermeiden."

Außerdem werde ein „Sozialplan" erstellt und die Arbeitsämter in Mainz, Offenbach und Frankfurt wollen die Anträge auf neue Arbeitsplätze auch besonders schnell beantworten.

Wesentlich bedrohlicher für das Geld der Bieberhauskunden und Angestellten klang dann eine Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen" vom 31.3. Dort riet die Verbraucherzentrale: *„Ansprüche aufgrund noch unerfüllter Kaufverträge mit dem in Konkurs geratenen Bieberhaus sollten die Kunden beim Amtsgericht Frankfurt einreichen".*

Bemerkenswert der Zusatz, das Schriftstück in „dreifacher Ausführung" und „vor allem keine Unterlagen" oder gar „Originale beizufügen".

Von dem anfangs angekündigten Sozialplan wurde nach den ersten Beruhigungspillen in der Presse für die Bieberhaus-Angestellten und -Kunden auch wieder Abstand genommen.

Schlampladen oder organisiertes Chaos?

An der Ladenkette des „Bieberhaus" waren die Berliner Unternehmerfamilie Türklitz (Möbel-Hübner u.a.) und ein englisches Unternehmen beteiligt.

Arno Türklitz bekräftigte gegenüber der „FAZ" vom 30.3., daß von der Pleite „keineswegs die Unternehmen, die die Familie in Berlin besitzt, betroffen seien", es ginge vielmehr darum, ein dauerndes Zuschuß-Unternehmen abzusetzen.

Vor allem, daß der Betriebsrat praktisch erst bei der Durchführung des Konkurses von der Pleite unterrichtet wurde, deutet darauf hin, daß es hier um den Versuch geht, auf dem Rücken der Kollegen und Kunden die Profite zu erhalten. Es bleibt abzuwarten, was da noch für „dreckige" Wäsche an das Tageslicht befördert wird. Die Kollegen der Offenbacher Firmengruppe jedenfalls haben einen richtigen Schluß daraus gezogen: Spontan legten sie am Dienstag, dem 1.4., die Arbeit nieder. ●

Genossen des KB/Gruppe Frankfurt

DRUCK

Wanne-Eickel: Erfolgreicher Kampf gegen Arbeitshetze in einer kleinen Druckerei

Ich arbeite in einem kleinen privaten Druckereibetrieb mit 27 Beschäftigten, davon sind 12 Frauen.

Im Laufe des vergangenen Jahres haben mehrere Kolleginnen aufgehört zu arbeiten. Es wurden aber keine neuen Kolleginnen eingestellt, so daß die gleiche Menge Arbeit von wenigen Frauen geleistet werden mußte. Als Ende des Jahres'75 die Aufträge sich verringerten, wurde sogar noch eine Kollegin entlassen. Ihr wurde aber vom Chef zugesichert, er würde sie wieder einstellen, sobald die Auftragslage besser würde.

Sie wurde sehr schnell „besser"!

Der Chef verlangte von den Frauen, daß sie jeden Tag zwei Überstunden machen sollten. Das hieße also, daß wir statt von 7.00 bis 15.45 nun von 7.00 bis 17.45 arbeiten sollten und am Samstag auch noch vier bis fünf Stunden.

Das machten die Frauen auch einige Zeit mit, bis zwei Frauen krank wurden – durch die Überstunden und Arbeitshetze. Auf Initiative einiger Kolleginnen kam das Gespräch auf Überstundenhetze und Arbeitslosigkeit der Frauen. Die Kolleginnen einigten sich, keine Überstunden mehr zu leisten, wenn keine weiteren Frauen eingestellt würden.

Zunächst wurden zwei Frauen eingestellt, aber nicht die entlassene Kollegin. Daraufhin informierten einige Frauen den Betriebsrat. Auf Drängen der aktiven Frauen und des Betriebsrats, der mit seinem Rücktritt und Einschaltung der Gewerkschaft drohte, wurde die entlassene Kollegin wieder eingestellt. Sie war drei Monate arbeitslos gewesen.

Insgesamt wurden vier Frauen und drei Männer neu eingestellt.

Ein Erfolg unseres gemeinsamen Handelns.

Druckgenossin/Wanne-Eickel

„Hannoversche Allgemeine Zeitung" Nach Warnstreik gefeuert

Am 6. April feuerten die HAZ-Kapitalisten den Montierer Rainer P. fristlos: Gleichzeitig wurde ihm Hausverbot erteilt. Begründet wird dieser Rausschmiß damit, daß P. *„nicht nur an einem wilden Streik teilgenommen, sondern der ungesetzlichen Arbeitsniederlegung auch Impulse gegeben habe."*

Der Betriebsrat stimmte der Kündigung im Eilverfahren mit 7 : 5 Stimmen zu!

Damit hat die Auseinandersetzung zwischen der kämpferischen Montage-Abteilung und den Kapitalisten ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden. Der Warnstreik vom 2. April war für die Kapitalisten ein letzter willkommener Vorwand, um die schon seit längerer Zeit geplante Entlassung des Kollegen P. durchzuziehen.

Der Warnstreik bei der HAZ

Als Reaktion auf das Schlichtungsangebot von 5,4 % haben die Kollegen der Montage am 2.4. in der Zeit von 19 bis 19.40 Uhr einen Warnstreik durchgeführt. Es gelang ihnen aber nicht, noch andere Abteilungen mit einzubeziehen, so daß auch diese Aktion, wie schon vorausgegangene Aktionen, die gefährliche Isolierung der Kollegen der Montage von der übrigen Belegschaft deutlich machte.

Nach 35 Minuten rückten dann ein Mitglied der Geschäftsleitung, ein freigestelltes BR-Mitglied sowie der 2. BR-Vorsitzende an. Dieser hatte schon auf der letzten Betriebsversammlung versucht, den fortschrittlichen Kollegen der Montage mit Hilfe antikommunistischer Hetze eine Niederlage zu bereiten, was aber nicht gelang. (Siehe AK 77)

In dieser Situation brüllte die Delegation die Kollegen an, sofort wieder die Arbeit aufzunehmen, der Streik sei ungesetzlich, verstoße gegen die Friedenspflicht, die Gewerkschaft sei auch gegen diese Aktion. Zusätzlich versuchten sie die Kollegen noch mit der „Gefährdung der Arbeitsplätze" einzuschüchtern.

Die Lage spitzte sich zu, als dann auch noch ein Trupp von Korrektoren unter Führung eines Vertrauensmannes (ehemaliger SS-Mann) anrückte und ebenfalls die Kollegen anpöbelte und sich offen auf die Seite der Kapitalisten stellte.

Daraufhin verjagten die Montierer den Faschisten

Durch die Aktion verpäteten sich alle Produktionsabläufe um 40 Minuten!

In der Montage selber verschärfte sich die Auseinandersetzung. Einige Leute versuchten den Warnstreik als Werk der Chaoten zu diffamieren, die als kleine Minderheit die ganze Abteilung terrorisieren würde, u.ä.

Kapitalisten wollen ein Exempel statuieren!

Schon am Montag wurden Rainer P. und andere Kollegen zur Geschäftsleitung zitiert, am Dienstag wurde P. beurlaubt, Mittwoch flatterte ihm die fristlose Kündigung ins Haus.

Mit seinem Rausschmiß versuchen die Kapitalisten die Montage in die Knie zu zwingen, die schon seit Monaten am härtesten Widerstand leistet. Darüberhinaus hat sich besonders Rainer P. dafür eingesetzt, die Isolierung und Zersplitterung der fortschrittlichen Kräfte zu überwinden.

So hat er auf der Hamburger Betriebsräteveranstalung am 6.12. letzten Jahres den Anwesenden von den Kämpfen bei der HAZ berichtet. Zur Tarifrunde hat er gemeinsam mit dem Kollegen der Montage eine Initiative gestartet, durch Veröffentlichung eigener Forderungen die Diskussion innerhalb der Gewerkschat zu verstärken.

Die Kündigung P's ist eine politische Entlassung, die allen Kollegen, die sich den Kapitalisten konsequent entgegenstellen ein nach dem Willen der Kapitalisten abschreckendes Beispiel sein soll!

Deshalb:
Zurücknahme der Entlassung!
Für freie politische Betätigung in Betrieb und Gewerkschaft!
Kampf den politischen Entlassungen! ●

Nach dem Bericht eines Genossen aus Hannover

Nationales Druckertreffen in Frankreich

Für den 13./14. März hatte das „Collectif des Lutte d'Imprimerie", ein Komitee mehrerer Druckarbeiter aus verschiedenen Pariser Druckbetrieben, zu einer „nationalen Konferenz" der französischen Druckarbeiter aufgerufen, um gemeinsame *„Kampfmaßnahmen gegen die Krise und die Umstrukturierung zu beraten, die Voraussetzungen zu schaffen, um einen größeren Teil der Druckarbeiter zu gewinnen für einen klassenorientierten Kampf..."* (aus „Revolution", 5.3.76).

Diesem Aufruf folgten ca. 50 Kollegen und Genossen aus 22 Betrieben, darunter auch Kollegen der besetzt gehaltenen Betriebe IMRO und CARON-OZANNE.

Dieser Einladung waren auch einige fortschrittliche Druckarbeiter und Journalisten aus der BRD gefolgt.

An zwei arbeitsreichen Tagen bemühte man sich in Diskussionen darum, Klarheit darüber zu gewinnen, wie der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung geführt werden muß. Eine besondere Bedeutung wurde dabei dem Kampf in der von den Revisionisten beherrschten Drucker-Gewerkschaft der CGT und der linkssozialdemokratischen CFDT um eine konsequent an den Arbeiterinteressen orientierte Politik beigemessen. Tatsächlich ist der Stand der Drucker-Linken in dieser Frage noch sehr uneinheitlich und unklar.

Aus mehreren Berichten wurde deutlich, daß die Druckergewerkschat in der CGT, die FFTL, fast vollständig unter dem politischen Einfluß der Revisionisten steht. Es mehren sich die Anzeichen, daß die revisionistischen Führer nicht mehr davor Halt machen, gegen linke oppositionelle Kräfte mit Disziplinierungsmaßnahmen vorgehen.

So wurden zwei linke Gewerkschafter in den Pariser Betrieben LANG und CHAIX mit Funktionsverbot belegt, was beide bewog, der FFTL den Rücken zu kehren und in die CFDT einzutreten.

Die Kollegen von IMRO berichteten, daß während ihres jahrelangen gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampfes die gesamte gewerkschaftliche Sektion der CGT immer häufiger in Konfrontation mit der offiziellen CGT-Politik geraten ist, so daß die CGT-Führer heute die gesamte 22. Sektion der CGT (Rouen und Umgebung) für „nicht existent" erklären und die Arbeiter aus der innergewerkschaftlichen Diskussion ausschalten und isolieren wollen.

Diesem Spaltungsmanöver stellen die Arbeiter der Sektion die Zusammenarbeit mit allen klassenbewußten Kollegen aus CGT und CFDT im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung entgegen.

Den Arbeitern des von ihnen besetzten Betriebes CARON-OZANNE haben die CGT-Führer jegliche Unterstützung verweigert. Die Linken zogen daraus den Schluß, mit einer kleinen Gruppe aus der CGT/FFTL auszutreten (95 % der Belegschaft sind dort organisiert!!) und der CFDT beizutreten, die im gesamten Druckbereich nicht mehr als zwei bis drei Prozent ausmacht.

Von einigen Konferenzteilnehmern wurde dieser Schritt als freiwilliges Preisgeben linker Positionen innerhalb der CGT kritisiert. Dieser Widerspruch in einer für den Kampf der Arbeiterklasse zentralen Frage wurde dann aber nicht in der Offenheit behandelt, wie unserer Meinung nach nötig gewesen wäre, sondern auf das von allen Konferenzteilnehmern akzeptierte allgemeine Bekenntnis beschränkt, den Kampf gegen den Reformismus in den Gewerkschaften aufzunehmen.

Der Verzicht auf die offene und konkrete Auseinandersetzung um die aktuellen Probleme des Kampfes hat es auch faktisch unmöglich gemacht, konkrete Gemeinsamkeiten der an der Konferenz beteiligten Druckarbeiter-Linken herauszuarbeiten.

Von daher sind u.E. nach die Initiatoren dieser ersten nationalen Druckerkonferenz ihrem Ziel, der Bildung einer Aktionseinheit der Druckarbeiter-Linken, nicht näher gekommen.

Von dem Vorhaben, eine gemeinsame Zeitung herauszugeben, mußte dann auch abgerückt werden. Es blieb bei der doch recht vagen Vereinbarung, ein- bis zweimal im Jahr zusammenzukommen und über mögliche gemeinsame Stellungnahmen zu beraten. ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Presse „Freiheit" nach Kapitalistenmanier

Köln: Manipulation gesichert

Alfred Neven DuMont, Herausgeber des „Kölner Stadt-Anzeiger" und der Boulevardzeitung „Expreß" ließ die nunmehr fünf Jahre dauernden Verhandlungen über ein Redaktionsstatut für den „Expreß" scheitern. Offizieller Grund: Die Forderung der Redaktion nach Mitwirkungsrechten beim eventuellen Wechsel des Herausgebers. Den Pressekapitalisten störte jedoch hauptsächlich etwas anderes: *„Wie aus Kreisen der Redaktion verlautet"*, so die „FR" vom 24.3.76, *„mochte der Verleger aber auch nicht dulden, daß im Text des Statuts die Ablehnung jeglicher Manipulation und als Aufgabe der Zeitung der Abbau von Vorurteilen festgeschrieben wurde."*

Neven DuMont hat erst vor wenigen Wochen den Redakteur Peter Kleinert aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger" gefeuert, weil dieser im Fernsehen über Manipulation und Zensur in der Presse im Zusammenhang mit der Aufdeckung von PVC-Krankheiten bei Dynamit-Nobel berichtet hatte (siehe AK 76). Der Rausschmiß ging übrigens trotz Redaktionsstatut, das bei dieser DuMont Zeitung existiert, glatt über die Bühne. Der Redaktionsbeirat hat (ebenso wie der Betriebsrat) der Kündigung gegen Peter Kleinert nicht widersprochen.

Schleswig-Holstein: Weitere Zeitung in Springers Würgegriff

Seit dem 5. April erscheint das „Hamburger Abendblatt" im Kreis Pinneberg sechsmal wöchentlich mit der Beilage „Pinneberger Zeitung" (bisher zweimal wöchentlich). Das bedeutet den Generalangriff auf die Existenz des „Pinneberger Tageblatt", einer Heimatzeitung mit einer Gesamtauflage von 22 000 Exemplaren. Zusätzlich hat Springer bislang bereits drei Redakteure des „Tageblatt" abgeworben.

In Schleswig-Holstein kontrolliert Springer derzeit schon insgesamt 45,6 %, d.h. 228 000 der 500 000 täglich vertriebenen Zeitungen.

Westberlin: Linker Sender ausgehoben

Mit der „Staatsschutz"-Abteilung (!) zerschlug die Polizei in Westberlin am 2. April eine antikapitalistische Informationsquelle, mit der das staatlich streng kontrollierte Rundfunkmonopol vorübergehend durchbrochen worden war. Während bereits zwanzig Minuten eine Sendung über Arbeitslosigkeit in Westberlin und in der BRD lief, stürmten die Bullen den Dachboden eines Schöneberger Mietshauses und brachten den Sender, der sich selbst „Piratensender Unfreies Westberlin" nannte, zum Schweigen. Zu ihrem größten Bedauern konnten die Bullen keinen Menschen festnehmen, da die Sendung über Tonband abgespielt wurde („FR", 3.4.76).

Der „Piratensender Unfreies Westberlin" (PUW) hatte sich Anfang März dieses Jahres erstmals auf einer Frequenz im UKW-Bereich gemeldet, die so dicht neben der des offiziellen und vielgehörten „Sender Freies Berlin" (SFB) gewählt war, daß PUW z.B. mit Störsendern praktisch nicht auszumanövrieren war. Mit einer Reichweite von zuletzt 150 Quadratkilometern strahlte PUW in unregelmäßigen Abständen Beiträge aus, in denen die Politik des rechtssozialdemokratischen Westberliner Senats kritisiert wurde, zum Protest gegen die jüngsten Fahrpreiserhöhungen bei den Westberliner Verkehrsbetrieben aufgerufen wurde etc. Die Sendungen von PUW waren anfangs vorher in den Infos der „Berliner undogmatischen Gruppen" angekündigt worden, jedoch wohlweislich ohne genaue Angaben über Uhrzeit und Frequenz.

Etwa Mitte März war PUW dann dazu übergegangen, seinen Hörern die künftigen Aktivitäten mitzuteilen: *„Wir melden uns wieder in 14 Tagen: Piratensender Unfreies Westberlin auf 93 Mghz, Kanal 21, Mittwochs 18 Uhr."*

Wie PUW inhaltlich arbeiten wollte, war z.B. seiner Sendung vom 17. März zu entnehmen:

„Musik: Ton, Steine, Scherben ‚Allein machen sie dich ein'. Text: Unser Sendekonzept ist noch nicht so fest umrissen. Wir haben einerseits vor, zu aktuellen Sachen Stellung zu nehmen, vielleicht auch Kurznachrichten zu bringen, die über die anderen Sender nicht kommen. Andererseits wollen wir linken Gruppen aus den Betrieben und dem Stadtteil Gelegenheit geben, bei uns zu Wort zu kommen. Ganz allgemein wollen wir ein paar Sachen klarstellen, die von der sonstigen Presse dauernd verdreht unter die Leute gebracht werden. Es geht einfach nicht, daß so ein paar Obermacker im Rundfunk das absolute Meinungsmonopol besitzen." („Informationsdienst", 19.3.76 und 27.3.76).

Durch den massiven Bulleneinsatz haben die Kapitalisten ihr absolutes Meinungsmonopol absichern lassen. ●

Journalisten-Zelle KB/Gruppe Hamburg

Druck-Tarifrunde '76: 4,7%-Provokation der Kapitalisten mit Warnstreiks beantwortet

Die diesjährige Druck-Tarifrunde läuft präzise nach dem von den Kapitalisten bereits in der Metalltarifrunde erprobtem Strickmuster ab. Bis zum 31.3. gab es von Kapitalistenseite nur Hetze gegen die 9%-Forderung der IG Druck und Papier sowie Gejammer, daß es um die „nackte Existenz" der Betriebe gehe und ähnliches, aber kein Tarifangebot. Am 1.4. (ein äußerst schlechter Aprilscherz) lag dann ein 4,7%-Angebot auf dem Tisch. Die DruPa lehnte ab und leitete die Schlichtung ein. Die vom Schiedsgericht vorgeschlagenen 5,4 % wurden von der großen Tarifkommission der DruPa abgelehnt. Am 2.4. protestierten die ersten Druckarbeiter in Süddeutschland mit Warnstreiks gegen die provokative Haltung der Druckkapitalisten.

Allein in Hessen legten die Arbeiter von 17 Druckbetrieben die Arbeit vorübergehend nieder. Die Gewerkschaftsführer orientieren jetzt auf die nächste Schlichtungsverhandlung am 13.4. Interessant ist allerdings noch, daß die DruPa-Führer eindeutig zugeben, daß 5,4 % nicht einmal einen Inflationsausgleich bedeuten, während die IG-Metall-Führer die gleiche Prozentzahl als Erhalt des Reallohns anpreisen. Allerdings tönte DruPa-Führer Mahlein vor einigen Wochen noch, daß ein Abschluß unter 10 % überhaupt nicht drin sei, und schon einige Tage später setzte sich die große Tarifkommission über die Mitgliederforderungen hinweg und stellte die 9%-Forderung auf.

Nach Meldung des Zentralorgans „Druck & Papier" vom 2.4.76, einer Extra-Ausgabe zur Tarifrunde, wurden in folgenden Betrieben von den Kollegen Warnstreiks organisiert:

- Münchner Merkur
- Turmhaus GmbH, Stuttgart
- „Tauber-Zeitung" Mergentheim
- Schilling, Heilbronn
- Dr. Krebs, Hemmsbach
- „Oberschwäbische Zeitung" Ravensburg
- „Schwäbische Post", Aalen
- „Mannheimer Morgen"
- Wahl-Druck, Aalen
- Ebner, Ulm
- Maul & Co, Nürnberg
- Druck und Verlag, Kassel
- Großdruckerei Woeller, Kriftel
- Springer, Darmstadt
- Habra-Druck DNP Ott, Darmstadt
- Druck- und Verlagsgesellschaft, Darmstadt
- Schanze, Kassel
- Bintz-Verlag, Offenbach
- Widi-Druck, Offenbach
- Süddeutscher Verlag, München
- Bechthold, Wiesbaden
- „Nürnberger Nachrichten"
- „Limburger Vereinsdruckerei"
- Brühl'sche Universitätsdruckerei, Gießen
- Wetzlar-Druck
- Bei der „Allgemeinen Zeitung", Mainz traten die Kollegen in den Überstundenstreik
- Heidelberger Verlagsanstalt
- Main-Presse, Würzburg
- *„Die Belegschaft der Satzherstellung des Münchner Zeitungsverlages hat heute, 31.3.76, während einer 40 minütigen Arbeitsniederlegung folgende Resolution beschlossen: Wir haben mit Erstaunen das Verhalten der Unternehmer in den laufenden Tarifverhandlungen registriert und protestieren dagegen schärfstens. Wir bestehen nach wie vor auf die beschlossene Forderung der IG Druck & Papier."*

(Druck & Papier, 2.4.76) ●

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

– Münchner Merkur
Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Warnstreiks

In den letzten beiden Wochen fanden zahlreiche Warnstreiks und Kundgebungen im Bereich des öffentlichen Dienstes statt. Die Kollegen demonstrierten damit ihre Ablehnung des 4%-Angebots von Bund, Ländern und Gemeinden und des Schlichtungsspruchs von 5%. Gleichzeitig traten sie damit für die volle Durchsetzung der 135-DM-Forderung ein.

- Am 25.3. fand in Darmstadt eine ÖTV-Kundgebung mit 800 Kollegen statt, die z.T. in die Arbeitszeit fiel. Danach demonstrierten noch etwa 120 Kollegen in die Stadt.
- In Kassel streikten am Donnerstag und Freitag etwa 600 städtische Angestellte.
- Am 26.3. fand in Freiburg eine Kundgebung von etwa 150 ÖTV-Kollegen statt.
- Am 30.3. streikten in Kassel 300 Kollegen der städtischen Verkehrsgesellschaft.
- Am 1.4. fand in Ahlfeld eine Protestversammlung mit 200 Kollegen der Kasseler Autobahnmeistereien statt und in Offenbach eine Versammlung der Belegschaft des städtischen Fuhrparks. 200 Kollegen des städtischen Fuhramtes blockierten in Darmstadt mit ihren Fahrzeugen die Mülldeponie. 1 200 Kollegen der Frankfurter Flughafen AG legten für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. In Göttingen und Westberlin fanden Demonstrationen in der Uni-Klinik bzw. dem Klinikum Westend statt.
- Am 2.4. streikten 160 Kollegen vom Kasseler Landeswohlfahrtsverband.
- Am 6.4. fand in Darmstadt eine Kundgebung und Demonstration mit 2 500 Kollegen von Post, Bahn und ÖTV statt. In Offenbach streikten etwa 100 Busfahrer für 10 Minuten.
- Am 7.4. fanden Kundgebungen der ÖTV in Gießen, Wiesbaden, Frankfurt und Kassel (3 000) statt. In Dortmund streikten Kollegen der Verkehrsbetriebe, der Stadtreinigung, der Zentralwerkstatt und aus technischen Ämtern, in Gelsenkirchen 200 Kollegen vom Schlachthof. ●

ÖTV-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Postler demonstrieren!

Am 30.3. hat in Westberlin die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) zu einer Demonstration gegen das provokatorische 3,9%-„Angebot" des Postministers Gscheidle aufgerufen. 1 000 bis 1 500 Postler zogen zusammen mit einigen ÖTV'lern mit der Forderung nach 135 DM mehr durch die Straßen.

Dies war die erste Tarifdemonstration der Gewerkschaft in Westberlin in diesem Jahr. Nach dem 3,9%-„Angebot" waren unter den Postlern Stimmen für eine Demonstration während der Arbeitszeit laut geworden.

Die DPG dagegen rief in ihrem Aufrufflugblatt dazu auf, *„in der Freizeit zu demonstrieren"*. Überhaupt war die Mobilisierung seitens der Gewerkschaftsführer ein Hohn auf eine Kampf-Demonstration: Auf die Frage, warum die Demonstration nicht breiter bekannt gemacht worden sei, damit sich auch Kollegen anderer Gewerkschaften hätten beteiligen können, erklärte ein führender DPG'ler: Dies sei bewußt nicht gemacht worden, um zu sehen, wieviel sie von ihrer eigenen Basis mobilisieren könnten.

Um alles schön „ordentlich" zu halten, wurden Verteiler anderer Organisationen von DPG-Ordnern gemeinsam mit knüppelnden Bullen am Verteilen von Flugblättern gehindert. Nach Abschluß der Demonstration räumten die Bullen mit ihren Gummiknüppeln unter dem Rest der noch diskutierenden Gewerkschafter auf. ●

Bezirksorganisation Neukölln KB/Gruppe Westberlin

Betriebsratsmitglieder des „Süddeutschen Rehabilitationszentrum" fristlos gekündigt

Am 29.1.76 wurden drei Betriebsratsmitglieder des Rehabilitationszentrums Neckarsmünd bei Heidelberg entlassen. Alle drei sind aktive Gewerkschafter der ÖTV, zwei von ihnen Mitglieder der Tarifkommission. Begründet wurde die Kündigung folgendermaßen: *„Schwerwiegende Störung des Betriebsfriedens, Diffamierung der Satzungsorgane der Stiftung und schwere Verletzung des Arbeitsvertrages und der Amtspflichten durch Veröffentlichungen und Verteilung von Flugschriften"*.

Vorausgegangen war die Änderung der Stiftungssatzung. Auf einer Betriebsversammlung wurde der Betriebsrat von der Belegschaft aufgefordert, eine Informationsschrift über die möglichen Konsequenzen folgender Änderung der Stiftung zu erstellen.

„§ 18 (1) Mitarbeiter der Stiftung kann nur sein (vorher: soll nur sein können), wer das Grundgesetz und die Gesetze der BRD beachtet und die allgemeinen Voraussetzungen für die Beschäftigungen im öffentlichen Dienst erfüllt ...".

Die Geschäftsleitung weigerte sich, die Informationsschrift drucken zu lassen, verbot allerdings nicht die Verteilung.

Gemäß dem Beschluß der Betriebsversammlung erstellten die drei BR-Mitglieder das Informationsflugblatt und verteilten es auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung am 20.1.76. Zwei Tage später wurden die BR-Mitglieder mit der Begründung, die Verteilung wäre verboten gewesen, gekündigt.

Der Kündigung stimmte auch der DGB-Kreisvorsitzende, der gleichzeitig Stiftungsvorsitzender ist, zu. Anlaß für die Kündigung war ein Absatz in dem Flugblatt der Betriebsräte, in dem das baden-württembergische Landesbeamtengesetz mit dem Nazigesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums " verglichen wurde: *„...Damals hieß es Treue zur „nationalsozialistischen Weltanschauung", heute ist an diese Stelle die Formel von der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" getreten."*

Mit Spaltungsmanövern und gezielter Antikommunistenhetze (die Betriebsräte seien „KBW-Kommunisten") wurde die Belegschaft verunsichert und der Betriebsrat so unter Druck gesetzt, daß er der Kündigung mehrheitlich zustimmte.

Die gekündigten Kollegen gingen vor Gericht und gewannen auch in erster Instanz.

Die Stiftung weigerte sich trotz dieses Urteils, die Kollegen weiterzubeschäftigen und ihnen ihr Gehalt zu zahlen. Sie erteilte den drei Betriebsräten Hausverbot. Ein besonderes Erpressungsmanöver wandte die Stiftung gegenüber der ÖTV an: Falls diese den gekündigten Kollegen Rechtsschutz gewähren würde, dann würde die Stiftung dafür sorgen, daß ihre 2 000 Angestellten aus der ÖTV austreten (!) Die Herren scheinen sich ihres Erpressungsrepertoires sehr sicher zu sein.

Die ÖTV sicherte den Kollegen mittlerweile Rechtsschutz in der 2. Instanz zu.

Wo es um Radikalenhatz geht, darf die SPD nicht fehlen. Der Ortsvorstand pfiff die Jusos sofort zurück, als sie sich mit den gefeuerten Kollegen solidarisieren und eine gemeinsame Veranstaltung durchführen wollten. Die gekündigten Kollegen zogen die einzig richtige Konsequenz aus den Angriffen: Sie wollen nicht aufgeben und haben beschlossen, zu den anstehenden Betriebsratswahlen zu kandidieren.

(Nach „express", 23.3.76)

Eine Metaller-Genossin



Sozialarbeiter zweiter Klasse

Durch Zufall wurde an der Fachhochschule für Sozialwesen Nürnberg bekannt, daß bayrische Sozialarbeiter bei der Bewerbung in anderen Bundesländern mit der Begründung abgelehnt wurden, sie hätten keine staatliche Anerkennung!

Das kann alle Sozialarbeiter treffen, die an bayrischen Fachhochschulen für Sozialwesen studieren: denn bei der Umstrukturierung der Sozialarbeiterausbildung vor vier Jahren hat man die Verleihung der staatlichen Anerkennung sozusagen ‚vergessen'!

Zwar erklärte das bayrische Kultusministerium sofort, die Betreffenden würden in Bayern nicht benachteiligt und dafür werde man sich auch in anderen Bundesländern einsetzen. Bei der Einstellung von Sozialarbeitern, die sowieso nur schwer eine Stelle finden können, können die Behörden dieses Versprechen leicht wieder ‚vergessen'.

Auf einem ersten Treffen einigten sich die Studentenvertreter der bayrischen Fachhochschulen auf die Forderung nach staatlicher Anerkennung unter Beibehaltung der bestehenden Studien- und Prüfungsbedingungen. Weiter wurde beschlossen, Presseerklärungen an alle bayrischen Zeitungen und Protestbriefe an das Kultusministerium zu schicken. Außerdem wurde inzwischen bekannt, daß die Gewerkschaft ÖTV und die GEW die Forderung nach staatlicher Anerkennung unterstützen.

Sympathisant der GNK/Nürnberg

Weiter so!

Wegen seiner Mitgliedschaft in der NPD wird der Diplom-Physiker J. Kraushaar nicht weiterbeschäftigt. Er war seit fünf Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Urologischen Abteilung der Gießener Chirurgischen Universitätsklinik beschäftigt. Unserer Meinung nach schon viel zu lange! – Der Leiter der Abteilung, Professor C.F. Rothauge, teilte mit, daß das Hessische Kultusministerium den Ende April auslaufenden Vertrag des NPD'lers nicht verlängern will. ●

Ein Genosse aus dem AK Altona KB/Gruppe Hamburg

C 21734 D

Hannover:
ÖTV-Kollege nach der Ausbildung nicht eingestellt

Nach Abschluß seiner Ausbildung für den Beruf als Krankenpfleger wurde Thomas Elkeles als einziger seines Ausbildungsjahrganges nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Er hatte an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) sein Examen mit „sehr gut" bestanden; gleichzeitig waren auch noch etliche Stellen offen („Frankfurter Rundschau", 2.4.76).

Die Nichtübernahme kam um so überraschender, da Thomas während seiner Ausbildungszeit an der MHH niemals irgendein Mißfallen, geschweige denn eine Rüge, ausgesprochen wurde.

Während der Ausbildungszeit war er zum Mitglied des Schülerrats der Krankenpflegeschule, sowie zum Vertrauensmann und Delegierten der ÖTV gewählt worden und hatte die an ihn herangetragenen Sorgen seiner Mitschüler und Kollegen, Beschwerden über Mißstände und Forderungen nach Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse auf Personalversammlungen zur Sprache gebracht.

Die Hochschule selbst sah sich auch nicht genötigt, die Verweigerung der Weiterbeschäftigung zu begründen; sie hielt es „für eine ganz normale Personalentscheidung". Thomas' Bitte um eine Begründung wurde als „nicht üblich" abgewiesen. Die „Begründung" erfuhr Thomas E. schließlich aus einem Interview, das der Norddeutsche Rundfunk mit dem MHH-Kurator Frenzel machte. Dieser Herr ließ nach langer Zurückhaltung wissen, daß *„Herr Elkeles hier unentwegt an allen Einrichtungen der Hochschule negative Kritik geübt hat."* Und zynisch fügte er hinzu: *„So wie Herr Elkeles die Zustände hier beschrieben hat, müßte er eigentlich froh sein, daß er hier raus kann."*

Mitschüler, Schülerrat, der AStA der Hochschule und Gewerkschaftskollegen wandten sich an die Öffentlichkeit und protestierten gegen die Entscheidung der Hochschulleitung. ●

Ein Genosse aus dem AK Altona
KB/Gruppe Hamburg

BERGBAU

Letzte Wanne-Eickeler Zeche stillgelegt

500 Arbeitsplätze wegrationalisiert!

Am 30.3.76 wurde auf Zeche „Pluto" die letzte Kohle gefördert. Damit fallen 1600 Arbeitsplätze auf „Pluto" weg. Nur ca. 1000 Kollegen werden im Zechenverbund der Ruhrkohle AG weiterbeschäftigt. Gut 500 Kollegen werden dagegen nicht übernommen.

Für die weiterbeschäftigten Kollegen bedeutet dies längere Anfahrtswege und schlechtere Arbeitsbedingungen auf den Zechen „Unser Fritz" und „Consolidation". Von den anderen 500 Kollegen steht ca. die Hälfte arbeitslos auf der Straße, die andere Hälfte geht früher in Rente (Rentenminderung um mehrere hundert Mark).

Wichtig ist, daß bei dieser Stillegung die Förderung von „Pluto" (4000 Tagestonnen) voll erhalten bleibt. Damit entlarvt sich diese Stillegung als reine Rationalisierungsmaßnahme, wie auch Bergbau AG Vorstandssprecher Messerschmidt bestätigt:

„Ich bin gewiß, daß das Fördervolumen erhalten bleibt. Wir erleben heute nicht eine Stillegung alter Form, sondern einen Rationalisierungsverbund."

Besonders schweinisch ist in diesem Fall die Äußerung des SPD-Betriebsratsvorsitzenden Baranowski, daß *„sich die Belegschaftsminderung in Grenzen hält."* Sind 500 Kollegen etwa nichts? ●

Zwei Genossen aus Wanne-Eickel

GEW

GEW-Vorstand – Wahlhelfer der CDU

Mit der letzten Vertrauensleutepost verschickte der Hauptvorstand der GEW eine Wandzeitung zur Lehrerarbeitslosigkeit, die genauso gut in der CDU-Zentrale hätte geschrieben werden können.

Überschrift: CDU-Vorschläge „Überwindung des Überschusses". Weiter dann im Text: „Der Bundeskulturausschuß der CDU hat Maßnahmen zur 'Überwindung des Lehrerüberschusses' vorgeschlagen, die sich in wichtigen Punkten am 'GEW-Aktionskatalog' ... orientieren."

Wesentlicher Teil des CDU-Vorschlags ist die Teilzeitbeschäftigung der Lehrer, d.h. eine Stelle wird auf zwei oder mehr Personen aufgeteilt. Diese Maßnahme soll den „Überschuß" abbauen. Demagogisch wird dabei so getan, als gäbe es zuviel Lehrer, die jetzt irgendwie untergebracht werden müßten.

Die GEW spricht aber gleichzeitig von 40.000 fehlenden Lehrern. In diesem Zusammenhang die CDU-

tig von 40.000 fehlenden Lehrern. In diesem Zusammenhang die CDU-

Vorstellungen als einen Fortschritt darzustellen heißt, daß der GEW-Hauptvorstand die ehemals propagierten bildungspolitischen Ziele (Senkung der Klassenfrequenzen, was nur mit der Einstellung von mehr Lehrern möglich ist) aufgegeben hat. Er wendet sich jetzt nur noch gegen Lehraufträge, „die weniger als die Hälfte der vorgeschriebenen Stundenzahl umfassen."

Mit keinem Wort wird darauf eingegangen, was die Praxis in den CDU-regierten Ländern ist. Kommentarlos wird die Absichtserklärung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, den Unterrichtsausfall durch die Anstellung der dazu erforderlichen Lehrer abzubauen, zitiert. Kein Wort davon, daß für 2.500 Bewerber ca. 800 Stellen a u f g e t e i l t werden.

In Baden-Württemberg sind bis nach den Osterferien (26.4.) ca. 1.800 Junglehrer arbeitslos. Danach bekommen sie einen Fristvertrag bis Ende Juni (bis zum Ende des Schuljahres), für den sie bei 13 Wochenstunden mit 2.000 DM pauschal bezahlt werden. Kultusminister Hahn dazu: *„Während der Osterferien kann zumindest in dieser Zeit der leeren Klassen kein Arbeitsverhältnis beginnen. Das gleiche gilt für die Sommerferien. Der Bürger hätte kein Verständnis, wenn den Junglehrern gleich wieder die Ferien bezahlt werden."* („Hamburger Abendblatt", 11.2.76). Außerdem sind im Frühjahr 224 Kollegen nicht ins Referendariat übernommen worden („Erziehung und Wissenschaft", 3/76).

Wohin das ganze gehen soll, macht das folgende Zitat klar, in dem eine nicht zu übersehende Drohung an die SPD steckt: „Müssen eigentlich immer erst derart spektakuläre Regierungswechsel erfolgen, damit die Lehrer dorthin kommen, wo man sie braucht – an ihre Arbeitsplätze in den Schulen?". Gemeint ist hier nicht Niedersachsen, dessen neuer Regierungschef Albrecht bei 1.500

nicht Niedersachsen, dessen neuer Regierungschef Albrecht bei 1.500

bis 2.000 nicht eingestellten Kollegen sein Image mit höheren Haushaltsforderungen bei den CDU-Elternräten pflegt.

Mit dieser Wandzeitung wechselt die GEW-Führung offen in das Lager der CDU über. In einer Situation, in der sich immer mehr beweist, daß für alle demokratischen Kollegen die Alternative nur links von den Regierungsparteien sein kann, betreiben Frister & Co. plumpeste Wahlpropgaganda für die CDU, um für die GEW den entgegengesetzten Kurs zu steuern: wieder zurück zum staatstreuen Beamtenverein.

Eine solche Schweinerei haben sich bisher nicht einmal die Bosse der Industriegewerkschaften geleistet. Und von den GEW-Mitgliedern verlangt der Vorstand auch noch, diese Wahlpropaganda zu verteilen. Solche Leute gehören nicht in die Gewerkschaft! ●

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

GEW-Westberlin
Gericht entscheidet gegen Bundesvorstand

Eine Gruppe von GEW-Kollegen in Westberlin hatte vor dem Gericht die Beschlüsse der Vertreterversammlung vom September 75 angefochten, auf der die Übernahme der Bundessatzung angenommen wurde.

Am 29.März gab das Landgericht Westberlin den Klägern voll recht. Das Gericht stellte fest, daß die Übernahme der Bundessatzung der Auflösung des Landesverbandes gleichkommt. Laut Westberliner Landessatzung muß aber die Auflösung mit 3/4-Mehrheit beschlossen werden. Das ist bei der Abstimmung im September weder angekündigt worden, noch ist die Bundessatzung mit 3/4-Mehrheit übernommen worden – also müßte nach dem Gerichtsbeschluß das ganze Verfahren neu aufgerollt werden.

Sobald die schriftliche Begründung des Gerichts vorliegt, gilt wieder die alte Westberliner Landessatzung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse und „Abhängigkeitsklausel" (die Landesorgane sind abhängig von den Entscheidungen des Bundesvorstandes). Allerdings nur dann, wenn die GEW-Führung nicht in die Revision geht, was ihr angesichts des eindeutigen Urteils zugunsten der Kläger schwerfallen dürfte. Da für die Ende April stattfindende Vertreterversammlung die Frist für Satzungsanträge verstrichen ist, kann erst im September über die Bundessatzung neu beraten werden.

Die fortschrittlichen Westberliner GEW-Kollegen müssen nun darauf achten, daß alle nach der Bundessatzung gefallenen Entscheidungen, wie z.B. Ausschlüsse, sofort rückgängig gemacht werden. ●

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

GEW-Hamburg:
Bundesvorstand sucht Machtprobe

Wie berichtet, war es dem Bundesvorstand durch Erpressungsmanöver und mit Hilfe der „linken" Sozialdemokraten im November 75 gelungen, die erforderliche Mehrheit für die Anpassung der Hamburger Landessatzung an die Satzung der GEW-Bund zu erreichen (vergl. AK 70).

Dabei hing die Zustimmung einer großen Anzahl von Mitgliedern von einem „Kompromiß" ab: neben der Anerkennung des Vorrangs der Bundessatzung vor der Landessatzung behielt sich die Landesvertreterversammlung eine eigene Interpretation (!) der zwei wesentlichen Punkte der Satzung vor.

1. Erklärte sie das Eingreifen des Bundesvorstand in die Zuständigkeiten des Landesverbands für „nicht zulässig".
2. Behielt sie sich durch eine „Fünfer-Kommission" die Kontrolle über die Einleitung von Ausschlußverfahren nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen vor.

Während auf der satzungsändernden Landesvertreterversammlung am 26.11. der 1. Vorsitzende das „Einverständnis" von Bundes-Boß Frister zu dem „Kompromiß" propagierte, wurden die Mitglieder nur fünf (!) Tage später eines besseren belehrt. Der Hauptvorstand schloß 12 Mitglieder aus!

Auf zwei Landesvertreterversammlungen hatten die Delegierten darauf-

der aus!
Auf zwei Landesvertreterversammlungen hatten die Delegierten darauf-

hin das Vorgehen des Hauptvorstands scharf kritisiert und ihn aufgefordert, die Ausschlüsse zurückzunehmen. Die „Fünfer-Kommission" hatte nach Prüfung der „Fälle" ebenfalls die Aufhebung der Ausschlüsse „empfohlen". Falls der Hauptvorstand die Kollegen ausschließt, sollte ihnen auf Beschluß der Landesvertreterversammlung vom 9.12. und 23.2. Rechtsschutz gewährt werden. Dessen ungeachtet schloß der Hauptvorstand die Mitglieder aus!!

Jetzt will der Bundes-Boß per Hauptvorstandsbeschluß den „Kompromiß" vom Tisch haben. Auf der Hauptvorstandssitzung am 20.3. legte er dazu zwei Beschlußvorlagen vor. Nach Fristers Willen soll nur der Landesvorstand an die Beschlüsse der Kommission gebunden sein, nicht aber Hauptausschußmitglieder des Landesverbands wie z.B. der ehemalige Vorsitzende Wunder, dem die jetzt ausgeschlossenen Kollegen ihren Rausschmiß mit zu verdanken haben.

In einer dritten Beschlußvorlage werden die Mitglieder wegen ihrer Kritik an der Ausschlußpraxis des Hauptvorstandes als Gewerkschaftsfeinde diffamiert: „Der Vorwurf der Vertreterversammlung des Landesverbandes Hamburg, die Einhaltung von DGB-Beschlüssen (gemeint sind die Unvereinbarkeitsbeschlüsse (!) – d.Verf.) durch den Hauptvorstand und damit die Sicherung des Verbleibens (!) der GEW im DGB sei eine Provokation des Landesverbandes Hamburg, beruht entweder auf gewerkschaftlicher Unerfahrenheit (!) oder gewerkschaftsschädigenden Absichten." Außerdem sollte der Landesvorstand davon abgehalten werden, den Beschluß der Landesver-

den Absichten." Außerdem sollte der Landesvorstand davon abgehalten werden, den Beschluß der Landesver-

treterversammlung auf Rechtsschutz auszuführen, indem dieses Vorgehen vom Hauptausschuß ausdrücklich als „gewerkschaftsschädigend" gebrandmarkt werden sollte.

Die Anträge des GEW-Bosses wurden am 20. 3. noch nicht zur Abstimmung gestellt. Offensichtlich haben sich die GEW-Führer eine andere Taktik überlegt. Am 17. 5. will der Geschäftsführende Vorstand nach Hamburg kommen, um im „Gespräch" (!) mit dem Hamburger Landesvorstand die „kontroversen Fragen" (Informationsdienst für Vertrauensleute 6/76) zu klären. Entschieden über die Anträge wird dann allerdings wieder im Hauptvorstand.

Ein „Sinneswandel" der GEW-Oberen wird mit Sicherheit nicht zu erwarten sein. Im Gegenteil, sie werden versuchen, in einem für sie günstigeren Zeitpunkt, ihre Ziele durchzusetzen.

Eine ähnliche Verzögerungstaktik schlagen diese Herren im Hinblick auf die Gleichschaltung der Landessatzungen ein. Nachdem der vom 2. Bundesvorsitzenden Vergin vorgelegte Entwurf für eine bundeseinheitliche Satzung, in der die Mitgliederrechte auf ein Minimum beschränkt sind (vgl. AK 77), in mehreren Landesverbänden auf scharfe Kritik gestoßen ist, legen sie ihn auf Eis. So ist bekannt geworden, daß die Satzung nicht schon 1977, sondern erst 1980 auf einem „Satzungskongreß" endgültig geändert werden soll.

Bis dahin versprechen sich diese Herren wohl eine Abkühlung der Gemüter über den von ihnen betriebenen Abbau der innergewerkschaft-

Herren wohl eine Abkühlung der Gemüter über den von ihnen betriebenen Abbau der innergewerkschaft-

lichen Demokratie und eine durch Berufsverbote, Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Arbeitslosigkeit „gezähmte" Mitgliedschaft.

Diese Rechnung darf nicht aufgehen! ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Bremen:
KBW auf „Einheitskurs"

Bei der Aufstellung der GEW-Liste für die Personalratswahlen an den Schulen hatten die GEW-Führer sämtliche in den Bezirksdelegiertenversammlungen aufgestellten fortschrittlichen Kandidaten nicht auf die Liste gesetzt, sondern bekannte üble Reaktionäre auf die aussichtsreichen Plätze placiert. Dieses Vorgehen hatte scharfe Proteste hervorgerufen. Viele Kollegen traten für einen Boykott der Wahlen ein. An dieser Arbeit für einen aktiven Boykott als Ausdruck der Ablehnung der reaktionären Politik der GEW-Führer beteiligten sich anfangs (sogar maßgeblich) auch die Mitglieder der GUV-„Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (KBW). Offensichtlich auf Weisung der KBW-Führung änderten die KBW-Lehrer am 8. 3. auf der, aus den Protesten folgenden, Stadtdelegiertenversammlung ihre Linie. So wie die DKP-Lehrer forderten sie dazu auf, die GEW (-Führer) -Liste „trotz aller Kritik" zu wählen:

„Jede aus Resignation oder Empörung geborene Wahlabstinenz würde nicht nur die Position der GEW im Personalrat schwächen, sondern auch dem Dienstherrn Anlaß liefern, die Interessenvertretung der Bediensteten zu untergraben" (aus der KBW-Entschließung) und weiter wurde gefordert, daß die Delegiertenversammlung alle GEW-Mitglieder auffordern solle, *„die GEW-Liste zu wählen und zu deren Wahl auch die nicht in der GEW organisierten Kollegen zu überzeugen."*

Die GEW-Führer zeigten Wohlwollen, die Resolution wurde angenommen (siehe dazu auch AK 76). Mittlerweile sind die Wahlen gelaufen. **Die GEW-Liste verlor 2 % (jetzt 66 %), 34 % erhielt die Liste der Beamtenstandesverbände. Hoch war die Zahl der Wahlboykottstimmen: 6 % = 265 ungültige Stimmen. Dort, wo die Diskussion um die Personalratswahlen und der Protest gegen die Mauschelpolitik der GEW-Führer weitergeführt wurde, stimmten GEW-Betriebsgruppen geschlossen oder zu großen Teilen ungültig.**

KBW: Wahl von Reaktionären = „fortschrittlich"!

In der Bremer „KVZ-Ortsbeilage" vom 1. April versucht der KBW nachträglich sein opportunistisches Vorgehen zu rechtfertigen. Da heißt es zwar: bei den Mitgliedern auf der GEW-Liste handelt es *„sich ausnahmslos um solche ... die sich hervorgetan haben als Helfer bei der Säuberung des Staatsdienstes von Feinden des privaten Eigentums an Produktionsmitteln"* und weiter wird festgestellt, daß diesen Leuten *„der Wille der Mitglieder ein Dreck wert ist"* und sie *„kein Mittel* (scheuen), *den Personalrat in die Hände zu bekommen."*

Doch dann kommt der Argumentationsslalom. Wir zählen die Argumente alle zusammengefaßt auf, um ihre Dürftigkeit und Inhaltsleere zu verdeutlichen:

– Boykottstimmung resultiere daher, daß die PR-Wahl *„nicht immer als Frage des Fortschritts im Kampf"* gestellt wurde, sondern häufig allein als Frage der Listenplätze.
– Bei Aufstellung der reaktionären Liste sei daher das Motiv für die Wahlen nicht mehr da, statt gegen den Dienstherrn (der Staat) würde gegen die Staatsfraktion in der GEW geschlagen.
– *„Weil der Zusammenschluß der (!) Lehrer und nicht die Personen im PR das entscheidende sind, gibt es keinen Grund, sich in Empörung zu vergraben"* – d. h. auch ein Zusammenschluß von reaktionären Lehrern ist als „Fortschritt" zu werten!
– Kritisiert wird die „Gruppe um die Zeitschrift Arbeiterkampf", die nur *„einen ohnmächtigen Protest gegen eine scheinbar allmächtige Staatsfraktion in der GEW"* ablassen will, wohingegen der KBW die Lehrer zur Zersetzung und Zerschlagung des bürgerlichen Staates gewinnen will, damit *„die Arbeiterklasse und das Volk sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien können."* Offensichtlich macht sich der KBW Hoffnungen, daß er hierzu auch die rechten SPD'ler gewinnen kann.

Reduziert man die Argumente des KBW auf ihren Gehalt, so bleibt allein übrig, daß sich der Kampf der Lehrer im Aufschwung befindet, daß die Einheit größer geworden ist, der Sozialismus näher gekommen ist – nur in der Gewerkschaft hat man sich „noch nicht ganz durchsetzen können". Der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie, gegen die reaktionären Machenschaften lenke hiervon nur ab.

Da die reaktionäre Ausrichtung der GEW parallel mit der sich verschärfenden politischen Disziplinierung durch den Staat läuft, kann der Kampf hiergegen auch nur erfolgreich sein, wenn in den Gewerkschaften die Erfüllungsgehilfen dieser Politik bekämpft werden.

Gegen den Widerstand des KBW muß dem anläßlich der Personalratswahlen wieder aufgeflammten Protest gegen die reaktionäre GEW-Führung wieder Platz geschaffen werden. Dazu sind die Wahlenthaltungen ein Anfang! ●

KB/Gruppe Bremen



Es lebe die afrikanische Revolution

Etwa 3.500 Menschen besuchten die von KB und MPLA (BRD-Sektion) gemeinsam durchgeführte Afrika-Veranstaltung in Hamburg am 10. April. Außer dem KB sprachen auf der Veranstaltung Genossen aus Angola, Mosambik, Namibia (Südwest-Afrika), Zimbabwe (Rhodesien), Eritrea, DAR Sahara (ehem. spanische West-Sahara) und Südafrika. Musik- und Tanzgruppen aus Eritrea und Guinea-Bissao/Kapverden vervollständigten das Programm.

Die Veranstaltung stand im Zeichen der Freude über den großartigen Sieg des angolanischen Volkes über die neokolonialistischen „Lösungs"versuche des Imperialismus und der von ihm eingesetzten konterrevolutionären Banden der FNLA und UNITA sowie der Rassisten-Truppen aus Südafrika und dem internationalen Söldneraufgebot. Die Sprecher a l l e r anwesenden Organisationen erklärten sich ausdrücklich mit der MPLA, als der einzigen angolanischen Befreiungsbewegung und Vorhut des angolanischen Volkes, solidarisch und wiesen auf vergangene moralische, politische und materielle Unterstützung ihrer Organisationen gegenüber der MPLA hin. Die Musikgruppe der kapverdischen Genossen widmete mehrere Lieder der solidarischen Unterstützung der MPLA in ihrem schweren Kampf gegen die Konterrevolution und unterstrich den unverbrüchlichen Zusammenhalt der Bruderorganisationen der ehemaligen portugiesischen Afrika-Kolonien, PAIGC, Frelimo und MPLA.

Die Veranstaltung drückte insbesondere die tiefe solidarische Verbundenheit a l l e r afrikanischen Revolutionäre untereinander, den einheitlichen Charakter des afrikanischen revolutionären Prozesses aus, der sich vor allem durch denselben Hauptfeind (Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und neokoloniale Beherrschung) definiert. Genossinnen aus Angola, Eritrea und Sahara berichteten ausführlich über die Einbeziehung der Frauen in den bewaffneten Befreiungskampf ihrer Völker und den Kampf gegen die besondere Unterdrückung von Frauen und Kindern in ihren Ländern.

Die endgültige Befreiung von Mosambik und insbesondere von Angola hat zu einem allgemeinen Umschwung des Kräfteverhältnisses im südlichen Afrika geführt. Dies macht sich derzeit hauptsächlich – so berichteten die Repräsentanten von ANC (Südafrika), ZANU (Zimbabwe) und SWAPO (Namibia) in einem enormen Aufschwung des Befreiungskampfes ihrer Organisationen in den Rassistenstaaten bemerkbar. Die Vertreter dieser drei Organisationen wiesen insbesondere auf die uneingeschränkte Untersützung ihres Kampfes durch die Frelimo (Mosambik) und MPLA (Angola) hin.

Wegen der zu großen Länge der Veranstaltung (über sieben Stunden), waren insbesondere die Sprecher der Frente POLISARIO, des ANC, der ZANU und SWAPO gezwungen, ihre vorbereiteten Reden kurzfristig zu kürzen. Wir haben darum mit den afrikanischen Genossen vereinbart, daß alle Reden auf der Veranstaltung in ihrer ursprünglichen Konzeption in einer gemeinsamen Broschüre von uns veröffentlicht werden. Aus demselben Grund wollen wir an dieser Stelle nicht näher auf den Inhalt der einzelnen Reden eingehen.

Zu einer Panne kam es bei den Vorbereitungen zur Veranstaltung. Wegen Ausfalls eines Flugzeuges konnte die ursprünglich angekündigte MPLA-Delegation aus Luanda nicht zur Veranstaltung kommen. Stattdessen kamen mehrere Repräsentanten der MPLA aus Lissabon und teilweise aus Stockholm. Einige von ihnen waren bis vor kurzem noch in Angola. Aus Luanda erhielten wir dazu noch folgendes Telegramm:

„technische gründe hindern uns daran eine delegation von luanda aus zu ihrem solidaritätstreffen mit der volksrepublik angola und seiner fuehrenden vorhut zu entsenden – stop – wir bedauern dies um so mehr da ihre organisation nie aufgehoert hat die mpla in ihrem kampf gegen den portugiesischen kolonialismus gegen den imperialismus und seine angolanischen marionetten zu unterstützen – stop – wir sind solidarisch mit ihrem staendigen kampf zur verteidigung der anti-imperialistischen anti-zionistischen und anti-rassistischen kaempfe der voelker der dritten welt – stop – zwei unserer kameraden werden aus lissabon kommend unsere organisation vertreten – stop – wir hoffen dass sie auch weiterhin wie in der vergangenheit alle gerechten kaempfe unterstuetzen namentlich die von namibia zimbabwe sahara suedafrika palestina und djibouti – stop – wir benutzen die gelegenheit um eine abordnung bestehend aus 2 mitgliedern ihrer organisation zu einem besuch der volksrepublik angola einzuladen – stop –
freundliche gruesse
a luta continua a vitoria e certa

manuel rui monteiro
leiter des auswaertigen amtes der mpla"

Auf der Veranstaltung wurden etwa 66.000 DM gesammelt, dazu kommen noch etwa 13.000 DM, die kurz zuvor auf unserem Spendenkonto für die afrikanischen Organisationen eingingen. Das Geld wird – entsprechend den Absprachen mit den afrikanischen Genossen – zu 60% der MPLA und zu jeweils 20% der ZANU und der F. POLISARIO übergeben. Genosse Mutumbuka (ZANU) rief zusätzlich zu einer Spende von Armbanduhren für die ZANU auf, und es konnten über 350 Uhren eingesammelt werden. ●



Grußadressen folgender Organisationen wurden an die Veranstaltung gerichtet:

- **MES, Bewegung der Sozialistischen Linken, aus Portugal;**
- **CISNU, Verband iranischer Studenten;**
- **FILE, Föderation italienischer Arbeiter in der BRD,**
- **GUAS, Generalunion Arabischer Studenten;**
- **MIR, Bewegung der Revolutionären Linken, Chile.**

Die Grußadressen konnten wegen Zeitmangel nur zum Teil vorgetragen werden. Sie werden jedoch gleichfalls von uns in der Broschüre über die Veranstaltung veröffentlicht werden.



Giftzwerge

Die Afrika-Solidaritätsveranstaltung des KB war offenbar einigen Leuten schwer auf den Magen geschlagen. Und da sich gegen eine Veranstaltung wie diese, mit Vertretern fast aller afrikanischen Befreiungsbewegungen, kaum etwas Sinnvolles sagen läßt, blieb diesen Leuten nur ein recht jämmerliches Gegenanstänkern.

Vergleichsweise lieb und harmlos nahm sich die „KPD/ML" aus, die sich mit einem total schwachsinnigen Flugblatt gegen die Veranstaltung begnügte, das in Schimpfkanonaden wie *„trotzkistischer Schrotthaufen"* und *„Wühlarbeit gegen die Länder der Diktatur des Proletariats"* gipfelte.

Die DKP war mit einem auch nicht viel intelligenteren Flugblatt aufgekreuzt, in dem gegeifert wurde, der KB stoße *„letzlich in dasselbe antisowjetische Horn wie Mao, Strauß oder der Spiegel"* und er *„schadet damit den revolutionären Befreiungsbewegungen, der revolutionären Weltbewegung insgesamt"*.

Vor der Veranstaltung hatte die DKP in ihren eigenen Reihen kleinliche und gehässige Gerüchte ausgestreut: **Zur Veranstaltung würde überhaupt niemand von der MPLA kommen, man habe in Luanda angerufen (!) und das bestätigt bekommen ... !**

Am widerlichsten freilich führte sich der KBW auf. Auf der zweiten Seite der „KVZ" vom 8. April hieß es, der KB wolle ja bloß *„die Befreiungsbewegungen mißbrauchen"*, um *„groß herauszukommen"*. – Ja, was soll man gegen eine solche Veranstaltung denn auch S i n n v o l l e s sagen?

Die örtlichen KBW-Giftzwerge hatten noch einen „draufgegeben", indem sie vor der Veranstaltung eine vierseitige (!) Extranummer der Ortsbeilage der „KVZ" verteilten, die nur aus blindem Gegeifere gegen den KB und gegen die MPLA bestand, sowie aus dem lächerlichen Versuch, die Befreiungsbewegungen gegeneinander auszuspielen. Tiefpunkt war die Behauptung, der *„Drahtzieher der KB-Kampagne"* sei die DKP!!

Es war kaum noch verwunderlich, daß die Heruntergekommensten dieser Typen sogar auf der Veranstaltung selbst, während der Rede des MPLA-Genossen, durch wildes Gegröhle und Sprechchöre zu stören versuchten. Einige der Schreihälse mußten zur Abkühlung an die frische Luft gebracht werden.

Es ist klar, daß es eine Solidaritätsveranstaltung mit derart vielen Vertretern nationaler Befreiungsbewegungen in der BRD bisher noch nicht gegeben hat. Das Bedürfnis von Revisionisten und „ML"ern, dagegen irgendwie anzustänkern, ist daher völlig verständlich.

Warum war diese Veranstaltung möglich? Nicht, weil wir besonders geschickte „Einkäufer" haben (wie der KBW gehässig verlauten ließ) oder weil diese Befreiungsbewegungen uns aus irgendwelchen geheimnisvollen Gründen besonders bevorzugen! **Sondern diese Veranstaltung war deshalb möglich, weil die Kämpfe der afrikanischen Völker objektiv und subjektiv – im Bewußtsein a l l e r Befreiungsbewegungen – eine unzerstörbare E i n h e i t bilden.** Und eben davon wollen weder die Revisionisten noch die „ML"er etwas wissen.

Auf der Afrika-Veranstaltung des KB und der MPLA war es z. B. so, daß manche ausländischen Genossen in sehr klaren Worten die „Hilfe der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion" betonten, während andere sich nicht weniger klar darüber beklagten, daß sie von der Sowjetunion keine Hilfe erhalten.

Die afrikanischen Befreiungsbewegungen haben unterschiedliche Erfahrungen und unterschiedliche Standpunkte. Aber das Wesen der Sache ist, daß sie diese unterschiedlichen Erfahrungen und Standpunkte r e s p e k t i e r e n , daß sie die Solidarität und den gemeinsamen Kampf an die erste Stelle setzen.

Das unterscheidet sich total von dem kleinlichen Krämergeist der DKP, die anerkennende Worte der MPLA über die Sowjetunion als politische „Argumente" gegen den KB ins Spiel bringen möchte und die so auftrumpft, als ob sie die MPLA gepachtet hätte. Das unterscheidet sich ebenso total von den schmierigen Versuchen des KBW, der bei Veranstaltungen mit Vertretern einer afrikanischen Befreiungsbewegung diesen immer wieder den Mund verbieten wollte, wenn in der Diskussion die Rede auf deren solidarische Haltung zur MPLA kam.

Die afrikanischen Befreiungsbewegungen stehen solidarisch zueinander. Das ist das ganze „Geheimnis"! Wer sich dieser Erkenntnis widersetzt, muß kläffend vor der Tür bleiben. ●



afrika aktuell

Amnesty-Bericht über Zimbabwe:

Rassisten an der Macht!



Der (im folgenden zusammengefaß-te) kürzlich erschienene Bericht von

Nach dem „Gesetz über ungesetzliche Organisationen" (von 1959)

Der Bericht schätzt die Zahl der aufgrund von Urteilen verhafteten

Der (im folgenden zusammengefaßte) kürzlich erschienene Bericht von Amnesty International über Zimbabwe wirft ein Schlaglicht auf das Ausmaß des Terrors gegenüber der schwarzen Bevölkerung im südlichen Afrika. Zu den hier genannten relativ „niedrigen" Zahlen von Festgenommenen, Inhaftierten usw. ist noch vorweg folgendes zu sagen: Ein Befreiungskämpfer des zimbabwischen Widerstands kann nur von außerordentlichem „Glück" sprechen, wenn er überhaupt in den „Genuß" kommt, die üblen Bedingungen in den Gefängnissen kennenzulernen: der weißen Faschistenarmee sind alle Freiheiten gegeben, sämtliche als „Terroristen" verdächtigten Personen auf der Stelle abzuknallen. *„Der indemnity-and-compensations-act' gibt den Sicherheitskräften absolute Rückendeckung bei den Methoden, die sie gegen vermutliche Guerillas anwenden, auch wenn diese Methoden Morde unter der Zivilbevölkerung beinhalten"* (aus dem Bericht). Am besten drückt sich die Mentalität dieser Söldner in ihrem offen ausgesprochenen Wunsch aus: „To make a good kill" („einen guten Mord zu machen")!!

Faschistische Gesetzgebung

Der Bericht hebt besonders drei Gesetzesregelungen hervor, nach denen Schwarze in Zimbabwe verhaftet und verurteilt werden können. Nach dem „Law-and-Order-Gesetz" (von 1960) ist es *„ungesetzlich, sowohl Kleidung zu tragen, die den Eindruck vermittelt, in einer bestimmten politischen Organisation zu sein, als auch irgendein Lied zu singen oder eine Parole zu äußern, die ‚geeignet ist, das Volk in Unordnung zu bringen' "*.

Nach diesem Gesetz ist es der Polizei erlaubt, jede Publikation zu verbieten, öffentliche Versammlungen zu verhindern sowie ohne Vollmacht verdächtige Personen zu suchen und unter Arrest zu stellen.

Nach dem „Gesetz über ungesetzliche Organisationen" (von 1959) kann *„jede Organisation als ungesetzlich erklärt werden, die den Eindruck erweckt, als würde sie die staatliche Ordnung angreifen, indem sie Unmut unter der Bevölkerung hervorruft"*. Sämtliche Oppositionsgruppen und Widerstandsorganisationen sind nach diesem Gesetz auf der Stelle verboten worden. Mitgliedschaft in ungesetzlichen Organisationen bedeutet Gefängnis bis zu fünf Jahren!

Wenn es überhaupt zur Gerichtsverhandlung kommen sollte, hat der Gefangene seine Unschuld nachzuweisen! Die Verhandlungen finden in der Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, die Chancen, seine Unschuld nachzuweisen, werden deutlich, wenn man bedenkt, daß den schwarzen Angeklagten vom Richter ein weißer „Verteidiger" zugewiesen wird!

Seit 1960 wurde dieses Gesetz mehrfach verschärft; so ist es heute möglich, verdächtige vorbeugend (also wenn noch gar nichts vorliegt, nicht einmal ein konkreter Verdacht besteht, eine „Straftat" begangen zu haben) zu inhaftieren, die ursprüngliche Festnahmedauer von drei Monaten wurde auf fünf Jahre (!) ausgedehnt.

Die „Notstandsregelungen" (von 1966) ermöglichen jedem höheren Polizeioffizier, ein bestimmtes Gebiet zum „geschützten Gebiet" zu erklären, d.h. er kann dann jederzeit Vieh und Lebensmittelvorräte einziehen, jegliche Veröffentlichungen verbieten, beliebige Personen zur Zwangsarbeit verpflichten, bewegliches Eigentum ohne Ersatz einziehen, die Ein- und Ausreise aus diesem Gebiet bestimmen und alle Personen zum Tragen von Pässen zwingen. Nach diesem Gesetz wurden in den letzten Jahren über 200.000 Menschen in nur noch mit KZs vergleichbare „Wehrdörfer" zwangsumgesiedelt, um sie vor *„terroristischer Infiltration zu schützen"*.

Der Bericht schätzt die Zahl der aufgrund von Urteilen verhafteten politischen Gefangenen im Moment auf über 500, etwa 700 aufgrund des „Law-and-Order-Gesetzes" Inhaftierte und etwa 1.000 vorbeugend Festgenommene.

Folter und Todesstrafe an der Tagesordnung

Die Gefangenen werden in den Gefängnissen nach verschiedenen Kategorien eingestuft: Europäer – Klasse 1, Asiaten und Mischlinge – Klasse 2 und Afrikaner – Klasse 3. Nach diesen Einstufungen richtet sich die Qualität der Nahrung sowie die Zellenausstattung.

Die politischen Gefangenen werden getrennt von den „normalen" Gefangenen in Einzelhaft gehalten. Der Bericht schildert mehrere bekanntgewordene Fälle, bei denen die Gefangenen aufgrund der unmenschlichen Bedingungen und der fehlenden medizinischen Versorgung gestorben sind.

Der Bericht beschreibt Foltermethoden wie Stock- und Faustschläge, Schlagen auf die Fußsohlen, Elektroschocks, Kastration und ähnliche Arten von Folter, z.B. wird der Kopf eines Gefangenen so lange unter Wasser gehalten, bis er bewußtlos geworden ist.

Die Todesstrafe wird für Mord, Raub und politische „Verbrechen" verhängt, z.B. den Besitz von Waffen. Seit 1965 sind 60 Fälle von Todesstrafen bekannt geworden.

Diese – sicherlich nur einen kleinen Teil des ganzen Terrors gegen die Schwarzen – umfassenden Tatsachen müssen wir der gegenwärtig laufenden widerlichen Pressekampagne in der BRD zur Reinwaschung des Apartheid-Regimes gegenüberstellen! (Siehe Artikel in diesem AK.)

Afrika-Kommission

BRD-Propaganda trommelt für Rassismus

In den letzten Wochen haben die meisten Regierungen der imperialistischen Staaten in offiziellen Stellungnahmen die weißen Rassistenregimes von RSA, Zimbabwe und Namibia wortreich „verurteilt". UNO und EG gaben, wenn auch z.T. zweideutige, aber dennoch ablehnende Stellungnahmen heraus; sogar die US-Regierung sprach von „illegalen Regimes" im südlichen Afrika. Der ganze Zynismus dieser „Verurteilungen" wird deutlich an der weiterhin ungehindert fließenden wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Apartheid-Regimes. Z.B. durch die gerade mit Imperialisten-Krediten finanzierte 40%-ige Erhöhung des Kriegshaushalts der RSA.

So gesehen, sind die „antirassistischen" Stellungnahmen nicht mehr als „Manövriermasse auf dem internationalen diplomatischen Parkett", wo eine offene Solidarisierung mit den Rassisten unmöglich ist. Gleichzeitig ermöglichen diese Bekundungen den Handlangern des Imperialismus in der „Dritten Welt", das direkte militärische Engagement der „westlichen Zentren" als „Befreiung" vom Rassismus zu proklamieren (z.B. fordert Sambias Staatschef Kaunda auf dieser Grundlage den Einmarsch des britischen Imperialismus in Zimbabwe).

So ist es auch nur ein scheinbarer Widerspruch, wenn entgegen den offiziellen Regierungsstellungnahmen die g e s a m t e bürgerliche Presse – in offensichtlich zentral angeleiteter Aktion – gegenwärtig eine kaum zu überbietende Propagandakampagne für die weißen Rassisten laufen hat. Diese (im folgenden geschilderte) Kampagne hat schließlich einen anderen Adressaten: Sie dient der rassistischen Verhetzung der Bevölkerung in den imperialistischen Staaten und soll einem – möglicherweise auch militärischen – Eingreifen offensichtlich den Boden bereiten. In diesem Zusammenhang sei nochmals auf die Diskussion über die Ausweitung der Nato auf Gebiete südlich des Wendekreises des Krebses hingewiesen, die offen mit Blick auf das südliche Afrika geführt werden.

Darstellung der Faschisten-Chefs: Sympathische Massenmörder!

Ein besonders widerlicher Aspekt der laufenden Propagandakampagne ist die Aufwertung der Repräsentanten der Rassistenregimes.

Der südafrikanische Ministerpräsident Vorster, ein scharfer Befürworter der Apartheid-Politik (*„Wir brauchen sie (die Schwarzen), weil sie für uns arbeiten. Aber die Tatsache, daß sie für uns arbeiten, kann Nicht-Weiße niemals berechtigen, politische Recht zu beanspruchen. Weder jetzt noch in Zukunft".*) – dieser Rassist wird z.B. durchgängig als „Entspannungspolitiker" bezeichnet. Ian Smith, Premierminister von Zimbabwe (*„Noch in 1.000 Jahren wird es keine schwarze Mehrheitsregierung geben"*) taucht in der Presse grundsätzlich nur als „kerniger, grobschlächtiger (!) Rebell (!)" auf: *„Ian Smith ist wie ein guter Tabaksbeutel: ledern, abgewetzt, aber anschmiegsam, und eh man sich's versieht, hat man ihn schon zehn Jahre"* („Zeit", 12.3.76), *„ein drahtiger Mann mit sparsamen Gesten und einer metallischen Stimme, die zum Befehlen gemacht ist"*, *„er ist kühn, querköpfig, romantisch und verschlagen zugleich – eine jener Naturen, die ein Ziel um so hartnäckiger anstreben, je mehr Schwierigkeiten dies bereitet"* („Süddeutsche Zeitung", 25.3.). Daneben ein 240 Quadratzentimeter großes Foto mit dem (wegen „Terroristen") besorgt in die Zukunft dreinschauenden Konterfei dieses hundertfachen Mörders, liebevoll *„Old Smith"* betitelt!!

Nichts anderes als Befürwortung oder zumindest Verharmlosung der faschistischen Politik dieses Repräsentanten des Rassismus wird hier praktiziert. *„Hier wächst ein harter Menschenschlag, der, überzeugt von seiner immerwährenden Superiorität, diszipliniert genug ist, auch in bedrückenden Zeiten nach außen hin Gleichmut zu bewahren".* („SZ", 19.3.)

Zu dieser Ideologie gehört natürlich auch die entsprechende Darstellung der Schwarzen, die *„in ihrem Kral" „noch genauso primitiv wie vor 1000 Jahren"* ihr Leben fristen, *„unfähig, die Rückständigkeit ihrer landwirtschaftlichen Methoden zu verbessern"* („SZ", 23.3.). Den Schwarzen imponiere sowieso nur Stärke à la Smith usw.

Mit demselben Rassismus rechtfertigt heute das israelische Regime die Vertreibung und Ermordung tausender von Palästinensern. Mit genau denselben „Argumenten" haben damals die deutschen National-

FORTSETZUNG SEITE 26

der laufenden Propagandakampagne ist die Aufwertung der Repräsentan-
Mit genau denselben „Argumenten" haben damals die deutschen National-
FORTSETZUNG SEITE 26



Hetzkarikatur aus „Kölner Stadtanzeiger" (4.3.76): Das schwarze Afrika frißt den letzten weißen (freien?) Rest auf (interessanterweise wird der formell unabhängige, real jedoch von der RSA kontrollierte Staat Botswana dem „weißen" Gebiet zugeschlagen).

FORTSETZUNG VON SEITE 25

sozialisten die Massenvernichtung von jüdischen, polnischen und sowjetischen Menschen begründet.

Keine Rassenschranken in Zimbabwe?!

Zur Methode der bürgerlichen Lumpenjournalisten gehört es genauso, die tatsächlichen, brutalen Formen der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung total abzuleugnen. Ein krasses Beispiel bietet wieder die „SZ" vom 23.3., in der sie die sogenannten „Townships" beschreibt, in die etwa 500.000 Schwarze als Arbeitskräftepotential für die weißen Städte gezwungen wurden: *„Verglichen mit den Villenvororten der Weißen sind die Townships Elendsviertel. Wenn ich die Townships aber vergleiche mit den Slums in New York, Kairo, Tokio und Rio, oder auch mit jenen Behausungen, die in China stolz als Renommierobjekte vorgeführt werden, dann sind die Townships wahrhaft hochentwickelte Oasen. Hier wohnen zu müssen, würde sogar vielen Europäern nicht unerträglich erscheinen: Von Gärten umgebene, ebenerdige kleine Häuser, die über elektrischen Strom, fließendes Wasser und Fernsehantennen verfügen, wobei allerdings sämtliche Häuser wegen Überbelegung nur drangvolle Enge gewähren. Es gibt in den Townships Ladenzentren, Kinos, Fußballstadien, Golfplätze, Schulen und Hospitäler".* Und weiter: Nachdem der Sonderkorrespondent der „SZ" gerade ausgeführt hat, daß es Schwarzen nur in den seltensten Fällen überhaupt gelingt, einen höheren Bildungsstandard als den deutscher Schüler in der dritten Grundschulklasse zu erreichen, führt der Tintenkuli fort: *„Ansonsten sind ... die Grenzen der Rassentrennung fließend: Die Universität wird von Weißen und Schwarzen gemeinsam besucht, öffentliche Verkehrsmittel stehen beiden Rassen offen, ebenso gute Hotels und teure Restaurants"..*

Laut „Welt" vom 21.3. schließlich *„ist das Verhältnis zwischen Weißen und Afrikanern in Rhodesien so gut wie in keinem anderen Staat Afrikas. Apartheid und Rassenschranken hat es nie gegeben* (!)*".*

Kein Wort fällt über die KZ-Wehrdörfer, in die hunderttausende von Schwarzen zwangsverfrachtet wurden, kein Wort darüber, daß Schwarze kein Wahlrecht haben, kein Wort über die Abschlachtung ganzer Völker während der Kolonialkriege und die tägliche Folter an Widerstandskämpfern!

Stattdessen wird gezielt der Eindruck erweckt, als gebe es für die schwarze Bevölkerung gar keinen Grund für den Befreiungskampf, allerhöchstens ist dieser von „ausländischen Mächten" ausgeheckt.

Deshalb *„reagieren die meisten Weißen auch mit Entrüstung, wenn man sie als Rassisten bezeichnet"* („SZ", 23.3.) und man kann den *„europäischen Siedlern, die hier – keineswegs nur müßiggehend – eine paradiesische Oase geschaffen haben, leicht nachfühlen, warum sie ihren Besitz verteidigen wollen"* („SZ", 19.3.).

Die Befreiungsbewegungen: „Blutrünstige Terroristen"!

Demzufolge werden die Befreiungsbewegungen als „kleine Terroristengruppen" dargestellt, von der Masse der schwarzen Mehrheit isoliert und natürlich blutrünstig.

Wenn überhaupt auf die Befreiungsstreitkräfte eingegangen wird, dann nur in Zusammenhang mit Mord, Vergewaltigung, Plünderungen und Folter. Hier wird dann auch lang und breit vom Leder gezogen, etwa in der „Welt"-Serie: *„So starb der deutsche Farmer Gerd Walther in Südwest"*, der natürlich völlig grundlos, (*„denn er war alles andere als ein weißer Scharfmacher"*), vor den Augen seiner beiden kleinen Töchter von Terroristen massakriert wird.

Wenn überhaupt Schwarze zu Wort kommen, dann als Gegner der Befreiungsbewegungen: *„Für Guerillas haben die Schwarzen auf dem Lande wenig übrig. ‚Die morden und stehlen', sagt ein schwarzer Farmarbeiter. Über Politik haben die Afrikaner nur vage Vorstellungen. ‚Sithole ist nicht gut, Nkomo ist besser'. Welche Regierung sie wollten? Am besten solle Smith bleiben'. Solange die Weißen da seien, gebe es Arbeit und Geld"* (so Hans Germani in „Welt", 19.3.). Oder etwa, wenn ein schwarzer Farmarbeiter zu seiner weißen „Madam" folgendes von sich gibt: *„Für die Verhandlungen zwischen Smith und Nkomo ist es viel zu spät. Was uns nun erwartet, ist Terror. Wir alle werden die Verlierer sein, Sie, Madam und ich"* („Welt", 21.3.).

So ist jetzt alles auf den Kopf gestellt: Die Befreiungsstreitkräfte werden zu „Terroristen", die nach Blut stinkende Kolonialarmee zu „Sicherheitsstreitkräften", die Farmer (*„Wenn wir hier wegmüssen, dann brennen wir vorher alles nieder und töten so viele wie möglich"*) zu unschuldigen, friedlichen Siedlern, die verständlicherweise nur ihren hart erarbeiteten Besitz verteidigen wollen. Der Terror gegen die schwarze Bevölkerung wird zum „Abwehrkampf" („SZ", 23.3.) der Weißen usw.usf..

Diese totale Verdrehung der Tatsachen ist die Grundlage, auf der der Generalsekretär der Deutsch-Rhodesischen Gesellschaft in der „Welt" fordert: *„Warum stoppt der Westen nicht die Russen und Cubaner? Wir haben Chancen für ein Zusammenleben der Rassen ... Nur die Politik der Russen wird die Chancen zerstören".*

Damit faßt er das ganze Ziel der Pressehetze zusammen: Die Forderung nach einer aktiven militärischen Intervention der Imperialisten zugunsten der faschistischen Apartheid-Regimes im südlichen Afrika!

Für die Kommunisten und alle Antiimperialisten in der BRD kann es nur eine Konsequenz aus der immer massiver werdenden kriegstreiberischen Propaganda gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen geben: Die Lügen enthüllen, die Wahrheit darstellen und die materielle Unterstützung verstärken! •

Afrika-Kommission

Bantustanpolitik in der RSA:

Kosmetische Verschönerung der Rassistenherrschaft

Eines der „Homelands" innerhalb der Republik Südafrika (RSA), die Transkei, soll im Oktober 1976 ein „unabhängiger Staat" werden. Mit dem Homeland Bophuthatswana laufen ebenso Verhandlungen über die „Unabhängigkeit".

Das ist der bisherige Höhepunkt der sogenannten Bantustan-Politik der weißen Rassisten im südlichen Afrika. Das Ziel ist es, die weitere Unterdrückung der schwarzen Mehrheit, sowie deren ökonomische Ausbeutung durch die weiße faschistische Minderheit zu sichern. Gleichzeitig versuchen die Faschisten der RSA damit, als „Förderer" der Entwicklung von „selbständigen schwarzen Staaten" zu erscheinen. Insbesondere versucht die RSA, den schwarzen Kompradoren Afrikas den Weg zu einer „Aussöhnung" mit dem Faschisten-Staat zu ebnen. Ebenso soll es den imperialistischen Staaten erleichtert werden, die RSA, offener als bisher möglich, zu unterstützen.

Jedoch sind die „Homelands", die jetzt wie die Transkei ihre „Unabhängigkeit" erhalten sollen, derart offensichtlich totale Anhängsel der

hängigkeit" erhalten sollen, derart offensichtlich totale Anhängsel der

RSA, daß bislang nicht einmal die Reaktionäre Schwarz-Afrikas sich mit den Marionettenführern der neuen „Staaten" verbrüdern mochten.

War die Schaffung der „Homelands" in der RSA seit Beginn der Kolonialisierung durch die Weißen (Buren und Engländer) stets darauf gerichtet, die schwarze Bevölkerungsmehrheit besser zu unterdrücken und ihre Arbeitskraft den Bedürfnissen der weißen Siedler und Industriellen anzupassen, also ein ständiges Reservoir an Arbeitskräften zu erhalten, so wird die jetzt eingeleitete „Unabhängigkeit" einiger dieser „Homelands" nichts an der rechtlosen Situation für die schwarze Bevölkerungsmehrheit ändern.

„Unabhängigkeit" für diese „Homelands", die von vornherein nur 13% des südafrikanischen Bodens umfassen, heißt nichts weiter, als daß einigen dieser „Homelands" ein Kolonialstatus gegeben wird.

In den „Homelands" sind alle staatlichen Repressionsinstrumente völlig in der Hand der RSA-Faschisten und die Gesetze der RSA finden ebenso in den „Homelands" Anwendung. Auch darf keine eigene Verwaltung errichtet werden. Polizei, Richter und Staatsanwälte werden von der RSA gestellt. Die „Selbstverwaltung" der Länder besteht lediglich in einem Parlament, dessen Mitglieder von den weißen Faschisten ausgesuchte Kompradoren sind:

„Diese Versammlungen bestehen aus insgesamt 519 Mitgliedern, von denen nicht weniger als 326 ernannt (chiefs verschiedenster Ränge und Häuptlinge) und nur 193 (37%) gewählt wurden. Sogar dieser demokratischen Form einer Minorität von gewählten Elementen wird die demokratische Substanz durch die Tatsache verweigert, daß die Wahlen ohne Wählerlisten, ohne politische Parteien (in einigen der ‚homelands') und ohne das garantierte Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und die Freiheit, Vereinigungen zu gründen, durchgeführt werden, während Briefwahlzettel unter den Millionen Afrikanern verteilt werden, die außerhalb der ‚homelands' leben, zu denen sie nicht einmal offiziell gehören."

Die Kompradorenparlamente dürfen tatsächlich nur über völlig unwesentliche Dinge, wie Straßenausbesserung und Viehzählung „entscheiden", haben allerdings das Recht, die in der RSA bestehende faschistische Terrorgesetzgebung zu verschärfen:

- In Kwazulu können Verhaftungen und Inhaftierungen ohne Verurteilungen und Haftbefehle durchgeführt werden.
- In Gazankulu dürfen Angestellte des öffentlichen Dienstes und Studenten sich nicht politisch betätigen.
- In der Transkei wird nach Notstandsgesetzen von 1960 regiert.

Diese Reihe ließe sich fortsetzen. Ein besonderes Beispiel für die verschärfte Gesetzgebung ist die Einrichtung von „Rehabilitationscamps" in den Bantustans.

„In diese Camps werden Gesetzesbrecher , ‚Arbeitsscheue' gesteckt und ‚Unerwünschte' können aus den städtischen Regionen zur Umerziehung geschickt werden, welche bis zu drei Jahren Inhaftierung bedeutet mit Zwangsarbeit von bis zu

hung geschickt werden, welche bis zu drei Jahren Inhaftierung bedeutet mit Zwangsarbeit von bis zu

56 Stunden in der Woche. Die ersten zwei derartigen Zentren, in Lebowa und dem Ciskei, werden bereits errichtet – mit Gefangenen als Arbeitskräften.

Zwei Grundzüge dieser Institutionen bedürfen besonderer Beachtung. Einer ist, daß unter den umfassenden Bestimmungen der existierenden Gesetzgebung praktisch jeder Afrikaner in ein derartiges Zentrum geschickt werden kann – ob er oder sie ‚ein Verbrechen' begangen hat oder nicht. Der andere Gesichtspunkt ist der, daß die Zentren, obwohl in den ‚homelands' gelegen, von dem Ministerium für Bantu-Angelegenheiten, d.h. von Pretoria, kontrolliert werden."

Die „Homelands", die jetzt „unabhängig" werden sollen, als Staaten zu bezeichnen, ist durch diese Tatbestände schon hinreichend widerlegt worden. Zur Abrundung des ganzen „Unabhängigkeits"-Theaters sei noch erwähnt, daß diese Gebilde von der RSA mit einer Armee ausgerüstet werden, für deren Ausbildung und Finanzierung die weißen Faschisten selbst gesorgt haben, um ihr militärisches Potential gegen die Befreiungskräfte zu verstärken.

Zur Begründung, warum die neuen Pseudo-Staaten überhaupt eine Armee brauchen, da diese praktisch Bestandteil der RSA bleiben und daher auch keinen Angriff zu fürchten haben, meldete Radio Johannesburg: *„Die Frage lautet nicht so sehr, wer wird die Transkei angreifen, sondern wer wird das südliche Afrika verteidigen ..."* (lt. Monitor-Dienst, 25.3.76).

Mit entwaffnender Offenheit machte der von der RSA als Führer der Transkei, das als erstes Homeland „unabhängig" werden soll, eingesetzte Häuptling Mantazima deutlich, wie bereitwillig er sich dieser Intention der Rassisten unterordnet: *„Wir gehören zum Süden und sind in jeder Hinsicht mit ihm verbunden. Jeder Angriff auf die RSA ist auch ein Angriff auf die Transkei."*

Die Bantustans sollen nach dem Willen der Weißen immer in wirtschaftlicher Unterordnung unter der RSA verbleiben. *„Es ist daher eine grundlegende Voraussetzung, daß sie unterentwickelt, von dem Export der Arbeitskraft fürs nackte Überleben abhängig sind und bleiben."*

sie unterentwickelt, von dem Export der Arbeitskraft fürs nackte Überleben abhängig sind und bleiben."

So sind die landwirtschaftlichen Ertragsmöglichkeiten in den unfruchtbaren „Homelands" beim Grundnahrungsmittel Mais zwischen 10- bis 15fach niedriger als in den „weißen" Gebieten.

Der somit notwendige Lebensmittel„import" treibt die schwarzen Arbeiter in die „weißen" Fabriken, wo sie formell als „Gastarbeiter" (d.h. ohne Anspruch auf Sozialleistungen, Rentenansprüche etc.) eingestuft werden.

Daß in den Bantustans kaum Industrie angesiedelt ist, wurde schon erwähnt. Das wenige aber, was dort vorhanden ist (z.B. Platinminen in Bophutatswana), ist unter Kontrolle der weißen Ausbeuter.

„Sogar die Entwicklungsgesellschaft, die von der Regierung ins Leben gerufen wurde, um den ökonomischen Fortschritt in den ‚homelands' voranzutreiben, hat mehr den weißen als den schwarzen Interessen gedient. Seit ihrer Gründung 1959 hat die Bantu Investment Corporation 77 Millionen Rand-Kapitalwert investiert – 43 Millionen davon in Unternehmen im Besitz von Weißen, 20 Millionen Rand in Unternehmen im Besitz der Corporation selber und nur 14 Millionen (18%) in Unternehmen im Besitz von Afrikanern."

So mußte selbst ein schwarzer Komprador, der „Homeland"-Führer aus Lebowa, zugeben:

„Wir sind von der RSA vollständig abhängig, was den Verbrauch an Elektrizität und den größten Teil des Wasserbedarfs in den Territorien anbetrifft. Wir sind von der Republik ebenfalls vollständig abhängig in unseren Transportbedürfnissen ebenso wie in jeglicher Hinsicht der Telekommunikation, der Post u.ä.

Wir sind von den Bankeinrichtungen und der Infrastruktur der Handelsorganisation Südafrikas abhängig gewesen. Weiterhin sind wir abhängig von der Republik , die uns mit einem wesentlichen Teil des Bedarfs an Gesundheitsfürsorge, Krankenhäusern und chirurgischen Einrichtungen versorgen muß ...

Wenn Sie zu diesem Abhängigkeitsmodell die beträchtlich hohe Ungleichheit im Entwicklungsstand, der sozio-ökonomischen Entwicklung, die demographischen Explosionen und die reine ökonomische Macht zwischen den Territorien und unseren von Weißen regierten Nachbarn hinzufügen, werden Sie verstehen, warum wir als Geisel- oder Klientenstaaten abgetan werden."

Anschließend bedauert dieser RSA-Knecht, daß auf der von ihm selbst geschilderten Grundlage kurzfristig kaum internationale Anerkennung der Bantu-Gebilde möglich sein wird. Man wird abwarten müssen, ob bei der Gründung der „souveränen" Transkei im Herbst, die laufenden imperialistischen Aktivitäten – so fahren die zukünftigen „Staatschefs" schon seit Monaten durch die westlichen Zentren um für Anerkennung zu werben – schon erste Früchte (diplomatische Anerkennung) tragen werden ...

(Zitate aus „Sechaba", offizielles Organ des ANC, Nr.10, 1976). •

Afrika-Kommission

RSA : ANC kündigt verstärkten

RSA : ANC kündigt verstärkten militärischen Kampf an

Auf einer Pressekonferenz in Luanda erklärte der Informationssekretär des ANC, daß sich der bewaffnete Kampf in der RSA auf seiten des Volkes sehr bald erheblich verstärken werde.

„Das ganze Gleichgewicht der Kräfte im südlichen Afrika und auf dem afrikanischen Kontinent hat sich geändert. Die fortschrittlichen Kräfte sind in der Offensive und werden sich sehr schnell vergrößern. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß dies auch für die RSA gilt. Die Rekrutierung ist in den letzten Monaten verstärkt worden. Sie übersteigt alles, was seit der Verhaftung der ANC-Führung seit 1963 gemacht wurde. Das haben wir auch den Siegen in Mosambik und Angola zu verdanken."

Darüberhinaus wurde angegeben, daß die Kader des ANC in befreundeten afrikanischen und verschiedenen sozialistischen Ländern ausgebildet würden.

„Aufgrund der konkreten Bedingungen sind wir bereit, jeden Moment den bewaffenten Kampf zu beginnen. Denn dem weißen Terrorismus kann nur durch die bewaffnete Aktion ein Ende gesetzt werden."

Kaum besser als in den Aussagen des ANC kann die Einheit der afrikanischen Revolution dokumentiert werden. (Siege in Angola und Mosambik, Aufschwung des Kampfes im südlichen Afrika und direkte Unterstützung dieses Kampfes durch befreundete Völker!). (Nach „Afrique Asie", 5.4.76).

Gleichzeitig führt die derzeitige Situation dazu, daß die Kompradoren der Imperialisten Farbe bekennen müssen. So traten einige führende Mitglieder aus dem ANC aus. Sie werfen dem ANC die *„einseitige marxistische Ideologie vor"* (bravo!) und wollen einen Nationalkongreß gründen, der sich *„auf keine Ideologie stützt, als auf die Einheit der nationalistischen Bewegungen."* („Le Monde", 26.3.).

Wessen Ideologie das ist, wissen die afrikanischen Völker spätestens seit ihren Erfahrungen mit der FNLA und UNITA in Angola.

Unsere Solidarität gilt daher denjenigen, die in der RSA um die wirkliche Befreiung und Unabhängigkeit der schwarzen Mehrheit kämpfen. •

Afrika-Kommission

Gemeinsame Organisation der ehemaligen Afrika-Kolonien Portugals in Vorbereitung

Auf den kapverdischen Inseln wurde auf Ministerebene beschlossen, in April in Luanda (Angola) eine „Konferenz unabhängiger Staaten" ins Leben zu rufen, die aus den Mitgliederstaaten VR Angola, Mosambik, Kapverden, Sao Tome und Principe sowie (obwohl von der französischen Nachrichtenagentur AFP nicht extra erwähnt) höchstwahrscheinlich Guinea-Bissau bestehen wird. Die Befreiungsbewegungen MPLA, FRELIMO und PAIGC hatten sich bereits 1960 zu einer gemeinsamen revolutionären Konferenz zusammengeschlossen, um den Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus zu koordinieren und Erfahrungen auszutauschen. Jetzt hat nicht zuletzt der Erfolg der MPLA den Grundstein für dieses neue revolutionäre Staatenbündnis in Afrika gelegt, dessen Bedeutung für die gesamtafrikanische Politik nicht zu unterschätzen ist. Darüberhinaus wird an diesem Zusammenschluß noch einmal deutlich, daß eine wirkliche Einheit der afrikanischen Staaten nur auf antiimperialistischer Grundlage möglich ist. Der Sieg der revolutionär-demokratischen Bewegungen in den portugiesischen Kolonien hat insofern auch große Bedeutung für die Stärkung des Blocks der fortschrittlichen Staaten in der OAU, der sich insgesamt gesehen noch in der Minderheit befindet. (Nach „Monitor-Dienst", 24.3.76). •

Afrika-Kommission

Nationaler Wiederaufbau – die größten Leiden sind vorüber

Nach dem Abzug der RSA-Truppen aus Angola:

Am 31.3.1976 wurde im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einer Mehrheit von neun Stimmen (VR Benin, Tansania, Rumänien, Sowjetunion, Libyen, Panama, Guyana, Pakistan und Schweden) gegen fünf Enthaltungen (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan) eine Entschließung angenommen, in der Südafrika wegen der Agression gegen Angola verurteilt und gleichzeitig aufgefordert wird, Entschädigung für die Zerstörung und Verwüstung des angolanischen Territoriums zu leisten. Ein von Südafrika und China (!) eingebrachter Gegenantrag, die Sowjetunion und Kuba wegen einer „nackten bewaffneten Intervention" zu verurteilen, kam nicht zur Abstimmung (nach „Neue Züricher Zeitung", 2.4.76 und „Welt", 2.4.76).

Das Verhalten der imperialistischen Staaten, sich bei einer nicht mehr abzuwendenden diplomatischen Niederlage durch allerlei hergesuchte Gründe der Stimme zu enthalten, gehört sozusagen zum UNO-Alltag. Ein neuer Höhepunkt der reaktionären chinesischen Außenpolitik ist allerdings die direkte – von keinem anderen Staat – gewagte Parteinahme für die rassistischen Agressoren, deren Überfall auf die VR Angola somit deutlich von der VR China gebilligt wird. Die in dieser „Billigung" liegende Menschenverachtung wird mit jeder Enthüllung über die Ausmaße der Aggressionder RSA und mit den Rassisten verbündeten FNLA/UNITA-Horden deutlicher.

So gibt selbst die bürgerliche „Le Monde" (12.3.76) zu, daß in den okkupierten Gebieten alle ökonomischen Strukturen zusammengebrochen waren und hunderttausende unter katastrophalen Bedingungen – teilweise ohne Nahrung – leben müssen. („*Nach der Vertreibung der MPLA aus dem Norden und dem Süden im letzten Jahr ist der Verwaltungsapparat dort praktisch zusammengebrochen, da fast alle Beamten Mitglieder der MPLA waren*").



Wesentlich schwerer als die wirtschaftlichen Probleme wiegen die im Verlaufe der Okkupation gefallenen und ermordeten Kämpfer der MPLA, deren Massengräber immer noch entdeckt werden. Besonders da, wo sich die Militanten nicht rechtzeitig in die Wälder zurückziehen konnten, hat es erschütternde Verluste unter den Kadern der MPLA gegeben. So haben im alten UNITA-Hauptquartier Bié von 500 nur ganze 75 die Massaker überlebt (nach „Afrique Asie", Nr.105), in Huambo fielen neben hunderten Militanter auch alle dort arbeitenden Mitglieder des Politbüros der MPLA den Faschisten zum Opfer.

Über die genauen Zahlen Ermordeter befragt antwortete der Informationsminister Martins: „*Wir wissen es noch nicht. Wir entdecken immer noch mehr Massengräber ... Aber sicherlich sind allein in den letzten Monaten mehrere Tausend massakriert worden. Was war der Sinn dieser Massaker? Warum haben UNITA und FNLA die Südafrikaner um Schutz dieser Massaker gebeten? Warum haben die Südafrikaner mitgemacht? Weil es ihr Plan war, die Angolaner durch andere zu ersetzen. Deshalb sind die Wohnungen und Einrichtungen noch intakt. Es war die Absicht, aus dem südlichen Teil von Angola ein neues Namibia zu machen. Deshalb mußten sie das Nervenzentrum unseres Volkes – die Kader und Sympathisanten bis zu den Kinder-Pionieren – zerstören, um Sklaven, freiwillige oder selbst unfreiwillige, zu ihrer Verfügung zu haben.*"

Der Wiederaufbau des zerstörten Landes

Die jetzt anstehenden Aufgaben in der ersten Phase des nationalen Wiederaufbaus schilderte Präsident Neto Ende März folgendermaßen (Interview mit der algerischen Presseagentur, nach „El Moudjahid", 24.3.76):

„*Wie sehen Sie, Herr Präsident, nach dem Sieg der MPLA die Zukunft des nationalen Wiederaufbaus?*"

„*Wir haben die Entwicklung unseres Landes in mehrere Phasen eingeteilt, angefangen mit der Organisierung des Staates. Das ganze koloniale Verwaltungssystem war ganz offensichtlich der neuen Situation, die durch die Unabhängigkeit Angolas geschaffen wurde, nicht angemessen. Wir mußten daher bedeutende Veränderungen durchführen, um die Staatsstruktur auf neuer Grundlage zu organisieren. In diesem Rahmen haben wir das Gesetz über die Volksmacht erlassen, um die Masse der Arbeiter und Bauern am Leben des Landes zu beteiligen, und damit folglich das ganze Volk tatsächlich an den großen Entscheidungen teilhaben kann, die von den höheren Organen des Staates getroffen werden. Dieses wird auf allen Ebenen der Hierarchie angewandt werden, ob es sich um Dörfer, St ädte oder Provinzen handelt, um so eine pyramidale Struktur zu schaffen, die an der Spitze eine Volksversammlung hat, in ihrer Mehrheit aus den arbeitenden Massen und revolutionären Intellektuellen zusammengesetzt. Es werden jedoch die Großgrundbesitzer und alten Kollaborateure des Kolonialismus ausgeschlossen sein, um eine Orientierung zu garantieren, von der die unter der portugiesischen Kolonisation ausgebeuteten Massen profitieren.*

Wir haben mit dieser Arbeit begonnen, indem wir das Ganze reorganisiert haben, trotz des Verlustes wichtiger Kader, wie der Mitglieder des Politbüros der MPLA, die von der UNITA in Huambo getötet wurden.

Auf dem ökonomischen Sektor wurden Maßnahmen getroffen, um das Produktionssystem umzuwandeln, da das vorhergehende System in Angola vollständig auf dem Kapitalismus basierte. Wir haben sogar festgestellt, daß gewisse Unternehmen direkt von Portugal aus geleitet wurden ... Was das landwirtschaftliche System anbetrifft, so ist es auf die Schaffung von Kooperativen gegründet, nach dem Prinzip ‚das Land denen, die es bebauen'. Auch die Ländereien werden nationalisiert werden, damit sie an die wirklichen Bauern verteilt werden können.

Im industriellen Bereich werden wir ebenfalls das Eigentumssystem ändern. Es sind Kommissionen zur Leitung der Betriebe eingesetzt worden und trotz der mangelnden Erfahrung wird diese Phase mehr und mehr in Angriff genommen, um die industrielle Produktivität vollständig abzusichern.

Sie dürfen nicht vergessen, daß bis vor kurzem der Krieg die Hauptaufgabe in Angola gewesen ist, und daß wir nach der Proklamation der Unabhängigkeit am 11.November sehr schwierige Situationen durchgestanden haben. Gegenwärtig handelt es sich darum, sich auf die Produktion auszurichten. Das ist eine Frage von Wochen." •

Afrika-Kommission



In den von der nationalen Armee der Volksrepublik Angola befreiten Gebieten kommt es immer wieder zu spontanen Kundgebungen der Dorfbewohner für die Politik der MPLA.

Holden und Savimbi – wo sind sie geblieben

Die namhaften Vertreter der pro-imperialistischen Marionettenorganisationen FNLA und UNITA sind deutlich sichtbar dabei, sich um profitable Jobs im Dienst ihrer alten Auftraggeber zu bemühen. Während sie den „Buschkrieg", den sie nunmehr angeblich gegen die MPLA führen wollen, ankündigen, haben sie die Sinnlosigkeit dieses Unterfangens längst begriffen und bringen anderweitig ihre Schäfchen ins Trockene.

Bereits Anfang des Jahres hatte sich FNLA-Vize Chipenda mit 50 Mio. Dollar aus dem Staub gemacht und UNITA-Gouverneur Marcos ist seit geraumer Zeit als Propagandist der RSA-Faschisten tätig und propagiert in der RSA das System der Apartheid (AK 77).

Zwei Kurzmeldungen in Afrique-Asie geben Auskunft über den gegenwärtigen Verbleib der beiden absoluten Führer von FNLA und UNITA, die ebenfalls alles andere tun, als den mühsamen konterrevolutionären „Buschkrieg" zu führen.

Holden, der von seinen Geldgebern momentan offensichtlich vollständig aus dem Verkehr gezogen ist, „*plant ernsthaft, sich in Tunis niederzulassen. Es ist bekannt, daß der erste Paß, den dieser CIA-Agent erhielt, ein tunesischer war*". Hat er neuerdings den Auftrag, die Folterknechte Bourgibas zu unterstützen?

Sein Kumpan Savimbi dagegen hat offenbar noch „diplomatische" Verpflichtungen – zwischen den afrikanischen Reaktionären zu vermitteln. So hat er „*Kenneth Kaunda gebeten, bei König Hassan von Marokko zu intervenieren, um ihn zu bitten, marokkanische Söldner zum Kampf gegen die Volksrepublik Angola zu entsenden. Es scheint nicht so, als sei das Ersuchen des Führers der UNITA vom sambischen Staatschef akzeptiert worden*". Klar, so offen kann es sich Kaunda, gerade zu wortradikalen Angriffen auf die Politik des Faschisten Smith in Rhodesien gedrängt, nicht leisten, als Handlanger der Konterrevolution aufzutreten. (Nach Afrique-Asie, Nr.104, 8.3.76).

Afrika-Kommission

Zimbabwe

Faschisten werben Söldner

Um ihre drohende Niederlage gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe noch etwas hinauszuzögern, gehen die Rassisten daran, in einer großangelegten Kampagne Söldner für ihre blutigen Taten zu werben.

So werden in Rhodesien derzeit sehr viele Portugiesen - die ja genügend „Erfahrung" aus Angola und Mosambik mitbringen - in Schnellkursen in Englisch unterrichtet. „*Wer gut genug Englisch spricht, nimmt bereits am Kampf gegen die Widerstandskämpfer teil*" („El Moujahid", 30.3.76). In Rhodesien leben z.Zt. ca. 30.000 Portugiesen.

Darüberhinaus werden ehemalige Soldaten aus dem Ruhestand zurückgerufen. Ihre Aufgabe soll es sein, die KZ-Wehrdörfer, in denen große Teile der Schwarzen zusammengepfercht sind, zu bewachen („SZ", 30.3.76).

Diese beiden Beispiele allein zeigen, daß die Faschisten bereit sind zu einem Feldzug des Mordens, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten! Ihre Devise ist: „*Wir werden bleiben, daran besteht kein Zweifel. Eines Tages werden wir alle Terroristen ausgetilgt* (!) *haben*" (ARD-Fernsehen, 15.3.76).

Daß die weißen „Herrenmenschen" hierbei nicht allein stehen, zeigt die Unterstützung der Imperialisten. So dient der Luftwaffenstützpunkt Lajes auf der portugiesischen Azoreninsel Terceira als Zwischenlandestation einer US-amerikanischen Luftbrücke nach Rhodesien (nach „SZ", 30.3.76).

Insofern ist die Aussage des Faschistenchefs Smith nicht aus der Luft gegriffen, nach der er erwartet, „*die Länder der freien Welt (werden) nicht als inaktive Zuschauer Rhodesien zu einer Beute des internationalen Kommunismus werden lassen.*" -(„SZ", 7.4.76).

Der Rassismus hat auch schwarze Freunde

Neben der „Erwartung " von Smith steht die konkrete Aufforderung nach dem Eingreifen Englands.

Er wünscht eine „*Allparteiendelegation nach Rhodesien, um Verhandlungen mit allen Parteien wieder aufzunehmen, den ... Exil-Flügel des ANC eingeschlossen.*" („Neue Züricher Zeitung (NZZ)", 25.3.76).

Das Ziel dieser „Einladung" ist klar. Er will Zeit gewinnen (s.o.) und hofft durch eine englische Beteiligung wieder schwarze „Gesprächspartner" zu finden, die bereit sind, das Spiel und die Täuschungsmanöver der Imperialisten mitzumachen.

Dieser Spielball wurde auch sofort von Sambias Präsident Kaunda aufgenommen: Die rhodesische Regierung soll von einer englischen Exekutive übernommen werden. Ihr sollen alle rassischen Gruppierungen des inneren und äußeren ANC unterstehen (nach „Jeune Afrique", 19.3.76). Während auf der einen Seite gerade Kaunda radikale Sprüche klopft – „*das Smith-Regime kann nur noch durch Gewalt gestürzt werden*" – macht seine Forderung an die Imperialisten klar, auf wessen Seite er steht!



Auch Frauen werden in der faschistischen Armee zu Killern ausgebildet!

Denn für die schwarze Mehrheit und die Befreiungskämpfer steht fest, daß es nur darum gehen kann, den bewaffneten Kampf zu verstärken, bis zur völligen Unabhängigkeit. Die algerische Zeitung ‚El Mouhajid' stellt richtig fest, „*daß Kaunda durch seine Forderung an die britische Regierung einmal mehr sehr deutlich zeigt, daß er immer mehr ins Lager der Feinde Afrikas schwenkt.*" (30.3.76).

Kaundas Politik war es auch, die die Konferenz der vier Präsidenten (Tansania, Mosambik, Botswana und Sambia) Ende März zum Scheitern brachte, in der es um eine gemeinsame Linie in der Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe ging. Während er die Lösung in die Hände der Imperialisten und Faschisten legen will, vertreten Nyere (Tansania) und Machel (Mosambik) die richtige Auffassung, daß der Kampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt werden muß und England als ehemalige Kolonialmacht hierbei nichts zu suchen hat (siehe Machel-Interview).

Als erfreulich ist auch die Meldung der „Jeune Afrique" vom 19.3.76 zu beurteilen, nach der Militante der ZANU und der ZAPU einen gemeinsamen Militärrat gebildet haben. Dieser soll die Aufgabe der Koordinierung und Anleitung des Befreiungskampfes wahrnehmen!

Interessant ist auch die Meldung, nach der ein leitender Kader der ZAPU zur ZANU übergetreten ist. Seiner Meinung nach hat die Führung der ZAPU – deren Präsident Nkomo bis vor kurzem die Gespräche mit dem Faschistenchef geführt hat – das Volk von Zimbabwe mit ihrer bisherigen Politik an der Nase herum geführt. (nach „Afrique Asie", 5.4.76). •

Afrika-Kommission

Wo der Imperialismus regiert

Französischer Kolonialterror in Djibouti

Die letzte Phase der Kolonialherrschaft Frankreichs in Afrika zeigt in Djibouti die Kolonialherrn in all der Brutalität und Menschenverachtung, die die gesamte Kolonialepoche in Afrika stets gekennzeichnet hat.

Um die rapide wachsende Sympathie der Bevölkerung mit der FLCS (Befreiungsfront für die somalische Küste) und der halblegalen LPAI (Liga für afrikanische Unabhängigkeit) zu brechen, haben die französischen Imperialisten ihre mit Jagdbombern und Hubschraubern ausgerüsteten Soldaten und Fremdenlegionäre um weitere 800 Mann auf ca. 6.000 (bei einer Bevölkerung von 150.000 Menschen) erhöht. Das politische Ziel der französischen Kolonialisten ist eine „Unabhängigkeit" Djiboutis unter ihrer Marionette Ali Aref, zu diesem Zweck soll der Kampf um eine wirkliche Unabhängigkeit durch tagtäglichen willkürlichen Terror gegen die einheimische Bevölkerung in die Resignation getrieben werden.

In den letzten Monaten sind in Djibouti von den Kolonialfaschisten mindestens 600 Menschen verschleppt worden. Mit ihren Haustieren wurden sie in eine öde Wüsten- und Steingegend getrieben, wo sie in Elendsunterkünften dahinvegetieren, zwischen verrosteten Autowracks und sonstigem Schrott, umgeben von Hügeln, auf denen die Knochen ihrer verendeten Haustiere bleichen. Französische Hubschrauber kontrollieren regelmäßig diese KZ-ähnlichen Elendsviertel um Bal Bali, das 16 km vor der mit elektrisch geladenen Zäunen umgebenen Stadt Djibouti

Elendsviertel um Bal Bali, das 16 km vor der mit elektrisch geladenen Zäunen umgebenen Stadt Djibouti

liegt.

Die Kolonialfaschisten begründen ihre Zwangsdeportationen mit der lapidaren Feststellung, die Betreffenden hätten keine „Pässe" gehabt! ... Nun muß man aber wissen, daß von den 150.000 in Djibouti Lebenden nur 12.000 einen Paß besitzen, ganze 600 davon sind Frauen. Alle anderen sind daher Freiwild für die französischen Soldaten. Der Grund für diese Maßnahme ist klar: Ohne Paß sind die übrigen 138.000 „Ausländer", die kein Recht zu wählen, zu arbeiten, in Djibouti zu leben haben und deren Kinder nicht befugt sind, Schulen in Djibouti zu besuchen. Seit 1967 ist es in Djibouti kaum noch möglich, einen Paß zu bekommen, erst recht nicht für die zwischen 1942 und 1948 Geborenen. Auf diese Weise vorenthalten die Kolonialisten dem übergroßen Teil der Bevölkerung ihre elementarsten Rechte und sichern immer wieder auf's Neue die „Wahl" der Marionette Aref.

Der Druck der Bevölkerung gegen die französische Besatzung und Aref ist inzwischen so stark, daß einige der Getreuen Arefs es vorgezogen haben, sich von ihm zu distanzieren. Einer der ehemaligen Minister meinte gar: *„Wenn Aref bleibt, gibt es möglicherweise ein anderes Angola"*.

Die politischen Versammlungen der LPAI werden nahezu tagtäglich gestört, obwohl die Partei „offiziell" zugelassen ist. Begründung: *„Es ist verboten, mit mehr als fünf Personen zusammen zu sein"*. Und es ist nicht selten, daß die Versammlungen von den Fremdenlegionären wie folgt bedroht werden: *„Wenn ihr nicht das Licht ausmacht, werden wir euch alle niederschießen (we'll machine-gun you all down)"*.

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die Volkswut in Djibouti in militanten Aktionen ge-

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die Volkswut in Djibouti in militanten Aktionen ge-

gen die Kolonialfaschisten aus Frankreich entlädt. Bereits heute schätzt der Korrespondent von „Africa", daß ca. 80% der Bevölkerung mit LPAI und FLCS sympathisieren (alle Informationen aus „Africa", März 76).

Afrika-Kommission



Französische Truppen auf Patroville in Djibouti

Zaire
Das Volk hungert – Mobuto in Privatvilla am Genfer See

Sese-Seko Mobutu, Präsident von Zaire, ist mal wieder mit seinem Privatflugzeug in Genf eingetroffen. Er will sich hier einer seiner Routineuntersuchungen in einer der luxuriösen schweizer Privatkliniken unterziehen und dabei auch ein paar Tage in seiner Villa am Genfer See (!) verleben.

Nichts außergewöhnliches?

Ja und Nein. Ja, insofern, als das zairische Volk aufgrund der imperialistischen Ausplünderung kaum noch über Lebensmittel verfügt und Mobutu seine reaktionären Verbindungen zum südafrikanischen Rassisten-Regime RSA benutzte, um durch deren Lebensmittellieferungen (Gesamtwert – nicht nur RSA – 200 Mio. Dollar) den völligen Zusammenbruch kurzfristig abzuwenden und sich noch weiter in die (selbstgewählte) Abhängigkeit der RSA zu begeben. Unter diesen Umständen ist es allerdings ein ungeheurer Zynismus, wenn der Präsident eines solchen Landes in dieser Situation in Saus und Braus lebt, Privatvillen mit Privatflugzeugen in exklusiven Ländern des Imperialismus besucht und seine parasitäre Gesundheit von den Hofärzten der internationalen Bourgeoisie „überprüfen" läßt.

Nicht ungewöhnlich ist dieses Verhalten jedoch bei Kompradoren wie Mobutu, deren ganze Existenz ja nichts anderes bedeutet, als die verlängerte neokolonialistische Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes.

Hoffen wir, daß die Volkskämpfe in Zaire Mobutus Gesundheitskontrollen in Genf bald überflüssig machen werden ...

Afrika-Kommission

Sambia
Verhaftungen wegen MPLA-Solidarität

Uns liegt ein Flugblatt von sambesischen Studenten vor, die zur Zeit in London studieren, das über die Verhaftungen in Sambia wegen MPLA-Solidaritäts-Demonstrationen im Februar '76 informiert. Demnach fanden am 15. Januar Demonstrationen der Studenten der Universität von Sambia (Lusaka) zur Unterstützung der MPLA statt. Knapp zwei Wochen später rief Präsident Kaunda den „Ausnahmezustand" aus. In den darauffolgenden Tagen wurden maßgebliche Führer der MPLA-Solidaritätsaktion verhaftet. Darunter namhafte Dozenten der Soziologie und politischen Wissenschaften, teilweise aus dem Ausland: Italien, Holland und England. Auf die Verhaftung von Lionel Cliffe aus England, Herausgeber einer bedeutenden marxistischen Zeitschrift für politische Ökonomie in Afrika, reagierten die Studenten mit Streik. Daraufhin wurde die Universität fast ganz geschlossen und weitere Dozenten und Studenten verhaftet.

Den Gefangenen wurde teilweise 40 Stunden lang das Essen und Trinken verweigert. Sie durften nicht die Anwälte informieren. Darüber hinaus werden sie in strenger Isolationshaft ohne Lesestoff gehalten. Ihnen wird von Regierungsseite vorgeworfen, sie seien *„bezahlte Agenten einer ausländischen Macht"* (nämlich des „Sowjetimperialismus"). Die Studenten betonen in ihrem Flugblatt, daß dies natürlich völliger Unsinn ist. Sie weisen daraufhin, daß neben dem Widerstand gegen die reaktionäre Außenpolitik Kaundas auch wirtschaftliche Gründe für die Ausrufung des „Ausnahmezustandes" verantwortlich sind: Die wirtschaftliche Krise soll voll auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Einen Tag nach Ausrufung des Ausnahmezustands wurde der Preis für das Grundnahrungsmittel Maismehl verdoppelt!

Afrika-Kommission

Zentralafrikanische Republik: Tyrann entkam Attentat

Zentralafrikanische Republik: Tyrann entkam Attentat

Am 14. Februar wurden, wie erst jetzt bekannt, acht Teilnehmer des mißglückten Putschs gegen den Faschisten Bokassa hingerichtet. Die „Süddeutsche Zeitung" vom 5.2. vermutete hinter diesem Attentat *„progressive Kräfte in der Armee und der paramilitärischen Gendarmerie"*.

Bereits in den Jahren 1969 und 1974 entkam Bokassa nur knapp Anschlägen auf sein Leben. Die Hintergründe dieser Attentate braucht man nicht lange zu suchen:

Bokassa ist einer der übelsten Kompradoren in Schwarzafrika, er regiert das Land von einem Renaissance-Schloß (!) aus im Stil eines mittelalterlichen Tyrannen.

Einbrechern werden bei den ersten Vergehen die Ohren abgeschnitten, beim dritten Mal eine Hand abgeschlagen und beim vierten Mal hingerichtet. Wer in den Verließen Bokassas eingelocht worden ist, hat nur wenig Chancen, das Tageslicht wieder zu erblicken. Die „Sicherheitskräfte" sind dafür bekannt, daß sie in vielen Fällen die Gefangenen so schwer mißhandelt haben, daß diese ihren Verletzungen erlagen.

Bokassa hat sich 1972 zum Präsidenten auf Lebenszeit „wählen" lassen und vereinigt in seiner Person die Ministerämter für Verteidigung, Landwirtschaft, Handel, Luftfahrt, Minenwirtschaft, Industrie, Öffentliche Dienste und „soziale Sicherheit" ...

1966 durch einen Putsch an die Macht gekommen (sein Vorgänger wollte den Einfluß der reichen Plantagenbesitzer eindämmen) verkündete Bokassa demagogisch: *„Die Stunde der Gerechtigkeit hat geschlagen, die Bourgeoisie wird beseitigt. Eine Ära der Gleichheit aller Bürger hat begonnen"* („ND", 2.1.66).

Die *„Ära der Gerechtigkeit"* hat nur für Bokassa und die korrupte Bürokratie selbst geschlagen: Allein die Hälfte der Staatsausgaben werden nur für die Verwaltung aufgewandt, der luxuriöse Lebensstil Bokassas ist legendär. Von den relativ hohen Einkommen des Staates durch Diamanten, Kaffee und Baumwolle hat die Masse der armen Bauern (85% Landbevölkerung) so gut wie keinen Nutzen. Mit den ehemaligen französischen Kolonialherren unterhält Bokassa die besten Beziehungen. Nach einem „Flirt" mit den USA und der Schweiz hat Bokassa zusammen mit französischer Mehrheitsbeteiligung eine Urangesellschaft gegründet (geschätzte Vorkommen: mindestens 10.000 t!). Für die Erlaubnis zur hemmungslosen Ausbeutung der Bodenschätze der ZAR revanchiert sich Frankreich durch hohe Zuschüsse zum Staatshaushalt (ca. zehn Prozent des Budgets), die vor allem Bokassa persönlich zugute kommen. Die engen Bindungen Bokassas an die französischen Imperialisten werden ergänzt durch ebensogute Beziehungen zum faschistischen Regime der RSA (Südafrika). Bereits jetzt hat die RSA in der Zentralafrikanischen Republik über 250 Mio. Dollar investiert, sie hat sich darüber hinaus sofort bereit erklärt, eine von Frankreich projektierte Eisenbahnlinie zu finanzieren, die die ZAR mit Kamerun und dem Atlantischen Ozean verbinden soll. So nimmt es nicht wunder, daß Bokassa in Afrika einer der Vorreiter der sogenannten „Dialog"-Politik gegenüber der RSA ist. Besonders enge außenpolitische Freunde hat Bokassa daher in Zaire und Uganda ...!(Informationen nach „Africa", März 76 und „Herald Tribune", 22.10.76).

Afrika-Kommission

RSA-Minister in der Elfenbeinküste

Nachdem der Sieg der MPLA die revolutionären Kräfte im südlichen Afrika erheblich gestärkt hat, ist auch die afrikanische Reaktion nicht untätig, sich auf diese Situation neu „einzurichten". Am 22.2. besuchte der RSA-Informationsminister Mulder die Elfenbeinküste, um gemeinsam mit Houphouet-Boigny (Ministerpräsident und reichster afrikanischer Pflanzer) *„über die Lage im südlichen Afrika zu sprechen. (...) Er setzt die Entspannungspolitik Südafrikas (?) mit den schwarzafrikanischen Staaten fort. Er wurde von seinem Amtskollegen in der Elfenbeinküste, Fologor, empfangen, der letzten September Südafrika besucht hat"* („Radio Johannesburg", RSA, 22.3. nach „Monitor-Dienst").

Der rege Ministeraustausch mit der RSA charakterisiert treffend die Politik der herrschenden Kreise der Elfenbeinküste, repräsentiert durch Houphouet-Boigny, als eine der klassichen Knotenpunkte des (französischen) Imperialismus in Afrika. Schon vor der Unabhängigkeit der französischen Kolonien in Westafrika, trat Houphouet als Vertreter der nationalen Pflanzerbourgeoisie mit De Gaulle in intensive Verhandlungen, um den Weg in den Neokolonialismus abzusichern. Mit der Ausnahme Guineas (Sekou Toure) gelang dies weitgehend. Später faßte Houphouet-Boigny die pro-imperialistischen Staaten Afrikas in der reaktionären Konferenz der „Monrovia-Staaten" zusammen, die nach der Gründung der OAU (1963) dafür Sorge trugen, daß der Einfluß des Imperialismus auf die afrikanische Politik ungebrochen blieb.

Die einschlägigen Erfahrungen Houphouet-Boignys bei der Installierung von Kompradoren-Regimen will nun auch die französische Marionette in **Djiboute, Aref** nutzen, der schon jetzt fordert, daß die französischen Truppen auch nach einer „Unabhängigkeit" in Djibouti stationiert bleiben müßten. Aref traf am 16.3. in der Elfenbeinküste mit Houphouet-Boigny zusammen, da er den *„klugen Rat des afrikanischen Führers, der ihm bei der Entkoloniolisierung des Gebiets helfen soll"* suche. Im weiteren will Aref mehrere profranzösiche Staaten, darunter den Senegal, besuchen, um gemeinsam mit diesen Kompradoren zu überlegen, wie er seinen wackeligen Stuhl in Djibouti retten kann (nach „Monitor-Dienst", 19.3.).

Um der Elfenbeinküste bei dieser für die Imperialisten höchst nützlichen Politik wirtschaftlich *„den Rücken freizuhalten"* und weitere Möglichkeiten des Kapitalexports in die Elfenbeinküste zu prüfen, bereist gegenwärtig eine Mission des Europäischen Entwicklungsfonds und der Europäischen Investitionsbank die Elfenbeinküste. („AFP", 22.3.).

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zusammenarbeit zwischen Tschad und Zentralafrikanischer Republik

In Afrika rücken die Kompradoren enger zusammen. Der Diktator der ZAR, Bokassa, empfing den Staatschef des Tschad, General Malloum zu einem zehntägigen Besuch.

Die beiden Länder, derzeit zum äußersten rechten Flügel in der afrikanischen Politik zählend, vereinbarten weitgehende Kooperationsabkommen. So in den Bereichen Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Landwirtschaft, Viehzucht und auf dem Sektor der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit. Außerdem unterzeichneten die beiden Marionetten des französischen Imperialismus ein Abkommen zur gegenseitigen administrativen Unterstützung. Die gemeinsame Verurteilung von Kolonialismus, Neokolonialismus und Apartheid muß angesichts der konkreten Politik dieser Länder als zynische diplomatische Pflichtübung aufgrund des veränderten Kräfteverhältnisses in Afrika beurteilt werden. Real ist die ZAR neben der Elfenbeinküste eine der besten „Verbündeten" der RSA in Schwarzafrika (nach „Monitor-Dienst" vom 19. 3. 76).

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Unterstützung der äthiopischen Reaktion durch Ägypten

Am 19.3. reiste eine hohe äthiopische Regierungsdelegation unter der Leitung von Außenminister Wodajo zu einem fünftägigen Besuch nach Ägypten, um ein Wirtschafts- und Kulturabkommen zu unterzeichnen („Monitor-Dienst", 24. März). Diese engen Kontakte der ägyptischen Sadat-Regierung zu einem Regime, das gegenüber dem eritreischen Volk den Völkermord praktiziert, zeigen einmal mehr, auf welcher Seite in Afrika Ägypten dieser Tage zu suchen ist. Die massive Rechtsentwicklung der ägyptischen Politik hat sich auch gegenüber der MPLA niedergeschlagen, die von Ägypten als einer der letzten Staaten Afrikas anerkannt wurde.

Die nun unternommene Stärkung des äthiopischen Militärregimes bedeutet zugleich auch die Unterstützung der Kräfte, die eine weitere Anwesenheit der französischen faschistischen Kolonialtruppen in Djibouti fordern und den Unabhängigkeitskampf in diesem Gebiet offen sabotieren.

Wie weit ist diese Außenpolitik Ägyptens von der eines Nassers entfernt, der Anfang der sechziger Jahre als Mitglied der anti-imperialistischen „Casablanca-Staaten" noch die Verurteilung der UNO-Truppen im Kongo forderte, die im Auftrag des US-Imperialismus wesentlich am Sturz und der Ermordung Lumumbas beteiligt waren.

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.000 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Demokratische Republik Madagaskar

Kurs auf Unabhängigkeit!

Anläßlich der jüngsten, wichtigsten Entscheidung der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) bezüglich der Anerkennung der MPLA-Regierung in Angola und der Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (Frente POLISARIO) gehörte bei beiden Fragen Madagaskar von der ersten Stunde an zur Fraktion der fortschrittlichen Staaten Afrikas. Gegenüber der Frente POLISARIO war Madagaskar sogar der erste Staat, der die legitime Vertretung der Sahauris diplomatisch anerkannte. Dies war – auf außenpolitischem Gebiet – der bisherige Höhepunkt einer sich seit '72 kontinuierlich entwickelnden Linkswendung in Madagaskar, die sich innenpolitisch in der Ende '75 proklamierten „Charta der madagassischen sozialistischen Revolution" manifestierte.

Die nachfolgend beschriebenen Bestrebungen Madagaskars, sich aus der neokolonialen Dominanz der alten Kolonialmacht Frankreich zu befreien, sind Teil des sich verändernden Kräfteverhältnisses im gesamten südlichen Afrika, und heute ist absehbar, daß die Existenz der Volksdemokratien Mosambik und Angola, sowie der nahende Zusammenbruch der rhodesischen Faschisten diese Bedingungen verbessert haben.

Auch wenn es angesichts der spärlichen Informationen immer schwierig ist, festzustellen, inwieweit eine mehr antiimperialistische Politik direkt auf die Lebensbedingungen der Massen durchschlägt bzw. von der „nationalen Bourgeoisie" absorbiert wird, so kann doch klar festgestellt werden, daß die Aussage der madagassischen Regierung: *„Unsere gesellschaftliche Entwicklung wird auf den Grundsätzen der sozialistischen Demokratie, der Beseitigung aller Formen der sozialen Ungerechtigkeiten beruhen"* weit mehr bedeutet, als die bekannten Lippenbekenntnisse der afrikanischen Kompradoren.

Unabhängigkeit nach dem Geschmack der französischen Imperialisten

Die Insel Madagaskar vor der Ostküste Afrikas hatte für den französischen Kolonialismus neben der wirtschaftlichen Auspressung vor allem auch strategischen Wert. Schon vor der Besetzung durch die französische Kolonialarmee 1869 benutzten die Engländer und Holländer die Insel als Stützpunkt für ihren Sklavenhandel. Durch die Befreiung Mo-
ten die Engländer und Holländer die Insel als Stützpunkt für ihren Sklavenhandel. Durch die Befreiung Mo-
sambiks wird die strategische Bedeutung Madagaskars natürlich noch um ein Vielfaches erhöht.

Wie in allen „seinen" afrikanischen Kolonien hat der französische Imperialismus auch in Madagaskar eine bluttriefende Spur hinterlassen. Noch nach dem 2. Weltkrieg (1948) endete eine Rebellion der madagassischen Massen mit der Ermordung von über 100.000 (!) Menschen (damit waren fast zwei Prozent der Bevölkerung ausgerottet!). 1960 entließ der französische Imperialismus die Insel dann in eine „Unabhängigkeit" neokolonialen Zuschnitts.

Eine Präsidialdiktatur unter dem Sozialdemokraten (!) Tsiranana wurde installiert, die sofort einen engen „Zusammenarbeitsvertrag" mit Frankreich abschloß, der der französischen Bourgeoisie weiterhin alle Freiheiten garantierte. Madagaskar blieb weiterhin der Franc-Zone angeschlossen. Die Geld- und Kredit-Politik wurde weiter von Frankreich bestimmt, da die entsprechenden Institute Tochterunternehmen französischer Banken mit entscheidender staatlicher Beteiligung waren. Der Außenhandel lag größtenteils in den Händen einiger französischer Handelsgesellschaften. Im Binnenhandel stützten diese sich wesentlich auf die indischen und chinesischen Kleinhändler und beherrschten somit den gesamten Handel auf der Insel. Schiff- und Fluglinien wurden von Frankreich aus geregelt.

Französischen Firmen gehörte das gesamte Elektrizitätswesen, sie kontrollierten die Wasserwirtschaft, 90% der Landwirtschaft lag in den Händen von ausländischen Plantagenbesitzern.

Die rund 4.000 Mann starke Armee wurde von französischen Offizieren ausgebildet, die mehr als doppelt so starke Polizei ebenfalls. Frankreich unterhielt weiter den Militärstützpunkt Diego-Suarez, auf dem mehrere tausend Fremdenlegionäre stationiert waren.

Daß diese nicht „nutzlos" auf Madagaskar herumliefen, zeigt sich an allen Einsätzen gegen die Revolten der Bevölkerung, die brutal unter der Leitung französischer Offiziere niedergeschlagen wurden. So z.B. ein Bauernaufstand in der nördlichen Provinz Tulear (durchschnittliches Jahreseinkommen: 150 DM) 1971, bei dem 45 Menschen getötet und 847 verhaftet wurden („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 17.4.71). Nach dem Aufstand wurden hunderte von Bauern in andere Provinzen zwangsumgesiedelt.

Das alles, wohlgemerkt, unter dem Zepter des „Sozialdemokraten" Tsiranana, der damals enge Kontakte zur französischen Sozialistischen Partei (PS) des Francois Mitterrand pflegte und sich *„auch gerne von den Männern der bundesdeutschen Friedrich-Ebert-Stiftung über sozialdemokratische Politik beraten ließ"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 16. 5.72).

Zu Ehren des Präsidenten wurde damals sogar die Trägerorganisation der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madagaskar in „Fondation Philibert Tsiranana" umgetauft!!

Auch der Umfang der „Waffenhilfe" seitens der SPD-Regierung an



Tsiranana ließ nicht zu wünschen übrig. Das „Hilfsprogramm" in Höhe von etwa 25 Mio. DM war für den Aufbau eines Küstenschutzes bestimmt. Es wurden fünf Küstenwachboote geliefert, deren Besatzung beim 2. Marineausbildungsbataillon in Flensburg ausgebildet wurden.

Auch Tsiranana war es, der seit 1968 erste Kontakte zum südafrikanischen Rassistenregime knüpfte und ein ständiges Komitee für Handelsbeziehungen errichtete. Massen von weißen Faschisten sonnten sich in ihrem Urlaub in südafrikanischen Hotels an madagassischen Küsten. Auch den strategischen Interessen der südafrikanischen Rassisten sollte Genüge getan werden: An der madagassischen Küste bei Narinda plante die faschistische Republik Südafrika (RSA) den Bau eines riesigen Tiefseehafens für Tanker.

1972: Tsiranana wird weggefegt!

Im April '72 begann an den Universitäten Madagaskars ein ausgedehnter Streik für die Zusicherung von Arbeitsplätzen (nur 20% der Studenten fanden zu der Zeit einen Arbeitsplatz nach ihrem Studium!), Lehrgeldfreiheit und Aufkündigung der madagassisch-französischen Zusammenarbeit.

Trotz der sofortigen Verhängung des Ausnahmezustands und des brutalen Vorgehens der regulären Truppeneinheiten dehnte sich der Protest schnell auf die ganze Insel aus. Bei einer militanten Massendemonstration erschossen die Truppen mindestens 50 Studenten, 375 Demonstranten wurden verhaftet und auf eine Insel verfrachtet.

Die Gewerkschaften riefen daraufhin den Generalstreik aus, der in fast allen Betrieben befolgt wurde. Über 100.000 Menschen in der Hauptstadt konnten auf dem Höhepunkt der Kämpfe nur wenige hundert Meter vor dem Präsidentenpalast an dem Sturm desselben gehindert werden. Autos, Radio-Stationen und das Stadthaus in Tananarive gingen in Flammen auf – trotz Einsatz von Scharfschützen und der regulären Truppen. Tsiranana war gezwungen, zurückzutreten und die Regierung an einen „gemäßigten" Militär, General Ramanantsoa zu übergeben. Der 18. Mai wird seitdem als Nationalfeiertag in Madagaskar gefeiert!

Ramanantsao mußte sämtliche Forderungen der Gewerkschaften – Freilassung aller an den Demonstrationen beteiligten politischen Gefangenen, baldige Rückkehr zu einer zivilen Regierung und volle Lohnzahlung für die Streikzeit akzeptieren.

Kurs auf Unabhängigkeit!

Seit dem Sturz des Tsiranana-Kompradorenregimes ist eine kontinuierliche Linksentwicklung der madagassischen Innen- und Außenpolitik feststellbar. Gleichzeitig signalisiert die Tatsache von zwei Regierungsstürzen seit '72, daß es um den Grad der antiimperialistischen Politik Madagaskars heftige Widersprüche unter den Herrschenden gibt.

Sämtliche Devisentransaktionen wurden 1972 unter Regierungskontrolle gestellt, die Löhne und Gehälter um zehn Prozent angehoben, die Bauern von der Kopf- und Ochsensteuer befreit und der Reishandel verstaatlicht. Ab sofort wurde jeglicher Dialog und sämtliche Verträge mit dem Apartheid-Regime der RSA abgebrochen. Der Außenminister überreichte stattdessen dem OAU-Befreiungskomitee 300.000 tans. Schilling für den anti-imperialistischen Befreiungskampf. Es erfolgten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und zur VR China und der Abbruch sämtlicher Beziehungen zu Taiwan. Im August '73 trat Madagaskar aus der „Ocam" aus, einer zahlreiche französisch-sprachige Länder Afrikas umfassende Organisation, die der Imperialismus zur „Zusammenarbeit" gegründet hatte. Die Lösung des Zusammenarbeitsvertrages mit Frankreich wurde angekündigt, mit dem Ziel, einen neuen, weniger abhängigen Vertrag auszuhandeln.

Während der ganzen Zeit hatte die neue madagassische Regierung mit reaktionären Umtrieben zu kämpfen. Etwa einen Monat nach dem endgültigen Rausschmiß aller französischen Truppen aus Madagaskar wurde der 2. Regierungschef, Oberst Ratsimandrava sechs Tage nach seinem Amtsantritt am 12.2.1975 bei einem Attentat ermordet.

Die Mörder, Einheiten der von israelischen und BRD-„Experten" aus-
einem Attentat ermordet.

Die Mörder, Einheiten der von israelischen und BRD-„Experten" aus-
gebildeten Sicherheitspolizei FRS (Force républicain et sécurité), verbarrikadierten sich in einer Kaserne, die wenige Tage später von Armee-Einheiten gestürmt wurde. Ein anderes Lager der Putschisten war schon vorher stundenlang von Flugzeugen bombardiert und von Panzern beschossen worden (nach „NZZ", 14.2.75). Über 300 Putschisten konnten verhaftet werden, unter ihnen zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, u.a. der Generalsekretär Resampa, sowie der ehemalige Staatschef Tsiranana höchstpersönlich.

Im Juli '75 wurde der fortschrittliche ehemalige Außenminister Ratsiraka zum neuen Staats- und Regierungschef ernannt. Als erste Maßnahme verfügte er die Verstaatlichung aller Banken und Versicherungsgesellschaften. Offensichtlich bemüht sich der neue Regierungschef weitaus stärker um die Mobilisierung der Massen. Er begann mit einer Rundfunkserie, um die neue Regierungskonzeption zu erklären, die *„Charta der sozialistischen Revolution"*: Einführung eines Außenhandelsmonopols, Bildung von Staatsgesellschaften aus Industrie und Landwirtschaftsbetrieben zur Entwicklung einer starken einheimischen Industrie, einschließlich der Schwerindustrie. Komitees der Arbeiter sollen dabei in den Betrieben an der Führung beteiligt werden. Auf dem Land soll die traditionelle „Fokonolona" (alte Dorfgemeinschaft) zu Kooperativen weiterentwickelt werden. Die Bodenschätze werden zum Eigentum der Republik erklärt, ihr Abbau und Export soll unter strikte Kontrolle gestellt werden. Die antiimperialistische und antirassistische Außenpolitik soll fortgesetzt werden.

Daß diese neue „Charta" nicht aus leeren Sprüchen besteht, hat die Regierung zumindest außenpolitisch in der Anerkennung der VR Angola und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara bewiesen! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

asien aktuell

Thailand: Rechte in die Regierung gebombt

Nachdem vor einigen Wochen das thailändische Parlament nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen um Reispreiserhöhungen und den Abzug der US-Truppen aufgelöst worden war, fanden am 4. April Neuwahlen statt. Die Wahlen brachten, wie nicht anders zu erwarten, einen Sieg der Reaktion: Der Block der rechten Parteien hat im neuen Parlament 254 von 279 Sitzen inne. Im einzelnen sind das die rechte „Demokratische Partei" (unter Führung von Seni Pramoj, dem Bruder des bisherigen Preminierministers Kukrit Pramoj) die mit 117 Sitzen Hauptgewinner der Wahl ist, die „Thailändische Volkspartei" mit 55 Sitzen, die „Soziale Aktionspartei" mit 46 Sitzen, die „Soziale Gerechtigkeitspartei" mit 27 Sitzen und weiter kleinere Parteien, die ebenfalls rechts angesiedelt sind.

Dieses Ergebnis ist trotz breiter antiimperialistischer Massenkämpfe in der jüngsten Zeit nicht weiter verwunderlich, da ohnehin bis auf wenige Ausnahmen nur rechte Parteien zur „Wahl" standen. Lediglich die beiden „sozialistischen" Parteien, die keinen Sitz im Parlament erreichten, und die liberale „New Force Party", die drei von bisher zwölf Sitzen erreichte, waren zur Wahl zugelassen. **Die Kommunistische Partei Thailands ist verboten! Andere linke Gruppen konnten nicht kandidieren!**



„Yankee verschwinde!" Ein Plakat der thailändischen Antiimperialisten verlangt den Rausschmiß der US-Truppen

28 Provinzen stehen nach wie vor unter Kriegsrecht, das heißt, Militär und Polizei haben uneingeschränkte Machtbefugnis. Während des gesamten Wahlkampfes waren Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch faschistischer Militärs Tagesthema in Bangkok! 1973 war die Militärregierung unter Thanom Kittikacharon im Verlauf einer Studentenrebellion gestürzt worden. Seitdem arbeiteten die Militärs daran, mehr Einfluß auf die Regierung zu bekommen, *„Das Wahlergebnis zeigt nun, daß die Militärs gar keinen Putsch brauchten: statt dessen gaben ihnen die Wahlen eine willkommene Gelegenheit, auf legale Weise an die Schaltstellen der Politik zurückzukehren"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", – „FAZ", 6.4.76) (Die Thailändische Volkspartei" gilt als *„der politische Arm der Militärs"* („FAZ", 6.4.76); ihr Vorsitzender ist ein ehemaliger General-Major).

Ein weiterer Grund für der Wahlsieg der Reaktion ist in der Bomben- und Terror-Kampagne zu sehen, die sie während des Wahlkampfes praktizierte.

Bomben und Terror, das ist der „Wahlkampf" der Reaktion

Die Reaktionäre und Faschisten (im wesentlichen paramilitärische Organisationen wie „Nawapol" und „Red Bulls", deren Drahtzieher in Kreisen von Polizei und Militär zu suchen sind) wollten die demokratische Opposition regelrecht aus dem Wahlkampf rausbomben.

Während des Wahlkampfes wurden mindestens 40 Menschen von faschistischen Mördern ermordet, darunter der Vorsitzende der „Sozialistischen Partei", Boonsanong Punjodhyanna.

Die Faschisten warfen in eine Wahlveranstaltung der liberalen „New Force Party" eine Granate. Zehn Menschen wurden getötet, 23 verletzt. („Newsweek", 5.4.76) In eine Demonstration, die sich gegen die Anwesenheit von US-Truppen in Thailand richtete, warfen sie Handgranaten. Acht Menschen starben, 82 wurden verletzt. („Neue Zürcher Zeitung", 21.3.76). Ein Studentenführer wurde mit einer Handgranate ermordet und in eine Bangkoker Schule (!) warfen Faschisten drei Plastikbomben. („Newsweek", 5.4.76)!

Die Aufstellung ist keineswegs vollständig. Mord und Terror der Faschisten waren besonders zu Zeiten des Wahlkampfes an der Tagesordnung. Der Terror gegen die Landbevölkerung kam in der bürgerlichen Presse überhaupt nicht zum Ausdruck. Jedoch ist bekannt, daß allein im zweiten Halbjahr 1975 27 Bauernführer von Faschisten ermordet wurden!

Die Auswirkungen dieses Terrors liegen auf der Hand. Totale Einschüchterung der bürgerlich-demokratischen Opposition (Liberale und „Sozialisten"), Ermordung ihrer Führer, Wahlkampfbehinderungen aller Art. Wen wurdert es, daß im Fernsehen

Forts. Seite 30

FORTSETZUNG VON SEITE 29

menschenleere Kundgebungen der liberalen „New Force Party" zu sehen waren? ...

Der Wahlkampf der Reaktion lief nach einem einfachen Muster. Die gesamte Opposition wurde als „blutrünstig" dargestellt. Plakate zeigte fast immer mordende Kommunisten und das Emblem, Hammer und Sichel. Einen Höhepunkt erreichte diese Wahlpropaganda mit der Lüge, daß die Demokratische Republik Vietnam mehrere hundert Kämpfer nach Thailand geschickt habe (siehe dazu auch AK 77). Diese Beschwörung der „bolschewistischen Gefahr" ist den Nazi-Faschisten und den kalten Kriegern der CDU/CSU nachempfunden.

Neben dieser ungeheuer verstärkten Repression zu Zeiten des Wahlkampfes sind auch weiter Methoden der Reaktion zur „Wählerbeeinflussung" bekannt geworden. „*In ländlichen Gegenden wird der Stimmenkauf zum Teil auf direktem Weg gehandhabt. Durchschnittspreis für eine Stimme ist gegenwärtig umgerechnet etwa fünf Mark. Es gibt aber auch die subtilere Methode. Eine* (rechte – Anm. AK) *Partei stellt Lastwagen oder Busse, um die Bewohner abgelegener Siedlungen zum Wahllokal zu transportieren. Da die Fahrt lang und die Wege schlecht sind, werden an die Wähler zwischendurch Erfrischungen und Zigaretten verteilt. Schiere Undankbarkeit wäre es da, wenn einer der so Beschenkten für eine andere Partei stimmen würde, als für die, deren ‚Wohltaten' er eingenommen hat.*" („Kurier am Mittag", NDR II, 3.4.76).

Angesichts dieser Tatsachen ist klar, daß die Neuwahlen nichts als eine schmierige brutale Farce sind und keineswegs eine „*Wählerentscheidung*", die wie jubelnd die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb, „*ein klares Mandat an die konservativen, prowestlichen und promilitaristischen Kräfte*" bedeutet (6.4.76).

Soweit bekannt, hat sich die militante Linke und demokratische Bewegung weitgehend aus dem Wahlkampf herausgehalten und sich auf den Kampf gegen die weitere US-Militäranwesenheit konzentriert.

Reaktion will „Ruhe und Ordnung"

Die westdeutsche großbürgerliche Presse erhofft sich von dem Wahlsieg der Reaktion eine Stärkung der rechten Kräfte, die „Ruhe und Ordnung" im Land wiederherstellen sollen. „*Thailand eröffnet sich damit eine neue und kaum erwartete Chance, seinen Weg zur Demokratie weiter zu stabilisieren, wenngleich in der nahen Zukunft mit der Einschränkung der bisher fast grenzenlosen Freiheit* (und das bei 28 Provinzen, die unter Kriegsrecht stehen! – Anm. AK) *zu rechnen ist*" („FAZ", 6.4.76).

Die Versprechungen und Ankündigungen reaktionärer Politiker unmittelbar nach den Wahlen lassen die Imperialisten aller Länder hoffen. Rechtspolitiker Seni Pramoj, Führer der „Demokratischen Partei", „*schloß die Möglichkeit von Neuverhandlungen über ... die geforderte völlige Räumung aller amerikanischen Stützpunkte in Thailand nicht aus*" („Süddeutsche Zeitung", 6.4.76). „*Die neue, rechte Regierung ... wird die USA bitten, 4.000 militärische Techniker zurück nach Thailand zu schicken und ihre Spionage-Stationen wieder in Betrieb zu nehmen*" („International Herald Tribune", 6.4.76)! Der Ex-General Pramarn Adireksan berief nach jüngsten Demonstrationen gegen die US-Truppen im Land eine Sondersitzung des Parlaments ein, auf der er die Verhängung des Kriegsrechts forderte! („FR", 9.4.76)

Das zeigt deutlich, daß die Reaktion versuchen wird, die Repression noch weiter zu steigern, um der antiimperialistischen Massenbewegung das Rückgrat zu brechen.

Die Linke ist nicht geschlagen!

Das Wahlergebnis kann nicht einfach als „Beweis" für die Schwäche der Linken gewertet werden. Wir erinnern uns noch gut, welchen Einfluß der südvietnamesische Faschist Thieu gehabt haben muß, legt man die Ergebnisse der „Wahlen" (regelmäßig über 90 %!) zugrunde. Die Geschichte hat gezeigt, über wie wenig Masseneinfluß das Thieu-Regime verfügte und wie schnell es hinweg gefegt werden konnte.

Daß die thailändische Reaktion versucht, eine reaktionäre Wendung in der Regierungspolitik herbeizuführen, ist nichts neues. Die Frage war nur, ob sie versuchten, diesen Kurs über Wahlen oder gleich einen Militärputsch durchzusetzen.

Die weitere Entwicklung in Thailand ist durch die Parlamentswahlen nicht entschieden. Die antiimperialistische Massenbewegung hat auch während und nach dem Wahlkampf nicht nachgelassen. So war erst kürzlich im ARD-Fernsehen eine Veranstaltung des linken Studentenverbandes NSCT im randvollen Bangkoker Stadion zu sehen, die sich gegen den Verbleib der US-Truppen in Thailand richtete. NSCT und Gewerkschaften mobilisieren schon seit geraumer Zeit gegen die US-Truppenpräsenz. „*So sollen Politiker der Sozialistischen Parteien bereits in die Berge geflüchtet sein, um sich den kommunistischen Freischärlern anzuschließen*" („FR", 9.4.76). •

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

ten Kräfte, die „Ruhe und Ordnung" im Land wiederherstellen sollen. „*Thailand eröffnet sich damit eine neue und kaum erwartete Chance, seinen Weg zur Demokratie weiter zu stabilisieren, wenngleich in der nahen Zukunft mit der Einschränkung der bisher fast grenzenlosen Freiheit* (und das bei 28 Provinzen, die unter

präsenz. „*So sollen Politiker der Sozialistischen Parteien bereits in die Berge geflüchtet sein, um sich den kommunistischen Freischärlern anzuschließen*" („FR", 9.4.76). •

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Südkorea
Verhaftungswellen nach Antifaschistischen Protestaktionen

In der schon mehrfach für Protestaktionen genutzten Kathedrale Myong-dong in Seoul hielten am 1. März über 700 Personen eine Protestversammlung ab. In einer „Erklärung für Demokratie und Befreiung des Vaterlandes" klagten sie die brutale Unterdrückung und ständige Verletzung der Menschenrechte durch das Pak Jung Hi-Regime an. Sie forderten die Aufhebung der „Notverordnung Nr. 9", die jede demokratische Regung in Südkorea verbietet sowie die Freilassung der gefangenen Demokraten und Studenten und die Zusicherung der Freiheit der Rede, der Pressefreiheit und der Versammlungsfreiheit und den Rücktritt der faschistischen Pak Jung Hi-Regierung. Sie bekannten sich ausdrücklich zum Widerstand gegen das bestehende politische System in Südkorea. Die Erklärung wurde unterzeichnet von zwölf bekannten Personen aus Kirche, Politik und Kultur, unter ihnen der ehemalige Präsidentschaftskandidat Kim Dea Jung – bekanntgeworden durch seine gewaltsame Entführung aus dem japanischen Exil nach Südkorea der frühere Außenminister Chong Il Hyong, der ehemalige Präsident Yun Bo Son und andere. Der südkoreanische Geheimdienst KCIA reagierte sofort: Kim Dea Jung, seine Frau, Chong Il Hyong und seine Frau und 23 weitere Personen wurden ohne Haftbefehl festgenommen und mit unbekanntem Ziel abtransportiert (nach „The Pyongyang Times" vom 13.3.76). Unter den Verhafteten befinden sich acht katholische Priester, sieben protestantische Pfarrer, vier aus politischen Gründen ihrer Ämter enthobene Professoren sowie der fast 80-jährige als „Ghandhi von Korea" verehrte christliche Religionsphilosoph Hahm Suk Han.

Trotz der vollständigen Unterdrückung jeder öffentlichen Information über diese Vorfälle kamen am 15.3. mehr als 2.000 Menschen in der Myongdong-Kathedrale in Seoul zusammen, um gegen die brutale und faschistische Repression gegen die Unterzeichner der Erklärung und andere Personen zu protestieren. Redner auf dieser Versammlung kündigten eine Fortsetzung des Widerstandes an, auch wenn der Terror des Regimes sich noch verschärfen würde und auch wenn die Gefangenen getötet werden sollten. Diese Protestversammlung, unterstützt von der katholischen Kirche, ist seit dem Erlaß der „Notverordnung Nr. 9" die größte Widerstandsaktion in Südkorea. – Selbst durch die verschärfte Repression ist es dem faschistischen Pak Jung Hi-Regime nicht mehr möglich, die antifaschistische Bewegung in Südkorea zum Schweigen zu bringen. •

KB/Gruppe Bremen

Kambodscha
Sihanuk macht Platz für die Volksregierung

Anfang April trat der Staatspräsident Kambodschas, Prinz Norodom Sihanuk, von seinem Amt zurück. Gleichzeitig wurde der Rücktritt der 1970 im Exil gegründeten „Königlichen Regierung der nationalen Einheit Kambodschas" (GRUNK) bekanntgegeben. Sihanuk, der Kambodscha bis zu dem faschistischen Militärputsch 1970 regierte, spielte während seiner damaligen Regierungszeit keine sehr rühmliche Rolle. Er fuhr einen stark antikommunistische Kurs und ließ demokratische und kommunistische Menschen verfolgen und in die Gefängnisse sperren. Nach seiner Rückkehr aus seinem Pekinger Exil im September 1975 wurde schnell klar, daß Prinz Sihanuk keine Rolle im Aufbau des volksdemokratischen Kambodscha spielen würde.

Sein Rücktritt macht jetzt den Platz frei für die am 20. März 1976 gewählte Volksversammlung, die die neue Volksregierung Kambodschas bestimmen wird.

Über fünf Jahre hatten die US-Imperialisten einen Aggressionskrieg gegen das kambodschanische Volk geführt, das sich am 17. April 1975 endgültig seine Freiheit erkämpfte. In der Folgezeit sammelten sich vor allem in Thailand alle Sorten von Saboteuren, gestürzten Kapitalisten und Militärs, um Aktionen gegen das befreite Kambodscha vorzubereiten. Trotz der Angriffe der Volksfeinde, von innen und außen, schreitet der Aufbau Kambodschas voran.

Am 5. Januar wurde die neue Verfassung Kambodschas verkündet. Darin heißt es: „*Kambodscha ist ein unabhängiges, einheitliches, friedliches, neutrales, blockfreies, souveränes und demokratisches Land mit territorialer Integrität. Kambodscha ist ein Staat der kamboschanischen Arbeiter, Bauern und anderer Werktätiger. Sein offizieller Staatsname ist Demokratisches Kambodscha.*" Weiter heißt es: „*Die Hauptproduktionsmittel gehören im allgemeinen dem gesamten Volk bzw. den Kollektiven der Volksmassen.*"

Am 20. März wurde die Volksversammlung des Demokratischen Kambodscha gewählt, die aus je 50 Vertretern der Arbeiter und Soldaten und 100 Vertretern der Bauern besteht.

Die Volksversammlung wird jetzt die neue Regierung wählen und damit die Übergangsperiode in Kambodscha abschließen.

In einer der nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPF werden wir über die Entwicklung im wirtschaftlichen Aufbau und über den Kampf gegen volksfeindliche Elemente im Innern und von Außen berichten. •

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frühjahrsoffensive in Japan Kapitalisten wollen Lohnraub

Im März begannen die japanischen Gewerkschaften mit ihrer alljährli-

vor Arbeitslosigkeit rigoros aus. So hielten sie zunächst Lohnerhöhun-

Für König und Vaterland ...

Unter diesem Motto führt die faschistische Terrororganisation NAWAPOL („Nations Arround the World and the Peace of Love") ihre Aktionen gegen Mitglieder linker Gruppen durch.

Gegründet wurde danach Nawapol von einem ehemaligen thailändischen General. Heute wird die Organisation geführt von dem in den USA ausgebildeten Watana Keovimol. Dieser war vorher Berater beim „International Security Operation Command", „*Thailands Koordinierungszentrale für militärische antikommunistische Operationen*" („Newsweek", 5.4.76). Das heißt, daß Nawapol direkt vom thailändischen Militär aufgebaut wurde!

Bezeichnenderweise wurde der Faschisten-Haufen kurz nach dem Sturz der Militärdiktatur 1973 von eben diesem Militär aufgebaut.

Die Terroraktivitäten werden von Faschistenführer Watana offen zugegeben: „*Wenn immer etwas passiert und die Täter gefaßt werden , 90 % der Täter werden Nawapol-Mitglieder sein.* (!!) *Es ist eben so, daß unsere Mitglieder* **immer aktiv gegen die Linken** *kämpfen.*" (ebenda, Hervorhebungen von uns – AK).

Das haben die Faschisten im Wahlkampf bei unzähligen Terroraktionen bewiesen. •

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer ist die Piratenbande?

Nachdem der amerikanische Präsident Ford die vietnamesische Regierung noch vor kurzem als „internationale Piratenbande" beschimpft hatte, wurde jetzt bekannt, daß die US-Regierung mit der Regierung der DRV (Demokratische Republik Vietnam) Kontakt aufgenommen hat. Die USA „vermissen" rund 800 ihrer Söldner, die in Vietnam abgeschossen oder gefangengenommen wurden. Die US-Regierung möchte diese gerne in die USA zurückführen. Doch die vietnamesischen Genossen fordern, daß zuerst Artikel 21 des Pariser Abkommens, der die USA zur Wiederaufbauhilfe des von ihnen zerstörten Landes verpflichtet, erfüllt wird. Der frühere Präsident Nixon hatte der vietnamesischen Regierung bereits 3,25 Mrd Dollar an Wirtschaftshilfe zugesagt. Bis heute hat die DRV noch keinen Dollar davon bekommen.

Nach einer Vietnam-Reise im Januar forderte McGovern, demokratischer Senator, die US-Regierung auf, „*mit Vietnam Beziehungen aufzunehmen, das amerikanische Handelsembargo aufzuheben und den Beitritt Vietnams zu den Vereinten Nationen zu fördern.*" („Süddeutsche Zeitung", 22.3.76)

Wie sich die vietnamesische Regierung das Verhältnis zu den USA vorstellt, wird aus einem Kommunique deutlich, in dem Regeln für das kulturelle Leben erlassen werden. „*Danach ist es zum Beispiel verboten und wird mit Strafe bedroht, das amerikanische Volk zu verleumden, die US-Regierung dagegen darf aber kritisiert werden*" („Südd. Ztg.", 31.3.76).

Auch Senator McGovern hatte bei seinem Besuch festgestellt, daß es in Nordvietnam keine Bitterkeit gegenüber den Vereinigten Staaten gebe. „*Der Bevölkerung habe man dort gesagt, daß nicht das amerikanische Volk, sondern der frühere Präsident Nixon für die Bombardements verantwortlich sei*" (Südd. Ztg." 22.3.76). •

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frühjahrsoffensive in Japan Kapitalisten wollen Lohnraub

Im März begannen die japanischen Gewerkschaften mit ihrer alljährlichen Frühjahrsoffensive, Shunto genannt. Diese „Frühjahrsoffensive" ist mit den hiesigen Tarifrunden vergleichbar, nur daß sie in Japan gleichzeitig und organisatorisch koordiniert stattfindet. Eigens zum Zwecke der Frühjahrsoffensive bilden die gewerkschaftlichen Dachverbände seit 1956 alljährlich ein zentrales Kampfkomitee („*Joint Spring Labor Offensive Struggle Committee*"), das die einzelnen Kämpfe organisatorisch einleitet. Die Frühjahrsoffensive selbst findet in mehreren „Wellen" statt, im März gab es davon bereits zwei, am 17. und am 30. März. Am 30. März beteiligten sich insgesamt 2,2 Mio. Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaften an dem auf zwölf bis 24 Stunden angesetzten Streik bei den staatlichen und privaten Bahnen. Zahlreiche Kollegen der Post, in den Häfen, Bergwerken und Krankenhäusern schlossen sich an. Der gesamte Zugverkehr Japans wurde lahmgelegt. Die Kollegen fordern **Steuersenkungen, Erhöhung der Renten- und Arbeitslosenunterstützung, einen monatlichen und gesetzlich fixierten Mindestlohn sowie die „Sicherung der Beschäftigung".** „*Der eigentliche Aufhänger der Offensive ist aber offenbar das seit dem letzten Jahr heiß umkämpfte gesetzliche Streikverbot für den öffentlichen Sektor*" („Handelsblatt", 24.3.76). Die für dieses frühe Stadium der Frühjahrsoffensive ungewohnt breite Ausdehnung der Kämpfe wird damit erklärt, „*daß die Gewerkschaften Druck ausüben wollen um die scharfen Disziplinarmaßnahmen gegen im letzten Jahr an illegalen Streiks beteiligte öffentliche Angestellte rückgängig zu machen und letztlich eine Aufhebung des Streikverbots zu erreichen*" („HB", 24.3.76). Allein bei den staatlichen Eisenbahnen sollen 5.000 Kollegen für ihre Teilnahme an diesen Kämpfen, mit denen das Streikrecht durchgesetzt werden sollte, bestraft werden!

Natürlich werden auch Lohnforderungen gestellt. Sie werden für



„NB", 30.12.75

die einzelnen Betriebe gesondert gestellt, da die einzelnen Gewerkschaften in der Regel Betriebsgewerkschaften sind. So gibt es in Japan weit über 60.000 solcher Betriebsgewerkschaften. Die Industriegewerkschaften stellen lediglich einen Anteil von unter drei Prozent aller Gewerkschaften. Angesichts dieser Zersplitterung sind auch die Lohnforderungen uneinheitlich. Sie liegen zwischen 15,4% und 22,09%. Im letzten Jahr lagen die Forderungen noch bei durchschnittlich 35%, wobei davon (durchschnittlich) 30,87% durchgesetzt wurden. Obwohl in diesem Jahr massive Preiserhöhungen anstehen, von 22% (Alkoholsteuer) bis zu 50% (Eisenbahntarife), stellten die Gewerkschaftsführungen mit „Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung" niedrige Forderungen. Auch in Japan betreiben die Gewerkschaftsführer „Stabilitätspolitik". Die Kapitalisten nutzen die von ihnen geschürte Angst vor Arbeitslosigkeit rigoros aus. So hielten sie zunächst Lohnerhöhungen von zehn Prozent noch für durchaus möglich, ihre Angebote wurden „*jedoch mittlerweile auf einstellige Zahlen bzw. Null reduziert*" („HB", 24.3.76).

Die japanische Bourgeoisie will die seit einigen Jahren verschärfte Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung Japans durch Lohnraubabschlüsse weiter fortsetzen. Es scheint somit bereits jetzt festzustehen, daß „*das Reallohnniveau eine weiterhin sinkende Tendenz*" aufweisen wird (wie es das „Handelsblatt" (24.3.76) vornehm ausdrückte), wenn die japanische Arbeiterklasse diese Rechnung nicht durchkreuzt. •

Japan-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Japan: Hafenarbeiter protestieren gegen die Unterdrückung in Chile

Aus Opposition gegen das Militärregime in Chile weigerten sich die Schauerleute in Jokohama, dem größten japanischen Hafen, ein chilenisches Frachtschiff zu beladen. Zu dem Protest hatte der Rat der Hafengewerkschaften in Jokohama aufgerufen, dem 7.000 Mitglieder angehören. Die Arbeiter hinderten das 9.565 Tonnen Schiff „Ancudo", das am 1. April eingelaufen war, am Anlegen. Sie hielten eine Versammlung auf der Pier ab und riefen: „Befreit die chilenischen Patrioten jetzt!"

Das ist die erste direkte Aktion, die in einem japanischen Handelshafen gegen das chilenische Militärregime seit dem Sturz der Allende-Regierung im September 1973 organisiert worden ist. •

(nach „New Asia News", 2.4.76)

Palästina

Generalstreik am „Tag des arabischen Landes"

Am 30. März, dem „Tag des arabischen Landes" (vgl. AK 77), erreichten die Aktionen der Palästinenser in Israel und den von Israel besetzten Gebieten (insbesondere Galiläa) ihren vorläufigen Höhepunkt nach zweimonatigen Auseinandersetzungen. Die zionistischen „Sicherheitskräfte" erschossen sechs Demonstranten, verwundeten dutzende und nahmen hunderte fest.

Die schärfsten Kämpfe gab es in Sachnin, Deir Hanna, Nabatiya und Al Djalil im besetzten Westjordanland. Schon in der Nacht zum 30. März fanden dort Demonstrationen statt die von Polizei und Militär aufgelöst werden sollten. Die Demonstranten wehrten sich mit Steinen und Molotow-Cocktails, woraufhin von den Zionisten Schußwaffen eingesetzt wurden: Ein Araber aus Deir Hanna wurde erschossen. Für den 30. März wurde dann eine Ausgangssperre verhängt, an die sich die Bewohner von Sachnin nicht hielten! Es fanden Protestmärsche statt und Barrikaden wurden errichtet, an denen sich die Palästinenser mit Molotowcocktails un Steinen gegen die Zionisten verteidigten. Hier wurden drei Araber erschossen.

Ein weiterer Araber wurde in Kafr Hanna (nahe Nazareth in Galiläa) erschossen. Dort setzte die Polizei auch Tränengas gegen einen Demonstrationszug von Frauen und Mädchen ein. Aber auch die Polizei und Militäreinheiten hatten Verluste: In Tira (nördlich Tel Aviv) wurden z.B. an einer Barrikade sieben Polizisten verletzt, auch hier wurde ein Araber erschossen.

Mehrfach wurde an brennenden Barrikaden Militärfahrzeuge angehalten und zerstört, so in Tira (5 Lastwagen) und in Deir Hanna. Die Schulen und Läden waren am 30. März in den besetzten Gebieten und auch vielfach in Galiläa geschlossen. So in Nazareth, Ost-Jerusalem, Nablas, Bethlehem, Hebron und Ramallah. Auch in Gaza wurde der Generalstreik voll befolgt.

Insgesamt gibt die Presse eine Streikbeteiligung von etwa 50% an, um sich über eine „so geringe Beteiligung" zu freuen. Diese Beteiligung am Generalstreik fand jedoch unter scharfen Unterdrückungsmaßnahmen statt!

Schon Tage vor dem 30. März wurden die arabischen Arbeiter mit fristloser Kündigung im Streikfalle bedroht. Ladenbesitzern wurde die zwangsweise Schließung ihrer Läden für ein Vierteljahr angedroht, falls sie sich am Streik beteiligen. Am Streiktag selbst wurden vielfach Arbeiter und Ladenbesitzer mit Militär zum Streikbruch gezwungen! Außerdem haben vor dem Streik Razzien und Massenverhaftungen stattgefunden.

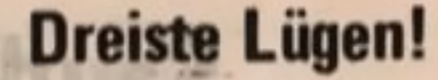
Im besetzten Westjordanland wurden während der andauernden Aktionen bis zum 20. März (also ohne die jüngsten Massenverhaftungen) laut WAFA (Presseagentur der PLO) allein 2.025 Verhaftungen durchgeführt.

Der 30. März war zum „Tag des arabischen Landes" ausgerufen worden aus Anlaß der Enteignung von 630 Hektar Land in Galiläa, das in arabischem Besitz war und jetzt der „Judaisierung" Galiläas dienen soll. Bislang leben in Galiläa ca. 230.000 Araber gegenüber nur 53.000 Juden. Die Zionisten haben insbesondere vor, den Anteil der Juden im Grenzgebiet zum Libanon zu steigern, sie wollen sich aber auch insgesamt absichern, denn die eindeutige Wahl des (revisionistischen) Kommunisten Taufwik Sajad in Nazareth zum Bürgermeister hat deutlich gemacht, daß sich die arabischen Massen nicht für immer in Ruhe halten lassen.

In den Aktionen zum 30. März kam zum Ausdruck, daß der Wunsch nach einem befreiten Palästina auch in Israel nicht verschüttet werden konnte: Auf Transparenten und in Sprechchören tauchte immer wieder das Ziel des Kampfes auf: „arabisches Palästina!" •

Nahost-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg





Dreiste Lügen!

In einem Kommentar zum „Tag des arabischen Landes" in der „Frankfurter Rundschau" (= „FR") wird dreist die Wahrheit verdreht! Es heißt da: „*Der ‚Tag der arabischen Bürger' hat zu blutigen Zwischenfällen zwischen den arabischen Bürgern Israels und den Sicherheitsorganen geführt. Zwar hat sich eine große Zahl arabischer Ortschaften dem von der neukommunistischen Partei deklarierten Generalstreik der israelischen Araber nicht angeschlossen, aber Drohungen und Terror haben ausschließlich dazu geführt, das öffentliche Leben im arabischen Sektor Israels für 24 Stunden lahmzulegen.*

In den 28 Jahren seit Bestehen des jüdischen Staates ist dies der erste große Zusammenstoß zwischen Israels Behörden und Israels arabischen Bürgern. Ihre Zahl ist im Laufe jener Jahre von 80.000 auf 400.000 gewachsen. Sie nehmen am Wohlstand teil, den die Entwicklung des Landes mit sich gebracht hat, sie genießen formal alle Bürgerrechte, sie sind besser ernährt, erzogen und gesundheitlich versorgt als ihre arabischen Vettern jenseits der Grenzen" etc. pp. („FR", 31.3.)

Aus den Arabern, die von zionistischen Militärs zur Arbeit geprügelt wurden, die in ihrer Existenz bedroht werden, falls sie die Läden nicht öffnen, werden flugs von Kommunisten zum Streiken gezwungene. Aus den am meisten Unterdrückten, aus denen der „Wohlstand des Landes" herausgepreßt wird, werden satte Nutznießer des Wohlstandes (den die Zionisten schaffen ?!)! Überhaupt verdanken nach dieser Ansicht die Araber in Israel ihre Existenz den Zionisten; Sicher: Ohne die Raubkriege von Israel gäbe es nicht Israels arabische Bürger, aber wo ist die Million dort früher lebender Palästinenser geblieben?

Der Artikel stammt von Herbert Freeden, der bereits am 16. März durch einen Kommentar in der „FR" unangenehm auffiel. Damals lobte er die israelische Presse-Zensur und kam zu dem Schluß: „*An freier Meinungsäußerung fehlt es uns nicht!*" Kurz darauf wurde die arabische Zeitung „Al Schaab" zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit mit zeitweiligem Erscheinungsverbot bestraft, derzeit sind gar alle arabischen Zeitungen verboten worden „*bis zum Abflauen der Kämpfe*"

Die Zensoren beschrieb Freeden als „*höfliche junge Leute, denen es genügt, wenn man kurz andeutet, worüber man geschrieben hat*". Besonders ist Freeden damit zufrieden, daß es „*dem einzelnen Journalisten oder der einzelnen Zeitung überlassen bleibt, ob das was sie schreiben falsch oder richtig ist.*" – sofern nur die Zionisten gut dabei wegkommen,
daß es „*dem einzelnen Journalisten oder der einzelnen Zeitung überlassen bleibt, ob das was sie schreiben falsch oder richtig ist.*" – sofern nur die Zionisten gut dabei wegkommen,
und für die lügt dieser Lumpenjournalist gerne! •

Nahost-Kommission

US-Veto verhindert eine Verurteilung Israels

Am Montag, dem 2. März 1976, wurde eine Debatte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einberufen, um Beratungen wegen der Unruhen in Ostjerusalem und im von Israel besetzten Westjordanien aufzunehmen. Die Unruhen sind auf die israelische Siedlungspolitik und auf die bevorstehenden Gemeindewahlen im April zurück zuführen (vgl. AK 76 und 77)

Zum erstenmal erklärte sich Israel bereit, trotz Anwesenheit eines PLO-Delegierten, seinen Vertreter zu einer Rats-Sitzung zu senden.

Durch diese Geste versucht Israel der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß es nicht an ihm liegen soll, wenn es um die Verständigung mit den Arabern geht. Genauso wie auch die Gemeindewahlen, die Israel in den besetzten Gebieten stattfinden läßt, demonstrieren sollen, daß Israel in der Lage ist, mit der arabischen Bevölkerung zusammenzuleben, ihnen sogar das Recht der Selbstverwaltung einräumen will.

Diese Pläne verlaufen natürlich im Rahmen der „friedlichen Lösung" des Nahost-Konflikts und gehören zum zionistisch-imperialistischen Plan, den bewaffneten Widerstand zu liquidieren und die besetzten Gebiete in irgendeiner Form an Israel endgültig anzuschließen.

Bereits nach dreitägigen Verhandlungen kursierte ein Resolutionsentwurf, der eine Verdammung der israelischen Aggression durch den Weltsicherheitsrat forderte und zugleich die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser bekräftigte. Ferner wurde der totale Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten verlangt („Welt", 25.3.76).

Der weitere Verlauf der Sitzung des Sicherheitsrates bedeutete jedoch eine Unterstützung der kompromißlerischen arabischen Kräfte und eine weitere Verfolgung des imperialistischen Plans der „friedlichen Lösung".

In der Resolution, die eingebracht wurde, wurde nur noch die tiefe Besorgnis über die Veränderungen, die Israel in Jerusalem vorgenommen hat, und über die Ansiedlung von Israelis in den besetzten Gebieten zum Ausdruck gebracht („SZ" 27./28.3.).

Diese vorsichtige Formulierung wurde angeblich mit Rücksicht auf die Haltung der USA gewählt, obwohl, wie abzusehen war, die USA dann doch von ihrem Vetorecht Gebrauch machten.

Der neue Chefdelegierte der Vereinigten Staaten, W. Scranton, kritisierte zunächst die Maßnahmen Israels in Ostjerusalem und die Gründung israelischer Ansiedlungen in deden seit '67 besetzten Gebieten, verhinderte dann aber den Beschluß der Resolution mit der scheinheiligen Begründung: Die Verabschiedung der Resolution hätte eine „Friedensinitiative" der USA für den Nahen Osten gefährdet, wo sie augenblicklich dabei sei, den festgefahrenen Verhandlungsprozeß in Bewegung zu bringen und dabei ungewöhnliche Fortschritte erzielt hätte. („SZ", 27./28.3.). •

Nahost-Kommission,
KB-Gruppe Hamburg



Israelischer Bulle schlägt auf eine Araberin ein

Besetzte Gebiete: Zwei Araber ausgewiesen

Aus Hebron und El Bireh im Westjordanland wurden die beiden arabischen Politiker Achmed Hamzi Natshi und Abdul Aziz Hadj Achmed nach Libanon ausgewiesen. Die beiden wurden noch am 28. März abgeschoben, bevor ihr Einspruch bei Gericht verhandelt wurde. Beide Politiker werden „beschuldigt", für die PLO zu arbeiten. In den besetzten Gebieten stehen für Mitte April Stadtratswahlen an, für die die Kandidatenlisten gerade eröffnet wurden. Die Ausweisung der beiden Politiker soll den Zionisten garantieren, daß sich nur Marionetten der Zionisten zur Wahl aufstellen lassen. •

Nahost-Kommission

Saudi-Arabien – „Der Nabel der islamischen Welt"

Die Geschichte des heutigen Saudi-Arabien beginnt 1902 mit den Eroberungsfeldzügen Abd al-Aziz Ibn Sauds (Vater des 1975 ermordeten König Faisal) gegen die Türken, die die Saud-Dynastie Jahrzehnte zuvor nach Kuwait vertrieben hatten. Abd al-Aziz Ibn Saud bediente sich dabei einer brutalen Truppe, den Ikhwans, ehemalige Beduinen, die als frisch bekehrte Wahhabiten (Reformbewegung des Islam) in den eroberten Gebieten die Bevölkerung terrorisierte, sie islamisierte oder abschlachtete. 1924/25 war der Westen der Arabischen Halbinsel besetzt, Ibn Saud ließ sich zum König ausrufen und schon 1926 berief er, als Besitzer der heiligen Stätten des Islam (Mekka und Medina), den ersten „Kongress der islamischen Welt" ein, auf dem er verkündete, das heilige Gebiet zu einem Zentrum der islamischen Kultur zu machen. 1932 wurde die Eroberungspolitik vorerst abgeschlossen und das Königreich Saudi-Arabien ausgerufen.

Damals wie heute wird das Königreich absolutistisch regiert, der König ist geistliches Oberhaupt, Staatsoberhaupt, oberster Richter, oberstes Legislativorgan und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Es gibt weder ein Parlament, noch eine Verfassung, noch legale Parteien, noch Gewerkschaften. Die Rechtfertigung bieten die Lehren des Islam, wonach es eines der wichtigsten Gebote ist, die Einheit der muslimischen Gemeinschaft zu wahren, innere Streitigkeiten, Block- und Gruppenbildungen von einander bekämpfenden Parteien zu vermeiden. Diese aufgezwungene Einheit wurde zu Zeiten des klassischen Islam durch die faktische Konzentration aller Befugnisse in der Hand des Kalifen repräsentiert. Saudi-Arabien gehört zu den arabischen Staaten, die am unverhülltesten und unmittelbarsten auf dieses überkommene verfassungsrechtliche und politische System zurückgegriffen haben und bis heute daran festhalten. Das wichtigste islamische Repressionsinstrument ist die Sharia, die Summe der islamischen Rechtsvorschriften, die bis heute Grundlage der Gesetzgebung in Saudi-Arabien sind.

Islamische Rechtfertigungstheologen und Politiker pflegen gern darauf hinzuweisen, daß der Rückgriff auf die Sharia einer politischen Modernisierung keineswegs im Wege stehe, daß - so der saudische König in einer Erklärung von 1962 - sich die Grundsätze der Sharia aufgrund ihrer Geschmeidigkeit allen Situationen anpaßten. Ein besonders widerliches Beispiel für die Art der Anpassungsfähigkeit ist die „Lockerung im Strafvollzug": *Die rechte Hand wird nur noch unter Assistenz eines Arztes dem Dieb abgeschlagen, der zum dritten Mal bei Einbrüchen überrascht worden ist.*"(„DZ", 23.1.76). Unter Faisal wurden noch einige andere „Reformen" begonnen. So wurde 1962 Sklavenhandel und -haltung verboden, doch Faisal tat keinen Handschlag, um dieses Gesetz auch durchzusetzen. So muß selbst die Bundesstelle für Aussenhandelsbericht in ihrem Länderkurzbericht 1975 feststellen: *„Die sehr konservative partriarchalische Gesellschaftsordnung kennt noch unfreie und abgemilderte Formen der Haussklaverei."*

Saudi-Arabien ist bis heute ein ökonomisch schwach entwickeltes Agrarland. 40-60% der Bevölkerung, über deren Gesamtzahl es keine übereinstimmenden Angaben gibt (die Schätzungen und Zählungen bewegen sich zwischen 4 und 8 Millionen), leben nomadisch oder halbnomadisch. Nur etwa 1% der Erwerbstätigen sind in der Erdölwirtschaft beschäftigt, deren Erträge 90% (1974) des Bruttosozialproduktes ausmachen. 1933 wurden die ersten Erdölkonzessionen vergeben und seit 1944 beherrscht die Arabisch-Amerikanische Erdölgesellschaft (ARAMCO) die saudische Erdölproduktion und damit den größten Teil der zahlenmäßig schwachen Arbeiterklasse. Als 1953 12000 Erdölarbeiter ihren ersten Streik durchführten, wurde dieser auf Verlangen der ARAMCO von den königlichen Truppen niedergeschlagen. Seit 1973 begann die saudische Regierung, die ARAMCO von den königlichen Truppen niederzuschlagen. Seit 1973 begann die saudische Regierung, dieARAMCO in mehreren Stufen zu verstaatlichen. Die Verhandlungen zur Übernahme der letzten 40% der Anteile wurden Mitte März 1976 abgeschlossen, bedeuten aber keineswegs den Rausschmiß der US-Monopole. Die vier ARAMCO-Firmen wurden überdies finanziell reichlich entlohnt.

Unterdrückung der Frauen

Wie überall sind auch in Saudi-Arabien die Frauen am stärksten unterdrückt. Die königliche Sippschaft bedient sich hierbei wieder des göttlichen Gesetzes, der Sharia. Hiernach ist es der Frau untersagt, öffentliche Ämter zu bekleiden, hiernach gilt ihr Zeugnis vor dem Richter nur halb so viel wie das des Mannes, hiernach braucht sie bei der Eheschließung einen Vormund, hiernach kann der Mann sich vier Frauen halten und schließlich ist der Frau hiernach untersagt, „öffentlich ihre Reize zur Schau zu stellen". Nun gibt es auch zu diesen Vorschriften wieder „Reform"theologen, die nachzuweisen suchen, daß die Diskriminierung der Frau imKoran gar nicht angelegt sei, man müsse die entsprechenden Stellen nur anders interpretieren. Insbesondere zu der Frage, ob die Frauen denn nun eigentlich einen Schleier tragen müssen oder nicht, gibt es reichlich „Gelehrtenstreitereien", die einzig und allein den Zweck haben, den Islam zu rechtfertigen und damit die Unterdrückung der Frauen ideologisch abzusichern, notfalls auch mit einigen reformerischen Zugeständnissen.

Obwohl unter König Faisal die öffentliche Mädchenerziehung (natürlich in getrennten Schulen) eingeführt wurde, sind nur 1,5% der Frauen erwerbstätig, und dann in den traditionellen Frauenberufen: Lehrerinnen, Ärztinnen, Krankenschwestern, Sozialarbeiterinnen. Weshalb Mädchenschulen dennoch sinnvoll seien, erklärt eine saudi-arabische Botschaftersfrau so: *„Doch verheiratete (Frauen) streben danach, den Mann im Heim zu verwurzeln, was sie gelernt haben, benutzen sie, um auf ihre Weise den Ehemann zu fördern".* („Deutsche Zeitung", 23.1. 76).

Seit einigen Jahren herrscht in Saudi-Arabien ein akuter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der z.T. durch ausländische Arbeiter aus arabischen Nachbarländern, Pakistan und Indien abgedeckt wird, aber eben nur teilweise. Einige Soziologen vermuten, daß dieses Problem neben der verstärkten Ausbildung einheimischer Männer (Arbeitssuchende ohne Ausbildung gibt es reichlich) dadurch gelöst werden könnte, daß Frauen in den Mangelberufen zugelassen werden. Doch wie tönte im Dezember 1975, dem „Jahr der Frau", der UNO-Botschafter Saudi-Arabiens vor dem Sozialausschuß der UNO-Vollversammlung?: *„Frauen sollen zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern und nicht zu der wachsenden Arbeitslosigkeit beitragen!"* („SZ", 23.1.76).

Führungsrolle der arabischen Reaktion

Saudi-Arabien hat sich seit seiner Gründung dank der „heiligen" Stätten Mekka und Medina als „Nabel der islamischen Welt" („DZ", 23.1. 76) aufspielen können. Bis vor wenigen Jahren war neben der Erdölförderung das Dienstleistungsgewerbe im Bereich des Pilgerverkehrs der einzige Wirtschaftssektor von Bedeutung. Jährlich pilgern Millionen Muslims aus aller Welt nach Mekka, wobei die armen „Glaubensbrüder" sich monatelang oder über Jahre als Wanderarbeiter verdingen und so allmählich aus Afrika oder Fernost nach Mekka vordringen, während die reichen Muslims durchaus mit dem Düsenjet angereist kommen.

Die Hüterrolle der heiligen Stätten hat Faisal geschickt genutzt, um mit Hilfe der steigenden Erdöleinnahmen Saudi-Arabien zur führenden Macht innerhalb des reaktionären arabischen Lagers zu machen und wachsenden Einfluß in der arabischen Welt überhaupt zu gewinnen. Er erfand hierzu das Schlagwort von der „islamischen Solidarität", die er auf der alljährlich zur Pilgerzeit stattfindenden Konferenz der „Liga der Islamischen Welt" 1965 als Angelpunkt der saudi-arabischen Politik darstellte. Für Saudi-Arabien, die islamischen Länder und die muslimischen Minderheiten in anderen Staaten ginge es nun darum, sich im Kampf zu vereinen gegen Zionisten, Kommunisten und Imperialisten (letztere sind nach saudischer Lesart alle anderen Gegner des Islam). Saudi-Arabien ist nicht kleinlich, wenn es um die Stärkung der Reaktion und damit um den Ausbau der eigenen Machtposition geht. Mit großzügigen Spenden fördert es den Aufbau islamischer Zentren, Moscheen, Studentenvereinigungn u.a. in aller Welt. Vor etwa einem Jahr wurde ein „Fonds der islamischen Solidarität" gegründet, der zu einem Drittel aus saudi-arabischen Erdölgeldern finanziert wird.

Ein gutes Beispiel für die geschickte Verbindung von religiösen Argumenten und finanziellen Anreizen ist die im Februar dieses Jahres gegründete islamische Bank in Kairo. Im Frühjahr 1975 hatte die von Saudi-Arabien dominierte „Liga der Islamischen Welt" (Sitz in Mekka) empfohlen, ein islamisches Bankennetz aufzubauen, dessen Geldverkehr den Regeln des islamischen Rechts unterworfen sein soll, mit dem Ziel, die *„Unabhängigkeit der islamischen Staaten von allen ausländischen Banken"* zu gewährleisten. Entsprechend diesem Konzept wurde am 18.2. auf saudische Initiative hin der Gründungsvertrag der „Faisal Islamic Egyptian Bank" in Kairo unterzeichnet. Außer dem allgemeinen Zweck, *„das Kapital von Muslimen in muslimischen Ländern im Dienste der muslimischen Welt anzulegen"* („Saudi Review", 19.2.76), hat sie die konkrete Funktion, ägyptische Entwicklungsprojekte zu finanzieren.

In der von Faisal und heute König Khalid propagierten „islamischen Solidarität" tritt das von Anhängern des arabischen Nationalismus vertretene Konzept von der g e m e i n s a m e n N a t i o n deutlich zurück zugunsten einer im Irrationalen wurzelnden Vorstellung von der E i n h e i t d e r M u s l i m e. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Iran-Aktuell

In einem Filmbericht der ARD-Sendung „Weltspiegel" am 31.1.76 wurde ausführlich gezeigt, wie der persische Geheimdienst SAVAK durch Folterungen Oppositioneller Loyalitätserklärungen erpreßt, um seine Opfer dann anschließend, wenn das überhaupt noch nötig ist, zu erschiessen. Im Kommentar zu diesen Film hieß es:*„Verglichen mit der Sehah-Justiz war das Franco-Regime geradezu menschenfreundlich"*. Wenn das wohl dem Franco-Regime auch Unrecht tut, so kann doch selbst die bundesdeutsche Fernsehmafia nicht mehr verschweigen, daß das „stabilste und reichste Land im Nahen Osten" mit nacktem faschistischen Terror regiert wird.

Neuerdings werden Regime-Gegner mehr und mehr einfach auf offener Straße erschossen. So wurden außer den ca. 40.000 politischen Gefangenen, die in den Kerkern der SAVAK leiden, in den letzten zwei Jahren mindestens d r e i h u n d e r t Menschen hingerichtet oder zu Tode gefoltert.

In letzter Zeit wurden:
- am 23.1. acht Männer und eine Frau hingerichtet,
- am 24.1. zwei Freiheitskämpferinnen und drei Freiheitskämpfer auf der Straße erschossen.
- die „Erschießung" des Volksfedayin, Genosse Mohammad Massumkhani, bekanntgegeben, der in Wirklichkeit zu Tode gefoltert wurde,
- am 27.1. eine Frau und vier Männer in einer Wohnung in Tabriz ermordet,
- am 3.2. vier Antifaschisten zum Tode verurteilt und zwei sofort hingerichtet,
- am 8.2. ein Freiheitskämpfer auf der Straße ermordet.

Zwei hohe islamische Geistliche, Ajatollah Saidi und Ajatollah Ghaffari wurden zu Tode gefoltert und das Leben zweier weiterer revolutionärer Geistlicher, Ajatollah Montazeri und Ajatollah Taleghani ist aufgrund brutaler Folterungen in akuter Gefahr!

Der Genosse Hassan Sadjanolahi von den Volksmodjahedin, der 1971 schon einmal verhaftet worden war, sich aber nach seiner Freilassung wieder der Organisation angeschlossen hatte, wurde erneut verhaftet und evtl. bereits ermordet. Das gleiche gilt für den Genossen Haschem Nakhodberiz. Der Genosse Lothfollah Meisami, auch von den Volksmodjahedin, einer Guerillaorganisation, wurde im Gefängnis gesehen, von den Folgen der Folterungen erblindet und ohne Hände. Die Mutter zweier Freiheitskämpfer, Hassan und Ali-Reza Kabiri, und Hassans Frau wurden verhaftet. Die Mutter wurde zu lebenslänglicher, die Frau zu acht Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.

Um Aisieje Ahmadi und ihren Mann, Kholamreza Djalali, zum Reden zu bringen, wurde ihr Kind, das Asieje im Gefängnis zur Welt gebracht hatte, vor ihren Augen gefoltert.

All diese Nachrichten sind gleichzeitig Ausdruck eines wachsenden Widerstandes gegen das Henkerregime des Schah, der in alle gesellschaftlichen Bereiche reicht. So wurde im Juni vorigen Jahres in der Streichholzfabrik Tawacoli gestreikt. Streiks fanden auch in den Schuhfabriken Bella und Djam statt. Die Bauern wehrten sich im Gebiet Amoul militant gegen die Verteilung des zu knappen Wassers, das ausschließlich auf die Felder der Schah-Familie geleitet wurde. Bei den Auseinandersetzungen mit Gendarmerie-Beamten wurden drei Menschen getötet. Vor vier Jahren hatte es bereits eine ähnliche Auseinandersetzung mit Todesopfern gegeben.

Der ehemalige Oberkommandeur einer Division im Nordwesten Irans in der Stadt Schapur ist mit amerikanischen Waffen, Munition und Dokumenten zu den Volksmodjahedin übergelaufen. Leutnant Ali Mohebi, verheiratet und Vater von zwei Kindern, wurde laut regierungsnahen Presseberichten am 24.2. auf der Straße von SAVAK-Agenten erschossen.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Gegen die Todesurteile, gegen den Terror im Iran protestierte die Bundesdelegierten-Konferenz des Verbandes deutscher Schriftsteller mit einem Telegramm an den Schah.

Aus Anlaß einer Pariser Gerichtsverhandlungen gegen iranische Antifaschisten sandte der Schriftsteller Jean-Paul Sartre einen Protestbrief mit folgendem Wortlaut:

„Seit dem vom CIA angezettelten und gelenkten Staatsstreich im Iran im Jahre 1953 wird das Regime von Mohammed-Reza Pahlavi von Jahr zu Jahr härter, seine Foltermethoden vervollkommnen sich, seine Intoleranz gegenüber jedem noch so geringen Widerstand wächst. Seit an die Stelle von Gesetz und Legalität der Wille und die Launen des Schahs sowie die faschistischen Brutalitäten der SAVAK getreten sind, gibt es in diesem Land bereits seit langem keinerlei Möglichkeit einer legalen Opposition mehr. Die Militanten verschiedener revolutionärer Gruppen kämpfen so gut sie können und mit bewundernswertem Mut gegen die Henker und Kerkermeister ihres Volks, und es ist die Pflicht eines jeden, der sich von den Befreiungskämpfen in der Welt betroffen fühlt, die Verteidigung derer zu übernehmen, die nicht bereit sind, sich der Willkür und Schande zu beugen.

19 dieser jungen Widerstandskämpfer gegen die Unterdrückung und den Imperialismus sind soeben innerhalb einer Woche hingerichtet worden. Gegen diese Morde hat das Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen im Iran, dem auch ich angehöre, wie es seine Aufgabe ist aufs energischste protestiert. Außer meiner Empörung über diese Bluttaten möchte ich heute meine tiefe Solidarität mit den iranischen Studenten zum Ausdruck bringen, die, als sie in die Räume der Agentur der iranischen Regierung eindrangen, um gegen eine mörderische Regierung zu protestieren (wir berichteten darüber im AK 74), *von der französischen Polizei festgenommen und in ein Pariser Gefängnis geworfen wurden. Müssen wir hinnehmen, daß der Schah bei uns die Gesetze macht? Können wir zulassen, daß diese jungen Leute verurteilt werden, nur weil sie es gewagt haben, ihren Fuß in ein Gebäude zu setzen, das letzlich ihnen gehört? Öl verpflichtet - doch bis zu welchem Punkt?"* ●

Nahost- Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Grußbotschaft der GUAS an die F Polisario

Die arabischen Nationalisten sind sich durchaus nicht einig, ob sie den Kampf der F. Polisario als Teil der von ihnen propagierten „arabischen Revolution" anerkennen sollen. Die reaktionäreren Kräfte unter ihnen erkennen das Selbstbestimmungsrecht des sahaurischen Volkes nicht an, sondern verstehen unter arabischer Einheit auch die Unterordnung der Sahara unter das Regime von Marokko oder Mauretanien. Mit der folgenden Grußbotschaft erteilt die „Generalunion der arabischen Studenten in der BRD und Westberlin allen solchen Theorien eine klar begründete Absage:

Grußbotschaft der GUAS an den Vertreter der Frente Polisario 25.3.1976

Bruder, liebe Freunde!

Mit großer Freude und Begeisterung grüßt die Generalunion Arabischer Studenten den Vertreter der vierten bewaffneten Revolution im arabischen Raum, der Frente Polisario.

Bruder, ihr führt einen gerechten Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, für Fortschritt und Unabhängigkeit.

Ihr führt unter sehr schwierigen Bedingungen einen mutigen Kampf, der die Kräfteverhältnisse in diesem Teil der Welt verändern wird.

Wir wollen hier nicht die Bedeutung des arabischen Raumes für die Imperialisten erläutern, wollen aber betonen, daß die flammenden Revolutionen in Palästina, Oman, Eritrea, West-Sahara und die Kämpfe im Libanon eine deutliche Antwort der arabischen Massen auf die Angriffe der Imperialisten und ihre Marionetten, die Zionisten, das Schah-Regime und die Arabische Reaktion darstellen.

Alle diese Kämpfe bilden eine Einheit und entsprechen dem Willen der arabischen Völker.

Das reaktionäre Regime in Marokko versucht durch chauvinistische Hetze gegen die Frente Polisario von den Problemen der marokkanischen Massen abzulenken. Das Regime hat nie versucht, gegen die spanischen Kolonialisten zu kämpfen, behauptet aber nun, erst durch seinen Einsatz sei West-Sahara von spanischer Kolonialherrschaft befreit worden.

Da müssen wir uns doch fragen, warum unternimmt Hassan II. nichts gegen die Besetzung von Cueta und Milela durch die Spanier, Gebiete, die innerhalb der marokkanischen Grenzen liegen?

Wir verurteilen das imperialistische Komplott gegen unser Volk in West-Sahara, den Versuch, es aufzuteilen und seiner Reichtümer zu berauben.

- Nieder mit dem reaktionären Regime in Mauretanien und Marokko, Handlanger des US- Imperialismus!

- Es lebe die Frente Polisario!

- Es lebe die Arabische Revolution! ●



lateinamerika aktuell

Interview mit Nelson Gutierrez

(ehemaliges Mitglied der Politischen Kommission des MIR)

Im folgenden drucken wir ein Interview mit dem Genossen Nelson Gutierrez ab, das er dem schwedischen „Chilebulletinen" 2/76 gab. Gutierrez entkam dem Gefecht in Malloco am 15. Oktober vergangenen Jahres – durch mehrere Kugeln der faschistischen DINA-Leute getroffen – und befindet sich seit dem 22. Februar im schwedischen Asyl.

C: Gibt es heute eine neue Führung des MIR, die die alte in Chile ersetzt hat?

Nelson: *Ja, die gibt es. Der MIR hat es immer als selbstverständlich betrachtet, daß der Generalsektretär, das Politbüro und das Zentralkomitee immer im Lande sein müssen. Das sind sie heute. Die Arbeit der Partei geht wie immer weiter: „El Rebelde"* (die Zeitung des MIR, Anm. d. Red.) *erscheint wie gewöhnlich als das offizielle Organ der Partei. Alle unsere übrigen Publikationen werden im Namen der Partei innerhalb Chiles verbreitet, unsere offiziellen Stellungnahmen erscheinen usw. Die Leitung gibt es und sie wirkt innerhalb Chiles. Während fast zweieinhalb Jahren illegalen Kampfes unter schwierigen Verhältnissen haben wir eine ganze Menge gelernt. Unter anderem haben wir gelernt, mit zwei, drei verschiedenen Parteiführungen zu arbeiten. In jedem gegebenen Augenblick ist es eine dieser parallelen Führungen, die an der Spitze der Partei steht. Die beiden anderen sind „Reserveführungen", die antreten, sobald die Situation es erfordert ... Die Führung der*
beiden anderen sind „Reserveführungen", die antreten, sobald die Situation es erfordert ... Die Führung der
Partei muß immer darauf vorbereitet sein, daß sie ganz oder teilweise vernichtet werden kann. Eine Führung, die aktiv ist – und die Führung des MIR ist aktiv – setzt sich immer gewissen Gefahren aus, auch wenn wir einiges gelernt haben, was den Schutz der Genossen anbelangt. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Führung, zu sehen, daß sie ersetzt werden kann. Eine Parteiführung darf sich nie unersetzbar machen. Die alten Führungen, die wir gehabt haben, bestanden aus Leuten, die wohlbekannt gewesen sind: Miguel Enriquez, Batista van Shouwen, Dagoberto Perez und andere. Das war der Diktatur eine große Hilfe. Vor etwa einem Jahr jedoch faßte das Zentralkomitee des MIR einen wichtigen Beschluß. Danach soll, wenn die alte Führung fallen sollte, die neue Führung völlig illegal sein, d. h. völlig anonym arbeiten, ohne daß die Namen der Genossen nach außen bekannt werden.

Wir, d. h. der frühere Generalsekretär der Partei, Andres Pascal Allende, Dagoberto Perez und ich, hörten in Wahrheit schon am 20. September des vorigen Jahres auf, die höchste Führung des MIR zu sein. Die Genossen, die uns damals ersetzten, leiten heute die Arbeit des MIR innerhalb des Landes.

C.: In den letzten Monaten sind in Chile einige bewaffnete Raubüberfälle geschehen, an denen der MIR offenbar beteiligt war. Welches ist die Einstellung des MIR zu Aktionen dieses Typs?

Nelson: *In erster Linie sind wir darauf gerichtet, mit und unter den Massen zu arbeiten. Zur Zeit geben wir zwei Typen der Massenarbeit größtes Gewicht: dem gewerkschaftlichen Kampf sowie der Verbreitung von Propaganda in verschiedenen Formen. Darüber hinaus führen wir eine andere Art der Arbeit aus, die zum Ziel hat, den Feind durch anonyme Telefongespräche, falsche Denunziationen usw. zu stören und irrezuführen. Wir führen auch kleinere Sabotageakte durch und manchmal auch sogenannte bewaffnete Propaganda in kleinerem Umfang. Aber diese letzteren Kampfformen betrachten wir als zweitrangig...*

Es ist jedoch ein Problem, daß eine illegale Organisation wie die unsrige für ihre Tätigkeit einen großen Geldbedarf hat. Wie Ihr hier sicher auch wißt, ist die wirtschaftliche Hilfe, die wir von außen bekommen, sehr unbedeutend im Verhältnis zu der von uns durchgeführten Arbeit innerhalb Chiles. Um unseren Propagandaapparat und unsere illegale Arbeit im allgemeinen finanzieren zu können, sind wir gezwungen worden, uns einer Reihe verschiedener Arten der Geldbeschaffung zu bedienen – darunter bewaffnete Propaganda in Form einzelner Raubüberfälle und dergleichen. Manchmal haben wir auch Lebens-
Raubüberfälle und dergleichen. Manchmal haben wir auch Lebens-
mittel enteignet. Aber nicht, um Geld zu beschaffen, sondern um sie draußen in den Slumvorstädten zu verteilen. Im letzteren Falle waren es also Aktionen, die zu unserer Massenarbeit und zum wirtschaftlichen Kampf des Volkes gehören. Diesen Aktionen ist immer eine umfassende politische Arbeit am jeweiligen Ort vorausgegangen. Es ist unsere Absicht, daß dieser Typ von Aktionen, wenn sie geschehen, von den Massen selbst kommen sollen, und nicht sozusagen durch einen revolutionären Vortrupp von außen eingeführt werden.

Dieses ist eine Frage, in der wir wirklich nach höchstmöglicher Vorsicht streben. Wir wollen nicht Kampfformen anwenden, die weit vor dem Bewußtsein der Massen liegen. Was Bewußtsein und Kampfformen anbetrifft, so soll eine Avantgarde selbstverständlich einen Schritt vor den Massen liegen, aber niemals mehr als einen Schritt. Niemals zwei oder mehr. Würden wir uns der Bewußtheit der Massen weit entfernen, dann würden wir dem selben traurigen Schicksal entgegengehen wie fast alle revolutionären Organisationen Lateinamerikas bisher, wir würden uns nämlich isolieren. Die revolutionären Organisationen und Guerillabewegungen in Lateinamerika sind gescheitert, weil es ihnen nicht gelang, ihren Kampf an die Massen anzuknüpfen, ihn von den Massen ausgehend „von innen" zu führen. Wir vom MIR waren uns dieser Gefahr bewußt. Wir haben nun eine starke Verankerung bei den Massen, eine Verankerung, die bewirkt, das bezweifle ich nicht zu sagen, daß der MIR heute unzerstörbar ist.

C.: Wie stehst Du zu der Frage nach dem Mangel an Einheit innerhalb der chilenischen Linken?

Nelson: *Laut MIR ist die Spaltung der Linken das größte Problem für das Volk und die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zum Sturz der Diktatur. Der Spaltung zugrunde liegen tiefgehende strategische Gegensätze innerhalb der Linken, was u. a. darin zum Ausdruck kommt, daß gewisse Sektoren – vor allem die KP – Anhänger einer Allianz mit bürgerlichen Kräften sind, näher bestimmt mit Frei und den Christdemokraten. Gegen diese Auffassung steht eine andere, welche besagt, daß es selbstverständlich wichtig ist, die Spaltung der Bourgeoisie zum Vorteil des Widerstandskampfes auszunutzen, daß es aber ein Fehler der Linken wäre, sich eine der streitenden bürgerlichen Fraktionen dadurch unterzuordnen, daß man das Eingehen einer Allianz mit solchen Leuten wie Frei anstrebt. Die zweite Auffassung ist im vergangenen Jahr sehr gestärkt worden. Sie wird außer vom MIR auch von Teilen der Sozialistischen Partei, der MAPU, der Christlichen Linken und großen Gruppen partei-*
Partei, der MAPU, der Christlichen Linken und großen Gruppen partei-
politisch Unabhängiger getragen.

Dieses sei von den Gegensätzen auf Führungsebene gesagt. An der Basis ist die Lage dagegen anders. In Schulen, Fabriken, in Slumvororten und in den Widerstandskomitees arbeiten viele Genossen des MIR, der KP, MAPU usw. Seite an Seite zusammen. Diese Zusammenarbeit neigt die ganze Zeit dazu, stärker zu werden...

C.: Es gibt also Mitglieder der KP, die in den Widerstandskomitees arbeiten?

Nelson: *Oh ja, viele. Es gibt auch viele radikalisierte Christdemokraten. Was die Basisarbeit anbetrifft, so haben wir gute Erfahrungen von der Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus. Es kommt auch vor, daß Mitglieder des MIR in den Strukturen arbeiten, die von der KP aufgebaut worden sind. Das betrifft z. B. gewisse gewerkschaftliche Zusammenhänge und die Arbeit draußen in den Slumvorstädten.*

Die Aussagen des Genossen machen allzu deutlich, die Solidarität – politisch wie materiell –mit dem chilenischen Widerstand und seiner revolutionären Organisation, dem MIR, in der nächsten Zeit zu verstärken.

FÜR DEN REVOLUTIONÄREN STURZ DER FASCHISTISCHEN PINOCHET – DIKTATUR ! ! !
(Die Übersetzung erfolgte von einem schwedischen Genossen). ●

Folter und Repression in Lateinamerika

Brasilien

Die staatliche (!) brasilianische Indianer-Stiftung „Funai" kam in einem Bericht über die Lebensumstände der Eingeborenen zum Ergebnis, daß die Indianer im westbrasilianischen Amazonasgebiet wie Sklaven behandelt und ausgebeutet werden. Um sich dieses billige Arbeitskräftereservoir länger zu erhalten, bezahlten die Farm- oder Plantagenbesitzer die Indios mit Schnaps. („Welt", 26. 3.76)

Wegen Kritik an den fehlenden demokratischen Freiheiten in Brasilien, hat Präsident Geisel zum fünften Mal einem Abgeordneten der Oppositionspartei MDB das Mandat entzogen. („Frankfurter Rundschau" -„FR", 2.4.76)

Die zunehmende Repression in Brasilien hat Anfang April zu drei weiteren der bald unzählbaren Opfern der rechtsextremen „Todesschwadron" geführt. Außerdem läuft demnächst ein Prozeß gegen 200 Antifaschisten wegen *„subversiver Tätigkeit"* an. („FR", 6.4.76, „Neues Deutschland" -„ND", 29.3.76)

Chile

Anfang des Jahres ließ Pinochet einen chilenischen UNO-Angestellten in Satiago verhaften. Eine New Yorker Presseagentur meldete, er sei bei Verhören gefoltert und später in das Konzentrationslager „Tres Alamos" verschleppt worden. („ND", 24.3.76)

Paraguay

Vier Mitgliedern der revisionistischen Kommunistischen Partei, die seit 18 Jahren in den Kerkern der Stroessner-Diktatur eingesperrt sind, führten einen vierwöchigen Hungerstreik gegen die Schikanen im Gefängnis (z.B. Isolationsfolter) und das spurlose Verschwinden von politischen Gefangenen durch. („ND", 25.3.76)

Uruguay

Etwa ein Dutzend Menschen sind innerhalb eines halben Jahres als politische Gefangene in Uruguay zu Tode gefoltert worden. Allein in den letzten vier Wochen wurden 58 Gegner des faschistischen Regimes in Montevideo verhaftet.

Zahlreiche Verfolgte ersuchten um Asyl in Botschaften, so z.B. fünf Offiziere der Luftwaffe in der mexikanischen Botschaft. („ND", 25.3. 1976)

Kolumbien

Die seit Wochen andauernden Unruhen, die wegen der Hochschulpolitik begonnen haben und an denen sich auch Arbeiter beteiligten, haben nach Angaben des Innenministers ein Stadium erreicht, daß *„die Regierung nicht länger hinnehmen"* könne. Die Sicherheitskräfte bekamen die Anweisung, auf die Demonstranten zu schießen, wenn sie angegriffen würden. („Neue Züricher Zeitung" - „NZZ", 4.4.76)

Venezuela

Die venezolanische Regierung verhängte über einen privaten Fernsehsender ein 72stündiges Sendeverbot, da dieser ein Mitglied der Gruppe interviewte, die einen amerikanischen Geschäftsmann entführt hatte. („NZZ", 3.4.76)

El Salvador

Aus Protest gegen die anstehenden Schein-Wahlen explodierten in den Büros der herrschenden Regierungspartei mehrere Bomben, für die sich die „Revolutionäre Volksarmee" verantwortlich erklärte. („Süddeutsche Zeitung" -„SZ", 11.3.76)

Honduras

Bei einem Bombenanschlag auf die Bücherei der Universität von Honduras wurde ein Wachmann schwer verletzt. Der Rektor erklärte, der Anschlag sei von Ultrarechten verübt worden. („SZ", 9.3.76)

Mexiko

100.000 Einwohner der Hauptstadt protestierten gegen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Mexikos. Anlaß waren diffamierende Äußerungen des US-Botschafters. („ND", 24.3.76) ●

CIA in Chile – die schmutzigen Finger immer dazwischen!

Im September 1974 enthüllte die „New York Times" Aktivitäten des CIA's in Chile, die bis dahin von der US-Regierung strikt abgestritten wurden. Inzwischen liegt ein Bericht der vom US-Kongreß eingesetzten Untersuchungskommission zur Arbeit des CIA in Chile von 1963 - 1973 vor. Die „Chile-Nachrichten" haben einen Auszug aus diesem Dokument über den Zeitraum von 1970 - 73 veröffentlicht („Chile-Nachrichten", 20. 3.76).

Aktionen nach der Präsidentschaftswahl vom 4. September 1970

Die US-Regierung reagierte sofort auf Allendes Stimmenmehrheit. Am 15. September 1970 ließ Präsident Nixon den CIA-Direktor wissen, daß eine Regierung Allende für die USA „unannehmbar" sei. Er wies den CIA an, direkt an der Planung eines Putsches in Chile teilzunehmen. Hierzu wurden zwei Projekte entwicckelt. Projekt 1 umfaßte politische, wirtschaftliche und propagandistische Aktionen.

a) politische Aktionen:

Das 40er-Komitee der US-Regierung (zuständig für CIA-Aufträge, Vorsitz damals: Kissinger) bewilligte 250.000 Dollar für Vorhaben, die eine Wiederwahl Freis ermöglichen sollten, z.B. durch Bestechung chilenischer Kongreßmitglieder, die Allende bestätigen mußten. Der Plan soll sich dann allerdings als undurchführbar herausgestellt haben. Trotz Bemühungen des CIA, über einflußreiche Mitglieder der christdemokratischen Bewegung und der katholischen Kirche in Europa und Lateinamerika Druck auf Frei auszuüben, weigerte sich dieser damals noch, in den verfassungsmäßigen Ablauf einzugreifen.

b) Propagandakampagne:

Propaganda, z.B. über einen wirtschaftlichen Zusammenbruch unter Allende, sollten die Militärs zu einem Eingreifen ermutigen. Zur „Berichterstattung" reisten Journalisten-CIA-Agenten und andere - nach Chile.

Das Schmierblatt des faschistischen Stoßtrupps Patria y Libertad wurde vom CIA finanziert. Nach unvollständigen Berichten des CIA entsprangen seinen Aktivitäten im betreffenden Zeitraum 726 (!) Artikel, Kommentare, Radiosendungen, etc.

c) Der wirtschaftliche Druck beinhaltete im wesentlichen die generelle Streichung aller Kredite für Chile, den Druck auf Firmen zur Kürzung ihrer Investitionen in Chile und das Ersuchen an andere Länder, bei diesen Maßnahmen zu kooperieren.

Neben diesen Aktionen beauftragte Nixon den CIA bereits am 15. September 1970, bei der Organisierung eines Putsches eine direkte Rolle zu spielen. Der CIA hatte zu dem Zeitpunkt 21 Kontakte zu führenden Militärs und Polizeioffizieren in Chile, die zu einem Putsch tendierten.

Ein vorzeitiger Putschversuch am 22. Oktober 1970 scheiterte. Der US-Imperialismus zog daraus die Konsequenz, noch massiver in Chile zu wirken und einen zweiten Putsch besser abzusichern.

CIA-Machenschaften von 1970 - 1973

Der US-Imperialismus versuchte in dieser Zeit mit allen Möglichkeiten, eine Konsolidierung der Allende-Regierung zu verhindern:

- die Oppositionsparteien erhielten 7 Mill. Dollar. Anfang '71 ermöglichten es CIA-Gelder der Christdemokratie und der Nationalpartei, eigene Radiosender und Zeitungen zu kaufen.
- 1,5 Millionen Dollar verwendete der CIA zur Finanzierung der reaktionären Zeitung „El Mercurio".
- 100.000 Dollar erhielten drei Berufsorganisationen, der Unternehmerverband, die Verbände des Groß- und Einzelhandels und eine Dachorganisation der Oppositionsgruppen, die damit z.B. den Streik der Fuhrunternehmer unterstützten. (Dabei kann man davon ausgehen, daß die Zahlen viel zu niedrig sind und der US-Imperialismus für seine Machenschaften in Wirklichkeit ein Vielfaches ausgegeben hat. Immerhin handelt es sich um eine vom US-Imperialismus selbst durchgeführte „Untersuchung".)

„Laßt die Wirtschaft aufschreien!"... nach diesem Motto Nixons wurde die bilaterale Auslandshilfe eingestellt, Kredite gesperrt u.ä.. Zentrales Instrument zur Verwirklichung dieser Politik war das US-Finanzministerium, unterstützt vom Außenministerium, dem CIA und dem Wirtschaftsministerium. Unterversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Verstecken von Nahrungsmitteln, künstliche Preiserhöhungen in unzähligen Firmen mit US-Kapital, Hamstern auf allen Ebenen zur Aufheizung der Inflation, das waren die Mittel, um Chile auch wirtschaftlich kaputt zu kriegen.

Insgesamt beweist dies aufs Neue, daß der Imperialismus vor keinem Mittel zurückschreckt, um einem Volk die politischen Rechte zu rauben. ●

Lateinamerikakommission KB/Gruppe Hamburg

Visum für Gladys Diaz in Österreich

Die MIR-Genossin Gladys Diaz, 35 Jahre, hat über den Österreichischen Gewerkschaftsbund, Sektion Journalisten in Wien, für sich, ihren 6-jährigen Sohn und ihren Mann ein Visum für Österreich bekommen.

Gladys war unter der UP-Regierung Vorsitzende der Journalisten-Gewerkschaft und Reporterin bei „Radio Agricultura". Sie wurde zusammen mit ihrem Sohn im Februar 1975 verhaftet, ins KZ „Tres Alamos" verschleppt, wo sie auf brutalste Weise gefoltert wurde. Letzten Sommer wurde sie in äußerst schlechtem Gesundheitszustand gesehen: ein Trommelfell ist durch die Folter total zerstört.

Durch die „Stiftung Mitbestimmung" des DGB erhielt Gladys einen festen Arbeitsplatz in der BRD, wodurch alle Bedingungen für die Einreise von Chilenen erfüllt waren. Minister Wischnewski (SPD) verweigerte (!) der Genossin Anfang Juni 1975 die Einreise in die BRD, eine Woche nachdem die SPD/FDP-Regierung der faschistischen Militärjunta als Ergebnis der Umschuldungsverhandlungen Kredite gewährt hatte. Dadurch wurde Gladys zu weiterem KZ-Aufenthalt verurteilt. Daraufhin war die Genossin mehrere Monate verschwunden. Man vermutete, daß die faschistischen Henker sie ermordet hatten.

Laut Meldung von „Amnesty International" vom 14.1.76 ist sie im KZ „Tres Alamos" wieder aufgetaucht.

Der Initiative einiger Wiener Journalisten, in Zusammenarbeit mit der „Stiftung Mitbestimmung", Genossen in der BRD und Genossinen des „Komitees Freiheit für politische gefangene Frauen in Chile" ist es zu verdanken, daß Gladys Diaz mit ihrer Familie in Österreich einreisen kann. (Wir berichteten bereits in mehreren Ausgaben des AK's über den Fall Gladys Diaz).

Das „Komitee Freiheit für politische gefangene Frauen", Westberlin, hat inzwischen Minister Wischnewski wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagt. Es veranstaltete eine große Unterschriftenaktion, die dem SPD-Minister, notariell beglaubigt, zugestellt wurde. Des weiteren wurde dieser offene Brief im Rahmen einer Chile-Film-Woche jeden Abend auf die Leinwand eines westberliner Kinos projiziert.

In seinem Antwortschreiben vom 24. 3. 76 teilte der saubere Minister mit, daß *„vorhergehende Sicherheitsprüfung eines jeden Aufnahmebewerbers durch die zuständigen innerdeutschen Stellen zwingend (!) vorgeschrieben sind. Erst wenn der deutschen Botschaft in Santiago mitgeteilt worden ist, daß sich keine sicherheitsrelevanten (!!) Erkenntnisse ergeben haben, darf sie einen Sichtvermerk ausstellen. Der Fall der Frau Diaz liegt dem Bundesministerium des Inneren vor."*

Da würde er wohl noch so lange liegen, bis die Genossin zu Tode gefoltert ist.

Das Visum ist allerdings noch lange kein Freibrief für Gladys; schon oft ist es vorgekommen, daß Chilenen mit Ausreisegenehmigung im letzten Augenblick von den Faschisten ermordet wurden. ●

Eine Westberliner Genossin

Spanien:

Faschistische Provokationen und Opportunismus der Opposition

In letzter Zeit treten die ultrafalangistischen Gruppen in Spanien – sei es in hohen Staatsämtern oder als bewaffnete Terrorkommandos – dreister denn je auf. Dem Druck der Ultras im Ständeparlament oder im „Rat des Königreichs" „beugt" sich folgsam die „Reformer"-Regierung mit Fraga und Areilza; den Terroraktionen der faschistischen Kommandos schauen Guardia Civil und die Justiz mit offensichtlichem Wohlwollen zu. Die Kämpfe hunderttausender Arbeiter, Bauern und Studenten in den letzten Monaten, die sich zunehmend radikalisiert haben, haben das Experiment einer kontrollierten „Öffnung" und Annäherung an Herrschaftsformen Westeuropas erneut in Frage gestellt.

Es gibt in Spanien heute viele Stimmen aus dem bürgerlichen Lager, die davor warnen, durch das Zurückhalten der geringsten „Reformen" das „Faß zum Überlaufen" zu bringen; die Furcht, daß das spanische Volk die Regierung in einem revolutionären Massenkampf stürzen könnte, ist weit verbreitet und treibt größere Teile bürgerlicher Kräfte ins Lager der Opposition. Der kürzliche Zusammenschluß der beiden Oppositionsblöcke („Demokratische Junta" und „Demokratische Konvergenz") zur „Demokratischen Koordinierung" ist nichts anderes, als ein reformistischer Versuch, das „Schlimmste"; d.h. eine weitere Radikalisierung der spanischen Arbeiterklasse zu verhindern, die zu „unkontrollierten Entwicklungen" führen könnte. Doch die entscheidenden Sektoren der spanischen Bourgeoisie wollen das Geschäft mit der Opposition derzeit nicht machen und setzen nach wie vor auf ihre alten faschistischen Machtmittel.



Frauendemonstration in Barcelona: „Amnestie auch für die ‚Delikte', die die Frauen diskriminieren". Frauen, die ihre Familie verlassen, abtreiben oder mit einem anderen Mann schlafen, werden in Spanien hoch bestraft.

Die terroristischen Attacken der
setzen nach wie vor auf ihre alten faschistischen Machtmittel.

Die terroristischen Attacken der Rechtsradikalen richten sich zur Zeit besonders gegen kritische oder gar antifaschistische Berichterstattung in der spanischen Presse. Gegen die sogenannten „Reformer" in der Regierung wird in Form von öffentlichen Zusammenrottungen und Hetzreden auf der Straße und im Ständeparlament zu Felde gezogen.

– Am 2. März wurde der Direktor der satirischen Wochenzeitung „Doblón", Martinez Soler, von einem rechtsradikalen Kommando entführt und im Hochgebirge in der Nähe von Madrid schwer mißhandelt und mit dem Tod bedroht. Er mußte eine Erklärung unterschreiben, in der er sich von der Zeitung „Doblón" distanzierte und sich verpflichtete, innerhalb von drei Tagen das Land zu verlassen. Der Anlaß für diese Terroraktion war offenbar ein kritischer Artikel über die berüchtigte Guardia Civil in der besagten Zeitschrift. Die illegale „Demokratische Militärunion" (UMD) hat Beweise, daß hinter dieser Terroraktion ein Major der Guardia Civil steht („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.3.76). Soler kann jedoch das Land gar nicht verlassen, selbst wenn er es wollte, da er vom Militärgericht wegen desselben Artikels des „Aufruhrs" angeklagt ist und daher Spanien nicht verlassen darf! Am 18.3. erhielt Soler eine weitere anonyme Todesdrohung. Alle Madrider Journalisten solidarisierten sich mit Soler und führten am 24.3. mit etwa 400 Journalisten eine Demonstration durch, auf der sie eine schärfere Verfolgung der Terrorkommandos forderten. Der Vorsitzende der Madrider Presse-Vereinigung wurde verhaftet und mit einer Strafe von etwa 50.000 DM belegt. Die Demonstration wurde von der „Bewaffneten Polizei" mit Gummiknüppeln und Tränengas aufgelöst.

– Auch der Direktor der Tageszeitung „Correo de Andalucia", die in Sevilla erscheint, erhielt Todesdrohungen. Gleichzeitig wurde ihm ein Verfahren wegen *„Attentats auf die innere Sicherheit des Staates"* angehängt, weil er in großer Aufmachung das Verbot einer Veranstaltung der PSOE (Sozialistische Partei) auf der Titelseite gebracht und kritisiert hatte. Der offizielle Grund für das Verfahren ist die (belegbare) Behauptung seiner Zeitung, daß die Polizei einen Priester in einer Kirche von Sevilla während einer politischen Versammlung zusammengeschlagen habe.

Auch andere Journalisten erhielten anonyme Warnungen und Drohungen,

– Der Redaktion von „Cambio 16" wurde ein Bomben-„Paket" zugeschickt, das zum Glück beim Öffnen nicht explodierte. Die Wochenzeitung „Cambio 16" ist immer wieder von administrativen Strafen wegen bestimmter Artikel betroffen.

Bei allen erwähnten Zeitungen handelt es sich keineswegs um irgendwelche linken Blätter. So ist z.B. der Direktor von „Cambio 16" von Beruf Bankier und enger Freund von Innenminister Fraga! Wogegen sich also die faschistischen Angriffe richten, ist nicht mehr als eine nichtfaschistische Berichterstattung, die in Einzelfällen kritische Enthüllungen bringt.

Unter den Journalisten, besonders in Madrid und Barcelona, gibt es eine breite demokratische Strömung, die sich für Meinungsfreiheit und die

in Madrid und Barcelona, gibt es eine breite demokratische Strömung, die sich für Meinungsfreiheit und die

Respektierung des Berufsgeheimnisses einsetzt. Gegen eine „demokratische Unterwanderung" der Redaktionen, die in Zeiten des politischen Umbruchs „gefährliche" Verbindungen mit der Massenbewegung eingehen kann (was allein schon durch eine offene Berichterstattung über die Massenkämpfe geschieht), wendet sich die faschistische Offensive gegen die Presse im Kern.

Auch in dieser Frage hat die spanische Oligarchie und der Imperialismus aus Portugal auf seine Weise gelernt, wo sich nach dem 25. April 74 eine ganze Reihe fortschrittlicher Tageszeitungen entwickelten (wie „A Capital", ganz zu schweigen von „República", wo die sozialdemokratischen Redakteure von den revolutionären Arbeitern rausgeschmissen wurden).

Während die Provokationen gegen die Presse ein konkretes politisches Ziel verfolgen, haben die wahnwitzigen Angriffe gegen die „Reformer" aus den Kreisen der Erzfalangisten mehr den Zweck, ihre Anhängerschaft auf Trab zu halten und ein ständiges Klima der Aggression und Einschüchterung wach zu halten.

– Auf einer Kundgebung von „Fuerza Nueva" (eine militante Faschistengruppe) in Madrid schwadronierte der Ultra Blas Piñar über *„nationale Wiedergeburt"* und *„Wir sind die geistige Reserve des Westens"*. Der Generalsekretär des Frontkämpferbundes höhnte über die *„Bettlermission"* von Außenminister Areilza in Europa und wetterte über *„exzessive Großzügigkeit der Behörden"* und *„zu langsame Prozesse gegen Terroristen"* („Süddeutsche Zeitung", 29.3.76). Der „Sicherheitsdienst" dieses Abschaums, der großenteils in Braunhemden und mit Hakenkreuzen und Runen einhermarschierte, „kontrollierte" Passanten und rempelte sie an, um Anlaß für Schlägereien zu haben.

– Sanchez Covisa, der Führer der Terrorgruppe „Christkönigskrieger", hat Areilza, Fraga und Justizminister Garrigues wegen *„Beleidigung der nationalen Bewegung"* angezeigt, weil diese Minister sich in dem Gesetzentwurf zum Vereinsrecht gegen „totalitäre Parteien" ausgesprochen haben. Während die Herren der Regierung bei dieser Formulierung sicherlich in erster Linie die revisionistische KP Spaniens und alle revolutionären Organisationen gemeint hatten, interpretierte Covisa daraus einen Anschlag gegen die „heilige Falange".

Im Programm der Falange heißt es nämlich: *„Unser Staat ist ein totalitäres Instrument im Dienst der Einheit des Vaterlandes. Alle Spanier beteiligen sich an diesem Staat durch ihre Funktion in Familie, Gemeinde und Gewerkschaft* (nach diesen drei Funktionen wird das spanische Ständeparlament – zu einem Drittel – „gewählt" – d.Red.) *. Niemand darf sich in Form von politischen Parteien beteiligen. Das System der politischen Parteien wird unversöhnlich und mit allen Konsequenzen abgeschafft: Mit seinem unorganischen Wahlrecht, der Repräsentierung durch einander bekämpfende Parteien und Parlamente des bekannten Typs"* (nach „La Vanguardia").

Die drei Minister sehen dem Prozeß entgegen, der, falls er überhaupt zustande kommt, ein weiterer Ausdruck der Bodenlosigkeit der sogenannten „Öffnungspolitik" wäre, die

zustande kommt, ein weiterer Ausdruck der Bodenlosigkeit der sogenannten „Öffnungspolitik" wäre, die

alle faschistischen Grundlagen des Staates – und eben auch die Falange-Statuten – unangetatet läßt. König Juan Carlos legte seinen Krönungseid im vergangenen Herbst auf eben diese Prinzipien des „Movimiento" ab.

In diesem Zusammenhang sei – weil es wieder mal so gut paßt – eine Äußerung des westdeutschen Botschafters in Spanien, Georg von Lilienfeld erwähnt, die er auf der jährlichen Versammlung der „Deutschen Wirtschaftskammer" in Katalonien machte: *„Die Bundesregierung und die große Mehrheit des deutschen Volkes vertrauen auf die zukünftige Entwicklung Spaniens und wissen den Mut und die Zähigkeit zu schätzen, mit denen die neue spanische Regierung ihr breites Reformprogramm in Angriff nimmt, um einen allmählichen und geordneten Übergang zu demokratischen Strukturen zu erreichen. Wir beglückwünschen das spanische Volk zu seinem jungen, aufgeschlossenen und modernen Monarchen, der der Motor dieser progressiven Bewegung ist und der in den Tagen des Wechsels im vergangenen Herbst eine starke einigende Symbolfigur war"* („La Vanguardia", 1.4.76).

Herr Lilienfeld ist bekannt für seine Kontakte zu den spanischen Ultras um Girón und Solis, die wiederum enge Beziehungen zu F.J. Strauß pflegen ...

„Demokratische Koordination": weitere Zugeständisse an die spanische Oligarchie

Ende März gaben die beiden Blöcke der spanischen Opposition, die „Junta Democrática", in der die revisionistische PC eine hervorragende Rolle spielt, und die „Plataforma de Convergencia Democrática", in der Sozialdemokraten, Christdemokraten und einige revolutionäre Gruppierungen sich zusammengeschlossen hatten, ihre Vereinigung bekannt, bei gleichzeitiger Auflösung der bisherigen Organismen. Dem neuen Bündnis gehören zur Zeit insgesamt 15 Parteien und Organisationen an, von christdemokratischen, über rechts-sozialdemokratische bis hin zu revolutionären Gruppen wie MCE. Auch die Comisiones Obreras (illegale Arbeiterkommissionen) haben ihre Unterschrift zu diesem Bündnis gegeben.

Die Forderungen nach allgemeiner politischer Amnestie, Garantie der Menschenrechte, politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten sowie Abschaffung der Sondergerichte etc. sind geblieben. Interessant sind hingegen die deutlichen Abschwächungen in der Frage der Konfrontation mit dem Juan-Carlos-Regime.

Dieses wird nicht namentlich verurteilt, es wird lediglich allgemein gegen die Fortsetzung der Franco-Diktatur Stellung bezogen, wobei offen bleibt, ob die „Demokratische Koordination" den König als einen „Fortsetzer" oder einen Mann der demokratischen Reformen sehen will, als den dieser sich trotz Schießereien, Knüppel- und Verhaftungsorgien seiner Polizei gerne hinstellen möchte.

Im weiteren akzeptiert die „Demokratische Koordination" als „demokratischen Bruch" mit dem bisherigen Regime bereits eine „Volksbefragung" über die Staatsform und Regierung, während bisher von „freien Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung" die Rede gewesen war. Eine solche „Volksbefragung" ist ohne weiteres auch vom derzeitigen faschistischen Regime hinzukriegen. Man denke nur daran, daß der (un)selige Franco seine ganzen falangistischen Grundgesetze per „Volksabstimmung" mit überwältigenden Mehrheiten bestätigen ließ ...

Die beiden christdemokratischen Gruppierungen („Demokratische Linke" und „Demokratische Volksvereinigung"), die bereits nationale Kongresse mit Vertretern der faschistischen Assoziationen abgehalten haben, sind beide in die „Koordination" eingetreten, nicht ohne vorher ihre Bedingungen zu stellen. Sie verlangen die ausdrückliche Absage an jede Form der Gewalt (nicht des Regimes, sondern der Opposition – versteht sich). Dazu sind die spanischen Revisionisten schon lange begeistert bereit. Sie verlangen die Aufnahme weiterer sozialdemokratischer und liberaler Gruppierungen (heute kann sich in Spanien jeder bessere Reaktionär so nennen). Die „Demokratische Linke" verlangt weiter, daß Beschlüsse nur einstimmig (!) gefaßt werden dürfen und daß natürlich dieses Zweckbündnis bei Ansetzung von Parlamentswahlen endet („SZ", 6.4.76), denn dann heißt es nur noch Kampf gegen die Arbeiterbewegung und die Linke.

Von Bedingungen der starken revisionistischen KP Spaniens wurde hingegen nichts bekannt. Insofern bedeutet dies neuerliche Bündnis einen weiteren Rechtsruck innerhalb der spanischen Opposition. Was die bestimmenden politischen Einflüsse in diesem Bündnis betrifft (also nicht die revolutionären Gruppierungen), so vereinigt sie allein die Angst, daß der spanische Prozeß außer Kontrolle geraten könnte, bevor die spanische Oligarchie die Massenbewegung kanalisieren kann. In diesem Sinne sind die ständigen aufdringlichen Friedens- und Freundschaftsangebote an die Führung (!) von Kirche und Militär, die gerade besonders aufdringlich von der spanischen PC gemacht werden, zu verstehen.

Was macht es den revisionistischen Führern, wenn die Fraga-Polizei die halbe Führungsmannschaft dieser „Koordination" bei ihrer geplanten Pressekonferenz verhaftet und gerade die KP-Führer in Untersuchungshaft behält (ihnen drohen Gefängnisstrafen zwischen 20 und 30 Jahren), was macht es, daß Herr Fraga mit dem französischen Innenminister Poniatowski über schärfere Verfolgung und Auslieferung politischer Flüchtlinge und Exilierter in Frankreich konferiert (die FRAP – linkssektiererische spanische Organisation – wurde in Frankreich gerade verboten, ETA-Genossen wurden schon des öfteren von französischen Behörden schamlos an die faschistischen Schergen ausgeliefert, vielleicht ist bald auch Santiago Carrillo – Vorsitzender der spanischen Revi-Partei – dran? ...)

Solange irgendwo am Horizont mögliche Staatsämter, Ministersessel (und wenn es nur ein einziger ist) und andere Posten winken, sind die Reformisten zu allen Schandtaten bereit.

Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Segovia: 29 politische Gefangene befreiten sich

Am 5.4. gelang 29 politischen Gefangenen die Flucht aus dem Gefängnis von Segovia (Kastilien). Ein Tunnel vom Gefängnis-Duschraum zu den Abwässerkanälen, diente als Weg in die Freiheit. Es gab einen lange abgesprochenen Plan zwischen den Gefangenen, die überwiegend ETA-Mitglieder sind, und der baskischen Organisation ETA. Ein versiegelter TIR-Lastwagen brachte die geflohenen Genossen in die Nähe der französischen Grenze. Sie erhielten Kleidung und Waffen. Nun passierte eine verhängnisvolle Panne: Der Führer, der die Genossen über die unwegsamen Pyrenäen auf französisches Gebiet bringen sollte, verirrte sich offensichtlich im dichten Nebel („FAZ", 8.4.76). So versuchten die ETA-Genossen, den Weg auf eigene Faust zu finden, und verliefen sich. Eine Gruppe lief einer Guardia-Civil-Patrouille in die Arme. Die spanischen Bullen erschossen einen jungen Katalanen, aber auch ein Polizist wurde bei dem Feuergefecht verletzt. In einer Großfahndung, bei der gemeinsam mit der französischen Polizei die Grenze praktisch abgeriegelt wurde, wurden inzwischen 23 geflohene Genossen wieder geschnappt.

Als Gegenaktion hat die ETA zwei spanischen Polizisten im französischen Grenzort Hendaye gefangen genommen und hält sie als Geiseln fest. Außerdem befindet sich seit über einer Woche der Nähmaschinenfabrikant Berazadi aus San Sebastián im Gewahrsam von ETA. ETA verlang acht Millionen DM Lösegeld. Innenminister Fraga will in diesem zweiten Entführungsfall innerhalb kurzer Zeit besondere Härte beweisen und hat den Angehörigen des Fabrikanten untersagt, Auslösungsverhandlungen mit ETA zu führen sowie die Banken angewiesen, kein Geld für die Auslö-



sung des Entführten zu transferieren.. Es heißt, daß ETA zur Zeit von insgesamt 50 baskischen Firmen Geld erhält, die sich damit größeren „Ärger" ersparen wollen!

Nachdem der baskischen ETA V. durch Verrätereien von Polizeispitzeln in den eigenen Reihen im letzten Jahr mehrere schwere Schläge zugefügt worden waren, scheinen die zunächst gelungene Massenflucht aus dem Gefängnis sowie die letzten gelungenen Entführungsaktionen darauf hinzudeuten, daß diese Verräter-Schweine inzwischen eliminiert werden konnten.

Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Portugal

„Hamsterbacke" läßt die Hosen runter

Ein bemerkenswertes Buch über den Generalsekretär der Sozialistischen Partei Portugals, Mario Soares

Vor kurzem erschien in Frankreich ein Buch über Mario Soares mit dem hintergründigen Titel „Portugal, que Revolucao?" („Portugal, welche Revolution?").

Die Autorin ist die französische Journalistin Dominique Pouchin, die besonders durch ihre fortschrittlichen und gutinformierten Korrespondentenberichte aus Portugal in der französischen Tageszeitung „Le Monde" bekannt wurde.

Natürlich waren diese Berichte der portugiesischen Reaktion stets ein Dorn im Auge, und ganz besonders der PS und ihrem Wortführer Mario Soares.

In Portugal ist es allgemein bekannt, daß Soares wiederholt beim Chefredakteur der „Le Monde" eine Ablösung von Dominique Pouchin als Lissabonner Korrespondentin verlangte, und daß er sogar den französischen Sozialistenführer Mitterrand einschaltete, um Druck auf „Le Monde" auszuüben.

So skandalös diese Einmischung in die französische Pressefreiheit bereits ist, Soares setzte ihr die Krone auf, indem er durch Mitterrand durchsetzen ließ, daß Dominique Pouchin im Auftrag von „Le Monde" ein „positives" Buch über Soares schreiben sollte, das von Soares kontrolliert und von Mitterrand mit einem Vorwort versehen werden sollte.

Das Buch ist mittlerweile erschienen. Jedoch muß irgendetwas schiefgegangen sein! Jedenfalls hat es kein Vorwort von Mitterrand, und es ist ernsthaft zu bezweifeln, ob Soares damit wirklich zufrieden ist.

Wir drucken im folgenden einen Auszug aus dem ersten Kapitel, der ein Gespräch zwischen Mario Soares und Dominique Pouchin widergibt (zitiert nach „Poder Popular", Nr. 33).

Dominique Pouchin (DP): *„Mario Soares, Sie sind 50 Jahre alt. Sie sind Rechtsanwalt und mit einer Schauspielerin verheiratet. Sie leben ohne Sorgen in einem behaglichen Appartement an der Peripherie von Lissabon. Sie genießen die seltenen Stunden, die Sie in Ihrem Landhaus verbringen. Ihre beiden Kinder, ein junger Mann und ein junges Mädchen, sind bereits erwachsen genug, um für sich selbst zu sorgen. Sie haben keine materiellen Probleme. Zusammengefaßt, das traditionelle Bild eines respektablen Bourgeois. Erscheint Ihnen diese Darstellung zu grob, weisen Sie diese Charakterisierung zurück?"*

Mario Soares (MS): **„Warum? Sie erscheint mir völlig angemessen. Alles, was Sie sagen, trifft vollständig die Wahrheit. Ich selbst würde noch hinzufügen, daß ich ein verhätscheltes Kind war (...)".**

DP: *„Haben Sie niemals versucht, sich von Ihrer Klasse loszusagen?"*

MS: **„Nein. Ich fühle mich sehr wohl in meiner Haut, und ich will mich nicht für jemanden ausgeben, der ich nicht bin (...)".**

DP: *„Die Bourgeoisie hat natürlich ihre Reize?"*

MS: **„Die schönen Frauen, zum Beispiel. Aber sie trifft man auch in anderen Klassen (...). Seit ich nicht mehr Minister bin, übe ich meinen Beruf als Rechtsanwalt nicht mehr aus. Ich beziehe jetzt 15.000 Escudos Gehalt als Parteifunktionär.** (Das sind 1.500 DM, ein Arbeiter verdient zwischen 200 und 600 DM, allerdings dürften das nicht die einzigen Einnahmen von Soares sein – Anm. d. Red.) **Es ist das erste Mal in meinem Leben, daß ich Funktionär bin".**



Soares und Brandt

DP: *„Gibt es dasselbe Gehalt für die Militante, die Stenotypistin der Partei ist, wie für den Generalsekretär?"*

MS: **„Nein. So haben die Parteiinstanzen nicht entschieden. Es gibt einen Fächer, ich glaube, drei Abstufungen bei den Gehältern".**

DP: *„Als Sie Minister waren, haben Sie da einen Teil Ihres Gehalts der Partei gegeben?"*

MS: **„Nein. Die Frage wurde diskutiert, aber schließlich wurde es vorgezogen, jedem die Festsetzung seines Beitrags selbst zu überlassen. Mein normaler Beitrag beträgt 100 Esc. (zehn Mark) monatlich".**

DP: *„Mario Soares, Sie können sich also nicht vorstellen, daß Sie einmal mit der Maschinenpistole in der Hand sterben?"*

MS: **„Nicht einen Augenblick. Ich weiß gar nicht, wie man mit einer Waffe umgeht. Von mir erwarten die Leute, daß ich mit dem Federhalter umgehen kann, und nicht, daß ich mich am Gewehrabzug auszeichne. Ich habe oft gelacht und gespottet, wenn ich in den heißen Zeiten meine Freunde bewaffnet gesehen habe".**

DP: *„Wollen Sie damit sagen, daß Sie eine bewaffnete Miliz haben?"*

MS: **„Übertreiben Sie nicht. Natürlich nicht".**

DP: *„Aber doch mindestens einige bewaffnete Kameraden?"*

MS: **„Nur einige Pistolen. Aber alle mit ordentlichem Waffenschein".**

Man braucht ihn gar nicht zu analysieren, man braucht ihm keine Fallen zu stellen; er beantwortet völlig freiwillig und ungeniert, welche Revolution er meint, der Herr Soares! •

Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Portugiesisches MEK gebildet

Am 27. März erfuhr die portugiesische Bevölkerung aus der Zeitung, daß am selben Tag eine neue Schocktruppe der PSP, der Sicherheitspolizei, ihre Sonderausbildung beendet hätte.

Ohne Vorankündigung hatte die Regierung die Aufstellung dieser Truppe vorgenommen und über einen längeren Zeitraum ausgebildet.

Die Truppe besteht aus zwei Kompanien und ist insgesamt 400 Mann stark. Laut Erklärung des Oberkommandos der PSP ist es ihre Aufgabe, die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu garantieren und Sondereinsätze gegen „die Kriminalität" durchzuführen.

Ihre Bewaffnung besteht aus Schnellfeuergewehren, im übrigen ist sie genauso ausgerüstet wie die entsprechenden „Spezialeinheiten" in der BRD: Helm mit Visier, Schild, Schlagstock und kugelsichere Weste.

Ihre Ausbildung beruht auf den bewährten Bullen„tugenden" von Kadavergehorsam und Disziplin. Als der Kommandant den Pressevertretern seine Kettenhunde vorführte, ließ er sie antreten und brüllte: *„Warum sind wir stolz darauf, der Eingreiftruppe der PSP anzugehören?"*

Worauf der Chor zurückbrüllte: *„Weil sie eine vernünftige Sache ist!"* Der Kommandant: *„Warum ist unser Vorgehen legal?"* Und die Antwort: *„Weil es vernünftig ist!"* usw.

Den Demokraten Portugals läuft es bei solchen Schauspielen kalt den Rükken herunter, weil dieser Verein haargenau der faschistischen Schockpolizei unter Salazar und Caetano entspricht.

Wie lange wird es dauern, bis die Bourgeoisie auch ihre Geheimpolizei wieder offen und ungeniert arbeiten läßt? •

Portugal-Kommission

Portugal:

Angriffe gegen die revolutionäre Presse

Der Zeitung des MES, „Poder Popular", vom 23.3.76, entnehmen wir folgende Erklärung:

„Die Bourgeoisieregierung beginnt, blindwütig die Zeitungen der antikapitalistischen Organisationen, die Parteiorgane der revolutionären Linken anzugreifen. Auf diese Weise wird Isabel do Carmo, Leitungsmitglied der PRP und Direktorin der ‚Revolucao' wegen Zeitungsartikeln, die die Machthaber als beleidigend empfinden, mit Gefängnis bedroht. Sie fordern eine Kaution von 100.000 Esc. (DM 10.000,–), deren Zahlung (mit ungewöhnlicher Eile) auf den kommenden Freitag festgesetzt wurde.

Nachdem es der Staatsmacht, die aus dem 25. November hervorgegangen ist, gelungen ist, die bürgerliche Presse systematisch in den Dienst der Konterrevolution zu stellen, will sie nun die revolutionäre Presse erdrosseln. Auf diese Weise will sie diejenigen Parteien und Organisationen, die die faschistischen und imperialistischen Machenschaften in ihren Zeitungen enthüllen, einschüchtern und entwaffnen. Auf diese Weise will sie die Verbreitung von Informationen und Analysen, die dem Kampf der Arbeiter dienen, verhindern.

‚Poder Popular' erklärt sich mit den Genossen von ‚Revolucao' solidarisch, die das Opfer von Polizeiverfolgung wurden, und alarmiert die Arbeiterklasse und das Volk wegen der besonderen Bedeutung dieser Unterdrückungsmaßnahme, die weitere Schritte gegen die Pressefreiheit des Volkes ankündigt.

Das Abwürgen der revolutionären Presse muß verhindert werden." •

Neues Militärabkommen USA – Türkei

Am Wochenende vom 28./29.3.76 stimmten US-Imperialisten und die Türkei ein neues Militärabkommen ab.

Es sieht vor, daß die US-Imperialisten der Türkei für die nächsten vier Jahre eine Verteidigungshilfe von insgesamt 1,3 Milliarden Dollar (umgerechnet 3,5 Milliarden Mark) gewähren.

Zudem steigen die US-Imperialisten sofort ins Waffengeschäft ein. Die Türken bekommen als Sofortlieferungen 14 Kampfflugzeuge vom Typ „Phantom". Außerdem werden zusätzlich 36 Kampfflugzeuge anderer Typen, 20 Übungsflugzeuge für die Luftwaffe, 72 Hubschrauber, drei Zerstörer für die Kriegsflotte, zwei Unterseeboote und ein U-Boot-Bergungsschiff in der Wunschliste der Türken aufgeführt („Frankfurter Allgemeine" vom 5.4.76).

Wie ausgehungert wollen die Türken nun im Waffensupermarkt der US-Imperialisten einkaufen. Und diesen kann das nur recht sein, da das Waffengeschäft blüht, den aggressiven Absichten im Nahen Osten Rechnung getragen wird und die Türken die 26 amerikanischen Stützpunkte für die USA wieder eröffnen. Damit in diesem Punkt die Türken nicht ihr Gesicht verlieren, wurde die Bezeichnung „türkische Einrichtungen" für die Stützpunkte gefunden.

Faktisch stehen aber mit diesem Abkommen die Stützpunkte den USA wieder uneingeschränkt zur Verfügung.

Das Abkommen muß nun allerdings noch von beiden Parlamenten bestätigt werden. Die Türken zögerten nicht lange und die Mission des Außenministers Caglayangil wurde *„mit großer Befriedigung registriert"* („FAZ" vom 29.3.76).

Der US-Senat hat sich allerdings bisher sehr ablehnend gegenüber dem Abkommen geäußert.

Diese ablehnenden Äußerungen sind nicht zuletzt auf den Unmut der Griechen über dieses Abkommen zurückzuführen. Während der griechische Ministerpräsident Karamanlis die parallel laufenden Verhandlungen über die griechischen Stützpunkte stoppen ließ, machte er deutlich, daß die Griechen nunmehr ebenso mit einer entsprechenden verstärkten Rüstungshilfe seitens der US-Imperialisten rechnen. Dramatisch stellte er dabei die möglichen Kriegsabsichten der Türkei heraus. Dieses Argument machten sich auch US-Senatoren zunutze, indem sie davon sprachen, daß die Türken eventuell die US-Stützpunkte für militärische Zwecke gegen Nachbarstaaten verwenden könnten.

Es ist damit zu rechnen, daß das Abkommen zustande kommt, wenn zugleich die griechischen Forderungen erfüllt werden. Außerdem wird den Türken noch einmal klargemacht werden, daß die Stützpunkte und die Militärhilfe *„keine Gunst, die wir der Türkei erweisen, sondern eine Gunst, die wir uns selbst erweisen"* ist, so Kissinger („SZ" vom 31.3.76), denn *„die strategische Bedeutung der Türkei sei bei ihrer Nachbarschaft zur Sowjetunion und zum nahöstlichen Spannungsgebiet historisch erwiesen"*.

Die griechische Lobby wird im Senat gewarnt, *„keine Cypern-Konzessionen zur Bedingung zu machen, dies würde zerstörerische Folgen haben, die wir noch Jahrzehnte spüren würden"* (Kissinger laut „Süddeutsche Zeitung" vom 31.3.76).

Die US-Imperialisten verstehen es sehr gut, ihre expansionistischen Pläne mit Hilfe der griechischen und türkischen Militaristen durchzusetzen. •

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkei:

Weitere faschistische Überfälle

Die Liste faschistischer und staatlicher Überfälle in der Türkei reißt nicht ab:

- In Trabzon an der Technischen Hochschule wurde ein Student von Faschisten getötet („SZ", 31.3.1976).
- In der mittelanatolischen Stadt Konya durchsuchten Spezialeinheiten der Polizei Wohnungen von Linken und Rechten. Laut Meldung der „Neuen Züricher Zeitung" vom 31.3.76 fanden sie allerdings nur bei Linken „extremistische" Schriften, nur linke Studenten wurden festgenommen.
- In Ankara wurden bei einer Auseinandersetzung mit Faschisten neun Berufsschüler verletzt. Die Faschisten hatten sogar Sprengstoff eingesetzt.
- Bei Auseinandersetzungen an der staatlichen Ingenieurschule wurde ein Student bei Angriffen der Faschisten getötet, neun verletzt und anschließend 30 Linke von der Polizei verhaftet.
- In Erzurum wurden zehn Studenten von Polizisten verprügelt.
- Bei einer antifaschistischen Aktion kam es zu einer Schlacht von 200 Studentinnen. Dabei wurden 30 verletzt, davon zwei lebensgefährlich. Anlaß war das Abspielen einer faschistischen Schallplatte.
- Am 30.4.76 wurden in der Türkei verschiedene Bombenanschläge durchgeführt, vor allem auf Banken, dem Büro einer faschistischen Zeitung, der türkischen Presseagentur und der Firma Philips. Anlaß war der vierte Jahrestag der Ermordung von revolutionären Genossen während der Militärdiktatur („Le Monde", 1.4.76).

Insgesamt sind in den letzten zwölf Monaten über 46 Menschen getötet worden, darunter Studenten, Arbeiter und Lehrer („Süddeutsche Zeitung" vom 31.3.76). •

Griechenland-Türkei-Kommission



Griechenland aktuell

Die Streikbewegung in Griechenland

Angesichts der Ausplünderungspolitik der reaktionären Karamanlis-Regierung verbreitern sich in Griechenland die Proteste der werktätigen Bevölkerung.

Inzwischen ist die Regierung entschlossen, mit einem neuen Streikgesetz (siehe nebenstehender Artikel) schärfer vorzugehen, und die Polizei wendet immer brutalere Maßnahmen gegen die Streikenden an:

Skalistiris-Bergbau, Mandoudhi (Euböa)

Ein riesiges Aufgebot von Spezialeinheiten knüppelte am 3.4.76 für die Streikbrecher den Weg frei. 22 Streikende wurden am 5.4.76 wegen *„frecher Beschimpfung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Ungehorsam und Verkehrsbehinderung"* verurteilt.

Die seit dem 30. März streikenden 5.000 Facharbeiter der Unternehmensgruppen Skalistiris und Papastratos setzen ihren Streik fort. Ihre Forderungen sind:

- Einordnung in die schweren und gesundheitsschädlichen Berufe
- Wiedereinstellung der fünf entlassenen Kollegen
- sofortige Lohnerhöhung von 40 - 47 %.

Schon am 2. April waren sieben Kollegen vorläufig von der Polizei festgenommen worden.

155 Streikbrecher hatten ein „Protesttelegramm" an die Regierung geschickt und Schutz vor den „terroristischen Streikenden" gefordert. Sie behaupteten, sie seien von ihnen eingeschlossen worden, ohne Nahrung, Arzneimittel usw. Darauf hin schickte der zuständige Minister den Athener Staatsanwalt, der, das Telegramm als Vorwand nutzend, gleich das riesige Polizeiaufgebot mitbrachte.

Am Morgen des 4. April ließ die Firma (die sich vor dem Streik über die ach so schlechte Lage der Bergbaukapitalisten und die „unverschämten Forderungen" der Arbeiter in einem Brief an die Regierung beklagte) einen Großteil der Insel Euböa von Hubschraubern (!) aus mit Flugblättern eindeckten: ... der Streik sei „das Werk weniger Unruhestifter", die Arbeitswilligen sollten die Busse der Gesellschaft benutzen, die sie von

sei „das Werk weniger Unruhestifter", die Arbeitswilligen sollten die Busse der Gesellschaft benutzen, die sie von
noch so weit holen würden.

Für strenge Sicherheitsvorkehrungen sei auch gesorgt (wie man später sehen konnte).

Mit den Streikenden solidarisch erklärten sich die bei der öffentlichen Busgesellschaft (EKTEL) Beschäftigten, die Demokratische Metall-Ingenieur-Bewegung, die Antidiktatorische Arbeiterfront, „KKE/ Inland" u.a.

MEL-Papier, Thessaloniki

Die MEL-Arbeiter traten Ende Februar erneut in den Streik. Sie fordern:

- 2.500 Drachmen pro Monat mehr
- Auszahlung zurückgehaltener Löhne und Gehälter
- Verbesserung der Sozialversicherung.

Es fand ein Prozeß gegen drei Mitglieder des Vorstandes der Somatia (Basisgewerkschaft – Vertrauenskörper) der MEL-Arbeiter statt, wegen „Zerstörung fremden Eigentums während des letzten Streiks".

Der Streik bei MEL geht seit über einem Monat (s. AK 75). Nachdem Ende März wieder Streikbrecher eingesetzt wurden, zogen die Streikenden vor die Fabriktore, wo ihnen allerdings ein starkes Polizeiaufgebot entgegentrat. In der darauffolgenden Nacht besetzten sie den Betrieb.

Generalstreik in Volos/ Hafen von Thessalien

Am 19.3.76 fand in Volos ein zweistündiger Generalstreik gegen die willkürlichen Entlassungen und für die Sicherung der gewerkschaftlichen Rechte statt. Tausende Arbeiter führten eine Versammlung im Industriegürtel und eine anschließende Demonstration durch.

Weitere Streiks Ende März, Anfang April:

- Glasfacharbeiter in ganz Griechenland im Dauerstreik für Lohnerhöhung und Reorganisierung ihrer Ersatzkasse.
- Die 400 Facharbeiter der Tischlereifabrik Fanestropoulos fordern die Wiedereinstellung eines entlassenen Gewerkschafters und Lohnerhöhung.
- Für die Wiedereinstellung eines gewerkschaftlich aktiven Kollegen streiken die Schauspieler des Athener Theaters Akropol.
- Die Kollegen von Steyr-Griechenland haben nach vier Tagen Streik eine monatliche Lohnerhöhung von 2.000 Drachmen (bzw. 2.500 für Verheiratete) erkämpft.
- Bei Pitsos (s. AK 75) in Piräus streikten die Kollegen zwei Stunden aus Protest am 12. März wegen der Gründung eines Anti-Somatio (Streikbrecher-Vertrauenskörper) durch Geschäftsleitung und höhere Angestellte.
- Am 18. März waren die Lithographen, Drucker und Buchbinder verschiedener Athener Betriebe hauptsächlich für ökonomische Forderungen im Dauerstreik. Einige andere Betriebe führten kurze Solidaritätsstreiks durch.

Streik gegen Fahrpreiserhöhungen

Eine besondere Bedeutung nimmt der Streik der Busfahrer, Schaffner und Stationskontrolleure verschiedener Busgesellschaften von Athen und Piräus ein.

Vor einiger Zeit wurden die Fahrpreise um 20 % erhöht. Die Eigentümer der Gesellschaften verlangten dafür unverschämterweise auch noch staatliche Zuschüsse, da die Busse sonst „unrentabel" seien.

Die Vertrauensleute des Buspersonals wiesen nach, daß die Bilanzen frisiert waren und pro Bus monatlich DM 3.000,- rausspringen.

Sie stellten darauf hin die Forderung auf, entweder die Fahrpreiserhöhungen rückgängig zu machen, oder eine saftige Lohnerhöhung zu gewähren.

Unter Beteiligung verschiedener linker Organisationen wurden Komitees gegründet zur Unterstützung des Kampfes des Buspersonals. Die einheitliche Parole hieß: „BILLIGE FAHRKARTEN – STAATLICHE BUSSE!"

Sowohl die Streikenden als auch die Komitees verteilten an den zentralen Haltestellen Flugblätter, in denen sie aufforderten, nicht in den von den Gesellschaften eingesetzten Streikbrecherbussen zu bezahlen.

Die Athener griffen den Vorschlag zum kollektiven Schwarzfahren gerne und reichlich auf.

Einige Buseigentümer riefen die Polizei zu Hilfe, die die „Rädelsführer" brutal herausgriffen. Einige Dutzend Genossen werden jetzt strafrechtlich verfolgt.

Am 2. April fand eine große Kundgebung statt, zu der hunderte von Vertrauenskörpern (Somatias), Verbände und Organisationen aufriefen. Die Busfahrer forderten außerdem, daß die Sicherheitsbestimmungen für den Personentransport eingehalten werden, was konkret bedeutet, daß die vielen schrottreifen Busse aus dem Verkehr gezogen werden.

Der Gewerkschaftsvorstand der bei der Busgesellschaft ASPA-Beschäftigten brach den Streik eigenmächtig ohne die Zustimmung der Vollversammlung ab und köderte mit einer Lohnerhöhung.

Die bei der Busgesellschaft EKTEL beschäftigten Kollegen und einige der ASPA-Kollegen streiken weiterhin für billigere Fahrkarten. Das Drollybus-Personal der ILPAP-Gesellschaft führte Warnstreiks gegen die Entlassung von Schaffnern und Rationalisierung durch.

Auch die Lehrer streikten

Die 30.000 Volksschullehrer und Kindergärtner Griechenlands brachen ihren Streik am 1. April ab. Sie gehören zu den meistbenachteiligten Beamten und verlangen die gleiche Behandlung wie die anderen öffentlichen Angestellten bei der Überstundenregelung und beim Inflationsausgleich, wo sie bisher überhaupt nichts erhielten.

Der Erziehungsminister hat die Berechtigung ihrer Forderungen erstmalig anerkannt und deren Erfüllung ab 1. Januar 1977 (!) zugesagt.

Der Streik, der fast mit 100%igem Erfolg durchgeführt wurde, erfreute sich einer breiten, auch materiellen Solidarität von Seiten Eltern, gewerkschaftlicher Organisationen, Studenten und Schülern (Quellen: „Ahinaikji", vom 30./31.3.76, 1., 2., 5.4.76, I. Foni Ton Erghazomenon, 24.3.76, L.A. 18.3.76).

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Bullenpanzer (links) gegen Bergbaukollegen (rechts)



Die Steyr-Kollegen haben ihren Streik gewonnen



Die MEL-Kollegen in der besetzten Fabrik

Die Steyr-Kollegen haben ihren Streik gewonnen
Die MEL-Kollegen in der besetzten Fabrik



Bullen in Kampfmontur gegen die Bergarbeiter



Demonstration von Buspersonal

Streiks in Griechenland Januar-Februar 1976

Branche	Streikende Januar	Streikende Februar	Forderungen
1. Industriearbeiter	16.580	13.510	ökonomische, gegen Entlassungen, Arbeitsbedingungen
2. Transport-	18.300	11.900	ökonomische, gewerkschaftliche
3. Montage-	35.450	2.000	ökonomische, versicherungstechnische gewerkschaftliche
4. Wissenschaftler	12.300	19.440	ökonomische, gewerkschaftliche, Entnazifizierung
5. Angestellte	730	58.420	ökonomische, gegen Entlassungen Entnazifizierung
6. andere	5.000	7.070	ökonomische
Gesamt	88.360 +	112.340	= 200.700

(Quelle: „I foni ton erghazomenon", 10.3.76)

8. März – Internationaler Frauentag in Griechenland

Aus Anlaß des Internationalen Frauentages fanden in Griechenland in Arbeiterzentren besondere Frauenveranstaltungen statt.

Am 9. März führte z.B. die SEEG (wahrscheinlich das „Koordinationskomitee Arbeitender Frauen") in Athen eine große Veranstaltung durch. Es wurde eine Resolution verabschiedet, daß bestehende Schutzgesetze für Frauen endlich angewendet werden; ferner wurde gefordert:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Schluß mit der beruflichen Benachteiligung der Frau
- Schutz für die arbeitende Mutter
- 40-Stunden-Woche mit regelmäßiger Arbeitszeit
- 40 % Mindestlohnerhöhung u.a.

Wie die Situation der Frauen in Griechenland ist, mag ein Beispiel aus Piräus verdeutlichen:

Von der gesamten weiblichen Bevölkerung können:

- 15,6 % nicht lesen und schreiben
- 49,0 % haben Volksschulabschluß
- 15,0 % haben Gymnasialabschluß
- 1,0 % Hochschulabschluß („I foni ton ergazhomenon", 24.3.76)

In Griechenland gibt es heute 1,040 Mio Analphabeten.

Davon sind 227.700 Männer und 817.300 F r a u e n (!) – davon leben 559.387 Frauen in ländlichen Gegenden.

Davon sind die Hälfte über 45 Jahre, aber es gibt ungefähr 9.160 Mädchen zwischen 10 - 14 Jahren, die nie zur Schule gegangen sind. Davon leben 1.280 in Athen.

Alter der Frauen	Zahl der Analphabeten
10-14	9.160
15-19	13.982
20-24	37.604
25-29	60.748
30-45	153.922
45-64	416.239
65-	279.000

Die Zahlen gelten für ganz Griechenland und sind aus dem Statistischen Dienst von 1971 („Athinaikji", 5.4.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Zypern: 20 Monate nach dem Putsch gegen Makarios



Der für die imperialistische „Sicherheitspolitik" strategisch so wichtige „unsinkbare Flugzeugträger" Zypern (unweit zum Nahen Osten, Aufmarschgebiet gegen Albanien und Jugoslawien), an der Nato-Südflanke hat seit dem griechischen Obristen-Staatsstreich gegen Makarios, am 15. 7. 74, seine Rolle als relativ blockfreie Mittelmeerinsel verloren. Die Ermordung Makarios' war geplant und der ehemalige Geheimdienstchef Ioannidis gab vor Gericht bekannt, daß die USA gerade in der Zeit zwischen Januar / Juli „*gewisse Pressionen auf Griechenland ausübte*". („Süddeutsche Zeitung" 15. 9. 75)

Imperialistische Politik: Völker spalten und schwächen . . .

Obgleich keine „Ruhe" auf der Insel herrscht, ist doch das wesentliche Ziel der Imperialisten erreicht: Makarios' Zypern existiert nicht mehr, die Insel ist zweigeteilt.

Durch die türkische Invasion am 20. Juli 74 (40 % des Landes wird von türkischen Invasionstruppen beherrscht) werden beklagt:
- 3.800 Tote, 2.200 Vermißte und 200.000 Flüchtlinge unter den 500.000 griechischen Zyprioten
- 120 von 150 griechisch-zypriotischen Siedlungen sind zerstört
- 20.000 Arbeitslose sind registriert. (Aufstellung der Gesamtopfer des Inselkrieges von Makarios.)
- Demgegenüber stellte Denktasch den jahrelangen Terror der griechischen Faschisten gegenüber der türkischen Bevölkerung auf Zypern dar. Zwischen 1963 und dem 20. Juli 74 wurden 103 türkische Dörfer zerstört und 30.000 türkisch-zypriotische Flüchtlinge gezählt. Dies geschah in einer Zeit, als sich die beiden Länder nicht im Kriegszustand befanden.

Jetzt kontrollieren die türkischen Invasionstruppen die fruchtbarsten Agrargebiete (35 % der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft), 60 % der Industrie und des Bergbaus und 80 % der Tourismus-Kapazitäten im Norden („Spiegel" 18.7.75). Dort leben lediglich 20 % der Bevölkerung und damit wurden der gesamten zyprischen Bevölkerung die wichtigsten Einkommensquellen geraubt.

„Friedensgespräche" noch und noch . . . . ohne Erfolg !

Nach mehreren Verhandlungen zwischen den Volksgruppenunterhändlern Cliridis (griechisch-zypriotisch) und Denktasch (türkisch-zypriotisch) liegt bisher noch kein konkretes Ergebnis vor.

Die NATO-Imperialisten haben dagegen bereits eigene handfeste Pläne zur „Lösung der Zypern-Frage", in angeblicher Absprache (lt. „Athinaikji" v. 5.4.76) mit der türkischen Generalität.

Der NATO-Generalsekretär Luns schlägt u. a. vor:
- Umwandlung der britischen Basen auf Zypern „im Dienste und zur Erleichterung" der NATO
- Rückzug aller türkischen Streitkräfte
- Garantie für Einhaltung des Vertrages und „Schutz"(!) der Insel durch die NATO.

Verschiedene amerikanische Zeitungen geben die Vorstellungen Kissingers wieder:

„Die geographische Lage Zyperns in der Nähe von Suez gibt uns die Rolle eines „Wächters" nach der freien Benutzung dieses Meereskorridors durch die Sowjetunion".

Zypern muß aus der 3. Welt herausgebrochen werden und müsse aktiv im Westen eingeordnet werden (!). Zypern wird, so Kissinger, für die amerikanische Verteidigung wegen der Lage in Nahen Osten (Libanon usw.) und im Bereich des Suez auf Grund des Petroleums noch wichtiger. Das von den Amerikanern in der Wüste Sinai installierte Frühwarnsystem ist Bestandteil einer Verteidigungsachse Zypern–Israel–Alexandria (Ägypten). Auf dem Berg Troodos in Zypern befinden sich entsprechende Radargeräte. Die „Los Angeles Times", für die Zypern wegen der unruhigen Situation ein „Dorn" im Auge der Verteidigung des Westens ist, hat große Sorge, daß „dort das wichtigste System der Radarüberwachung über die Sowjetunion" möglicherweise in falsche Hände gerät (!). („Athinaikji" v. 5.4.76)

Neben diesen Plänen haben die Imperialisten die Durchsetzung ihrer Interessen gegen das zypriotische Volk schon durch ihre Besatzungsheere gesichert:
- 30.000 türkische Besatzer im Norden
- 8.500 britische Besatzer auf den zwei Basen Dhekelia und Akrolivi im Süden. Die Briten bleiben bis zu einer „Friedensregelung" stationiert, d. h. die Basen sind faktisch NATO-Stützpunkte („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9. 1. 76).
- 20.000 Mann der griechisch-zyprischen Nationalgarde
- 3.500 UNO-Soldaten, die von der BRD bislang mit 14 Millionen Dollar finanziert wurden (nach „Süddeutsche Zeitung", 11. 9. 75).

Solange diese Besatzerheere präsent sind, wird Zypern Spielball der NATO-Imperialisten bleiben. ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland:

Regierung will „wilde" und politische Streiks verbieten!

Arbeitsminister Laskaris legte dem Parlament am 29. 3. 76 einen neuen Gesetzentwurf über gewerkschaftliche Betätigung und Streiks vor.

Mit einer Reihe von Verschärfungen will er der wachsenden Streikbewegung zu Leibe rücken:
- Verbot der Behinderung von Streikbrechern (Art. 34)
- Streiks dürfen nicht mehr von Kampfkomitees und Fabrikkomitees ausgerufen werden (Art. 36)
- es dürfen nur Streiks zu dem Zweck ausgerufen werden, um Verhandlungen (!) über Tarifverträge einzuberufen bzw. zu beeinflussen (Art. 35)
- die Schiedsgerichte erhalten wesentlich mehr „Informationsrechte" (Art. 38)
- den Unternehmungen öffentlichen Charakters und öffentlichen Interesses (!), z. B. alles was mit Erdöl und Transporten jeglicher Art zusammenhängt, werden Beschränkungen auferlegt (Art. 37)
- bei Verstoß gegen das Gesetz können beliebig Entlassungen ausgesprochen werden (Art. 40).

Mit einer Reihe anderer Artikel will die Regierung Karamanlis den Werktätigen das Gesetz nun schmackhaft machen: Arbeitgeber, die gewerkschaftliche Tätigkeit u. ä. behindern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden können; Vertrauensleute sollen besseren Kündigungsschutz erhalten. Konkret bedeutet dies lediglich, daß die früheren braunen Gewerkschafts- und Arbeitsbestimmungen ein wenig optisch „entfärbt" wurden.

Alle Oppositionsparteien haben schärfstens protestiert.

Die Bankangestellten aus Athen, Thessaloniki, Piräus hatten gleich die richtige Antwort. Sie führten gegen das neue Gesetz am 5. 4. 76 einen zweistündigen Warnstreik durch und kündigten für den 7. 4. einen 24-stündigen Warnstreik an (Quelle: „Athinaikji" vom 30. 3. 76 und 5. 4. 76). ●

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Der Anti-Imperialismus auf Zypern wächst ...

Rund 2.000 meist griechische Zyprioten bewarfen aus Protest gegen die amerikanische Militärhilfe für die Türkei am 6. 4. 76 die US-Botschaft in Nikosia mit Steinen und brennenden Fackeln.

Trotz massiven Polizeieinsatzes konnten die Demonstranten bis zum Gebäude vordringen, einer überkletterte den hohen Drahtzaun, holte die US-Flagge vom Mast, die zerrissen und verbrannt wurde und hißte die zypriotische Flagge.

Vorausgegangen war eine Protestkundgebung in der Innenstadt. Ein Demonstrant brach unter dem Einsatz von Tränengas, das die Polizei rücksichtslos einsetzte, zusammen.

Auf Transparenten machten sie klar, was von Kissinger und dem Abkommen zu halten ist:

„HENRY KISSINGER – MÖRDER!"

„Das türkisch–amerikanische Abkommen – ein abgekartetes Spiel!" (Nach „Tagesspiegel" 7.4.76) ●

Griechenland/Türkei-Kommission

England: Polizeiüberfall auf Arbeitslosenmarsch

Der hauptsächlich von der gewerkschaftsoppositionellen Organisation „Rank and File" und den „International Socialists" (IS) unterstützte Arbeitslosenmarsch, der Anfang März in Birmingham startete, traf am 19.3. in London ein.

Als die relativ kleine Agitationstruppe (wahrscheinlich rund 100 Menschen) im Londoner Vorort Hendon von Fabrik zu Fabrik zog, erwartete sie dort ein großes Polizeiaufgebot.

Genau vor einer Polizeiwache blockierten die Bullen mit mehreren Bussen die Straße und provozierten ein Gerangel. Als die Kollegen jedoch ihren Marsch unbeirrt fortsetzen wollten, wurden sie von den Bullen verfolgt und insgesamt viermal brutal angegriffen. Dabei wurden über 40 Kollegen festgenommen und zum Teil krankenhausreif geschlagen. Erst am nächsten Tag – kurz vor der Abschlußkundgebung in der Albert Hall – wurden sie gegen Kaution wieder freigelassen. Der Sekretär der „Kampagne für das Recht auf Arbeit", John Deason, mußte allein über 12.000 DM aufbringen. Ende Mai droht allen Festgenommenen ein Prozeß.

Die Tageszeitung der revisionistischen KP, „Morning Star", die vorher wild gegen den Marsch gehetzt hatte, mokierte sich am 20. 3. darüber, daß die Demonstranten im Zusammenhang mit dem Überfall von einem „Hinterhalt" sprachen, und gab anschließend unkommentiert die Bullen wieder, die ihr Vorgehen damit begründen wollten, daß die Marschierer „die Straße verkehrswidrig überqueren" wollten ! ●

England-Kommission



England: Angriff auf innergewerkschaftliche Demokratie

In den letzten Wochen versuchte der Gewerkschaftsdachverband TUC mit aller Gewalt, bei den örtlichen Trades Councils (entsprechen etwa unseren Ortskartellen) Satzungsänderungen zu erzwingen, um die innergewerkschaftliche Opposition besser unter Kontrolle zu bringen.

Dabei soll der Abgrenzungsparagraph 14 verschärft werden, den die Satzung jedes TC enthalten muß. Bisher war danach jedem TC verboten, die Zusammenarbeit mit oder finanzielle Unterstützung für
1. kommunistische oder faschistische Parteien
2. deren Hilfsorganisationen
3. Organisationen, die vom TUC General Council (etwa: Hauptausschuß) mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß belegt sind.

Der neue Paragraph weitet das Verbot aus auf „*jede (!) Organisation, deren Politik oder Aktivitäten denen des TUC widersprechen*" („Socialist Worker" 27. 3.).

Da sich die bisherigen Abgrenzungsbeschlüsse nicht gegen Einzelpersonen richten, können Mitglieder linker Organisationen in den Gewerkschaften relativ offen arbeiten: u. a. ist der bekannte Vorsitzende der britischen ML-Partei, Reg Birch, gleichzeitig Vorstandsmitglied der Metallergewerkschaft AEUW !

Darüber hinaus konnten bisher aber auch gewerkschaftsoppositionelle Gruppen wie das „Rank & File Movement" (Basisbewegung) offen für ihre Ziele eintreten und die Unterstützung gewerkschaftlicher Gremien erhalten:
- trotz der wütenden Angriffe des TUC-Vorsitzenden Len Murray fand auf Initiative des TUC-Bezirks Nord-West im November 75 in London eine Demonstration von 20.000 Kollegen gegen die Arbeitslosigkeit statt.
- Im März organisierte die den „International Socialists" nahestehende „Nationale Kampagne für das Recht auf Arbeit" einen Arbeitslosen-Marsch von Manchester nach London und erhielt die finanzielle Unterstützung von über 600 gewerkschaftlichen Gremien. Dabei wurde u. a. ausdrücklich der Bruch des vom TUC gebilligten 6-Pfund-Lohndiktats gefordert!

Solche Aktivitäten sollen künftig unmöglich gemacht werden, denn sie „*widersprechen der Politik und den Aktivitäten des TUC*" !

Blindes Anbiedern der Revisionisten

Die revisionistische KP – viele ihrer Genossen wurden in den 20er und 30er Jahren nach dem bisherigen Abgrenzungsparagraphen aus den Gewerkschaften gekantet – ist dazu übergegangen, die antidemokratischen Machenschaften der Gewerkschaftsführung zu unterstützen. Nachdem die KP noch im November 75 für die Londoner Demonstration mobilisierte, hetzte sie bereits wild gegen den Arbeitslosenmarsch im März. Jetzt hat sie bereits mehrfach in einigen Trades Councils für die Ausweitung des Abgrenzungsparagraphen gestimmt – wohl aus „Dankbarkeit" dafür, daß sie in der neuen Fassung nicht mehr ausdrücklich erwähnt wird.

Soweit uns bekannt, haben bisher nur einige Londoner Trades Councils gegen die Verschärfung der Abgrenzungsklauseln gestimmt. Prompt droht ihnen der TUC mit Auflösung bzw. Ausschluß. Genossen der „International Socialists" , die in den Trades Councils gegen diese Angriffe argumentierten, wurden bereits vor der Abstimmung mit Gewerkschaftsausschluß bedroht !

Allen Kollegen, die die innergewerkschaftliche Demokratie verteidigen, gilt unsere Solidarität ! (Informationen aus „Socialist Worker", 13., 20. und 27. 3. 76). ●

England-Kommission

„Währungskrise" – EG am Ende?

In den vergangenen Wochen ist die „Gemeinschaft" der westeuropäischen Imperialisten erneut von schweren Krisenerscheinungen auf dem Währungssektor heimgesucht worden.

Zunächst äußerte sich die Krise in überaus starken Kursverlusten der italienischen Lira und des englischen Pfund-Sterling, d.h. der Wert jeder Einheit dieser Währung verringerte sich gegenüber allen anderen Währungen innerhalb kurzer Zeit rapide (s. Grafiken).

Wenig später sah sich die französische Regierung veranlaßt, den Franc aus dem als „Währungsschlange" bezeichneten Währungsverbund einer Reihe westeuropäischer Staaten herauszunehmen, was de facto einer Abwertung dieser Währung gleichkommt. Auch die übrigen westeuropäischen Währungen – mit Ausnahme der westdeutschen – sahen sich einem mehr oder minder starken Druck („Wertverfall") ausgesetzt.

Worum geht es bei der „Währungsschlange"?

Um erneut in der Welt eine großmachtpolitische Rolle spielen zu können, ist es für die EG-Imperialisten unerläßlich, auf dem Wirtschafts- und Währungssektor eine Vereinheitlichung ihrer nationalen Maßnahmen zu treffen und in allen diesen Fragen zu einer gemeinsamen Politik zu kommen. Die EG selbst ist heute angesichts der großen zwischen-imperialistischen Widersprüche weit von diesem „Endziel" entfernt.

In diesem Zusammenhang kommt dabei der Schaffung einer einheitlichen Währung oder zumindest einer Währungsunion in der die verschiedenen Währungen durch festgelegte Wechselkurse (Austauschverhältnisse) fest aneinandergekoppelt sind, eine entscheidende Rolle zu.

Eine Verwirklichung dieser Union würde die Schaffung eines einheitlichen westeuropäischen Wirtschaftsgebiets bedeuten, in dem alle nationalen Kapitale (ob aus der BRD, Frankreich oder Italien usw.) „gleichberechtigt" sind (natürlich nur formal, denn tatsächlich wird sich unter kapitalistischen Verhältnissen immer das stärkere Kapital als „gleichberechtigter" erweisen).

Die EG-Imperialisten glaubten noch zu Anfang der siebziger Jahre dieses Ziel durch schrittweises Vorgehen (in einem Zwei-Stufen-Plan) auf der Grundlage von vorher ausgehandelten Verträgen oder Plänen erreichen zu können. Inzwischen kann man feststellen, daß die Herausbildung der imperialistischen Wirtschafts- und Währungsunion a u f d i e s e m W e g e weitgehend gescheitert ist:

Die erste Stufe des am 9. Februar von dem EG-Ministerrat beschlossenen Plans, sah eine Verringerung der Wechselkursschwankungen, sowie eine Koordinierung der kurz- und mittelfristigen nationalen Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten vor.

In einer zweiten Phase sollten dann die Wechselkursschwankungen auf Null reduziert werden, was der Einführung einer einheitlichen EG-Währung gleichgekommen wäre. Derart sollte die Wirtschafts- und Währungsunion bis 1980 voll verwirklicht sein.

In diesem Sinne trat im April 1972 das „Baseler Abkommen" in Kraft, in dem sich die Mitglieder (s. nebenstehende „Chronik des Wechselkursverbandes") verpflichteten, zunächst ihre Währungen um nicht mehr als 2,25 % schwanken zu lassen. Treten größere Schwankungen auf, sind die zentralen staatlichen Notenbanken verpflichtet zu „intervenieren", d.h. sie müssen z.B. eine „schwache" Währung, deren Kurs gegenüber den anderen zu stark fällt, an den Devisenbörsen aufkaufen, um durch künstliche Nachfrage den Kurs der Währung innerhalb der zulässigen Bandbreite von 2,25 % zu halten (wie bei jeder anderen Ware auch, richtet sich der Preis der Währungen am Markt nach Angebot und Nachfrage).

In einer späteren Phase sollte dann auch die 2,25 %-Schwankung der beteiligten Währungen untereinander wegfallen und durch feste Austauschverhältnisse (Wechselkurse) ersetzt werden. Das wäre die angestrebte Währungsunion.

„Der Ersatz der nationalen Geldzeichen durch eine gemeinschaftliche Währung ist dann – bei programmgemäßem Verlauf – nur noch eine Formsache" (H. Scharrer, „Monetäre Integration in der EWG", S. 74).

Angesichts der heutigen Realitäten mutet dieser Satz wie ein zwar frommer, aber eben unerfüllbarer Wunsch an: Denn tatsächlich mußten (siehe die „Chronik...") Großbritannien und Italien die „Währungsschlange" ganz verlassen, Dänemark trat vorübergehend aus, Frankreich verließ nunmehr den Block zum zweiten mal.

Trotz der Versicherungen aller übrigen Staaten, die in der „Währungsschlange" geblieben sind, auch weiterhin darin zu bleiben, wird teilweise bereits die zukünftige Existenz dieses Verbundes offen in Frage gestellt:

„Ein ‚Platzen' der Schlange sei nicht mehr auszuschließen" („FAZ", 18.3.76).

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß den Bemühungen der EG auf diesem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion zu gelangen, kein Erfolg beschieden war.

Währungskrise – Ausdruck der ungleichmäßigen Entwicklung in der EG

Krisen wie die jetzige in der EG werfen schlagartig ein Bild auf den erreichten Stand der „europäischen Integration" und spiegeln die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen EG-Staaten wider; besser als in „ruhigen" Zeiten werden gerade in Krisen die tatsächlich existierenden Kräfteverhältnisse unter den Staaten offengelegt.

In der gegenwärtigen Währungskrise der EG hat sich erneut der BRD-Imperialismus als der „Bankier Europas" erwiesen, der in wirtschaftlichen und politischen Fragen heute unzweideutig die „erste Geige" spielt.

Die Bewertung der Währung eines kapitalistischen Staates im Vergleich zu den Währungen anderer Staaten ist letztlich immer Ausdruck der wirtschaftlichen und politischen Stabilität oder eben Labilität dieses Staates im Vergleich zu allen übrigen.

Ein mit der „Schlange" angestrebter Verbund kann nur dann tat-

Staates im Vergleich zu allen übrigen.
Ein mit der „Schlange" angestrebter Verbund kann nur dann tat-

sächlich von Dauer sein, wenn die daran beteiligten Staaten sich ökonomisch und politisch gleichmäßig entwickeln. Das allerdings ist in der EG nicht der Fall. Während der BRD-Imperialismus auch in der Krise seine relative Stabilität (gegenüber anderen EG-Ländern niedrige Preissteigerungsrate, geringerer Rückgang der Industrieproduktion usw.) bewiesen hat, ist dies für England (Inflation 1975: 24,9 %), Italien (über 11 %) nicht der Fall. In beiden Ländern befindet sich der Kapitalismus wirtschaftlich seit längerem in der Stagnation.

Frankreich, das im Mai vergangenen Jahres wieder (nach dem Austritt Januar 1974) in die „Währungsschlange" als „Symbol für seinen Führungsanspruch in der Gemeinschaft" („SZ", 21.3.76) zurückkehrte, versuchte diesen Führungsanspruch gegenüber der BRD mit einem riesigen, der Arbeiterklasse auferlegten „Stabilitätsprogramm" von 25 Mrd. Franc (14,7 Mrd. DM!) zu untermauern. Der erneute Austritt Frankreichs aus dem Währungsverbund ist deutlichstes Zeichen dafür, daß diese Politik gescheitert ist. Der hohe Franc-Kurs war nicht *„durch die ökonomische Situation und Entwicklung in Frankreich ausreichend abgestützt"* („Handelsblatt",16.3.76)

Der französische Präsident kam nicht umhin, anzuerkennen, daß *„es in Europa eine Macht gibt, die aufsteigt, und das ist die Bundesrepublik Deutschland"* („FAZ", 2. 4. 76).

Mit Genugtuung konnte demgegenüber BRD-Kanzler Schmidt feststellen, *„daß die ständige Höherbewertung der Deutschen Mark ... als Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und als Ausdruck des internationalen Vertrauens in die politische und soziale Stabilität der BRD angesehen wird"* („FAZ", 19. 3. 76).

Es wäre allerdings falsch, aus dieser erneuten Krise innerhalb der EG den Schluß zu ziehen, daß dem Zusammenschluß der Imperialisten immer größere unüberwindbare Hindernisse entstehen oder gar die „Desintegration" (wie es oftmals in der bürgerlichen Presse heißt) immer weiter voranschreite. In den bürgerlichen Pressekommentaren war diese „pessimistische" Einschätzung vorherrschend (*„Unter den Sturmwellen rundherum versinkt die Europäische Gemeinschaft Stück um Stück, bröckelt das Land an einst sicheren Küsten ..."* („SZ", 21. 3. 76).

Vielmehr erweist sich nunmehr immer deutlicher, daß die Anfang der siebziger Jahre entworfenen Zielvorstellungen und Pläne zur Verwirklichung der Währungs- und Wirtschaftsunion gescheitert sind, denn diese Pläne bauten auf einer Voraussetzung auf, die es im Kapitalismus nie geben kann: Einer gleichmäßigen „harmonischen" Entwicklung der verschiedenen imperialistischen Staaten. Heute vollzieht sich die westeuropäische „Integration" vor allem auf dem Wege der immer stärkeren Integration der verschiedenen EG-Staaten unter der Vorherrschaft des BRD-Imperialismus. Der „Zusammenschluß" der EG-Imperialisten wird heute offener denn je zu einer Machtfrage, in der der mächtigere seinen „Partnern" seine Vorstellungen aufzwingt, sie sich unterordnet.

vorherrschend („Unter den Sturm- Auf diesem Wege schreitet die

Auf diesem Wege schreitet die „Integration" zweifellos weiter voran – unter der dominierenden Rolle des BRD-Imperialismus. Die Rolle des westdeutschen Finanzkapitals beim letzten Italien-Kredit (s. letzten AK) ist für diese Politik das hervorstechendste und markanteste Beispiel. ●

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

Chronik des EWG-Wechselkursverbundes

1972	
24. April	Basler Abkommen wird in Kraft gesetzt Teilnehmer: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
1. Mai	Beitritt Großbritanniens und Dänemarks
23. Mai	Assoziierung Norwegens
23. Juni	Austritt Großbritanniens
27. Juni	Austritt Dänemarks
10. Okt.	Rückkehr Dänemarks
1973	
13. Febr.	Austritt Italiens
19. März	Übergang zum Gruppenfloating: Interventionen zur Aufrechterhaltung fester Bandbreiten gegenüber dem Dollar („Tunnel") werden eingestellt.
19. März	Assoziierung Schwedens
19. März	Aufwertung der Deutschen Mark um 3 %
3. April	Errichtung eines Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit wird beschlossen.
29. Juni	Aufwertung der Deutschen Mark um 5,5 %
17. Sept.	Aufwertung des holländischen Guldens um 5 %
16. Nov.	Aufwertung der norwegischen Krone um 5 %
1974	
19. Jan.	Austritt Frankreichs
1975	
10. Juli	Rückkehr Frankreichs

„Handelsblatt", 16.3.76



So verfiel der Lira-Kurs

Abnahme in % (gegenüber 14 Währungen)

0, 15, 20, 25, 30 – J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D 22.1. – 1974, 1975, '76 – DIE WELT

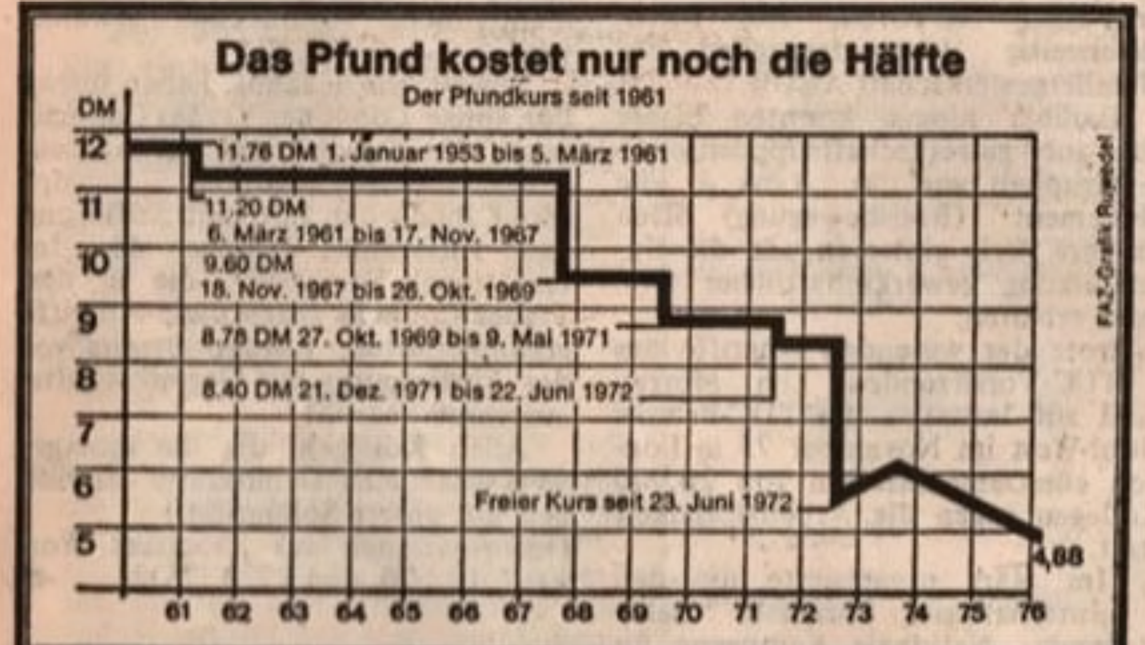
„Die Welt" 27.1.76

„Die Welt" 27.1.76

Der Weg des Franc nach unten

DM für 100 Franc – bis 5. März 61 85,07 DM – bis 9. Aug. 69 81,02 DM – bis 26. Okt. 69 72,02 DM – bis 9. Mai 71 65,90 DM – 28. Juni 73 61,16 DM – Floaten – 21. Dez. 71 62,99 DM – seit 29. Juni 73 neue Parität in der „Schlange" 57,97 DM – Historischer Tiefststand 6. Mai 74 49,81 – Interventionspunkte oben 59,29 unten 56,58 – FAZ-Grafik Rosedal

„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 16.3.76



„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19.3.76

Stunde der „Spekulanten"

Der Währungsmarkt ist eine der lukrativsten Profitquellen für herumvagabundierendes Kapital. Innerhalb von Stunden werden hier von „Finanzgenies" Hunderte von Millionen Mark verdient. Auch bei dem jüngsten Austritt Frankreichs aus der „Währungsschlange" wurden von Spekulanten (d. h. Banken, Konzernen) schätzungsweise 500 Mio. DM im Handumdrehen „gemacht".

Das Schema bei diesen Schiebereien ist dabei denkbar einfach: Zeichnet sich an den internationalen Devisenmärkten ab, daß eine bestimmte Währung abgewertet wird (in unserem Fall der Franc), werden schlagartig Milliarden dieser Währung beispielsweise in DM umgetauscht. Später, nach der erfolgten Abwertung des Franc bekommen die Devisenschieber für die umgetauschten DM-Beträge eine größere Summe von Franc zurück, da inzwischen (durch die Abwertung) die Wechselkurse geändert sind.

Den wohl bisher größten „Coup" dieser Art landete das internationale Finanzkapital im Frühjahr 1971: Damals galt als fester Wechselkurs zwischen Dollar und DM: 1 Dollar = 3,63 DM. Der Dollarkurs war damit gegenüber der DM eindeutig zu hoch angesetzt. Die Spekulanten tauschten daher – in Erwartung einer Abwertung des Dollars – ihre Dollars in DM um. Die westdeutsche Bundesbank bezahlt für rund 11Mrd. US-Dollars 40 Mrd. DM. Wenig später wurde der Wechselkurs zum „floaten" freigegeben, d. h. der Dollar-Preis konnte sich auf seinen wirklichen Marktwert (damals 3,27 DM) einpendeln. Bei der Rückumwandlung der aufgekauften DM in die US-Währung machten die Spekulanten einen Profit von vier Milliarden DM – die von der westdeutschen Bevölkerung zu zahlen waren.

1,6 Milliarden DM für Computerindustrie

Im März hat die Bundesregierung ih 3. Datenverarbeitungsprogramm verabschiedet, das Zahlungen in Höhe von 1,575 Mrd. DM an die westdeutschen Kapitalisten vorsieht. Wie die Bundesregierung bei dieser Gelegenheit erklärte, solle mit diesem Milliardenprogramm ein „Kurswechsel" eingeleitet werden. Das in zweierlei Hinsicht: Einerseits soll in Zukunft nur noch dort vom Staat finanziell subventioniert werden, wo dies aussichtsreich erscheint und die westdeutsche Industrie in absehbarer Zeit auch gegenüber dem absoluten Marktbeherrscher IBM (USA) konkurrieren kann. Bestimmte Gebiete (Großrechneranlagen, auf denen IBM weit führend ist, werden daher überhaupt nicht mehr unterstützt. Zum anderen wird mit diesem neuen Programm das Schwergewicht auf die Entwicklung einer nationalen westdeutschen Computerindustrie gelegt. Dies ist die Konsequenz aus dem Scheitern von Unidata (einer BRD-niederländischen-französischen Kooperation), Die zukünftige Förderpolitik soll in der BRD eine „autonome Kapazität" entwickeln.

Ziel der Maßnahmen ist es, *„die Industrie so auf die Beine (zu) stellen, daß sie in den achtziger Jahren selbständig laufen kann"* („SZ", 25.3.76).

Man kennt dies u.a. von der Werftindustrie: Seit über 20 Jahren wird sie subventioniert, damit sie „demnächst auf eigenen Beinen stehen kann." Verständlich, daß die Kapitalisten bei derart profitablen „Krücken" ständig den „Gehbehinderten" mimen.

Hauptnutznießer dieses neuen Milliardenprogramms für das westdeutsche Kapital wird der Siemens-Konzern sowie sechs weitere kleinere und mittlere Firmen sein. ●

In einer selbst „für Kenner der Bonner Szenerie verblüffenden Geschwindigkeit" – so die „FAZ" (31.3.76) – soll das Projekt durch den Bundestag geschleust werden. Ganz offensichtlich stehen also finanzielle Zuwendungen bei der plötzlichen Hast einiger Abgeordneter Pate. An Seltsamkeiten fehlt es daher bei dem Fall kaum:

Obwohl erst ein technischer Entwurf von Seiten der Firma vorliegt, wurden bereits erhebliche Gelder lokker gemacht. Ungeprüft ist selbst noch die Frage, ob *„das geplante Schiff unter den in der dritten Welt gegebenen metereologischen und infrastrukturellen Gegebenheiten überhaupt brauchbar ist."* Sonderbar ist weiterhin, daß ohnehin schon eine fertige Luftschiffentwicklung von der Firma VFW-Fokker vorliegt.

Diese offensichtlichen „Ungereimtheiten" klären sich etwas auf, wenn man weiß, daß sich ein dem Mülheimer Luftwerbeunternehmer „nahestehender" SPD-Bundestagsabgeordneter besonders für das ganze Projekt eingesetzt hat. Der „pure Zufall" will es auch noch, daß derselbe Mann im Haushaltsausschuß (der die Gelder bewilligen muß) sitzt. Gleichzeitig hat er noch einen Posten im Aufsichtsrat der „Gesellschaft für technische Zusammenarbeit", die Projekte für „Entwicklungsländer bearbeitet und das Mülheimer Luftschiff „positiv" beurteilte.

Leider konnten wir den Namen dieses lauteren „Volksvertreters" bis jetzt nicht in Erfahrung bringen. ●

Wirtschaftskommission
KB / Gruppe Hamburg

Milliarden für Luft- und Raumfahrtindustrie

Zu Anfang dieses Jahres beschloß die Bundesregierung, die westdeutsche Luftfahrtindustrie mit jährlichen Zuwendungen in Höhe von 5,8 Milliarden DM zu subventionieren. Fünf Milliarden sind davon allein für militärische Zwecke bestimmt.

Milliarden sind davon allein für militärische Zwecke bestimmt.

Speziell für die westdeutsche Raumfahrtindustrie wurde ein zusätzlichliches Weltraumprogramm verabschiedet. Bis 1979 sollen 2,3 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel gehen zu zwei Dritteln in gemeinsame westeuropäische Projekte, die allerdings alle unter westdeutscher Führung laufen. Schwerpunkt dieser Programme bildet des Raumlabor „Spacelab", in das bis 1980 530 Mio. DM Steuergelder fließen sollen.

Ein anderer Schwerpunkt der westdeutschen Weltraumprogramme ist die Entwicklung wettbewerbsfähiger Fernmeldesatelliten. BRD-Forschungsminister Matthöfer *„sieht hier die größten Chancen für die Europäer, international in der Raumfahrtindustrie ins Geschäft zu kommen"*.

Neben dem kommerziellen Aspekt (für die Zukunft wird auf diesem Markt mit hohen Wachstumsraten gerechnet) haben Fernmeldesatelliten vor allem auch eine starke militärische Bedeutung. (nach „FAZ" 12.2.) ●

Antifaschistische Demonstration türkischer Arbeiter in Gelsenkirchen

Am 3. April demonstrierten ca. 600 türkische Arbeiter durch die Gelsenkirchener Innenstadt – gegen den brutalen faschistischen Terror der MHP („Partei der nationalistischen Bewegung"). Die Terrorkommandos dieser türkischen faschistischen Partei (sie stellt den stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten) machen sich besonders in der BRD breit. In ihrem Einschüchterungsterror gegen fortschrittliche Türken schrecken sie vor nichts zurück, u.a. Ermordung von Neset Danis in Hamburg-Norderstedt.

Dabei wird der Terror der MHP-Kommandos („Graue Wölfe") durch die BRD-Behörden gedeckt. Der Verfassungsschutzbericht '75 widmet ihnen ganze vier Zeilen, 1974 noch elf Zeilen, der „kleine Parteitag" der MHP in Köln konnte ungestört über die Bühne gehen, die Ermittlungen gegen die Mörder von Neset Danis wurden von der Staatsanwaltschaft eingestellt usw.

Auf der Demonstration der 600 türkischen Antifaschisten wurden auch deutschsprachige Parolen gerufen, wie: „Schluß mit der MHP, Raus mit den Faschisten, Hoch die internationale Solidarität". Auf Transparenten wurde das Verbot der MHP, Kampf gegen die Faschisten und Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei gefordert.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen auch Vertreter der Jusos, die auch dem „Solidaritätskomitee für eine demokratische Türkei" angehören. Bezeichnend war, daß sie außer den Juso-Transparentträgern keine Menschen für die Demonstration mobilisiert hatten und außer dem üblichen „Solidaritäts-Versprechen" keine konkreten politischen Aussagen machten. So wurde die Rolle des BRD-Staatsapparates – und damit auch der SPD – ziemlich totgeschwiegen.

Negativ bleibt weiterhin festzuhalten, daß auch die übrigen Organisationen des „Solidaritätskomitees" der Demonstration praktisch fernblieben; auch linke Organisationen beteiligten sich nicht an der Demonstration. Ebenfalls fehlten deutsche Kollegen fast völlig.

Der Zeitungsverkauf wurde uns von den Organisatoren der Demo leider untersagt. (Sowohl vor als auch bei der Demo.) Nur offizielle Publikationen des Komitees durften verteilt werden.

Eine Begründung für den Komiteebeschluß (?) wollten die Ordner nicht geben. Etwa schlechte Erfahrungen aus Frankfurt? Die einzige inhaltliche Äußerung, die einer türkischen Genossin zu entlocken war: „Die Maoisten unterstützen den Faschismus". Zur Diskussion darüber war man nicht bereit.

Verbot der MHP!
Arbeiter, die Faust geballt – gegen Faschismus hilft nur Gewalt!

Genossen aus Gelsenkirchen

ten, daß auch die übrigen Organisationen des „Solidaritätskomitees"

Doppelte Haushaltsführung gestrichen

Ein kleines Mosaiksteinchen bei der gegenwärtigen Kampagne, den ausländischen Arbeitern das Leben in der BRD immer unerträglicher zu machen und sie so zur „freiwilligen" Rückkehr zu zwingen, ist der Versuch, ihnen die Kosten für die doppelte Hauhaltsführung beim Lohnsteuerjahresausgleich nicht mehr anzuerkennen. Wenn ein Deutscher in Bremen arbeitet, seine Familie aus bestimmten Gründen jedoch für längere Zeit in Hamburg lebt, so kann er die Kosten für diese doppelte Haushaltsführung von der Steuer absetzen. Dem Türken, der in Hamburg arbeitet und lebt, dessen Familie jedoch in Anatolien geblieben ist, soll das jetzt verboten sein; in besonders für Ausländer schwer verständlichem Amtsdeutsch heißt es in der „Anlage zum Bescheid über Lohnsteuerjahresausgleich" des Hamburger Finanzamtes Barmbek-Uhlenhorst:

„Nach der Rechtssprechung des Bundesfinanzhofes unterhält ein am Beschäftigungsort wohnender Arbeitnehmer nur dann im Sinne des § 9, Abs. 1, Nr. 5 Einkommenssteuergesetz einen weiteren Haushalt, wenn in diesem Haushalt hauswirtschaftliches Leben mit abhängigen Angehörigen herrscht, an dem sich der Arbeitnehmer nicht nur finanziell, sondern außerdem auch durch seine persönliche Mitwirkung maßgeblich beteiligt. Da Sie sich allenfalls nur während Ihres Urlaubs am Wohnsitz Ihrer Familie aufhalten, fehlt es an der Voraussetzung, auf das tägliche Leben in der Heimatwohnung maßgeblichen persönlichen Einfluß zu nehmen. (...) Die geltend gemachten Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung konnten demzufolge als Werbungskosten nicht berücksichtigt werden."

Nicht genug damit, daß viele ausländische Arbeiter gezwungen sind, über Jahre von ihrer Familie getrennt zu leben, zusätzlich werden sie jetzt noch mit besonderen finanziellen Nachteilen bestraft!

Nach dieser Logik würde es nicht verwundern, wenn die Finanzämter demnächst alle sog. „ledig gehenden" (d. h. hier ohne ihre Familien lebenden) ausländischen Arbeiter in die Steuerklasse 1 einordnen würde. ●

Emigranten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

halt, wenn in diesem Haushalt KB/Gruppe Hamburg

Wenn ein Kapitalist

Wenn ein Kapitalist „arbeitslos" wird

Nach der Aufdeckung der Bestechungspraktiken des „Gulf-Oil"-Konzerns – dem bisher Schmiergeldzahlungen in Höhe von 12,4 Mill. Dollar nachgewiesen werden konnten, die er in der Bilanz vornehm als „Verkaufsförderung" verbuchte – mußte zur Ehrenrettung des Konzerns der bisherige Chef, Dorsey, seinen Hut nehmen. Mit ihm gingen zwei weitere Direktoren.

Damit der Abschied nicht so schwer fällt und er nicht am Hungertuch nagen muß, bekam er ein kleines Entgelt für seine Tätigkeit. Dorsey ist jetzt um 2 Mill. (!) Dollar reicher und kann seinem Lebensabend beruhigt entgegen sehen.

Seine „Arbeitslosenunterstützung" setzt sich so zusammen:

- Als einmalige Abfindung rückt Gulf 1,6 Mill. Dollar raus.
- Dazu eine „Rente auf Lebensdauer" von jährlich 48.000 Dollar.
- Sein Resturlaub brachte 54.000 Dollar.
- 286.000 Dollar gab's für rückständige Prämien.
- 16.330 Dollar bekommt er aus dem „Aktienprogramm" – sprich „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand".

Und wie es in seinen Kreisen üblich ist, ließ er vor seinem Abgang noch ein dickes Paket Gulf-Aktien weit unter dem Tagespreis für sich abbuchen. Der Verkauf brachte ihm satte 988.000 Dollar. Dafür ist der Arme jetzt arbeitslos!

(Die Angaben aus „Handelsblatt", 31.3.76) ●

Wirtschaftskommission
KB / Gruppe Hamburg

„Klein-Lockhead" der SPD?

Was dem Strauß sein Starfighter, ist einigen SPD-Bundestagsabgeordneten offensichtlich der Zeppelin.

„Amerikanische" Geschäftspraktiken à la Lockheed konnte man jedenfalls bei der Vergabe einer steuerlichen Subventionszahlung von 25 Mio. DM für die Entwicklung (!) eines Frachtluftschiffes für den Einsatz in „Entwicklungsländern" beobachten. Die Gelder sollen an das Mülheimer Unternehmen „Westdeutsche Luftwerbung" gehen, das kürzlich einen Entwurf für ein 120 m langes Luftschiff vorgelegt hat.

Höhere Profite bringen keine neuen Arbeitsplätze!

Unentwegt versuchen SPD-Führer und Gewerkschaftsvorstände den werktätigen Menschen einzureden, die Unternehmergewinne müßten jetzt steigen, damit mehr investiert würde und so neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

Was tatsächlich von derartigen Sprüchen zu halten ist, demonstrierte unlängst Osram (gehört zum Siemens-Konzern):

In seinem Geschäftsbericht erklärte der Vorstandsvorsitzende völlig offen: Bis 1985 wird es keine Kapazitätserweiterung bei Osram geben. Die mit Hilfe von Steuergeldern eingesetzten Investitionsmittel werden *„ausschließlich der Rationalisierung dienen"*. Dementsprechend ist die Belegschaft auch bereits um über 2 000 (von 12 600) Kollegen reduziert worden, und 1 000 werden noch folgen. Umsatz und Gewinne stiegen jedoch.

Auch andere Kapitalisten haben darauf hingewiesen, daß beim gegenwärtigen geringen Auslastungsgrad der Kapazitäten nicht als erstes Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern Rationalisierungsinvestitionen anstehen.

Im Kapitalismus wird eben nicht investiert, damit Arbeitsplätze entstehen, sondern damit Gewinne gemacht werden. ●

„Gipfelkonferenz" der EG-Staaten:

Außer Spesen – nichts gewesen!

Der Sozialdemokrat Schmidt verlangt hier offen eine stärkere Ausplünderung und Unterdrückung der westeuropäischen Arbeiterklasse und verweist – nicht zu Unrecht – auf die Erfolge und Erfahrungen der BRD-Imperialisten!

Aus der Position der Stärke heraus hat Schmidt auch alle Forderungen der übrigen EG-Imperialisten kaltschnäuzig abgelehnt. So lehnte er u.a. die französische Forderung nach einer Zusammenlegung der nationalen Währungsreserven ab, ebenso erhöhte Mittel für den EG-Währungsbeistand. Die Position der BRD-Imperialisten zu diesen Fragen ist klar: Für sie sind derartige Maßnahmen Schlußsteine einer gemeinsamen westeuropäischen Wirtschafts- und Währungspolitik. Derartige Maßnahmen heute zu treffen, würde bedeuten, daß der BRD-Imperialismus (mit dem größten EG-Devisenberg) „zubuttern" müßte, d.h. die übrigen Staaten ständig finanziell unterstützen und dabei zusehends selbst geschwächt würde.

Auch in den übrigen, auf der Tagesordnung stehenden Fragen konnte von den EG-Regierungschefs keine Einigung erzielt werden: Eine angestrebte Einigung über die Wahl des „Europäischen Parlaments" 1978 scheiterte am Streit über die Größe und die prozentualen Anteile der einzelnen EG-Staaten am Parlament. Allerdings wird dieses Parlament selbst wenn es eines Tages dennoch gewählt wird, kaum eine entscheidende Rolle spielen, da die wesentlichen Entscheidungen weiterhin den nationalen Regierungen vorbehalten werden.

Der sog. „Tindemann-Bericht", der zur weiteren Integration der westeuropäischen Imperialisten einen „großen Sprung" nach vorn verlangt, d.h. die Übertragung wichtiger Entscheidungsprozesse an EG-Institutionen, wurde zwar behandelt, aber ohne daraus weitere konkrete Konsequenzen zu ziehen.

Zum Monatswechsel fand in Luxemburg die 7. Konferenz der EG-Regierungschefs statt, die erwartungsgemäß wie auch die meisten vorhergehenden Treffen, keine konkreten Beschlüsse oder Pläne zur weiteren westeuropäischen Integration brachte.

Die Sitzung stand im Zeichen der aktuellen tiefen Währungskrise, so daß dieser Punkt in den Beratungen in den Vordergrund gerückt wurde.

Bundeskanzler Schmidt, als Vertreter der stärksten EG-Macht, hielt seinesgleichen auf der Konferenz eine „energische Standpauke" („SZ", 3.4.76), wie sie in Zukunft die Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik zu gestalten hätten. Insbesondere hielt er ihnen vor, wie sich die EG, aufgrund der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung und einer mangelhaften „harten Innenpolitik" immer weiter auseinanderentwickelte.

Der „starke Mann der EG" forderte, daß *„in der Geld-, Kredit- und Wachstumspolitik ebenso wie bei der Handhabung der Haushaltsdefizite und der Lohnindexierung eine viel straffere Disziplin Platz ergreifen müsse"* („SZ").

Was darunter zu verstehen ist, hat der BRD-Imperialismus jüngst mit den Italien auferlegten Maßnahmen im Zusammenhang mit einem größeren Kredit demonstriert (s. letzten AK): Eine harte, gegen die werktätige Bevölkerung gerichtete „Stabilitätspolitik" nach westdeutschem Vorbild. Schmidt machte seinen „Kollegen" deutlich, daß sie zu diesem Zweck zuerst mit „ihrer" kämpferischen Arbeiterklasse fertig werden müssen: Er hob hier die Verhältnisse in der BRD als für die übrigen EG-Imperialisten beispielhaft hervor: *„Wer seit 20 Jahren* (sozialdemokratische – d. Red.) *Betriebsräte hat, kann auf das ökonomische Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften ... zählen"* („SZ").

Insgesamt läßt sich einschätzen, daß die EG auf diesem Weg der Integration aufgrund der tiefen Widersprüche und ungleichmäßigen Entwicklung der Einzelstaaten kaum vorangekommen ist. Für den BRD-Imperialismus als stärkster Macht der EG bedeutet dies, daß er sich vor allem durch die ökonomische und politische Durchdringung der EG-Staaten zusehends als führende Macht durchsetzt und selbst zur „integrierenden Kraft" wird. ●

Wirtschaftskommission
KB / Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld: Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr Bahnhofstraße

Braunschweig: 3300 Braunschweig, Postlagerkarte 081378 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 28 Bremen, Fedelhören 77, Öffnungszeiten: mittw. 16-19 Uhr, freitags 16-19 Uhr, sbds. 10-14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H.Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr vor Hertie

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen, Kontakt über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch z.Hd. KB, 3 Hannover, Rehbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestr. 31

Kiel: W.D.Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund), 83 Landshut, Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: 314 Lüneburg, Postlagerkarte A 017 890

Lübeck: c/o Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: M. Below, Postfach 1111, 2410 Mölln

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: AK-Vertriebsbüro, 29 Oldenburg, Nadorster Str. 190

Kreis Pinneberg/Steinburg: 208 Pinneberg, Postlagerkarte A 022926

Reinbek: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Stade: Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr am Pferdemarkt

Westberlin: A.Radtke, 1 Berlin 21, Thomasiusstr. 2, Freitag 16-19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Juso-Bundeskongreß geschlossen hinter Helmut Schmidt!

Der Juso-Bundeskongreß Ende März in Dortmund hat in der Sache den totalen Anpassungskurs und die Unterwerfung unter die SPD-Führung bestätigt. Wichtigstes Ergebnis ist die (mehr oder minder) vorbehaltlose Unterstützung der arbeiterfeindlichen Schmidt-Regierung bei der kommenden Bundestagswahl. Die Jusos beschlossen, ,,*mit aller Kraft*'' ,,*offensiv*'' ,,*um jede Stimme für die SPD zu kämpfen*'' (,,Südd. Ztg.'', 27./28. 3.76).

Die Jusos haben deutlich gezeigt, daß von ihnen kein Widerstand gegen die immer schärfer betriebene Rechtsentwicklung in der Gesellschaft wie auch in der und durch die SPD selbst zu erwarten ist. Vielmehr ist der Partei-Nachwuchs nur noch Anhängsel des SPD-Bundesvorstands mit sehr eng begrenzten Möglichkeiten für eine ,,eigenständige'' Politik mit dem Auftrag, die SPD in gewissen Kreisen ,,wählbar'' zu machen.

,,Kampf um jede Stimme für die SPD''

Die Delegierten des Juso-Bundeskongresses verabschiedeten mit großer Mehrheit einen vom bisherigen Bundesvorstand vorgelegten Antrag, der ,,*bei aller notwendigen Kritik im einzelnen*'' (,,Mopo'', 27.3.76), versteht sich, volle Untersützung der SPD im Wahlkampf vorsieht:,,*mit aller Kraft*'' und ,,*offensiv*''. Alle SPD-Bundestagskandidaten, vielfach gegen den Willen der Partei-Linken nominiert, werden unterstützt! Schnell erklärte die wieder gewählte Bundesvorsitzende Wieczorek-Zeul,,,*selbstverständlich werde der Juso-Wahlkampf 1976 in Abstimmung mit der Wahlkampfführung der SPD erfolgen...*'' (,,Frankfurter Rundschau'', 1.4.76). Schwerpunktthemen sollen die ,,*Reform der beruflichen Bildung*'' und die ,,*Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit*'' sein, also Themen, die besonders Jugendliche ansprechen sollen.

Die Juso-Führer wissen schon warum.,,*Unsere Stärke leitet sich allein (!) daraus ab*'', erklärte der Ex-Bundesvorsitzende Scheer,,,*inwieweit es die Jungsozialisten schaffen, die SPD bei der jüngeren Generation zu verankern, schlicht gesprochen:* der SPD Nachwuchspotential zuzuführen.''(,,FR'', 8.1.76).

Danke für die Offenheit!

Die Art und Weise, wie zu den beiden Schwerpunkt-Themen Kampagnen geführt werden sollen, läßt eher auf Überlegungen eines geschickten Public-Relation-Managers schließen als auf eine prinzipielle Gegnerschaft gegen reaktionäre Entwicklungen bzw. gegen die Krisenfolgen des Kapitalismus. So findet sich in einem einstimmig angenommenen Antrag zum Thema Berufsverbote k e i n Wort von der Beteiligung der SPD-Ministerpräsidenten und der SPD-Regierung am Zustandekommen dieses ,,Radikalen-Erlasses''. Dabei sind es durchaus auch SPD-regierte Bundesländer, die selbst vor der Verfolgung ,linker' Sozialdemokraten nicht haltmachen. Das ist das Dilemma der Juso-Politik: Kritisieren sie die SPD-Politik, werden ihre Aussagen zensiert, ihre Wahlbroschüren eingezogen, oder die Kritiker gleich aus der Partei geschmissen. Ihre ganze ,,Eigenständigkeit'' im Wahlkampf beschränkt sich zu guter letzt darauf, daß sie die Hochglanzbroschüren der Mutterpartei verteilen dürfen.

Die Juso-,,Kampagnen'' sind daher nicht einmal das Papier wert, auf dem sie als Anträge an den Bundeskongreß formuliert stehen. Dabei sind die angekündigten Aktivitäten ausschließlich auf das Wahljahr begrenzt, was die Juso-Chefin Wieczorek-Zeul unumwunden zugibt. In einem Interview mit der Pornozeitung ,,das da'' erläuterte sie, daß zur ,,*Vorbereitung unseres eigenen Wahlkampfes... wahlstatistische Untersuchungen*'' angestellt wurden. Sie ergaben, daß etwa sieben Prozent der Wähler sogenannte ,,Linksintellektuelle'', sich,,*am ehesten durch Wolfgang Roth und die Jungsozialisten ,vertreten' sehen*'' (,,Extra-Dienst'', 16.3.76). Diese Wähler für die SPD an die Urnen zu bringen, ist der Auftrag der Jusos.

Die Jusos – ,,Linke'' Opposition nach dem Geschmack der SPD-Führer

Die vor dem Kongreß groß angekündigten Konflikte zwischen der ,,Bundesvorstandslinie'' einerseits und den ,,Antirevisionisten'' und ,,Vertretern der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus'' (,,Stamokap''-Flügel) andererseits blieben aus. Alle einigten sich auf die Fofmel: ,,mit aller Kraft'' für die SPD.,,*Niemand war nach Dortmund gereist, um Helmut Schmidt die Unterstützung für den 3. Oktober* (den Wahltag, Anm. AK) *zu verweigern*'', lobte der ,,Vorwärts'' (1.4.76).

Die Tatsache, daß zwei Vertreter des ,,Stamokap'' in den siebenköpfigen Vorstand gewählt wurden, versuchte lediglich die Springer-Presse auszuschlachten:,,*Juso-Führung entscheidend verändert, extrem linke Ideologen im Vorstand*'' hieß es auf Seite 1 im ,,Hamburger Abendblatt'' vom 29.3.76

Auf dem Kongreß aber sah es anders aus:,,*Wer nicht wußte, wo sie zu finden waren, konnte in Dortmund weder die sogenannten 'Stamokaps' noch die ,Anitrevisionisten' ausmachen*'' – und daß, obwohl die Vertreter dieser Flügel unter den Delegierten eine Mehrheit hatten (,,FAZ'', 29.3.76)!

Diesmal war es nicht nötig,daß die Juso-Vorsitzende wie noch auf dem letzten Kongreß ihr mißliebige Anträge durch Rücktrittsdrohungen verhindern mußte. Die Parteiführer lobten den Kongreß,,,*weil er die Fronten in seine Reihen aufzulösen(!) vermochte und ihm eine Integration aller politischen Kräfte gelang, die in seinen Reihen aktiv sind*'' (,,Vorwärts'', 1.4.76).

Für ihren eingeschlagenen Kurs, für die ,,*Hinwendung zu mehr sachlicher Arbeit*'', zu einer,,*mehr nüchternen Einschätzung*'' (,,FR'', 29.3.76) und für eine Abgrenzung zu den Kommunisten, die,,*klarer als nötig gewesen wäre*'' (,,Mopo'', 29.3.76), bekamen die Juso-Führer viel Beifall. Holger Börner, Wahlkampf-Manager der SPD und in der Vergangenheit oftmals Oberaufseher der Jusos, war zufrieden:,,*Mit den Leuten war wieder zu reden*'' (,,FR'', 29.3.76). Der ,,Vorwärts'' lobte die Jusos,,*als die bravsten Kinder der großen SPD*''...,,*Ohne diese junge Mitgliedschaft wäre die SPD in den nächsten Monaten aufgeschmissen, und wenn sie auf den Marktplätzen mit dem Bürger diskutieren, wissen die Jusos auch, wie sie die Leistungen der Bonner Koalition* (für die Kapitalisten,AK) *zu vertreten haben*'' (1.4.76).

Das ist etwas übertrieben, aber die SPD-Führer wissen, was sie an den Jusos haben!

Nur die Revisionisten sahen in dem Juso-Bundeskongreß einen ,,Linksruck'':,,*Selten hat ein Juso-Bundeskongreß... der lang- und kurzfristigen Politik seiner Mutterpartei eine so vernichtende Abfuhr (??) erteilt, wie der in Dortmund*''(,,Extra-Dienst'', 30.3.76). Diese Aussage stammt vom Chefredakteur des ,,Extra-Dienst'', Guggomos, der erst vor kurzem aus der SPD ausgeschlossen wurde (siehe Artikel in diesem AK dazu)... ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Keine Chance für Linke in der SPD!

Die Rechts-Ausrichtung der SPD wird von den Führern dieser Partei immer schärfer und schneller vorangetrieben. Während die Reaktionäre in der SPD ungehindert und mit Billigung des Parteivorstandes ihre reaktionären bis hin zu faschistischen Sprüche loslassen können, wird immer heftiger Jagd auf die Partei-,Linke' gemacht. Dabei scheuen die SPD-Oberen auch vor Massenausschlüssen nicht zurück.

Jüngstes Beispiel, das die Ereignisse im Unterbezirk Frankfurt noch um einiges übertrifft, ist Marburg. Dort sind 170 (!) Sozialdemokraten, die sich gegen eine Koalition mit Dreggers CDU ausgesprochen haben, von Disziplinierungen und Parteiausschlüssen bedroht!

Wir wollen im folgenden eine Übersicht über die Entwicklung der SPD in den letzten zwei Wochen geben.

,,Fritz-Erler-Gesellschaft'' – ,,Sozial''-Faschisten in der SPD!

Mit Wissen und Billigung des Parteivorstandes wurde am 27.3.76 die ,,Fritz-Erler-Gesellschaft'' auf Betreiben einiger rechter Vorständler gegründet. Diese ,,Gesellschaft''' umfaßt ca. 2.000 Mitglieder, darunter etliche mit Rang und Namen: Carlo Schmid, Herbert Weichmann, West-Berlins Innensenator Kurt Neubauer, Münchens Oberbürgermeister Kronawitter, SchmittVockenhausen usw., usf. Auch Justizminister Vogel wird mit der Gesellschaft in Verbindung gebracht, hat aber eine Mitgliedschaft dementieren lassen.

Die SPD-Rechten, die sich in dieser Gesellschaft zusammengeschlossen haben, knüpfen bewußt an den Antikommunismus Fritz Erlers an. So trat Erler seinerzeit als einer der ersten SPD-Politiker für die Wiederbewaffnung ein, plädierte für eine Stärkung der Privatwirtschaft und forderte eine ,,Politik der Stärke'' gegenüber den Ländern des RGW.

Ganz in dieser Tradition steht die sich formierende SPD-Rechte. Ihre unversöhnlichen Gegner sind die Partei-,,Linken'' und die Kommunisten:,,Der Feind steht immer links''! Disziplinierungen und Parteiausschlüsse gegen die SPD-,Linke' können ihnen nicht schnell genug gehen. ,,**Wir wollen alle gemäßigten (?) Kräfte mobilisieren, um den Einfluß der Extremisten auszuschalten**'' 'so der stellvertretende Vorsitzende dieser Gesellschaft, Weber, in einem Interview mit der ,,Frankfurter Rundschau'' (5.4.76).,,*Die ,Linksextremisten' (!?) in der Partei ,vertreten eine diametral andere, staatsfeindliche Ansicht. Die SPD sei ,vielfach zum Tummelplatz extremistischer Ansichten' geworden*'' (,,*FR*'', *29.3.76*)!

,,Den Einfluß der Extremisten ausschalten'', das ist das oberste Motto dieses CSU-Freundeskreises in der SPD. Der Öffentliche Dienst dürfe nur ,,*bewährten Demokraten*'' zugänglich sein, ,,*bei der Anwendung des Extremistenerlasses dürfe es an Entschiedenheit nicht fehlen*'' (,,FAZ'', 29.3.76)! Dies vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Berufsverbotepraxis, der bereits mehrere SPD-Mitglieder zum Opfer gefallen sind, zu fordern, zeigt, wo diese Leute noch hinwollen!

Vollends die demokratische Maske fallen lassen die SPD-Rechten bei der ,,Chile-Diskussion''. Der von den Faschisten ermordete ehemalige Regierungschef Allende sei ,,weder Demokrat noch Sozialist, sondern Anarchist'' gewesen (,,FR'', 29.3. 76)!

Das sollte genügen, um zu zeigen, daß diese ,,Gesellschaften'' Sammelbecken für Reaktionäre und ,,Sozial''-faschisten in der SPD sind.

Vertreten sehen sich die Reaktionäre durch Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen Wiederwahl bei den kommenden Bundestagswahlen sie sicherstellen wollen. **Ganz in ihrem Sinne schließt Schmidt eine große Koalition** (zwischen SPD und CDU) **nicht aus**.,,*Er sehe mit Leuten wie Rainer Barzel, Hans Katzer oder Leisler Kiep (alle CDU, Anm. AK) überhaupt keine prinzipiellen Schwierigkeiten, gemeinsame Gesetze zu machen*'' (,,Hamburger Abendblatt'', 3.4.76)!

Offensichtlich betrieben die SPD-Rechten die Ablösung Willy Brandts als Parteivorsitzenden zugunsten von Helmut Schmidt, wie jetzt ,,gerüchteweise'' bekannt wurde. Brandt, der persönlich für die bisherige Rechts-Ausrichtung der SPD verantwortlich ist, gilt als zu ,,milde'', an Schmidt wird dagegen dessen ,,strafferer Führungsstil'' gelobt.

Bemerkenswerterweise lobt die ,,Bild-Zeitung'' die ,,Halbrechten'' SPD'ler (Schmidt, Apel, Koschnik, Schütz, Kühn), die ,,*wollen dasselbe wie die Genossen (?) von der Fritz-Erler-Gesellschaft, sprechen es aber nicht offen aus ...*''(3.4.76).

Entsprechend fiel die ,,Abgrenzung'' des SPD-Präsidiums gegenüber der ,,Fritz-Erler-Gesellschaft'' aus. Man beanstandete nur, daß Gruppierungen der Partei nicht die Namen ,,großer Sozialdemokraten'' für sich beanspruchen können...

Die Rechts-Ausrichtung marschiert – Raus aus der SPD!

Die Forderung der SPD-Rechten, härter gegen die Partei-,Linke' vorzugehen, wird gerade in der jüngsten Zeit in erschreckendem Umfang in die Tat umgesetzt.

,,*In Zukunft will die Parteiführung auf eine stärkere Identifizierung aller Arbeitsgemeinschaften der Partei mit der Arbeit der Bundesregierung (!) dringen.*'' Gemeint sind mal wieder die Jusos,,,*die sich zum Teil... von der Wirtschaftspolitik der Regierung distanziert hätten. Falls dies fortgesetzt werde, könnten die Jungsozialisten nicht damit rechnen, daß die Partei ihren Wahlkampfbeitrag finanziere*''(Zitate aus ,,FR'', 7.4. 76).

In **Frankfurt** sind inzwischen neben vier Verfahren gegen die Erstunterzeichner der sogenannten Portugal-Erklärung (die sich gegen die vorbehaltlose Unterstützung der Soares-Partei wendet) **weitere 24 Parteiordnungsverfahren** gegen Mit-Unterzeichner angestrengt worden!

In **Marburg** wollen die SPD-Führer ihren Beschluß, mit Dreggers CDU eine große Koalition einzugehen, mit Massenausschlüssen an der Parteibasis durchsetzen. Sozialdemokraten aus zehn Marburger Ortsvereinen, die Jusos, die Arbeitsgemeinschaft (AG) für Arbeitnehmerfragen und die AG sozialdemokratischer Frauen hatten gegen die Rechts-Wendung protestiert, als das nichts half, Unterschriften gesammelt und eine Annonce in einer örtlichen Zeitung veröffentlichen lassen. Diese Anzeige war unterzeichnet von 143 Sozialdemokraten, darunter drei Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion. Diesen und weiteren SPD-Mitgliedern, insgesamt sind es **170(!!) droht der Parteiausschluß!**

In München haben der SPD-Vorstand und die Rathaus-Fraktion ein ,,Einigungspapier'' angenommen, das zu einer Beilegung des ,,Konflikts'' in der Münchner SPD beitragen soll. Die Rechten, die in Geheimverhandlungen mit der CSU vereinbarten, ,*die SPD-Linke in der Rathausspitze zu eliminieren* (ausschalten, Anm. AK)'' (,,Südd. Ztg.'', 23.3.76), haben sich, wie nicht anders zu erwarten, voll durchgesetzt.

Verurteilt wurden nicht die CSU-Freunde in der SPD, sondern die ,,Sozialisten''. ,,*Voraussetzung einer Integration sei es, daß der schädliche ,sozialistische Kurs' der Münchner SPD gestoppt werde*'' (,,FR'', 9.4.)! Der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, Preissinger, hatte erklärt, in der Münchner SPD gebe es zwei gegensätzliche Flügel. Das Problem sei nur dadurch zu lösen, daß der eine (der ,linke') Flügel aus der Partei herausgedrängt werden müsse. Oberbürgermeister Kronawitter forderte den Parteiausschluß aller ,,Extremisten''.

Zwar sieht das ,,Einigungspapier'' die Wahl aller wieder kandidierenden Stadtrats-Kandidaten vor, doch haben die Rechten schon deutlich gemacht, daß sie sich daran nicht gebunden fühlen:,,...**daß SPD-Stadträte CSU-Bewerber wählen, sei nicht auszuschließen**'' (Preissinger, nach ,,FR'', 9.4.76)!

In **Köln** hatte der Ortsvereinsvorstand Köln-Nippes eine Juso-Veranstaltung ,,*Adenauer – Mythos und Wirklichkeit eines Hundertjährigen*'' verboten. Wegen dieser Anti-CDU-Veranstaltung bekamen jetzt sechs Jusos ein Parteiordnungsverfahren an den Hals! Das zeigt plastisch, wie ernst die Sprüche der SPD-Führer zu nehmen sind, die im Wahlkampf die CDU/CSU zum ,,Gegner'' erklären, und das zeigt auch die Schwierigkeit der SPD-,Linken' ,,in und mit der SPD'' ihrem Anspruch gerecht zu werden.

Im SPD-Bezirk **Weser-Ems** wurden gegen ein linkes Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes und gegen ein Juso-Bezirksvorstandsmitglied Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses eröffnet, da sie sich ,,parteischädigend'' verhalten hätten (,,Sozialistische Korrespondenz'', 1. April-Ausgabe, 1976). ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

,,Extra-Dienst'' -Chef aus der SPD ausgeschlossen

Am 26. März wurde Guggomos, verantwortlicher Redakteur des revisionistischen ,,Berliner Extra-Dienst'' (,,ED'') seit 24 Jahren Parteimitglied, auf Betreiben des Parteivorstandes aus der SPD ausgeschlossen.

Die SPD-Führer ,,beanstandeten'' zwei Ausgaben des ,,ED'', vom 31.1. und 11.3. 1975, also von vor über einem Jahr, die Dokumente über die reaktionären Machenschaften der SPD (und ihrer portugiesischen Schwesterpartei PSP), dem Bonner Außenministerium und der westdeutschen Botschaft in Lissabon enthielten.

Sie forderten den Ausschluß Guggomos', da 1. die Dokumente ,,gefälscht'' seien (was sie freilich nicht beweisen können) und 2.,,*sei das Ansehen der SPD und die von ihr vertretene Politik schwer geschädigt worden*'' (,,ED'', 30.3.76).

Die Bundesschiedkommission, die den Ausschluß letzlich vollzog, schoß dann den Vogel ab: Obwohl sie einräumte, daß ihre eigenen Zweifel ,,*ob es sich bei den ... Dokumenten ausschließlich um Fälschungen handele, durch den Antragsteller* (gemeint ist der Parteivorstand,Anm. AK) *nicht mit hinreichender Sicherheit widerlegt werden (konnte)*'', warf sie Guggomos vor, die,,*Grenze schutzwürdiger journalistischer Betätigung gegenüber der Partei überschritten*'' zu haben. Guggomos habe seine,,*Solidaritätspflicht*'' gegenüber Parteivorstandsmitgliedern verletzt. ,,*Angesichts der Bedeutung des ,,Extra-Dienstes'' in Kreisen, die bei objektiver Information durchaus für die SPD gewonnen werden könnten(!), und unter SPD-Mitgliedern selbst, kann hieran ein Zweifel nicht bestehen.*''

Die ,,Solidaritätspflicht'' und die Aufforderung zu ,,objektiver Information'' ist ein massiver Eingriff in die Pressefreiheit und die drohende Aufforderung an alle fortschrittlichen Journalisten, die SPD-Mitglieder sind, eine Berichterstattung über konterrevolutionäre Aktivitäten der SPD-Führung aktiv zu verhindern. (Alle Zitate aus ,,ED'', 30.3.76). ●

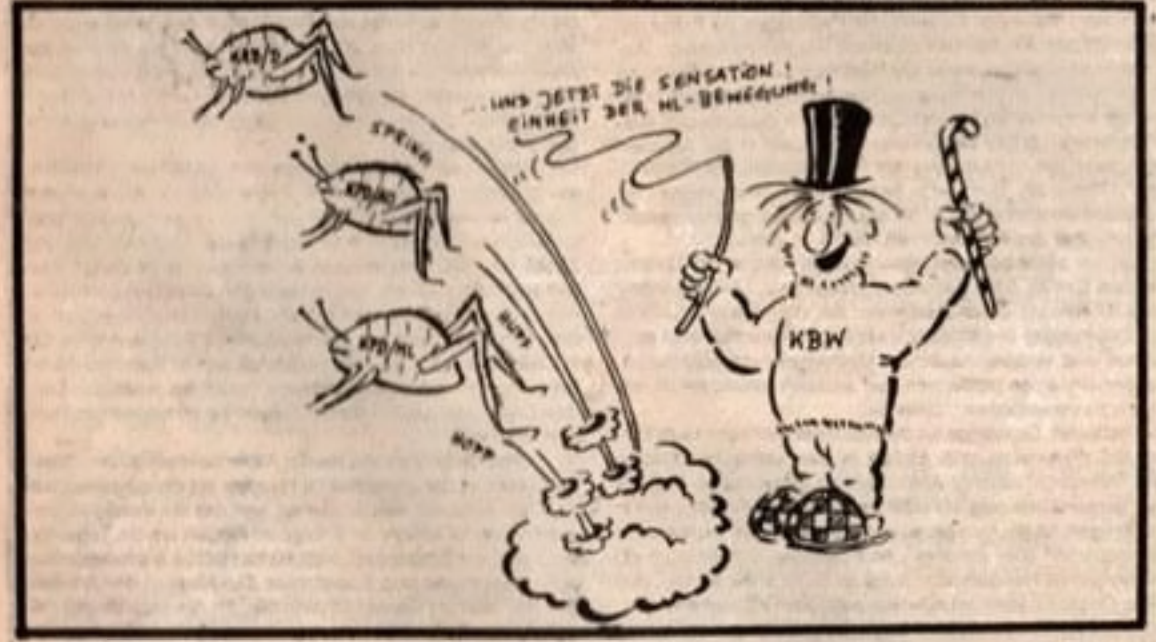
SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schmierers Flohzirkus

Der Rest ist Schweigen

Am 14. Februar trafen sich auf Betreiben des KBW Vertreter des KBW, „KPD", „KPD/ML" und KAB„D" zu einem Gespräch über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei den Bundestagswahlen. Ergebnislos ging man bald wieder auseinander.

Den KBW-Chef Joscha Schmierer indessen ritt wieder einmal der Teufel: In seiner „KVZ" vom 19.2. präsentierte er die zusammengewürfelte Gesprächsrunde tollkühn als „marxistisch-leninistische Bewegung der Bundesrepublik". Alle Teilnehmer der Gesprächsrunde hätten, so behauptet Schmierer, **„die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt, was ein wichtiger Fortschritt ist ... Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutende Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei".**



Der KBW gab sogar eine kleine Broschüre heraus, um das von Schmierer erfundene „große Ereignis" auch gebührend darzustellen.

Es kam aber, wie vorauszusehen: Es zeigte sich, daß der Amateur-Domteur Schmierer nicht bloß einen Floh-Zirkus als „große Raubtier-Nummer" angekündigt hatte, sondern daß ihm auch noch die Flöhe davonliefen!

- Zuerst distanzierte sich der KAB „D" in seiner „Roten Fahne" vom 19.2. (!) von Schmierers „großer Nummer".
- Es folgte die Distanzierung der „KPD/ML" in ihrem „Roten Morgen" vom 28.2.
- Schließlich erklärte auch die „KPD" in ihrer „Roten Fahne" vom 3.3., daß Schmierers „marxistisch-leninistische Bewegung" ein Schwindel ist.

Ganze fünf Tage hatte Schmierer gebraucht, um in der „KVZ" vom 19.2. die Gesprächsrunde vom 14.2. als „marxistisch-leninistische Bewegung der Bundesrepublik" zu präsentieren. Mehr als fünf W o c h e n seither haben nicht gereicht, um in der „KVZ" eine R i c h t i g s t e l l u n g zu Schmierers Artikel zu bringen! Genau gesagt hat die „KVZ" seit dem 19.2. überhaupt k e i n e n Artikel mehr zum Thema „marxistisch-leninistische Bewegung" gebracht. Erst die große Klappe, jetzt das große Schweigen! ...

Während in der „KVZ" das große Schweigen herrscht und Schmierer möglicherweise ein neues „Ei" ausbrütet (seit zwei Wochen war in der „KVZ" nichts mehr von ihm zu lesen) und während schon seit Monaten in der „KVZ" kein Kampf gegen die Positionen der „KPD/ML" mehr geführt wird, geht „an der Basis" die Kunkelei zwischen KBW und „KPD/ML" munter voran:

- KBWler in mehreren Städten erklären ARBEITERKAMPF-Verkäufern fröhlich: **„Wir lesen nur die ‚KVZ' und den ‚Roten Morgen'!"**.
- In mehreren Städten, so im April u.a. in Hamburg, führen KBW und „KPD/ML" sogenannte **„gemeinsame Diskussionsveranstaltungen zur Einheit der Marxisten-Leninisten"** durch.

Der KBW b l e i b t also voll auf dem „ML"-Trip. Schmierers Versuch, sich zum Makler der „marxistisch-leninistischen Bewegung der Bundesrepublik" aufzuschwingen, ist allerdings in die Hosen gegangen. Erst einmal muß jetzt der KBW wieder kleinere Brötchen backen. ●

19.2. (!) von Schmierers „großer Nummer".
- Es folgte die Distanzierung der „KPD/ML" in ihrem „Roten Morgen" vom 28.2.
- Schließlich erklärte auch die „KPD" in ihrer „Roten Fahne" vom 3.3., daß Schmierers „mar-
Der KBW b l e i b t also voll auf dem „ML"-Trip. Schmierers Versuch, sich zum Makler der „marxistisch-leninistischen Bewegung der Bundesrepublik" aufzuschwingen, ist allerdings in die Hosen gegangen. Erst einmal muß jetzt der KBW wieder kleinere Brötchen backen. ●

April, April! KBW macht wieder Späßchen

Im AK hatten wir mehrfach beschrieben, wie sich der KBW um eine Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen in der VR China herumgedrückt hat.

Auf diese Feststellung hat der KBW mit einem deftigen April-Scherz reagiert: **„Die Kommunistische Volkszeitung hat über die verschiedenen Phasen dieses Kampfes und die Punkte der Auseinandersetzung regelmäßig berichtet"** wurde in der „KVZ" vom 1. April (!) sehr phantasievoll geflunkert.

Ja, Spaß muß sein. Ernst aber auch! Deshalb hier noch einmal die Tatsachen:

- **Am 6. Februar erschien in der chinesischen Presse der erste Artikel gegen Deng Hsiao-ping; weitere folgten danach fast täglich!**
- **Erst am 18. März nahm die „KVZ" erstmals zu diesen Angriffen Stellung** und zwar in Form eines Artikel-Nachdrucks aus der chinesischen Presse, dem magere 21 Zeilen „Kommentar" vorangestellt waren.
- In der „KVZ" vom 25. März war erstmals (!) der Name Deng Hsiao-pings in Verbindung mit der jetzigen Kritik-Kampagne zu lesen.
- Die „KVZ" vom 1. April enthielt lediglich die Polemik gegen den KB, aber ansonsten weder neue Informationen noch einen Kommentar zu den Vorgängen in China.
- Die „KVZ" vom 8. April brachte kein Wort zu den Auseinandersetzungen in China.

Halten wir fest: Der KBW hat seit mehreren Monaten einen festen „Korrespondenten" in Peking. Und wie schnell die „KVZ" gegebenenfalls sein kann, zeigt sich beispielsweise daran, daß ein von der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua" am 28.3. verbreitetes neues Mao-Zitat bereits vier Tage später, am 1. April, in der „KVZ" veröffentlicht wurde. Halten wir vor diesem Hintergrund weiter fest: Es vergingen rund sechs Wochen, bis die „KVZ" überhaupt von der Kritik-Kampagne gegen Deng Hsiao-ping Kenntnis nahm, und zwar auch nur in Form eines Artikel-Nachdrucks. Sieben Wochen vergingen, bis erstmals der Name Deng Hsiao-pings in der „KVZ" auftauchte. Und eine eigene Stellungnahme hat der KBW b i s h e u t e nicht zustande gebracht.

Das also nennt die „KVZ": „regelmäßig berichtet". Naja, April, April!

Noch so einen Scherz hatte die „KVZ" vom 1. April auf Lager. Da wurde aus dem AK der Satz zitiert, der KBW habe es *„fertiggebracht, bisher buchstäblich k e i n Wort über die aktuellen Vorgänge zu verlieren"*.

„Das ist offensichtlich falsch", schwindelt die „KVZ", und verweist auf die Artikel in den Ausgaben vom 18. und 25. März. – **Alles schön und gut, wenn man nicht weiß, daß der von der „KVZ" zitierte Satz schon aus dem AK vom 15. März stammt, also zu dieser Zeit absolut zutreffend war!**

Wir zweifeln aber nicht, daß es der „KVZ" wieder einmal gelungen ist, die Gutgläubigen unter ihren Lesern in den April zu schicken. Glückwunsch! ●

Vaterlandsverteidiger

Jetzt auch „Einheitsfront" mit dem US-Imperialismus

Die „Marxisten-Leninisten Frankfurts" sind wieder voll da! Sie haben sich inzwischen umbenannt in „Marxisten-Leninisten Deutschlands" und im März nach langer Pause die Nr. 2 ihrer Zeitschrift „Der Maoist" herausgebracht. Außerdem haben sie im Februar eine Broschüre „Der drohende Krieg und wie man ihn bekämpfen soll" veröffentlicht, die verschiedene ältere und neuere Texte dieser „radikal"-vaterländischen Sekte enthält.

Die „Frankfurter Marxisten-Leninisten" agieren seit rund einem Jahr ganz rechtsaußen auf der „ML"-scene. Für diese Komiker gilt sogar noch die „KPD/ML" als **„radikaler Stoßtrupp der 5. Kolonne Moskaus"**, und die „KPD" halten sie für **„prosowjetisch" und „prosozialimperialistisch"** ...

In ihren Neuerscheinungen hat die Sekte nunmehr auch ganz offen die scheinheilige Parole vom „Kampf gegen b e i d e Supermächte" auf den Müll geworfen. Nunmehr wird verkündet: *„Wir müssen eine unterschiedliche Politik gegenüber den beiden Supermächten verfolgen. ... Jede gleichrangige Bekämpfung b e i d e r Supermächte dient der gefährlicheren von beiden. Die antihegemonistische Einheitsfront muß sich vor allem gegen den Sozialimperialismus richten und die USA so weit wie möglich in die Einheitsfront gegen die Sozialimperialisten miteinbeziehen"* („Maoist" Nr. 2, S. 73).

Wie dies im Einzelnen aussehen soll, wird von den Vaterländlern ausgeführt: ***Stopp der Weizenlieferungen an Moskau!*** *Amerika darf in unserem und in seinem eigenen Interesse Moskau nicht helfen, seine Wirtschaft flott zu machen und damit die Aufrüstung der Sowjets noch mehr zu beschleunigen.* ***Schluß mit der Politik der Zugeständnisse an Moskau! Das heizt den Appetit des russischen Bären noch mehr an!"*** („Der drohende Krieg ...", S. 19).

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Gar so isoliert sind die „Marxisten-Leninisten Deutschlands" innerhalb der „ML"-scene mit diesen Thesen nicht! Zumindest die „KPD" vertritt im Grunde nichts anderes, wenn sie es befürwortet, daß die westeuropäischen Imperialisten mit den US-Imperialisten „verbündet" bleiben müßten, „solange sie sich nicht allein verteidigen können"; wenn sie den Verbleib von US-Truppen in der BRD und Westeuropa befürworten usw. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Kubanische Söldner raus aus Vietnam" ...?

Nach einer Meldung der kubanischen Nachrichtenagentur „Prensa Latina" besuchten im März zwei kubanische Delegationen Südvietnam. Sie besuchten u.a. eine Textil-Fabrik, Zuckerrohr-Anbaugebiete, Geflügelfarmen und führten Gespräche mit dem Finanzminister und dem Landwirtschaftsminister Südvietnams ...

Demnächst wird jetzt wohl aus der „ML"-scene der Ruf zu hören sein: „Kubanische Söldner raus aus Vietnam"? ...

Daß diese makabre Vorstellung gar nicht sooo absurd ist, zeigt ein Kommentar im „Rote Fahne Pressedienst" der „KPD" unter dem Titel *„Kubaner in Afrika: Hilfstruppen des sowjetischen Expansionismus"*. In diesem Kommentar bezieht sich die „KPD" auf *„Angaben aus westlichen Militärkreisen"* (!), wonach *„derzeit insgesamt etwa 60.000 Kubaner als direkte Interventionstruppe wie in Angola oder als militärische Instrukteure und Berater in Ländern der dritten Welt tätig"* seien.

Genannt werden als Beispiele u.a.:

- *„Mindestens 50"* kubanische Ausbilder in Somalia;
- kubanische Mechaniker zur Wartung von Raketen und Kampfflugzeugen in Algerien;
- Aufbau der Miliz der VR Kongo mit Hilfe kubanischer Ausbilder;
- *„600 Kubaner"* als Ausbilder in der VR Jemen (Südjemen);
- kubanische Söldner" seit 1964 (!!) in Guinea.

Mit großem Gezetere über die **„militärische Einmischung"** Kubas – als **„Vasallenstaat des Sozialimperialismus"** – greifen die „ML"er in Wirklichkeit die Politik antiimperialistischer Staaten der „Dritten Welt" an, die die Widersprüche zwischen imperialistischem und revisionistischem Lager ausnutzen und sich – ohne sich in neue Abhängigkeiten zu begeben – der Militärhilfe revisionistischer Staaten bedienen. Mit diesen Angriffen dienen die „ML"er nicht den antiimperialistischen Staaten der „Dritten Welt", sondern dienen sie ausschließlich dem Imperialismus!

Besonders bemerkenswert ist, daß die „ML"er jetzt sogar beispielsweise die Ausbildung der Miliz der VR Kongo durch kubanische Ausbilder in den 60-er Jahren oder den Einsatz „kubanischer Instrukteure" in Guinea seit 1964 nachträglich angreifen.

Man sollte sich nicht wundern, wenn diese schrägen Vögel demnächst auch noch den 1967 in Bolivien gefallenen Genossen Che Guevara nachträglich als „Söldner des Sozialimperialismus" beschimpfen! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vaterlandsverteidiger
Auch im Libanon auf Seiten

Vaterlandsverteidiger Auch im Libanon auf Seiten der Konterrevolution

Wir waren von Anfang an der Meinung, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis die „ML"er ihre hirnrissigen, proimperialistischen Thesen zu Angola auch auf andere Gebiete der Welt übertragen.

Mit einem Kommentar der „Roten Fahne" vom 7.4. zum libanesischen Bürgerkrieg hat die „KPD" jetzt den Anfang gemacht. In der „Roten Fahne" heißt es: *„Was die neue Phase des Bürgerkriegs kennzeichnet, ist ein immer stärker werdendes Eingreifen der beiden imperialistischen Supermächte in den Konflikt. Vor allem (!) die sowjetischen Sozialimperialisten haben durch Waffenlieferungen und Unterstützung für den sog ‚linken Block' dessen neue Offensive erst ermöglicht und entlarven sich so immer mehr als die Hauptdrahtzieher (!!) im Hintergrund ...* **Gegenwärtig ist es der russische Sozialimperialismus, der zur stärksten Bedrohung für die Einheit und Souveränität des Libanon geworden ist"**.

Aus dem Kampf der libanesischen Linken und des palästinensischen Widerstands gegen den Ausrottungskrieg der faschistischen ‚Falange' und der gesamten libanesischen Reaktion hat die „KPD" jetzt einen Religionskonflikt zwischen *„Moslembevölkerung"* und *„christlichen Bevölkerungsteilen"* gemacht. Sie fordert dazu auf, „den Bürgerkrieg durch Verhandlungen und Konsultationen zu beenden", „die Waffen niederzulegen" (!!!) und „die Einheit des Landes wiederherzustellen".

Die „Einheit" mit den Faschisten, die mit wahren Massakern an der Bevölkerung ihre blutige Fratze gezeigt haben? Die „Einheit" mit der libanesischen Reaktion, die ihre verbliebenen Truppen an der Seite der Faschisten die Schlacht warf, als diese mit dem Rücken an die Wand gedrängt waren? Die libanesischen und palästinensischen Massen werden den Teufel tun, ihre „Waffen niederzulegen", um sich mit Faschismus und Reaktion zu „vereinigen"! Sie werden die Waffen in der Hand halten, bis zur Vernichtung der faschistischen Mordbanden und aller, die sie unterstützen! Und wenn diese Waffen in der Hand der Massen aus der Sowjetunion kommen, macht das auch nichts – solange die Waffen nur funktionieren!

Die „KPD" hat sich wieder einmal als ein pro-imperialistischer Provokateurs-Trupp entlarvt, der bei jeder Zuspitzung der Klassenkämpfe die Partei der Konterrevolution ergreift. Und schon finden sich in ihren Publikationen auch verdächtige Töne über die „Einmischung der Supermächte" in der **Westsahara!**

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DKP kontra Aktionseinheit

Wie im AK mehrfach berichtet, hat die DKP am 8. Januar in Hamburg ein „KB-Tribunal" inszenieren wollen. „Großzügig" wollten uns die Veranstalter sogar Gelegenheit zu einer „Verteidigung" geben – insgesamt 40 Minuten innerhalb einer mehr als dreistündigen Veranstaltung!
Der KB sollte also die Rolle eines Statisten übernehmen, und offenherzig verkündete DKP-Funktionär W. Otto in seiner Eröffnungsrede, „**daß wir zu keinem (!) Zeitpunkt an eine gemeinsame Veranstaltung mit dem KB gedacht haben.**"

Wir lehnten die angebotene Statistenrolle ab (die dann einige KBWler gern übernahmen und humoristisch ausfüllten!). **Stattdessen haben wir inzwischen m e h r f a c h die DKP aufgefordert, sich zu einem politischen Streitgespräch auf der Grundlage der G l e i c h b e r e c h t i g u n g bereit zu erklären – d.h. gleiche Redezeit für beide Seiten, gemeinsame Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung! Auf diese Aufforderung haben wir bis heute von der DKP nicht einmal eine Antwort bekommen.** Etwas anderes hatten wir von diesen Herrschaften allerdings auch kaum erwartet.

Inzwischen sind die Redebeiträge der DKP auf ihrem mißglückten „KB-Tribunal" als Broschüre veröffentlicht worden. Wir drucken daraus hier die Ausführungen des Hauptredners, Willi Gerns (DKP-Parteivorstand), zur Frage der Aktionseinheit nach und kommentieren sie.

Die DKP hat es in ihrer berüchtigten „These 41" praktisch zum Programm gemacht, mit Organisationen links von der DKP („Maoisten", „Trotzkisten" etc.) jede Aktionseinheit abzulehnen.

links von der DKP („Maoisten", „Trotzkisten" etc.) jede Aktionseinheit abzulehnen.

Noch vor einigen Jahren haben wir dem Kampf gegen diese Praxis große Bedeutung beigemessen: Wir haben uns mit Vorschlägen und 'Offenen Briefen' an die Führer und die Mitglieder der DKP gewandt, wir haben unsere Bereitschaft zur Aktionseinheit sogar durch die bedingungslose Beteiligung an einzelnen Aktivitäten der DKP demonstriert.

Diese Politik ging damals von folgenden Überlegungen aus:

1. Als eine relativ neue Organisation hatte die DKP einen starken Zustrom von Jugendlichen, die am Rande der 'Studentenrevolte' politisiert worden waren. Die DKP war eine verhältnismäßig lebendige politische Kraft, die eine Fülle von Betriebszeitungen herausgab (auch wenn dahinter häufig nicht viel stand) und die vor allem viele Aktionen unternahm.

2. In der linken Bewegung gab es eine pseudo-„radikale" (oft nicht zuletzt antikommunistisch motivierte) Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der DKP. Auf der anderen Seite war die Haltung der DKP zu dieser Frage, d.h. ihre strikte Ablehnung jeder Aktionseinheit, noch nicht genügend entlarvt.

Heute hat sich die Situation gründlich gewandelt: Die DKP hat jede „Dynamik" eingebüßt, ihre Wahlergebnisse zeigen einen eindeutigen und kontinuierlichen Abwärts-Trend, selbständige Aktionen der DKP finden kaum noch statt, und es hat sich innerhalb der Linken anhand der praktischen Erfahrungen ein klareres Bewußtsein einerseits von der grundsätzlichen Richtigkeit der Politik der Aktionseinheit und andererseits von der Spalterlinie der DKP entwickelt. Unter diesen Umständen messen wir einer Aktionseinheit mit der DKP heute nur geringe Bedeutung bei. Denn Aktionseinheit kommt von A k t i o n, und da ist bei der DKP sowieso Fehlanzeige. Sei es der Kampf gegen den § 218 oder die Solidarität mit der portugiesischen Revolution – die DKP „glänzt" durch Nichtstun. Sie beschränkt sich weitestgehend auf die unvermeidlichen „Pressefeste", auf marktschreierische „Billig-Eier"-Happenings, auf „Thälmann-Gedänk"-Treffen und auf Veranstaltungen vom Typ des „KB-Tribunals".

Konkret stellt sich allerdings die Frage der Aktionseinheit mit der DKP auch heute dort, wo die DKP über einzelne Gremien (Studentenausschüsse, Gewerkschaftsjugend) noch in Massenaktionen engagiert ist. Hier geht es nach wie vor darum, die revisionistischen Spalter zu stellen und sie zu zwingen, entweder die Regeln der gemeinsamen Aktion zu akzeptieren oder aber, offen Farbe zu bekennen und sich so als Spalter und als zurückzerrende Kraft zu isolieren.

Das bedeutet, daß wir uns prinzipiell weiterhin für eine Aktionseinheit in konkreten Fragen auch mit der DKP einsetzen, ohne aber Illusionen über die zu erwartende Reaktion der DKP zu haben und ohne angesichts der schwindenden Rolle der DKP diesem Aspekt unserer Politik ein übermäßiges Gewicht zu geben.

Die „Argumente" des Herrn Gerns gegen die Aktionseinheit

1. Über den Zusammenhang von Aktionseinheit und politisch-theoretischer Auseinandersetzung braucht uns ausgerechnet die DKP wirklich keine Lehren zu erteilen! Es ist gerade ein Wesenszug des Revisionismus, zugungsten seines Werbens um die Sozialdemokratie die politisch-ideologische theoretische Auseinandersetzung „unterzuordnen", „zurückzustellen" etc. Am deutlichsten zeigt sich das im kriecherischen Verhalten der Revisionisten gegenüber den DGB-Führern, mit denen die DKP alle möglichen und unmöglichen „Gemeinsamkeiten" entdeckt (sei es bei der „Mitbestimmung", bei der „Fristenregelung" des § 218, bei der „Preisstop"-Demagogie usw. usf.).

Es liegt auf der Hand, daß wir die politisch-theoretische Auseinandersetzung mit der DKP nicht etwa scheuen, sondern daß wir sie s u c h e n ! Ebenso liegt es auf der Hand, daß die DKP dieser Auseinandersetzung immer aus dem Weg gegangen ist.

Wenn Gerns nun auf dem Tribu-
andersetzung immer aus dem Weg gegangen ist.

Wenn Gerns nun auf dem Tribunal behauptete, die Aufforderungen des KB zu Aktionseinheiten könnten *„wohl kaum ernst genommen werden, wenn er nicht einmal (!) bereit ist, sich in einem von der DKP organisierten Streitgespräch zu stellen* ", dann entlarvt er einen der Gründe, warum die DKP dieses „Tribunal" inszeniert hat. Vom KB wird verlangt, daß er sich als „Angeklagter" unter Bedingungen „stellt", die total von der DKP diktiert werden und wo die DKP für sich selbst mehr als das Dreifache an Redezeit reserviert hat. Wenn Gerns das e r n s t meinen sollte, dann hat er offenbar einen Dachschaden! Er kann gern mal zu einem von uns unter umgekehrten Bedingungen arrangierten „Streitgespräch" nach Hamburg kommen! „Stellen" Sie sich, Herr Gerns, sonst können Sie „wohl kaum ernst genommen werden"!...

2. Gerns behauptet, es gebe zwischen DKP und KB keine gemeinsamen Positionen, für die man gemeinsam eintreten könnte.

Für die „Mitbestimmung" zum Beispiel ist das sicher richtig. Hier betreibt die DKP die totale Anpassung an die auf dem Rückzug befindliche DGB-Führung, die ihrerseits in Anpassung an die Politik der SPD handelt. Die DKP hat in Punkto „Mitbestimmung" ganz sicher mit dem "Arbeitnehmer"-Flügel der CDU mehr "Gemeinsamkeiten" als mit dem KB.

Anders verhält es sich mit den Berufsverboten. Hier wenden wir uns nicht etwa gegen die Feststellung, daß die Berufsverbote nicht dem Grundgesetz entsprechen. Wir wenden uns aber gegen die Taktik der DKP, hierauf ihren ganzen „Kampf" gegen die Berufsverbote aufzubauen. Die DKP behauptet nicht nur, sie stünde „auf dem Boden des Grundgesetzes" (diese Behauptung muß sie mit sich selbst abmachen), sondern sie hat in konkreten Fällen auch die Solidarisierung mit anderen vom Berufsverbot Betroffenen davon abhängig gemacht, 'daß diese sich erst einmal zum Grundgesetz „bekennen" müßten. Auf dieser Linie mag die DKP sich über zeitweise „Gemeinsamkeiten" mit einzelnen SPD-Mitgliedern freuen – auf längere Sicht wird sie dort ganz gewiß keine zuverlässigen Verbündeten finden.

Schon jetzt ist festzustellen, daß die Mehrheit der Sozialdemokraten, mit denen die DKP zeitweilig zusammenarbeiten konnte, unter dem Druck der SPD-Führung zurückgewichen ist.
Gerns erwähnt auch die „berühmte" 'Demonstration der Hamburger Jugendverbände' (die übrigens in Wahrheit nicht einmal halb so viele Teilnehmer hatte wie die DKP behauptet). Hier war es nicht etwa so, daß sich – wie Gerns behauptet – der KB „abseits" gestellt hätte. Vielmehr haben wir uns auf der Basis konkreter Gemeinsamkeiten um ein gemeinsames Vorgehen bemüht. Dies wurde aber unter den Hamburger Jugendverbänden von den DKP-Vertretern, in Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, verhindert. Diese Linie wurde schließlich auch verschiedenen kirchlichen Jugendverbänden aufgezwungen, die anfangs zu einem gemeinsamen Vorgehen auch unter Einschluß des KB bereit waren. Die 'Demonstration der Hamburger Jugendverbände' ist also ein („gelungenes") Beispiel für die Spalter-Taktik der DKP, aber keineswegs ein Beweis, daß es keine Gemeinsamkeiten gibt, die ein gemeinsames Handeln rechtfertigen bzw. erfordern könnten.

Was den Kampf gegen den § 218 angeht, den Gerns erwähnt, ohne mehr Worte darüber zu verlieren, so unterstützt die DKP immer noch „heroisch" die von der SPD längst preisgegebene ,Fristenregelung', während wir für eine völlige Legalisierung der Abtreibung eintreten. Ansonsten sind unsere Forderungen weitestgehend identisch (Bezahlung durch die Krankenkasse, Verhütungsmittel auf Krankenschein, u.a.).

Klar ist auch, daß wir unter den heutigen Bedingungen zur Zusammenarbeit mit den Befürwortern der ,Fristenregelung' bereit sind.

Die Situation ist allerdings so, daß die DKP eh schon seit mehr als einem Jahr keine Demonstration gegen den § 218 mehr unternommen hat. Daher ist uns nicht ganz verständlich, warum Gerns den Kampf(!) gegen den § 218 überhaupt in diesem Zusammenhang erwähnt, denn für den, der nichts tut, stellt sich doch die Frage der Aktionseinheit gar nicht ?!

erwähnt, denn für den, der nichts tut, stellt sich doch die Frage der Aktionseinheit gar nicht ?!

Die Haltung der DKP zum § 218 ist ein Beispiel, wie die DKP zu den von Gerns beschworenen „Gemeinsamkeiten" mit "Teilen der SPD" u.ä. kommt: **„Durch totale Übernahme der sozialdemokratischen Positionen (siehe auch „Mitbestimmung") und durch totale Anpassung auch in der Praxis: Wenn die Sozialdemokraten nichts mehr tun, tut die DKP auch nichts!** – Danke für solche „Gemeinsamkeiten"!!

Die Behauptung des Herrn Gerns, der KB würde zu Portugal, Chile u.a. den **„Hauptstoß seines Kampfes"** gegen die revisionistischen Parteien dieser Länder richten, bekräftigt im übrigen den Verdacht, daß Gerns entweder nicht ganz richtig im Kopf ist oder daß er den ARBEITERKAMPF nur vom Hörensagen kennt.

Dem Herrn Gerns geht es aber offensichtlich auch gar nicht um Tatsachen, sondern um die Feststellung, daß die Politik des KB nicht mit der der DKP identisch ist. Das wollen wir ihm gern bestätigen. Einen Beweis gegen die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens in bestimmten Fragen sehen wir darin allerdings nicht.

3. Gerns meint: Der DKP geht es bei der Aktionseinheit darum, „**Arbeitermassen einzubeziehen**". Und die „Arbeitermassen" sind bei der SPD und beim DGB und nicht beim KB.

Also:„Arbeitermassen" muß einer mitbringen, sonst läuft bei der DKP nichts mit Aktionseinheit. Der Gerns spinnt wirklich! Die DKP ist vielerorts kaum stärker als die sogenannten „Chaoten" und oft sogar eindeutig schwächer. Aber zur Aktionseinheit will Herr Gerns nur bereit sein, wenn die andere Seite „Arbeitermassen" mit ins Spiel bringt. Was berechtigt die DKP zu dieser Anmaßung?

Gerns behauptet, wir seien „**gewerkschaftsfeindlich**", weil wir gegen die Politik der Gewerkschaftsführer auftreten. Gerns behauptet, wir seien „**entspannungsfeindlich**", weil wir gegen das immer wildere Wettrüsten und gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen auftreten, statt den Schwachsinn vom „Entspannungsprozeß als Haupttendenz unserer Zeit" nachzubeten. Gerns behauptet, wir würden „*objektiv*" (ein schönes Wort, mit dem sich viel anfangen läßt!...)„*den Mitbestimmungsgegnern rechter Couleur, den Unternehmerverbänden, der CDU/CSU und der Bonner Regierungskoalition Vorschub leisten*", weil wir nicht in die Lobgesänge auf die „Mitbestimmung" einstimmen wollen. Eine einfache Überlegung: Nicht der KB verhindert die „Mitbestimmung", sondern neben den Kapitalisten auch die Gewerkschaftsführer, die dafür längst keinen Finger mehr krumm machen, und die Sozialdemokraten, einschließlich der „linken", die letzten Endes die Regierungspolitik unterstützen – also diejenigen Kräfte, mit denen die DKP nach eigenem Geständnis soviel „Gemeinsamkeiten" hat und mit denen sie liebend gerne Aktionseinheiten eingehen würde, wenn sie nur könnte...!

Die DKP ist bei ihren „Chaoten-Kreuzzügen" immer bemüht, die Polemik so rasch wie möglich in die eingefahrenen Gleise des „rechts = links" zu bringen, d.h. wer links von der DKP steht, nützt angeblich „objektiv" der Reaktion, steht „objektiv" im Lager der Reaktion usw. usf.

Diese lächerliche „Gleichung" geht natürlich i m m e r auf, und zwar aus einem ganz einfachen Grund:**Der Reformismus und Sozialdemokratismus, mit denen die DKP in fast allen konkreten Fragen verschmilzt, sind i m m e r von zwei Seiten anzugreifen – nämlich von der Seite der Bourgeoisie und der Reaktion einerseits und von der Seite des Fortschritts und der Revolution andererseits.** Hieraus eine „objektive" Übereinstimmung zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften zu konstruieren, ist ein demagogischer Trick auf Schrumpfkopf-Niveau.

Die DKP verfährt gegenüber einer kommunistischen Organisation wie dem KB genau umgekehrt wie gegenüber den Gewerkschaftsführern und DGB und SPD: Während sie in dem einen Fall auf Biegen und Brechen „Gemeinsamkeiten" konstruiert (und selbstverständlich geflissentlich die Kluft zwischen Worten und Taten der Gewerkschaftsführer übersieht), sucht sie im anderen Fall alles „Trennende" zusammen und bestreitet jede Gemeinsamkeit.

Die DKP wird mit dieser Taktik (von der sie sich offenbar verspricht, endlich mal „ran" an die „Arbeitermassen" zu kommen) wenig Glück haben, da sie mit schwindender Bedeutung für die Sozialdemokratie und für die Gewerkschaftsführer als Handlanger immer uninteressanter wird und da zugleich mit zunehmendem Druck das Potential derjenigen Sozialdemokraten dahinschwindet, die heute noch zu einem gemeinsamen Auftreten mit der DKP bereit sind. ●

Aktionseinheit mit dem KB nicht möglich

Nun fordert das leitende Gremium des KB in seinem „Offenen Brief an die DKP" aus Anlaß der heutigen Veranstaltung unsere Partei auf, die Politik der Ablehnung der Aktionseinheit mit dem KB aufzugeben. Bedeutet das etwa, daß der KB für die Aktionseinheit mit der DKP eintritt und die DKP, wie der KB behauptet, die Aktionseinheit aus „Parteiladenpolitik" ablehnt? Laßt mich dazu ein paar Bemerkungen machen.

1. Die Aufforderung des KB kann wohl kaum ernst genommen werden, wenn er nicht einmal bereit ist, sich in einem von der DKP organisierten Streitgespräch zu stellen. Ein Streitgespräch, ein Schlagabtausch von Meinungen und Argumenten, eine Darstellung des jeweiligen politischen Standpunkts in einer öffentlichen Veranstaltung ist doch aber zweifellos viel leichter, viel eher möglich als Aktionseinheit, die ja gemeinsame oder annähernde Positionen in den Fragen verlangt, für die man gemeinsam eintreten will. Außerdem gehören im Verständnis von Kommunisten Aktionseinheit und ideologische Auseinandersetzung untrennbar zusammen. Ohne ideologische Auseinandersetzung mit dem Ziel, schädliche, die Aktionseinheit hemmende Positionen zurückzudrängen und zu überwinden, kann es keine Aktionseinheit geben. Darum sagen wir in den Thesen des Düsseldorfer Parteitages zur Frage der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten: „Aktionseinheit erfordert immer die Beachtung und Hervorhebung der gemeinsamen Interessen und der Möglichkeiten zum praktischen, einheitlichen Handeln, andererseits die Kritik und Auseinandersetzung mit bürgerlichen Einflüssen in der Arbeiterbewegung, die der Einigung der Arbeiterschaft entgegenstehen." (These 29). Das hier in bezug auf die Aktionseinheit mit Sozialdemokraten Gesagte gilt auch für jeden anderen möglichen Partner der Aktionseinheit. Das zum ersten.

2. und vor allem bedeutet Aktionseinheit für uns nicht prinzipienlose Einheit, nicht Einheit um jeden Preis. „Aktionseinheit heißt: Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte und Strömungen der Arbeiterbewegung, ungeachtet ihrer politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten, die gemeinsamen politischen und sozialen Interessen in der Aktion zu verwirklichen." (ebenda)

Das bedeutet: Grundlage für die Aktionseinheit kann nicht Einheit der Weltanschauung, Einheit in allen politischen Fragen sein. Allerdings verlangt Aktionseinheit gemeinsame Interessen, gemeinsame oder ähnliche Ansichten und Forderungen in den Fragen, für die man gemeinsam eintreten will. Wo es keine gemeinsamen oder annähernden Positionen gibt, ist auch ein gemeinsames Handeln nicht möglich. Es ist anzunehmen, daß diese Einsicht zumindest teilweise auch beim KB vorhanden ist. Wir möchten das wenigstens aus seiner Ablehnung der Aufforderung des sogenannten „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" ableiten, eine gemeinsame Erklärung mit „KABD" und „KBW" gegen den Sozialchauvinismus der Gruppe „Rote Fahne" und der Gruppe „Roter Morgen" abzugeben. Begründet wird diese Ablehnung mit dem Fehlen gemeinsamer Positionen zu der betreffenden Frage.

Wie sieht es aber nun im Verhältnis DKP – KB aus? Gibt es bei den wichtigen, vordringlichen Interessen und Forderungen der Arbeiter gemeinsame Positionen, für die man gemeinsam eintreten könnte? Ich meine, unsere heutige Veranstaltung hat noch einmal unterstrichen, daß das nicht der Fall ist. Greifen wir ein paar Fragen heraus.

Nehmen wir den sozialen Kampf. Die Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten lastet besonders unerträglich auf der Arbeiterjugend in Form von Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Hunderttausende junger Menschen sind im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik dagegen auf die Straße gegangen. Höhepunkt waren die große DGB-Demonstration in Dortmund mit über 50 000 Teilnehmern und die Demonstration der Hamburger Jugendverbände mit über 15 000 Teilnehmern. Mitglieder der SPD, der DKP, Christen und andere fanden sich zu gemeinsamen Aktionen für die gemeinsamen Interessen zusammen. Der KB dagegen stand nicht nur abseits, er tat alles um diese Aktionen abzuwiegeln und verleumdete sie als „Spalterdemonstrationen".

Nehmen wir den Kampf um die Verteidigung demokratischer Rechte, zum Beispiel den Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote. Auch in dieser Frage gibt es gemeinsame Interessen und Forderungen von Kommunisten, Teilen der Sozialdemokratie, Jungdemokraten und anderen, die sich auch in vielen gemeinsamen Aktivitäten niederschlagen. Zweifellos ist auch der KB gegen die Berufsverbote, im Unterschied zum Beispiel zur Fälscher-„KPD" des Herrn Horlemann, die im Chor mit Strauß und den Neonazis von der NPD noch mehr Berufsverbote für DKP-Mitglieder fordert. Allerdings ist der KB bestrebt, den Kampf gegen die Berufsverbote gegen das Grundgesetz zu lenken. Wenn er gegen die Feststellung auftritt, daß die Berufsverbote verfassungswidrig sind, dann gerät er damit, ob er das will oder nicht, in Kumpanei mit den Einpeitschern der Berufsverbote, die ja auch behaupten, daß die Berufsverbote dem Grundgesetz entsprächen. Außerdem stellt er sich damit selbst außerhalb der Bewegung gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote.

Wir könnten als weitere Beispiele den Kampf um Mitbestimmung, gegen den reaktionären Paragraphen 218 und andere Fragen nehmen. Überall zeigt sich, daß es gemeinsame oder annähernde Interessen oder Forderungen zwischen uns und Teilen der SPD und anderen Kräften gibt. In all diesen Fragen zeigt sich zugleich, daß es keine gemeinsamen oder annähernde Positionen mit dem KB gibt. Das gilt im übrigen auch in den meisten Fragen des internationalen Klassenkampfes. Ob in Chile oder Portugal, den Hauptstoß seines Kampfes richtet der KB gegen die Kommunistische Partei des jeweiligen Landes. Damit wird auch in diesen Fragen ein gemeinsames Handeln unmöglich.

3. schließlich geht es uns bei der Aktionseinheit darum, Arbeitermassen in das gemeinsame Handeln für die gemeinsamen Klasseninteressen einzubeziehen, weil das die wichtigste Voraussetzung ist sowohl für Erfolge im Ringen um die Tagesforderungen der Arbeiter als auch im Kampf um antimonopolistische Demokratie und Sozialismus. Die Massen der Arbeiter, das sind aber die Gewerkschaftskollegen, die sozialdemokratischen und die sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiter. Sie sind und bleiben darum der Hauptadressat der Aktionseinheitspolitik der DKP. Sie wollen wir für den gemeinsamen Kampf zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen gewinnen, ihr Klassenbewußtsein wollen wir wecken und entwickeln.

Die Frage, die wir stellen müssen, ist: Trüge ein Zusammengehen mit dem KB dazu bei, die Kampfbereitschaft und das Bewußtsein dieser Arbeitermassen voranzutreiben, oder würde dadurch die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gehemmt? Wir müssen davon ausgehen, daß das letztere der Fall wäre.

verhindert die „Mitbestimmung", sondern neben den Kapitalisten auch
volution andererseits. Hieraus eine „objektive" Übereinstimmung

„Der Maoismus ist eine Gefahr für alle Staaten"

Sowjetische Kriegshetze gegen die VR China

In einem Kommentar der sowjetischen Nachrichten-Agentur TASS vom 16. März wird behauptet, der „*Maoismus*" sei „**nicht nur (!) ein Problem der sozialistischen Staaten**", sondern „**der Maoismus**" sei „**für alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, gefährlich**". In China werde „**der Zündstoff einer Kriegsgefahr und des Expansionismus akkumuliert**" (angesammelt). Es gebe, so wird behauptet, „**keine Garantie dafür, daß China andere Länder, darunter kapitalistische und Entwicklungsländer, nicht angreife**" ! (lt. „Monitor-Dienst").

Wie die sowjetische Regierung sogenannte „Probleme der sozialistischen Staaten" zu lösen gedenkt, hat sie 1968 in der CSSR bewiesen. Was China angeht, scheint ihr der Brocken für einen einfachen Akt „brüderlicher Hilfe" aber wohl etwas zu groß zu sein. Daher sollen „ a l l e Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung", gegen die VR China in Front gebracht werden. Zu diesem Zweck wird die angeblich ausgerechnet von der VR China ausgehende „Kriegsgefahr" beschworen, werden Gebietsansprüche der VR China gegen seine Nachbarstaaten freiweg erfunden, wird die gerechte Unterstützung der VR China für Volksbefreiungskämpfe in Asien (soweit sie noch nicht dem Rechtsruck der Außenpolitik zum Opfer gefallen ist) als „gefährliche Subversion" und „ideologische Expansion" diffamiert.

Diese Propaganda soll zum einen dazu dienen, doch noch den sowjetrevisionistischen Traum einer Einkreisung Chinas und eines internationalen „Eingreifens" zur Lösung des „chinesischen Problems" zu verwirklichen. Zum anderen geht es aktuell darum, durch lautes „Haltet den Dieb"-Geschrei davon abzulenken, w e r in der heutigen Welt über das atomare Potential zur Vernichtung der Menschheit verfügt und wer zehntausende von Soldaten außerhalb seiner Grenzen stationiert hat – das ist sicher nicht die VR China, sondern das sind USA und Sowjetunion, angeblich die Helden des „Entspannungsprozesses"! ●

Höhepunkt revisionistischer Versumpfung
KP Argentinien billigt faschistischen Putsch

Als bisher einzige der politischen Parteien Argentiniens hat die revisionistische KPA eine öffentliche Erklärung zum faschistischen Putsch der Militärs abgegeben. Darin wird deren Machtübernahme gebilligt (!) und Unterstützung angeboten (!!!).

Die Machtübernahme der Militärs sei zwar „*nicht die beste (?) Methode zur Lösung der tiefen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Krise des Landes*" („Frankfurter Rundschau" = FR, 31.3.), und die KPA „*teile nicht voll und ganz alle in den offiziellen Dokumenten dargelegten Standpunkte, erkläre sich aber dennoch mit den von den Militärs dargelegten Grundsätzen einverstanden und halte es für notwendig, ein demokratisch-nationales Einvernehmen als Voraussetzung für die Bildung einer gemischten Regierung aus zivilen Politikern und Militärs zu erzielen. Wenn der Militärrat eine Übergangsetappe auf dem Weg zu einer solchen Regierung sei, dann sei in dieser Richtung ein Schritt nach vorn getan worden*" (!!!) („Süddeutsche Zeitung" = SZ, 31.3.)

Die programmatischen Erklärungen der Militärjunta würden „*in gewissem Grad die Lebensinteressen des argentinischen Volkes widerspiegeln*" („Unsere Zeit" = UZ, 29.3.).

Kritisiert wird in der Erklärung lediglich das Betätigungsverbot für die politischen Parteien, das als „*ernster Fehler*" (!) bezeichnet wird. Außerdem trete die KPA für die Freilassung der politischen Gefangenen ein, die ohne Anklage und Gerichtsverfahren festgehalten werden und sei für die Abschaffung der Todesstrafe" („UZ", 1.4.).

Auf diese „Kritik" folgt dann aber sogleich ein neues Lob für die Junta. Es wird betont, daß die argentinischen Militärs nicht „*den gleichen Weg gewählt haben wie das Pinochetregime in Chile*" (!), daß es aber Kräfte gebe, die ihr einen solchen Weg „*aufzwängen*" wollten („SZ", 31.3.).

Mit dieser Erklärung machen die argentinischen Revisionisten deutlich, daß sie nicht nur versteckt reformistisch, sondern in aller Offenheit und konsequent an einem Strang mit Imperialismus und argentinischer Bourgeoisie ziehen. Die gesamte bürgerliche Presse bemüht sich, die faschistische Militärjunta in einem unblutigen und beschönigendem Licht erscheinen zu lassen – und die KPA stimmt voll mit überein.

Dabei ist der faschistische Charakter der Junta völlig offenkundig: angesichts von Massenverhaftungen, angesichts der Zerschlagung der Gewerkschaften, angesichts der Ausweisung von Flüchtlingen aus Chile, Uruguay, Bolivien usw., unter denen sich ja auch zahlreiche Mitglieder der jeweiligen KPen befinden, die in ihren Heimatländern blutig unterdrückt werden.

Es ist bekannt, daß die KPA die massive Bekämpfung des „Terrors von links (!) und rechts" begrüßt und schon in den letzten Monaten von den Militärs gefordert hat. Dabei sind von den Repressionsmaßnahmen der Junta nicht nur Revolutionäre, sondern auch KP-Mitglieder, Gewerkschafter, Linksperonisten usw. betroffen.

Auch das Büro von „Nuestra Palabra", der Zeitung der KPA, wurde von Militärs besetzt. Die KPA aber tut, als gäbe es diese Unterdrückungsmaßnahmen nicht. Als sich die politische und ökonomische Krise der Bourgeoisie unter Isabel Peron immer mehr zuspitzte und die Klassenkämpfe gegen die peronistische Regierung zunahmen, begann die KPA ihr „breites Bündnis" noch zu erweitern; sie propagierte schon damals die Zusammenarbeit und die Einbeziehung der Militärs in die anti-imperialistische Front.

Ebenfalls seit langem propagiert die KPA die Gefahr der „linksextremen Terroristen", die nur Unruhe stifteten und der Reaktion Vorwände lieferten. „*Der Terrorismus jeder Spielart diene ausschließlich den Feinden des Vaterlandes*", die „*Gewalttätigkeiten*" in Argentinien werden von einer „*Zentrale aus gesteuert, die sowohl über Drähte nach ultrarechts als auch nach ultralinks verfügt*" (zwei KP-Abgeordnete im Dezember '75 im argentinischen Parlament, „Neues Deutschland" = ND, 16.12.75).

In einer Erklärung der KPA zur Lage wurde aus dieser „Verschwörungstheorie" der konsequente Schluß gezogen, daß zunächst der „Terror von rechts und links" zerschlagen werden müsse, bevor die Krise des Landes gelöst werden könne. Damit stellte die KPA den Mordterror der faschistischen AAA, dem in den letzten Monaten Hunderte von Arbeiterführern, demokratischen Rechtsanwälten, Familienangehörige bekannter Linker usw. zum Opfer fielen, auf eine Stufe mit den bewaffneten Aktionen der revolutionären Linken, die sich gegen verhaßte Polizeioffiziere usw. richteten.

Die offene Aufforderung zum Kampf gegen die Revolutionäre, die in erster Linie an die Militärs gerichtet war, wird jetzt im Angebot zur Zusammenarbeit nur konsequent fortgesetzt. In plumper Anbiederei an die Faschisten heißt es in der eingangs zitierten Erklärung zum Putsch, die KPA habe den Terror der Linksextremen schon immer abgelehnt („SZ", 31.3.).

Als im Dezember 75 ein Teil der Luftwaffe einen Probeputsch gegen die Regierung Isabel durchführte, hatte die KPA dies als Staatsstreichversuch „*ultranationalistischer*" Teil (!) des Militärs verurteilt und es als ihre Hauptaufgabe bezeichnet, „*die auf einen Putsch gerichteten Pläne der Reaktion zu vereiteln*" („Horizont", 3/76, „ND", 1.1.76).

Die KPA nahm diesen Testputsch zum Anlaß, um die aus Chile bekannte revisionistische Theorie von den zwei Fraktionen innerhalb der Militärführung, von der Spaltung der Offiziere in Reaktionäre und Verfassungstreue, auch für Argentinien zu belegen. Die KPA begrüßte damals „*die entschlossene Stellungnahme des Oberkommandierenden der Streitkräfte, General Videla* (!), *zur Verteidigung der Regierung*" und betonte, daß der Putschversuch „*von dem größten Teil der Militärs – wenn auch mit anderen Worten* (!!!) *– verurteilt wurde*" („ND", 1.1.76).

Im Klartext hieß das: Laut KPA gab es einige „ultranationalistische" Reaktionäre unter den argentinischen Offizieren, die das Parlament auflösen und die Regierung absetzen wollten, sich aber gegen die „verfassungstreuen" und „patriotischen" Militärs nicht hätten durchsetzen können. Als Führer der „verfassungstreuen" Fraktion wurde Jorge Videla bezeichnet. Derselbe Videla, der jetzt an der Spitze der Putschisten steht, der die Erfahrungen aus dem Probeputsch der Luftwaffe auswertete, der die verantwortlichen Luftwaffenoffiziere nach wenigen Wochen aus dem Gefängnis freiließ und sie amnestierte...

Die KPA hat sich mit ihrer Stellungnahme zum Putsch als die reaktionärste und übelste revisionistische Partei Lateinamerikas erwiesen. Die KP Chiles umwirbt zwar auch die rechte Christdemokratie mit Frei an der Spitze und bietet ständig neue Bündnisvorschläge an, die Zusammenarbeit mit den Militärs hat sie aber bislang noch nicht propagiert.

Mit ihrer Erklärung hat die KPA selbst die Sozialdemokraten **rechts überholt**. Der „Vorwärts" der SPD kommt z.B. nicht umhin, festzustellen, daß die Militärs in Argentinien einen „*heftigen Kampf*" gegen die Subversion führen, daß die Generäle aber nicht nur die Guerilla als Subversion ansehen, „*sondern auch die Lohnkämpfe in den Fabriken und Bergwerken, die links-peronistischen und marxistischen Parteien, die wieder auftauchende Bewegung der Dritte-Welt-Priester*" usw. („Vorwärts", 25.3.)

„*Trotz Pressezensur, Todesstrafe und Maßnahmen zur Entpolitisierung der aufgeladenen Atmosphäre* (die die Revisionisten als „normalisiert" hinstellen) *gewinnt man den Eindruck, daß* **die Junta an einem günstigen Image im In- und Ausland sehr interessiert** *ist. Sowohl ihre Aktionen als auch ihre Proklamationen entbehren jener martialischen Note, die dem chilenischen und uruguayischen Militär zu trauriger Berühmtheit gereicht. Wie lange sich die* Masche *durchhalten läßt, ist jedoch eine andere Frage.*" („Vorwärts, 1.4.)

Vor Tatsachen, um die selbst die Sozialdemokraten in der BRD nicht herumkommen, verschließt die KPA systematisch und bewußt die Augen! ●

Angola-Frage vor der UNO
Chinesische Außenpolitik isoliert!

Am 31. März wurde im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, in der die Aggression des südafrikanischen Rassisten-Regimes gegen Angola entschieden verurteilt wurde und eine Entscheidung für die von den südafrikanischen Truppen angerichteten Zerstörungen und Schäden gefordert wurde.

Neun Staaten stimmten f ü r diese Resolution: Benin (fortschrittlicher afrikanischer Staat), Guayana (Lateinamerika), Libyen, Pakistan, Panama, Rumänien, Schweden, Tansania und die UdSSR. Fünf Staaten enthielten sich der Stimme: Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und USA.

Der chinesische UN-Vertreter Huang Hua hatte sich während der Abstimmung verdrückt.

Zuvor hatte er erklärt, daß die VR China g e g e n die Resolution sei. Zwar sei auch die VR China für eine Verurteilung der südafrikanischen Aggression, es müßten aber auch „*der sowjetische Sozialimperialismus und seine Söldner*" verurteilt werden wegen ihrer „*Intervention und Aggression gegen Angola*" und es müßte „*deren vollständiger und sofortiger Rückzug aus Angola*" gefordert werden. Die Abstimmung brachte deutlich die Isolierung der derzeitigen chinesischen Außenpolitik zum Ausdruck: Die Vertreter der „3. Welt" im UN-Sicherheitsrat, auf die sich die chinesische Dipolomatie gern demagogisch beruft, stimmten geschlossen f ü r die Angola-Resolution. Selbst bevorzugte Partner der chinesischen Außenpolitik wie Pakistan und Rumänien mochten in dieser Frage nicht mit der VR China mitziehen.

Warum fanden Huang Hua's Thesen bei den Staaten der „3. Welt" nichts als Ablehnung? **Deshalb, weil diese Thesen nichts anderes bedeuten als eine unverschämte Einmischung in die Interessen der Staaten und Völker der „3. Welt"!**

Huang Hua hat gefordert, die von einer nationalen Befreiungsbewegung in Anspruch genommene Hilfe als „Intervention und Aggression" durch die UNO zu verurteilen. Huang Hua hat außerdem die UNO aufgefordert, gegen den Willen der legitimen Regierung Angolas (und verschiedener afrikanischer Staaten und Befreiungsbewegungen) „den vollständigen und sofortigen Rückzug" des „sowjetischen Sozialimperialismus und seiner Söldner" zu verlangen.

Es ist klar, daß die UNO heute nicht mehr derart offen als Instrument der Einmischung benutzt werden kann. Es ist klar, daß die Befreiungsbewegungen und Staaten der „3. Welt" an einer derartigen Einmischung der UNO kein Interesse haben.

Letzten Endes ist keine nationale Befreiungsbewegung und kein Staat der „3. Welt" davor sicher, daß sie nicht die nächsten sind, gegen die sich die chinesische Einmischung wendet. Müssen nicht die Palästinenser damit rechnen, daß Huang Hua demnächst in der UNO verlangt, die für sie wichtige militärische und sonstige Hilfe der Sowjetunion als „Intervention und Aggression" zu verurteilen?

Müssen nicht zahlreiche antiimperialistische Staaten der „3. Welt" damit rechnen, daß Huang Hua demnächst fordert, die UNO solle den „vollständigen und sofortigen" Abzug aller sowjetischen oder kubanischen Ausbilder, „Berater" etc. aus den betreffenden Ländern verlangen? – So nahm Huang Hua in seiner Rede zu Angola ganz offen und ausdrücklich gegen das von der UNO anerkannte **„unveräußerliche und legitime Recht jedes Landes"** Stellung, **„seine Souveränität auszuüben und Unterstützung von jedem anderen Land oder Ländergruppe zu fordern"**!! (lt. „KVZ" vom 8.4.76).

In China sagt man zu Recht: **Eine** gerechte Sache findet überall **Unterstützung**. Das ist zweifellos richtig. Hier haben wir den Grund, warum das Verhalten der chinesischen Diplomatie in der gesamten Angola-Frage in der „3. Welt" keine Unterstützung gefunden hat.

Chinesische Außenpolitik: Rechts ... rechts ... rechts!

In bemerkenswerter Weise berichtet die „Peking Rundschau" Nr. 12 (23.3.76) von Gesprächen zwischen den Premierministern Australiens und Neuseelands, die am 10. und 11. März geführt wurden.

Die beiden Politiker äußerte. dabei laut „PR" „*ihre außerordentliche Besorgnis über Moskaus Intervention in Angola und seine Flottenkonzentration im Indischen Ozean*" und erklärten, sie wollten „*sich besonders um die gemeinsame Verteidigung im Indischen Ozean und im Südpazifik bemühen*". Dazu der Kommentar der „PR": **„Der Beschluß Australiens und Neuseelands, ihre gemeinsame Verteidigung zu verstärken, ist eine sehr gute Antwort auf die Expansion und Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus im Indischen Ozean".**

Selbstverständlich enthält der gesamte Kommentar k e i n Wort gegen die Rolle des US-Imperialismus und anderer imperialistischer Staaten im Indischen Ozean und im Pazifik. Das ist kein Wunder, denn:

1. sind Australien und Neuseeland auf's allerengste mit dem britischen Imperialismus verbunden;
2. beherbergt Australien auf seinem Territorium mehrere Militärstützpunkte der USA;
3. leisteten Australien und Neuseeland noch vor wenigen Jahren dem US-Imperialismus mit eigenen Truppen Gefolgschaft bei der Aggression gegen Vietnam;
4. sind Australien und Neuseeland durch militärische Paktsysteme eng verbunden mit dem britischen Imperialismus, mit dem US-Imperialismus und mit den reaktionären Staaten Südostasiens, bei denen Australien und Neuseeland teilweise die Rolle eines Statthalters für den kompromittierten US-Imperialismus übernommen haben;
5. unterhalten insbesondere die US-Imperialisten im Indischen Ozean und im Pazifik ein Netz riesiger Militärstützpunkte, während im Gegensatz dazu die Sowjetunion über k e i n e n Stützpunkt in diesem Raum verfügt.

Der Kommentar in der „Peking Rundschau" macht wieder einmal deutlich, wie manche Leute in China den „Kampf gegen die beiden Supermächte" verstehen: Als U n t e r s t ü t z u n g des US-Imperialismus und der vom Imperialismus abhängigen Staaten! ●

Bravo, Albanien!

Die „KVZ" des KBW vom 1. April (!) kommt dem arglosen Leser mit dem Taschenspielertrick, wir hätten im ARBEITERKAMPF geschrieben, Albanien würde **„eine für die internationale Arbeiterbewegung ‚negative Rolle' spielen".**

Wer sich nicht auf die Lügen der „KVZ" verläßt, sondern sich an Ort und Stelle informiert, kann leicht feststellen, daß wir (in AK 76, Seite 40) nicht a l l g e m e i n die Rolle Albaniens als „negativ" bezeichnet hatten, sondern daß sich diese Aussage konkret auf die Politik Albaniens bezog, Hochstapler und Clowns vom Schlage eines Ernst Aust und ähnlicher „ML"-Größen um sich zu scharen und deren größenwahnsinnige Selbstbeweihräucherungen über „Radio Tirana" und die albanische Presse zu verbreiten. Das halten wir allerdings nach wie vor für negativ, und wir wüßten gern, ob der KBW dieses Vorgehen etwa für p o s i t i v hält? ...

Etwas anderes hatten wir außerdem in AK 76 geschrieben, was die „KVZ" jedoch wohlweislich verschweigt: Daß sich nämlich Albaniens außenpolitische Stellungnahmen positiv abheben von der Anbiederei chinesischer Politiker an die Imperialisten, speziell auch an den BRD-I[illegible]ismus! Hierfür hat es von [illegible] gerade in letzte[illegible]geben, die [illegible]is genommen haben:

▶ In einem Kommentar von „Radio Tirana" wurde erklärt: **„Die EWG spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Militarisierung Westdeutschlands und dabei, seine Wirtschaft in den Dienst der Nato und ihrer Pläne zu stellen ... Die gesamte Tätigkeit der EWG und des RGW beruht auf der Unterdrückung und Ausbeutung der wirtschaftlich schwächeren Länder. Die EWG und der RGW sind Werkzeuge in Händen der imperialistischen Mächte, um die Völker wirtschaftlich zu unterwerfen und die Privilegien jener, die sie manipulieren, aufrechtzuerhalten ..."** (zit. nach „Roter Morgen", 27.3.76).

▶ In einem Artikel der albanischen Zeitung „Zeri i Popullit" heißt es, **„daß die ständige Militarisierung und der Revanchismus die Basis der Bonner Politik seien".** Der Artikel zeigt auf, daß der westdeutsche Rüstungshaushalt in diesem Jahr Rekordhöhe erreicht und **„daß Bonn das Anwachsen seines militärischen Potentials zur Schaffung eines militaristischen Klimas und zur Durchsetzung gesteckter Ziele im Ausland benutze. Die westdeutschen Revanchisten möchten ihre alten, ehrgeizigen Ziele realisieren, ihre auf dem Kontinent nicht verwirklichten Träume, den großen Traum des deutschen Militarismus vom „Lebensraum" oder von der ‚Weltmission'"** (zit. nach einer Meldung der albanischen Presseagentur ATA vom 16.3.76, lt. „Monitor-Dienst").

Im Gegensatz dazu behaupten die chinesischen Außenpolitiker:

▶ daß die E(W)G ein Zusammenschluß im Interesse der europäischen Völker sei und daß dieser Zusammenschluß gefestigt werden müßte;

▶ daß die Aufrüstung der westeuropäischen Imperialisten, speziell des BRD-Imperialismus, eine gute und notwendige Sache sei, und daß die Imperialisten ihre „Wachsamkeit" und „Verteidigungsanstrengungen" gegen die Sowjetunion noch weiter steigern müßten;

▶ daß „Revanchismus" nur ein E t i k e t t sei, das die „Sozialimperialisten" gewissen „wachsamen und weitsichtigen Staatsmännern" der BRD – wie Adenauer, Strauß, Dregger usw. – aufkleben, weil siese „*gegen die Spaltung der Nation Widerstand leisten*".

Zu diesen offenkundigen Widersprüchen zwischen den Positionen Albaniens und Chinas fällt den „ML"ern natürlich nichts ein. Sie leugnen diese Widersprüche lieber und behaupten, s o w o h l die Positionen Chinas wie die Albaniens seien selbstverständliche beide von vornherein und grundsätzlich „korrekt".

Man kann auch den Kopf in den Sand stecken und dann über die schöne Aussicht jubeln! ... ●

Die „Affäre Lin Biao"

Die „Affäre Lin Biao" ist ein bis heute längst nicht restlos geklärter Vorgang mit weitreichenden Auswirkungen für die Entwicklung der Großen Proletarischen Kulturrevolution und für die Klassenkämpfe der letzten Jahre in der VR China.

Ebenso außergewöhnlich und unklar wie Lin Biaos Aufstieg war sein Fall:

- Der 9. Parteitag der KP Chinas im April 1969 nahm den folgenden Passus in das neue Statut der Partei auf: „Genosse Lin Biao ist der nächste Kampfgefährte des Genossen Mao Tse-tung und sein Nachfolger" (Anmerkung 1).
- Der 10. Parteitag der KP Chinas im August 1973 *„verurteilte voller Empörung die Verbrechen der parteifeindlichen Lin-Biao-Clique"* und besiegelte den Beschluß, den im September 1971 ums Leben gekommenen Lin Biao nachträglich *„endgültig aus der Partei auszuschließen"*. (Anm. 2).

Innerhalb weniger Jahre wurde das Urteil über Lin Biao in der chinesischen Öffentlichkeit vollkommen umgestoßen: Bis zu seinem Tod galt er als *„der engste Waffengefährte und der beste Schüler des Vorsitzenden Mao"*. „In den letzten Jahrzehnten hat er sich in jedem kritischen Stadium der Entwicklung der chinesischen Revolution und in allen Kämpfen zwischen den Vertretern der beiden Linien eindeutig und entschlossen zur richtigen Linie des Vorsitzenden Mao bekannt" (Anm. 3).

H e u t e dagegen gilt Lin Biao als *„bürgerlicher Karrierist, Verschwörer, konterrevolutionärer Doppelzüngler, Renegat und Landesverräter"* (Anm. 4). „In jedem wichtigen Moment der sozialistischen Revolution stellte sich dieser Doppelzüngler gegen die Revolution und trat gegen die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao und den Sozialismus auf" (Anm. 5).

Welches der widerspüchlichen Urteile über Lin Biao ist zutreffend bzw. kommt der Wahrheit näher? Diese Frage zu klären, wäre wesentlich für eine tiefere Einschätzung der Entwicklung der Großen Proletarischen Kulturrevolution – während der Lin Biao stets neben Mao Tse-tung genannt wurde und als profilierter Vertreter der Linken galt – sowie der Entwicklung seither, die stark im Zeichen der Verurteilung Lin Biaos stand.

In diesem Artikel wollen wir versuchen, einige Aspekte dieser Frage zu beleuchten.

Die offizielle Version

Tschu En-lai gab im Bericht an den 10. Parteitag 1973 folgende Darstellung: Lin Biao habe bereits auf dem 9. Parteitag 1969 *„Verschwörung und Sabotage"* betrieben. Zusammen mit Tschen Bo-da (langjähriger Sekretär Mao Tse-tungs, Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros, Leiter der Arbeitsgruppe des ZK für die Kulturrevolution u.a.) habe er einen Berichts-Entwurf vorgelegt, in dem angeblich gefordert wurde, die Entwicklung der P r o d u k t i o n sei jetzt die Hauptaufgabe; der Hauptwiderspruch in China sei nicht mehr zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern der zwischen *„dem fortgeschrittenen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften"*. Dieser Berichts-Entwurf sei vom ZK abgelehnt worden und Lin Biao habe dann *„widerwillig"* einen neuen, *„unter Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeiteten"* Bericht vorgetragen.

Nach dem 9. Parteitag habe Lin Biao jedoch *„Verschwörung und Sabotage"* fortgesetzt.

Auf der 2. Plenartagung des 9. ZK im August 1970 habe er *„einen konterrevolutionären Staatsstreich gestartet, der aber mißlang."*

Danach habe er im März 1971 einen Putsch-Plan „Übersicht über das ‚Projekt 571'" aufgestellt. Am 8. September habe er „einen konterrevolutionären bewaffneten Staatsstreich" und „einen Mordanschlag auf unseren großen Führer Vorsitzenden Mao" versucht. Als dieses *„Komplott"* fehlgeschlagen sei, habe Lin Biao am 13. September 1971 versucht, *„insgeheim per Flugzeug zu den Sowjetrevisionisten überzulaufen ... und kam durch Absturz bei Undur Khan in der Mongolischen Volksrepublik ums Leben."* (Anm. 6).

Die Fakten

1) Von mongolischer Seite ist bestätigt, daß in der Nacht vom 12. auf den 13. September 1971 ein chinesisches Flugzeug über der VR Mongolei abstürzte. Neun verkohlte Leichen wurden gefunden. Bestätigt ist von chinesischer Seite nur der Tod Lin Biaos. Unklar ist das Schicksal folgender angeblicher „Mitverschworener" Lin Biaos, von denen aber allgemein angenommen wird, sie seien gleichfalls unter den Opfern des Flugzeug-Absturzes gewesen:

- Yä Tjün, Ehefrau Lin Biaos;
- Huang Yung-scheng, Generalstabschef der Volksbefreiungsarmee (VBA);
- Wu Fa-hsiän, Kommandeur der Luftwaffe;
- Li Dsuo-peng, Politischer Kommissar im Generalstab;
- Tjiu Hui-dsuo, Leiter der Logistik-Abteilung der VBA;

Diese fünf gehörten dem Politbüro des ZK der KP Chinas an (19 Mitglieder bei der Wahl auf dem 9. Parteitag). Zu den angeblichen Mitverschworenen" gehörte außerdem Lin Biaos Sohn, Lin Li-kuo.

Alle diese Personen sind spätestens im September 1971 zuletzt in der Öffentlichkeit erschienen.

Unklar ist auch das Schicksal Tschen Bo-da's, gleichfalls Mitglied des Politbüros. Sein letztes Erscheinen in der Öffentlichkeit wurde bereits am 1. August 1970 registriert (Anm. 7). Lin Biao selbst trat zuletzt im Juni 1971 in der Öffentlichkeit auf (Anm. 8); sein letztes „Lebenszeichen" war die Mitunterzeichnung eines Grußtelegramms – zusammen mit Mao Tse-tung und Tschu En-lai – „an die führenden Persönlichkeiten der koreanischen Partei und Regierung" am 8. September, also genau demselben Tag, an dem er laut Tschu En-lai seinen Staatsstreich-Versuch unternahm (Anm. 8).

2) Von Auseinandersetzungen auf dem 9. Parteitag ist – über die von Tschu En-lai auf dem 10. Parteitag gemachten Bemerkungen hinaus – nach den allgemein zugänglichen Quellen nichts bekannt. In den Kommuniques wurde der 9. Parteitag vielmehr als **„Parteitag der Geschlossenheit"** (Mao Tse-tung) bezeichnet (Anm. 9).



„.... *politischer Hochstapler, der weder Bücher, Zeitungen, noch Dokumente las"*

Nimmt man die Behauptungen Tschu En-lai's als w a h r an, so bleibt die Frage offen, warum diese Auseinandersetzungen damals verschleiert wurden und warum sie – abgesehen von Tschu's knappen Hinweis – bis heute nicht bekannt sind. Es bleibt außerdem die Frage, warum Lin Biao trotz dieses angeblichen Vorfalls zum Nachfolger Mao's bestimmt wurde – mit dem zusätzlichen Passus im neuen Parteistatut: *„Genosse Lin Biao hat konsequent das große rote Banner der Maotsetungideen hochgehalten und die proletarische revolutionäre Linie des Genossen Mao Tse-tung am treuesten und standhaftesten befolgt und verteidigt"* (Anm. 10).

Als weiteres Indiz für die Frage, ob die Behauptung Tschu En-lai's der Wahrheit entspricht oder nicht, ist außerdem folgender Punkt anzuführen: In k e i n e m Artikel etc. der Kampagnen zur Verurteilung Lin Biao's wurde jemals auch nur e i n e i n z i g e r Satz aus dem angeblichen Berichtsentwurf zitiert, obwohl dies doch die schlagendsten Argumente hätte liefern müssen. ... Stattdessen stützen sich sämtliche Lin Biao zugeschriebenen Zitate auf angebliche „geheime Tagebücher", auf den angeblichen Putschplan „Übersicht über das ‚Projekt 571'" oder auf angebliche mündliche Äußerungen aus Privatgesprächen.

3) Über Auseinandersetzungen auf der 2. Plenartagung des 9. ZK (23.8. bis 6.9.1970) ist gleichfalls kaum etwas bekannt.

Das offizielle Kommunique verzeichnete lediglich *„lebhafte Diskussionen"* und schloß mit dem Aufruf: „ ‚**Schließen wir uns zusammen**' *unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze und Vizevorsitzenden Lin* (!) *als seinen Stellvertreter*, ‚**um noch größere Siege zu erringen**' !" (Anm. 11 – fette Hervorhebungen im Original).

Außerdem geht aus dem offiziellen Kommunique hervor, daß die 2. Plenartagung den Vorschlag verabschiedete, *„notwendige Vorbereitungen zu treffen, damit der 4. Nationale Volkskongreß zu geeigneter Zeit (?) einberufen"* wird. Dieser Kongreß wurde nach dem Ende Lin Biaos verschoben, auf dem 10. Parteitag (August 1973) von Tschu En-lai als kurz bevorstehend angekündigt, und wurde schließlich im Januar 1975 abgehalten.

Aus späteren Artikeln, die während der Kampagne ‚Kritik an Konfu-

Aus späteren Artikeln, die während der Kampagne ‚Kritik an Konfuzius und Lin Biao' (1974) veröffentlicht wurden, geht hervor, daß Lin Biao auf der Plenartagung versucht haben soll, sich zum Staatspräsidenten machen zu lassen (Anm. 12); dieses Amt hatte bis zur Kulturrevolution Liu Schao-tschi gehabt. In einer anderen Veröffentlichung wurde behauptet, Lin Biao habe auf der Planartagung „**manche Leute irreführen**" können (Anm. 13). Darüber hinaus ist vom Verlauf der Tagung n i c h t s bekannt geworden.

Auch hier wäre wieder – falls Tschu En-lai's und die späteren Darstellungen zutreffen – nach den Gründen für die Verschleierung der Widersprüche im offiziellen Kommunique zu fragen.

Ungeklärt bleibt auch die Frage nach dem Verbleib von Tschen Bo-da, dessen Schicksal mit einiger Wahrscheinlichkeit auf der 2. Plenartagung des 9. ZK entschieden wurde.

Über die Hintergründe des „Sturzes" von Tschen Bo-da, Maos langjährigem Sekretär, ist so gut wie nichts bekannt.

4) Der angebliche Putsch-Plan „**Übersicht über das ‚Projekt 571'**" wurde anscheinend erstmals in der rechtsstehenden Tageszeitung „Hong Kong Times" am 21.7.72 vollständig veröffentlicht und bezog sich auf angebliche Quellen des Geheimdienstes von Taiwan. Eine deutsche Übersetzung liegt in „China aktuell", Oktober 1972, vor.

Die „Übersicht über das ‚Projekt 571'" besteht aus einer düsteren „Einschätzung" der inneren Situation Chinas, einigen Elementen eines politischen Programms sowie stichwortartigen Bemerkungen zur Durchführung eines Militär-Putsches.

Angeblich war dieses Dokument seit Januar 1972 Funktionären der KP Chinas als Belastungsmittel gegen Lin Biao zugänglich.

Tschu En-lai erwähnte erstmals auf dem 10. Parteitag (1973) ö f f e n t l i c h die angebliche Existenz der „Übersicht ...". Während der Kampagne "Kritik an Konfuzius und Lin Biao" (insbesondere erste Hälfte 1974) wurden in Artikeln einzelne Sätze aus der angeblichen „Übersicht ..." zitiert.

Die Zitate entsprechen dem Wortlaut der Veröffentlichung in der „Hong Kong Times". Insgesamt ist allerdings festzustellen, daß es nur sehr wenige Sätze waren, die in der Kampagne immer wieder zitiert wurden, während andere, scheinbar nicht weniger „interessante" Passagen des angeblichen Putsch-Plans niemals in Artikeln zitiert wurden.

Dies läßt darauf schließen, daß zumindest den breiten Volksmassen Chinas der angebliche Putsch-Plan wohl nicht im vollen Wortlaut, sondern nur in kurzen Auszügen bekannt gemacht worden ist.

Über die Echtheit der „Übersicht über das ‚Projekt 571'" ist damit natürlich überhaupt noch nichts gesagt.

In der „Übersicht ..." – nach dem von der „Hong Kong Times" überlieferten Wortlaut – heißt es beispielsweise über die innere Situation Chinas:

- *„Der tatsächliche Lebensstandard der Massen, der Kader der unteren Ebene und der Einheiten ... wurde niedriger, der Unmut wuchs, und es entstand eine Lage, in der das Volk zwar innerlich Zorn hegte, aber nicht wagte, diesem Zorn Ausdruck zu verleihen ..."*;
- *„Trotzkistische Bürokraten sind dabei, den Marxismus-Leninismus nach ihrem Belieben zu revidieren und zu entstellen, um ihren Eigeninteressen zu dienen. Sie ersetzen den Marxismus-Leninismus durch pseudo-revolutionäre Redekunst, um das chinesische Volk zu täuschen und zu betören. Ihre Theorie von der fortgesetzten Revolution ist im wesentlichen die Theorie der permanenten Revolution der Trotzkisten"*;
- *„Ihr Sozialismus ist nichts als sozialistischer Faschismus. Sie haben den Staatsapparat Chinas in einen Fleischwolf zum gegenseitigen Abschlachten und zu gegenseitiger Repression, das politische Leben der Partei und der Nation in ein patriarchalisches Dasein nach Art des Feudalismus, der Autokratie und der Diktatur verwandelt"*.
- Mao Tse-tung sei *„kein wahrer Marxist-Leninist, sondern ein Mensch, der den Gesetzen des Konfuzius und Menzius folgt, sich das Mäntelchen des Marxismus-Leninismus umhängt ... und der größte Tyrann der chinesischen Geschichte ist"*.
- *„Unsicherheit herrscht in den Reihen der herrschenden Clique, der Kampf um persönliche Macht, um die Durchsetzung eigener Interessen ..."*.
- *„China steht in Opposition zur Sowjetunion und macht ihr das Leben schwer. Unsere Aktion wird die Unterstützung der Sowjetunion finden"*. Zitiert nach „China aktuell", Oktober 1972, S. 36).

die Unterstützung der Sowjetunion finden". Zitiert nach „China aktuell", Oktober 1972, S. 36).

Auf den ersten Blick fällt auf, daß diese Vorstellungen n i c h t s zu tun haben mit irgendwelchen Aussagen, die von Lin Biao allgemein nachprüfbar vorhanden sind (Reden, Artikel). Es handelt sich, bei genauerem Hinsehen, überhaupt nicht um eine Sprache, wie sie in der VR China bei einer i r g e n d w i e gearteten Opposition vorstellbar wäre. Vielmehr ist es bis in den Wortlaut exakt die Sprache der sowjetrevisionisischen Polemiken gegen die VR China!! (vergl. dazu den Artikel „Den ‚Maoismus' verteidigen, den Revisionismus bekämpfen!" in AK 77, S. 43 ff).

Allerdings wurden die hier wiedergegebenen Sätze offenbar niemals d i r e k t in Artikeln der chinesischen Presse zitiert. Vielmehr stützte sich die Kampagne gegen Lin Biao auf folgende, ständig wiederholte, Aussagen der „Übersicht über das ‚Projekt 571'":

a) Lin Biao habe die Teilnahme der Kader an der körperlichen Arbeit als *„eine versteckte Form von Arbeitslosigkeit"* angegriffen;
b) er habe die massenhafte Übersiedlung von Jugendlichen aufs Land (insgesamt wurden seit Beginn der Kulturrevolution über 10 Mio. Jugendliche „mit Schulbildung" auf dem Lande angesiedelt) als *„eine versteckte Form von Umerziehung durch Zwangsarbeit"* angegriffen;
c) er habe gefordert, die *„Feinde der Diktatur des Proletariats"*, *„die Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionäre, asozialen und Rechtselemente"* müßten *„politisch wie ökonomisch wirklich befreit werden"*;
d) er habe behauptet, es mangele den Bauern an *„Nahrung und Kleidung"*, der *„Lebensstandard"* der Armeekader sei *„gesunken"*;
e) er habe den Schutz der Sowjetrevisionisten gesucht und sich diesem unterwerfen wollen (Anm. 14)

4. Vorsitzender Mao und sein enger Kampfgefährte Genosse Lin Biao im Norden der Provinz Schensi, im Jahre 1936, nach dem siegreichen Abschluß des Langen Marsches

In den letzten Jahrzehnten hat unser stellvertretender Oberkommandierender Genosse Lin Biao die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao ständig und am getreuesten, am entschlossensten und am gründlichsten befolgt und verteidigt. Er hat ständig das große rote Banner der Lehre Mao Tse-tungs hochgehalten, die Werke des Vorsitzenden Mao lebensbezogen studiert und das Erlernte schöpferisch angewendet. Genosse Lin Biao ist der enge Kampfgefährte des Vorsitzenden Mao und sein bester Schüler. In bezug auf das lebensbezogene Studium und die schöpferische Anwendung der Werke des Vorsitzenden Mao geht er der ganzen Partei und dem Volk im ganzen Land mit dem glänzendsten Beispiel voran.

Foto mit Originaltext aus der „Peking Rundschau" Nr. 28/67 (11.7.1967)

Forts. Seite 45

Forts. von S. 44

Diese Vorwürfe stützen sich a u s s c h l i e ß l i c h auf die „Übersicht über das ‚Projekt 571'", wobei insbesondere zu den Behauptungen (a) und (b) immer nur jeweils derselbe Satz (bzw. einige Worte davon) zitiert wird. Das heißt, daß es, abgesehen von diesem zweifelhaften „Dokument", keine Belege dafür gibt, daß sich Lin Biao z.B. der Teilnahme der Kader an der körperlichen Arbeit oder der Ansiedlung Jugendlicher „mit Schulbildung" auf dem Lande wiedersetzt hätte.

Yao Wen-yüan behauptet außerdem in seiner Polemik gegen die *„parteifeindliche Lin-Biao-Clique"*, Lin Biao habe ein „geheimes Notizbuch" gehabt, in dem der Satz *„Der materielle Anreiz ist immer noch notwendig"* gestanden habe (siehe Anm. 13).

Wie schon gesagt, müßte sich dieser Vorwurf „eigentlich" viel eindeutiger belegen lassen durch Veröffentlichung (bzw. entsprechende Zitate) aus dem besagten Berichts-Entwurf von Lin Biao und Tschen Bo-da zum 9. Parteitag, in dem angeblich die Produktion zur Hauptaufgabe erklärt wurde etc. Weiter Aufschlüsse müßte eigentlich eine Offenlegung der Auseinandersetzungen auf der 2. Plenartagung des 9. ZK. bringen können. ...

Stattdessen handelt es sich bei den zugänglichen „Quellen" für die „Verbrechen" Lin Biaos um g e h e i m e angebliche „Notizbücher", Putsch-Pläne etc.

Dies führt zum nächsten Punkt, nämlich der Behauptung, Lin Biao sei ein gerissener „Heuchler und Doppelzüngler" gewesen, der h e i m l i c h den Kapitalismus restaurieren und die Macht an sich reißen wollte.

Wir werden sehen, daß diese Behauptung wiederum in offensichtlichem Widerspruch zu anderen Behauptungen steht.

Die offizielle Charakteristik Lin Biaos

Nach der offiziellen Version war Lin Biao ein *„Verschwörer und Karrierist, der ‚den Zitatenband' niemals aus der Hand legte, stets in Hochrufe ausbrach, ins Gesicht schönredete, aber hinterrücks Mordpläne schmiedete"* (Anm. 15). *„Viele Jahre hindurch"* habe er die Partei *„durch Lügen und Sophisterei"* getäuscht (Anm. 16). Er *„stammte aus einer kapitalistischen und Grundbesitzerfamilie"*, habe sich *„in den Reihen der Revolution eingeschlichen"*, aber seine bürgerliche Weltanschauung nicht geändert" (Anm. 17). Er habe *„von unersättlicher Gier erfüllt, ein verschwenderisches und ausschweifendes Leben"* geführt (Anm. 18), einer *„luxuriösen bürgerlichen Lebensweise"* angehangen. Er *„brannte darauf, seinen Traum, Kaiser zu werden, zu verwirklichen"* (Anm. 20) und *„träumte*
Traum, Kaiser zu werden, zu verwirklichen" (Anm. 20) und *„träumte*
... von der Errichtung einer erblichen Lin-Dynastie" Anm. 21).

Schließlich habe er um sich eine *„Clique zur Verfolgung eigennütziger Interessen"* gesammelt und „faschistische Geheimagenten" ausgebildet (Anm. 22).

Lin Biao habe *„unverfroren Gastmahle, Geschenke, Beförderungen in hohe Ämter und das Versprechen anderer Begünstigungen als Mittel benutzt, um Leute zur Cliquenbildung zu ködern, zu fraktionieren und Verschwörungen zu schmieden"* (Anm. 23).

Die *„Mitglieder seiner Agentenorganisation"* hätten *„der Familie Lin, dem Vater und dem Sohn"* einen Eid auf *„ewige Treue"* schwören müssen. Schließlich habe Lin Biao die Parole *„Erfolg oder Tod"* ausgegeben, um seine Anhänger *„für die ‚Lin-Dynastie' gleichsam als Grabbeigabe"* zu opfern (Anm. 24).

Außerdem sei Lin Biao auch *„eine Kreatur und ein Lakai des Imperialismus und des Sozialimperialismus"* gewesen, der sich unter den ‚Schutz' der sowjetischen Revisionisten stellen wollte, um *„ihr Marionettenkaiser zu werden"* (Anm. 25). *„Er war bereit, ein Untertan der neuen Zaren, der sowjetischen Revisionisten, zu sein und China in den Status einer halbfeudalen und halbkolonialen Gesellschaft zurückzuführen"* (Anm. 26).

Zu allem Überfluss sei Lin Biao auch noch ein *„politischer Hochstapler"* gewesen, „der weder Bücher, Zeitungen, noch Dokumente las" (Anm. 27).

Insgesamt ergibt sich das Bild einer ebenso ehrgeizigen wie politisch prinzipienlos verschlagenen Person, die vom Machtrausch besessen schließlich sogar den Weg des Militärputsches, des Landesverrats und der Ermordung des Vorsitzenden Mao einschlagen wollte und die um sich eine Verschwörer-Gruppe gesammelt hatte, deren Ritual an china-feindliche Filma a là „Fu Man Schu" etc. erinnert.

Bei aller angeblichen Verschlagenheit bleibt natürlich die Frage offen, daß zumindest der angebliche „luxuriöse" Lebensstil von Lin Biao sowie die Tatsache, daß er angeblich „weder Bücher, Zeitungen, noch Dokumente las", hätten auffallen müssen...

Nimmt man nur einen Augenblick an – für uns allerdings eine zutiefst chinafeindliche und makabre Vorstellung!!! –, all diese Behauptungen entsprächen der Wahrheit, so wäre es noch rätselhafter, daß eine solche Figur zum Nachfolger Mao-Tse-tungs bestimmt werden und bis zu seinem Ende Stellvertretender Vorsitzender der KP Chinas sein konnte.

Noch größer wird das Rätsel, wenn wir den zweiten Aspekt der offiziellen Version über die Person Lin Biaos betrachten: „In wichtigen Momenten der Revolution beging er immer wieder rechtsabweichlerische Fehler" Anm. 28).

Diese Version wird durch viele Behauptungen „belegt":

- Schon nach der vorübergehenden Niederlage 1927 habe Lin Biao *„der Zukunft der chinesischen Revolution pessimistisch entgegen"* gesehen; er habe damals *„ganz auf Seiten der Rechtsopportunisten"* gestanden; er sei *„energisch"* gegen die Politik Mao Tse-tungs aufgetreten, rote Stützpunktgebiete auf dem Lande zu errichten (Anm. 29).
- *„Im antijapanischen Widerstandskrieg fand er für die Kräfte der Kuomintang Tschiang Kai-tscheks höchstes Lob und konnte die Kräfte des von unserer Partei geführten Volkes nicht sehen. So propagierte er tatkräftig die rechtsgerichtete Linie von Wang Ming, die Linie des Kapitulantentums".*
  – *„1948, im Moment der entscheidenden strategischen Kämpfe im Befreiungskrieg, wagte er nicht, den landesweiten Sieg anzustreben, da er Angst vor dem Feind und vor Schwierigkeiten hatte..."* (Anm. 30).
- In der Auseinandersetzung um die sozialistische Umgestaltung der gesamten Wirtschaft (erste Hälfte der 50er Jahre) sei er Lui Schao-tschi gefolgt und habe zusammen mit diesem die ‚vier Freiheiten' propagiert – Freiheit des Wuchers, Freiheit der Einstellung von Lohnarbeitern, Freiheit des Landkaufs und Freiheit der Einrichtung von Privatunternehmen (Anm. 31).
- *„Als 1958 das Volk des ganzen Landes... den Großen Sprung nach vorn durchführte, überschütteten Liu Schao-tschi und Lin Biao diesen mit einer wahren Flut von Geschimpfe..."* (Anm. 32).
- *„Als es in unserer Volkswirtschaft zu vorübergehenden Schwierigkeiten kam* (Anfang der 60er Jahre – Anm. AK), *arbeitete er insgeheim mit Liu Schao-tschi bei dessen Machenschaften zur Restaurierung des Kapitalismus zusammen, machte böswillige Angriffe gegen die Partei und die Diktatur des Proletariats und wandte sich gegen das sozialistische System"* (Anm. 33).
- 1969 habe er dem ZK zusammen mit Tschen Bo-da einen rechtsgerichteten Berichts-Entwurf für den IX. Parteitag vorgelegt (siehe oben).
- *„1970 widersetzte er sich den wiederholten Weisungen des Vorsitzenden Mao und stellte ein parteifeindliches politisches Programm auf ... Anschließend versuchte er auf der zweiten Plenartagung des IX. Zentralkomitees einen konterrevolutionären Staatsstreich, der aber mißlang"* (Anm. 34).

Die offizielle Version bietet im Grunde z w e i w i d e r s p r ü c h l i c h e Bilder von Lin Biao.

- Auf der einen Seite der notorische Rechtsopportunist und Schwarzseher, der bei allen wichtigen Entscheidungen auf der falschen Seite stand, und der schon vor dem IX. Parteitag offen für die revisionistische These vom „Primat der Produktion" eintrat.
- Auf der anderen Seite der mit allen Wassern gewaschene Heuchler und Verstellungskünstler, der seine Ansichten und Absichten schlau verbarg; der sich listig in das Vertrauen des Volkes, der Partei und des Vorsitzenden Mao einschlich; der besessen war von der Gier, „Kaiser" zu werden; der bis zum Militärputsch und bis zur Ermordung Mao Tse-tungs gehen wollte.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß es für die erste dieser Versionen nicht den geringsten Beleg gibt. Es gab bis zum Ende Lin Biaos keine Anhaltspunkte für eine durchgehende rechte Linie bei Lin Biao und nicht einmal für Fehler in einzelnen Fragen. Im Gegenteil wurde von Lin Biao behauptet, er habe in allen entscheidenden Momenten die Linie Mao Tse-tungs unterstützt.

So hatte die offizielle Geschichtsschreibung früher immer die großen Verdienste Lin Biaos bei der Bürgerkriegsführung in der Mandschurei – in der zweiten Hälfte der 40er Jahre – hervorgehoben, während nach Lin Biaos Ende plötzlich behauptet wurde, er sei dagegen gewesen, *„dem konterrevolutionären Krieg mit dem revolutionären Krieg zu begegnen"*, er sei gegen *„große Vernichtungsschlachten"* gewesen; er habe die strategischen Entscheidungen Mao Tse-tungs bekämpft und sabotiert usw. (Anm. 35).

Wenn innerhalb weniger Jahre die historische Wertung einer Person derart in ihr Gegenteil verkehrt werden kann, so setzt das erstens einen Mangel an Informationen und zum anderen eine strapazierfähige Toleranz der angesprochenen Leserschaft voraus.

Wir müssen annehmen, daß die nachträgliche Verdammung der historischen Rolle Lin Biaos zumindest e i n s e i t i g ist. Wenn Lin Biaos historische Fehler wirklich größer gewesen wären als seine Verdienste, so wäre seine politische Entwicklung zuerst zum Verteidigungsminister der VR China (von 1959 bis zu seinem Tod, das heißt 11 Jahre lang hatte er diese Funktion) und später bis zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der KP Chinas und designierten (vorbestimmten) Nachfolger des Vorsitzenden Mao absolut unerklärlich.

Einige der gegen Lin Biao nachträglich erhobenen Vorwürfe tragen sogar so deutlich den Stempel der Unwahrheit, daß man fragen muß, was der wirkliche Zweck derartiger Behauptungen war. Zu diesen offenkundig zusammenphantasierten Vorwürfen gehört die Behauptung, Lin Biao habe zusammen mit Lui Schao-tschi die Vergesellschaftung der Landwirtschaft, die Volkskommune-Bewegung und den „Großen Sprung" angegriffen. Sollte vielleicht der Leser hierbei an jene Person denken, die in W a h r h e i t an der Seite Liu Schao-tschis gestanden hatte – an Deng Hsiao-ping, dessen Stern zur Zeit der Kampagne „Kritik an Konfuzius und Lin Biao" noch im Aufstieg war?!... Bemerkenswert ist immerhin, daß dieser Vorwurf gegen Lin Biao schnell wieder fallengelassen wurde und später nie wieder auftauchte!

Die nachträgliche historische Verdammung Lin Biaos diente insgesamt einem eindeutigen Zweck: Ihm sollte überhaupt jedes historische Verdienst abgesprochen werden, er sollte in seiner ganzen Persönlichkeit vollständig vernichtet werden.

Hierzu gibt es Parallelen. So wurde in einer Verurteilung von Lin Biaos Vorgänger im Amt der Verteidigungsministers, Peng Deh-huai, behauptet:

„Peng Deh-huai war niemals ein Marxist. Er ist ein großer Intrigant und Karrieremacher und durch und durch ein Heuchler, der sich in die Partei einschlich... Bei jeder entscheidenden Auseinandersetzung wegen der Parteilinie unterstützte Peng Deh-huai stets den falschen Kurs und widersetzte sich der richtigen Linie des Vorsitzenden Mao" (Anm. 36).

Hier braucht man nur jeweils an Stelle von Peng Deh-huai den Namen Lin Biaos einzusetzen! Es fehlte nicht einmal der Vorwurf, Peng Deh-huai habe eine *„Verschwörung"* gebildet, um *„einen konterrevolutionären Staatsstreich einzuleiten"*.

„In die Partei eingeschlichen", „niemals Marxist gewesen", „Intrigant", „Heuchler", „immer auf der falschen Seite" bilden ein gebräuchliches ‚Strickmuster', das in solchen Personen-Kritiken immer wiederkehrt.

Diese Schemata tauchen auch in der gegenwärtigen Kritik-Kampagne gegen Deng Hsiao-ping wieder auf. So wird jetzt an einen Ausspruch Mao Tse-tungs aus dem Jahre 1959 (!!) erinnert, *„daß die rechtsopportunistischen Elemente in der Partei nie proletarische Revolutionäre gewesen sind. Sie waren bürgerliche oder kleinbürgerliche Demokraten, die sich in die Reihen der proletarischen Revolutionäre eingeschlichen haben. Sie waren auch nie Marxisten-Leninisten. Sie waren Trittbrettfahrer der Partei. Der Förderer des Kapitalismus in der Partei, der sich zu bessern weigert* (d.i. Deng Hsiao-ping – Anm. AK), *gehört ebenfalls dazu... In anderen Worten, sie besitzen keine proletarisch-kommunistische Weltanschauung, sondern eine bürgerliche"* (Anm. 37). An anderer Stelle wurde über Deng Hsiao-ping behauptet: ***„Er selbst las keine Bücher und verstand den Marxismus-Leninismus nicht"*** (Anm. 38). Wir erinnern uns an den Vorwurf, daß auch Lin Biao ***„weder Bücher, Zeitungen noch Dokumente las"!***

Sicher gibt es in China noch Leute, die keine Bücher lesen. Es gibt bestimmt auch Leute, die niemals Marxisten-Leninisten waren. Was uns jedoch stutzig machen muß, ist die angebliche Häufung solcher Personen ausgerechnet in der Partei- und Staatsführung!...

I n e i n e m ganz wesentlichen Punkt unterschied sich freilich die Kampagne gegen Lin Biao auffallend von jeder bisherigen Kritik an Personen wie Liu Schao-tschi, Deng Hsiao-ping, Peng Deh-huai usw.: In allen diesen Fällen wurde die Kritik h a u p t s e i t i g entlang nachprüfbarer Tatsachen geführt – wie etwa Zitate aus Reden, Artikeln usw.

Im Gegensatz dazu bewegte sich die Kampagne gegen Lin Biao t o t a l auf der nebulösen Ebene von „geheimen Notizbüchern", „Putschplänen" und von Konfuzius-Sprüchen an der Wand. Mit dem F e h l e n anderer Argumentationsmittel kann das nicht gerechtfertigt werden. Beispielsweise hat Lin Biao eine ganze Anzahl von Artikeln und Schriften geschrieben, auf die jedoch in der Polemik nie Bezug genommen wurde. Ferner wird ihm bekanntlich vorgeworfen, er habe zum IX. Parteitag (1969) einen revisionistischen Berichts-Entwurf vorgelegt und er sei auf der 2. Plenartagung des IX. ZK (1970) mit einem eigenen Programm aufgetreten. **Warum wurden diese Dokumente, falls es sie wirklich gibt, nie veröffentlicht und nicht einmal aus ihnen zitiert?**

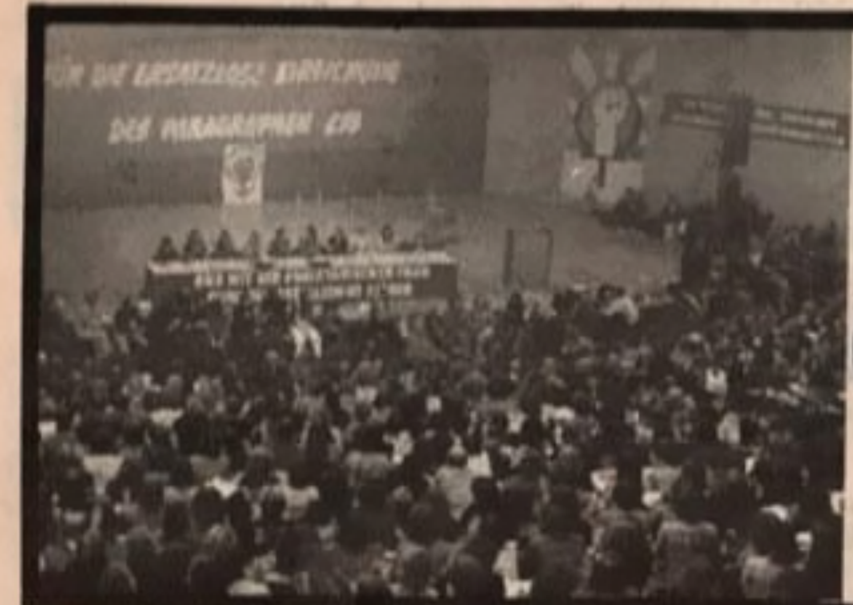
Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution galt Lin Biao (ebenso wie Tschen Bo-da) sicher nicht ohne Grund als ein Vertreter der L i n k e n. Ist es Zufall, daß die Abstempelung von Lin Biao und Tschen Bo-da als R e c h t e ausgerechnet mit der ‚Rehabilitierung' und dem Wiederaufstieg ganzer Scharen von Funktionären (mit Deng Hsiao-ping an der Spitze) einherging, die während der Kulturrevolution als Vertreter des kapitalistischen Weges „entmachtet" worden waren? Ist es Zufall, daß die Kampagne gegen Lin Biao einherging mit dem Versuch der Rechten, die Ergebnisse der Großen Proletarischen Kulturrevolution umzustoßen?

Im Zweiten Teil des Artikels wollen wir versuchen, Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Frage zu finden. ●

Foto mit Originaltext aus der „Peking Rundschau" Nr. 46/66 (15.11.1966). Tao Dschu (2. von rechts) wurde bereits 1967 als „großer Rechtsabweichler", „Renegat", „Speichellecker", „Verräter am Proletariat", „Karrieremacher" u. a. angegriffen. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Ihm folgte Tschen Bo-da 1970 als „Trotzkist", „Renegat" „antikommunistisches Kuomintang-Element" u. a.

Anmerkungen

1) Peking Rundschau (PR) 18/19, S. 38
2) PR 35-36/73, S. 7
3) „Vorwärts auf dem von Vorsitzenden Mao vorgezeichneten Weg für den Armeeaufbau!", Renmin Ribao (Volkszeitung), 11.9.67; zit. nach PR 39/67, S.15. Ähnliche Aussagen auch in anderen Artikeln aus dieser Zeit, so z.B.: „In jedem Kampf zwischen zwei Linien in der Geschichte bezog Genosse Lin Biao, eindeutig und standhaft Partei ergreifend, die Positionen auf der richtigen Linie des Vorsitzenden Mao", in „Das Proletariat muß das Gewehr festhalten", ‚Hongqi' (Rote Fahne) Nr. 12/1967, zit. nach PR 32/67, S. 43
4) Pressekommunique des X. Parteitags, lt. PR 35-36/67, S. 7
5) „ ‚Auf den Kopf gestellte' Philosophie und Restauration des Kapitalismus", ‚Hongqi' Nr. 12/1973, zit. nach PR 4/74, S. 9. Ähnliche Aussagen auch in anderen Artikeln aus dieser Zeit, z.B.: „...er beging in kritischen Momenten der Revolution immer wieder rechtsabweichlerische Fehler", in: „Rechtsabweichung und Pessimismus Lin Biaos scharf kritisieren", PR 2/74, S. 9
6) Bericht Tschu En-lais an den X. Parteitag, lt. PR 35-36/73, S. 17-18
7) So z.B. schon frühzeitig berichtet in ‚Spiegel' Nr. 48/1971
8) vgl. Abdruck des Grußtelegramms in PR 38/71, S. 3
9) PR 18/69, S. 46
10) ebenda S. 38
11) PR 37/70, S. 5 und S. 7
12) „Kritik des ‚Selbstzucht' üben und das Ritual wiedereinführen' ", in ‚Renmin Ribao', 20.2.74; zit. nach PR 9/74, S. 8
13) Yao Wen-yüan, „Über die soziale Basis der parteifeindlichen Lin-Biao-Clique", in ‚Hongqi' 3/75; zit. nach einer Broschüre, Peking 1975
14) Zitate wiederholt in Artikeln aus der ersten Hälfte 1974, insbesondere in dem unter (Anm. 13) erwähnten Artikel
15) „Kritik an Lin Biaos reaktionärem Programm...", PR 17/74, S. 12. Dieselben Formulierung gebrauch-
15) „Kritik an Lin Biaos reaktionärem Programm...", PR 17/74, S. 12. Dieselben Formulierung gebrauchte Tschu En-lai in seinem Bericht an den X. Parteitag
16) „Lin Biao und die Doktrin von Konfuzius und Menzius", ‚Hongqi' 2/74, zit. nach PR 17/74, S.6
17) siehe Anm. 5, S. 8
18) „Die Werktätigen lassen sich nicht verleumden", zit. nach PR 6/74, S. 9
19) wie Anm. 13
20) siehe Anm. 16, S. 5
21) „Den Kampf zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius bis zum Ende führen!", ‚Renmin Ribao', 2.2.74, zit. nach PR 6/74, S. 6
22) „Die Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist ein großer Kampf gegen den Revisionismus und für dessen Verhütung", PR 16/74, S. 7
23) wie Anm. 13
24) wie Anm. 16, S. 5
25) wie Anm. 22, S. 8
26) „Konfuzius wollte das ‚Ritual wiedereinführen', Lin Biao wollte den Kapitalismus restaurieren", zit. nach PR 6/74, S, 8
27) wie Anm. 21, S. 5
28) wie Anm. 6
29) „Rechtsabweichung und Pessimismus Lin Biaos scharf kritisieren", PR 2/74, S. 7
30) wie Anm. 5, S. 8
31) ebenso, S. 9
32) „Konfuzius' Doktrin von Maß und Mitte ist der Kern einer gegen die Veränderung der Gesellschaft gerichteten Philosophie", PR 15/74, S. 27
33) wie Anm. 31
34) wie Anm. 16, S. 5
35) „Den Feind strategisch geringschätzen, taktisch aber ernstnehmen", ‚Hongqi', Nr. 11/74, zit. nach PR 50/74, S. 7-8. Noch ausführlicher in „Sieg des strategischen Konzepts des Vorsitzenden Mao..", PR 50/72
36) „Mit den heimtückischen Verbrechen Peng Deh-huais, die Armeeführung zu usurpieren und sich der Partei zu widersetzen, muß gründlich abgerechnet werden", PR 37/67, S. 11
37) ‚Hongqi', nach ‚hsinhua', 13.3.76, zit. nach ‚Rote Fahne Pressedienst' („KPD"), 23.3.76
38) Artikel der ‚Renmin Ribao', nach ‚hsinhua' (engl.) vom 16.3.76 – zit. nach ‚Monitor-Dienst', 19.3.76



Nachrichten aus Schule und Hochschule



VDS-Mitgliederversammlungen:

Machtkampf der Revisionisten und Reformisten

Vom 29.3. bis 2.4. fand in Köln die 1. „Ordentliche" Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt. Diese waren erst im letzten Jahr als Zusammenschluß der vorher selbständigen Dachverbände für die Universitäten (VDS) und die Fachhochschulen (SVI) gegründet worden. Auf der MV ging es um die Bestimmung der VDS-Politik des nächsten Jahres, sowie um die Wahl eines neuen Vorstandes.

Auf der MV waren ca. 300 Studenten aus 154 Hochschulen vertreten, die mit ihren 750 Stimmen über 600.000 Studenten repräsentierten. Die Stimmen verteilten sich auf 275 für MSB/SHB-ASten, 214 für Jusos (einschl. Liberalem Hochschulverband, LHV) und Basisgruppen/Demokratische Front (DF: antifaschistische Organisation, dem „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" nahestehend) 167 Stimmen. Diese fünf Gruppierungen saßen im bisherigen Vorstand mit je einem Vertreter (MSB, SHB, Juso, LHV, BG/DF). Außer ihnen gab es noch eine KBW-Fraktion (27 Stimmen), Reaktionäre – RCDS (CDU) und „Sozial-Liberaler Hochschulverband" (SLH) – mit 30 Stimmen, sowie Koalitions-ASten ohne feste Fraktion (z. B. MSB/Juso) mit 39. Die ASta-Vertreter, die mit dem KB sympathisieren, arbeiten in der BG-Fraktion mit.

Mit großer Mehrheit wurde eine von der bisherigen Vorstands-„Koalition" ausgearbeitete Hauptresolu-
von der bisherigen Vorstands-„Koalition" ausgearbeitete Hauptresolu-tion und ein Aktionsprogramm verabschiedet. Die Hauptresolution enthält entsprechend der Politik ihrer Verfasser den obligatorischen „Schwur aufs Grundgesetz" und wenig Konkretes. Das Aktionsprogramm fordert die Unterstützung dezentraler und zentraler Aktionen durch die VDS, eine verbesserte Informationsarbeit über VDS-Press und einen neu zu bildenden „Blitzinformationsdienst" und beinhaltet u. a. folgende Hauptparolen für die demokratische Studentenbewegung:

- Gegen den Abbau demokratischer Rechte – für freie politische Betätigung!
- Gegen die Krisen- und Sparpolitik!
- Für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungsautonomie, politischem und imperativen Mandat!

Ausdrücklich getrennt wurde die Abstimmung um eine „nationale" Demonstration der Studenten, weil die Basisgruppen hiermit nicht einverstanden waren. So beschlossen denn MSB/SHB und Jusos gegen die BGen diese Demo. Sie soll am 22.6. stattfinden.

Machtkampf vor und hinter den Kulissen

Wie schon der Gründungskongreß vor einem Jahr wurde auch diese MV beherrscht vom Machtkampf der beiden stärksten Fraktionen, MSB/SHB und Jusos, um den Einfluß auf die VDS. Den Revisionisten ging es dabei vor allem darum, nicht wieder in die Minderheit zu geraten, wie im Vorjahr, als Juso, LHV und Basisgruppen eine Dreierkoalition im Vorstand gegen MSB/SHB bildeten, die vorher jahrelang gewohnt waren, im alten VDS den Ton anzugeben. Um die Dreierkoalition (in der Terminologie vom MSB das „perverse Bündnis") zu sprengen, war ihnen jedes Mittel recht. MSB-Führer Knickrehm erklärte sogar, ihm sei es egal, wie die Hauptresolution aussehe, er würde auch auf einem „Stück Holz" kandidieren. Die MSB-Führer waren eigens mit einem ganzen Paket revisionistischer Ladenhüter angereist („Bildung statt Bomben", Lobpreisung der Entspannung und der KSZE etc.), um sich einen „Verhandlungsspielraum" zu schaffen. Während der Bündnisverhandlungen lamentierten sie dann ständig, keiner würde so große Abstriche von seinen Positionen machen, wie der MSB.

Ihr Ziel war es, vor allem den BGen weiszumachen, sie seien ehrlich an einer „Aktionseinheit" mit ihnen interessiert, mit denselben Basisgruppen, gegen die sie seit der Gründungsversammlung ständig gehetzt hatten. Da die Jusos zu einer Koalition MSB/SHB/Jusos nicht bereit waren (s. u.), was MSB/SHB erklärtermaßen am liebsten wäre, suchten diese über die BGen ihren Weg in den Vorstand.

Die Beteuerungen der MSB/SHB-Größen, es ehrlich mit der „Aktionseinheit" zu meinen, stehen jedoch in krassem Widerspruch zu ihrer Spalterpolitik an den Hochschulen, wo MSB/SHB halsstarrig ihre Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber den Linken verfolgen, mit denen prinzipiell kein Zusammengehen möglich sei. Aber für VDS-Vorstandsposten geben Machtpolitiker schon mal ein „geheiligtes Prinzip" *auf dem Papier* auf.

Die Jusos versuchten dagegen, das alte Dreierbündnis MSB/SHB, in dem ihnen als stärkster Fraktion die Führung zufiel, zu erneuern. Im Auftrag der SPD-Führung wollten sie so den Einfluß von MSB/SHB in der Studentenbewegung zurückdrängen und diese noch stärker an die SPD-Politik zu binden. Dieser Versuch scheiterte
dentenbewegung zurückdrängen und diese noch stärker an die SPD-Politik zu binden. Dieser Versuch scheiterte
an der Weigerung der BGen, sich an die lange Leine der SPD-Führung legen zu lassen.

Innerhalb der Basisgruppen/DF-Fraktion gab es über das Vorgehen große Meinungsverschiedenheiten. Während die Mehrheit auf eine Fünferkoalition unter Einschluß von MSB/SHB hinsteuerte und dafür zu weitgehenden Zugeständnissen bereit war – diese Linie wurde vor allem vom KHB, einer mit dem Arbeiterbund eng venbundenen Hochschulorganisation, bzw. der DF (wesentlich vom KHB getragen) vertreten –, vertraten andere, darunter auch die Sympathisanten des KB, die Position, daß die Basisgruppen vor allem eigenständige sozialistische Positionen auf der MV formulieren und durchzusetzen versuchen sollten, ohne dabei wesentliche Positionen einer illusionären „Aktionseinheit" mit der revisionistisch-reformistischen Mehrheit zu opfern. In der BGen-Fraktion herrschte auch ziemlicher Unmut über die Mauschelei, die die gesamte MV beherrschte.

Astreiner Parlamentarismus!

Während nämlich auf der MV allerlei leeres Stroh gedroschen wurde, man sich an den Reden der Vaterländischen vom KSV ergötzte oder sein Mütchen abwechselnd mal am KBW, mal an den Rednern von RCDS/SLH kühlte, fanden alle wesentlichen Beratungen nichtöffentlich in Fraktionssitzungen und interfraktionellen Verhandlungen statt, wo ein „Kompromiß" ausgemauschelt wurde. Zur Erheiterung brachten einige Juso-Spaßvögel dann einen Antrag „Kampf dem bürgerlichen Fußball" ein, so daß die Zeit nicht allzu lang wurde.

Zweimal brachen die BGen die internen Verhandlungen wegen des unerträglichen Machtpokerns der Jusos und des MSB ab, um die Auseinandersetzung offen vor der MV fortzusetzen, zweimal gelang es diesen unter Beteuerungen, weiterhin verhandlungs- und kompromißbereit zu sein, die BGen an den Verhandlungstisch zurückzukriegen.

Nachdem der Kompromiß hinter den Kulissen stand, durfte noch schnell je ein Vertreter der oppositionellen Fraktionen (KBW und RCDS/SLH) sich fünf Minuten „ausmosern" (Juso-Führer Hartung), dann wurde die Abstimmung durchgezogen.



Basisgruppen angeschissen

Basisgruppen angeschissen

Vorher wurde aber noch schnell ein Trick über die Bühne gezogen, der den ganzen Charakter der „Aktionseinheit" seitens Jusos und MSB/SHB deutlich macht. Da die Basisgruppen es zu einem „Essential" erklärt hatten, also zu einer Position, die für sie unveränderbar ist, daß in diesem Semester der Kampf auf möglichst breiter Ebene an den einzelnen Hochschulen gemäß den örtlichen Bedingungen geführt werden sollte und daher eine „nationale" Demo ablehnten, erklärte Juso-Hartung der MV, dann müsse man diese Demo eben durch die Hintertür beschließen. Damit wurde das Aktionsprogramm der Basisgruppen völlig auf den Kopf gestellt.

Nachdem MSB und Jusos gegen die BGen die nationale Demo durchgepeitscht hatten, entschlossen sich Teile der BGen-Fraktion, dem „Kompromiß" nun endgültig nicht mehr zuzustimmen. Hatte es schon vorher Kritik an vielen Kompromißformulierungen in der Hauptresolution gegeben, so führte der Beschiß mit der Demo dazu, daß außer dem Drittel der BGen, das nicht mehr für Hauptresolution und Aktionsprogramm stimmte (darunter auch die Sympathisanten des KB), eine Reihe von ASten auf der MV trotz Zustimmung ihren Protest gegen diese Machtpolitik von MSB und Jusos offen erklärten.

Für eine linke Alternative in den VDS

U. E. muß man das Ergebnis des Kongresses in erster Linie als Erfolg des MSB sehen. Es ist bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen in den VDS zwar nicht zu vermeiden, daß MSB/SHB und Jusos ihre Vorstellungen weitgehend durchsetzen. Was aber schwerer wiegt, ist der Annäherungskurs der BGen an MSB und Jusos, wie er von maßgeblichen Teilen der Linken, vor allem KHB und DF, z. Zt. betrieben wird. Dieser Annhäherungsprozeß geht von einer gefährlichen Fehleinschätzung des MSB aus, dem verbale Beteuerungen seiner Bereitschaft zur Aktionseinheit abgenommen werden, und sogar von einer „Wende" in dessen Politik gesprochen wird.

Wenn diese Politik der Aufweichung der Basisgruppen gegenüber MSB/SHB weiter betrieben wird, dann wird u. E. die politisch sehr verschiedenartige BG-Fraktion (das Spektrum reicht vom SB,
verschiedenartige BG-Fraktion (das Spektrum reicht vom SB,
über KHB/DF, Spontis bis zum KB) in den VDS bald ihre Existensberechtigung verlieren und zerfallen. U. E. muß die BGen-Fraktion wieder dazu kommen, die Positionen ihrer Basis in die VDS einzubringen und das bedeutet heute notwendigerweise eine Politik der linken Opposition.

Stimmen zur VDS-MV

Sehr aufschlußreich ist die bisher einzige Auswertung der MV aus revisionistischer Sicht im westberliner „Extradienst" vom 6.4.. Mit kaum verhohlenem Triumph schreibt der „ED" u. a.: „der größte Teil der Basisgruppen rückte dabei in der Frage der gewerkschaftlichen Orientierung näher an das Bündnis von SHB und MSB heran". Spätestens diese Einschätzung der Revisionisten sollte alle BGen-ASten stutzig machen.

Sehr aufschlußreich – wenn auch in anderer Hinsicht – auch die bisherigen Stellungnahmen des KBW. In Hamburg schreibt die SSG (KBW-Studenten) wider besseres Wissen, denn ihr Berichterstatter war in Köln (!!), der KB habe für die Hauptresolution gestimmt, um damit zu beweisen, daß der KB sozialdemokratische Positionen unterstützt. Um dem so verhaßten „KB-Nord" „Opportunismus" anhängen zu können, ist eben keine Lüge zu abgefeimt. In Heidelberg schreibt „h.j." in die „KVZ" (ebenfalls wider besseres Wissen, denn auch er war da!): „Kurz vor Ende der MV
der besseres Wissen, denn auch er war da!): „Kurz vor Ende der MV
platzten (?) die Verhandlungen, und die Jusos mußten es hinnehmen, daß die Festlegung auf die bürgerliche Verfassung in der Hauptresolution nur durchgesetzt werden konnte ... gegen die Studentenvertretungen, die von den Basisgruppen und den KBW-Studentengruppen getragen oder unterstützt werden" („KVZ", 14/76). Damit will „h.j." „beweisen", daß es eine starke linke Opposition in den VDS gibt. Dazu „übersieht" h.j. großzügig die zwei Drittel der BGen, die für die Hauptresolution stimmten und stellt das ganze so dar, als stünden KBW und BGen Seite an Seite gegen MSB/SHB und Jusos. Tatsache ist jedoch, daß die BGen mit dem KBW nichts mehr zu tun haben wollen. Das hindert den KBW jedoch nicht, in Heidelberg das Gegenteil zu behaupten wie in Hamburg – zweimal faustdicke Lügen.

Andererseits sucht man im „KVZ"-Artikel vergeblich nach einer Erklärung des starken Einbruchs des KBW, der diesmal nur noch 27 statt 60 Stimmen erhielt. Dies wird den Aufbau einer konsequent linken Opposition in den VDS nicht behindern – im Gegenteil! ●

AG Studenten
KB/ Gruppe Hamburg

Demonstration gegen Berufsverbot

MSB und Juso-Schläger als Transparente-Zensor

Am 9.4. demonstrierten 180 Studenten der Hamburger „Hochschule für Wirtschaft und Politik"(HWP) gegen den Beschluß der Behörde, dem Dozenten W. Goldschmidt die Anstellung zu verweigern, obwohl er vom Berufungsgremium der HWP auf den ersten Platz der Berufungsliste gesetzt wurde.

Gegen die Anstellung von W. Goldschmidt stimmten u. a. auch zwei GEW-Vertreter in der Wissenschaftsdeputation.

Schon am Ende des Wintersemesters hatten die Studenten der HWP einen Warnstreik organisiert und eine Protestdemonstration mit ca. 300 Teilnehmern durchgeführt.

Für den Fall einer endgültigen Ablehnung Goldschmidts wurde auf einer Vollversammlung beschlossen, zu Beginn des Sommersemesters erneut in den Streik zu treten. Der von Jusos und MSB gemeinsam getragene AStA benutzte diesen Beschluß als Freifahrtsschein zur Durchsetzung seiner Vorstellungen von „Solidaritätsaktionen".

Ohne vorherige Diskussion innerhalb der Studenschaft rief er zu Beginn des Semesters den Streik aus und verhinderte auch im Konvent (studentisches Vertretungsorgan, ähnlich dem Studentenparlament an den Unis) eine Diskussion um mögliche Aktionen.

Diese parteiladenbornierte und sektiererische Politik verhinderte, daß die Solidarität, über den schon im letzten Semester erreichten Stand hinaus, verbreitert wurde. An allen Aktionen nahmen insgesamt weniger Studenten teil, als noch im Wintersemester (siehe z. B. Demozahlen). Zu einer besonderen Schweinerei ließen sich die MSB- und Juso-Führer „hinreißen", als ein Block von ca. 20 fortschrittlichen Kommilitonen ein Transparent mit der Forderung „Für freie politische Betätigung in Ausbildung, Gewerkschaft und Beruf" mittragen wollte. Sofort waren Schlägerordner zur Stelle, die versuchten dies Transparent wegen der „gewerkschaftsfeindlichen" Inhalte herunterzureißen. Die Kommilitonen wurden aus dem Demonstrationszug herausgedrängt, woraufhin sich allerdings weitere 15 Kommilitonen anschlossen, die unter solchen Bedingungen nicht an der Demo teilnehmen wollten.

Daß dies auf einer Demonstration gegen die Berufsverbote passieren kann, zeigt allein schon den Grad der Verhetzung des MSB und der Jusos gegen alle links von ihnen stehenden Kräfte.

Mit dieser Politik wird der Notwendigkeit, gegen die Berufsverbote eine Front über politische Differenzen hinweg aufzubauen, direkt in den Rücken gefallen.

Um in den Worten des MSB zu sprechen: Zum Nutzen allein des Kapitals. ●

Grundeinheit an der HWP
SSB-Hamburg

Hamburg

1.200 demonstrierten für die Einstellung aller Sozialarbeiter

Am 9. 4. demonstrieten in Hamburg 1.200 Fachschüler, Fachoberschüler, Fachhochschulstudenten und Berufspraktikanten für die Forderung nach Einstellung von 19 abgewiesenen Berufspraktikanten und gegen die Mißstände in der Sozialarbeiterausbildung.

Mitte März erhielten 19 Studenten der Fachhochschule (FHS) für Sozialpädagogik den endgültigen Bescheid, daß sie nichts ins Berufspraktikum übernommen werden, wodurch sie ihre Ausbildung vorläufig nicht beenden können. Damit beginnt in der Ausbildung der Sozialarbeiter die gleiche Entwicklung, wie sie von der Behörde in der Lehrerausbildung schon seit geraumer Zeit geschaffen wurde: nach dem Studium bleibt für einen Teil nur die Arbeitslosigkeit oder die Aufgabe des Berufs.

Angesichts dieser bedrohlichen Lage wurde auf Initiative des Fachschaftsrats (FSR, Vertretungsorgan der Studenten) der FHS ein dreitägiger Warnstreik und eine Protestdemonstration beschlossen. Schwerpunkt dieser Aktivitäten sollte die Einbeziehung der Fachschüler und der Fachoberschüler, den Anwärtern für die FHS, sein. Hierzu wurde an die Vertretungsorgane und an fortschrittliche Initiativen dieser Schulen herangetreten. Gemeinsam wurde ein Flugblatt erstellt, das an den Schulen verteilt wurde. Der Erfolg konnte sich sehen lassen. Nacheinander schlossen sich fünf Fachoberschulen und eine Berufsaufbauschule dem Streik an.

Zur Vorbereitung von einheitlichen Aktionen wurden gemeinsame Streikversammlungen durchgeführt, wo die Durchführung einer Demonstration diskutiert wurde.

Dieser Demonstration schlossen sich dann Versammlungen von drei weiteren Schulen an.

Unterstützt wurde die Demo von der Mitgliederversammlung der ÖTV an der FHS.

Mit 1.200 Teilnehmern bot sie einen sehr kämpferischen Charakter und wurde zu einem wirklichen Ausdruck des gemeinsamen Handelns über verschiedene Ausbildungsbereiche hinweg.

Der Clou kam ganz zum Schluß. Als von den 1.200 noch einmal nachdrücklich die Einstellung der 19 Berufspraktikanten gefordert wurde, erschien der zuständige Senator Biallas und versprach's ! ●

Genossen der FHS-Soz–Päd
SSB/Hamburg

scheid, daß sie nichts ins Berufspraktikum übernommen werden, wo-
wo die Durchführung einer Demonstration diskutiert wurde.

Mannheim:

Erfolgreiche Afrika-Veranstaltung des KB

Zur ersten Veranstaltung des KB in Mannheim kamen rund 70 Besucher. Eingeladen war zu einem Abend mit einem MPLA-Vertreter. Leider sagte dieser kurz vorher wegen „einer wichtigen Konferenz mit Journalisten"ab. So wurde der Film über Angola „November 75" gezeigt. Die Spendensammlung ergab 100 DM je zur Hälfte für die MPLA und die ZANU.

In der anschließenden Diskussion versuchte der KBW – mit etwa einem Dutzend Anhänger erschienen – sein konterrevolutionäres Gewäsch zu Angola zu verbreiten. Er bekam dabei politisch allerdings keinen Stich, schaffte es aber teilweise, trotz großer Zuhörer-Proteste gegen seine reaktionären Sprüche, sich immer wieder Gehör zu verschaffen, da ein Teil des Publikums meinte, man solle den KBW erstmal „ausreden" lassen.

Doch auch hier wird sich sicher in Zukunft einiges ändern, wenn erstmal die reaktionären Positionen des KBW auch in Mannheim entlarvt sind. – Diese Veranstaltung war ja erst ein Anfang. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Frankfurt:

10.000 DM Ordnungsstrafe für den ASTA

Auf Antrag eines Studenten hat das Verwaltungsgericht dem AStA wiederum eine Ordnungsstrafe bis zu DM 10 000 angedroht, falls die Studentenvertretung erneut „allgemeinpolitische" Erklärungen und Forderungen (!) abgibt. Anlaß war eine Informationsveranstaltung am 20.11. 75 zu den politischen Verhältnissen in Spanien , sowie ein Plakat und ein Flugblatt zur Ankündigung dieser Veranstaltung.

Darüberhinaus wurde in dem Gerichtsbeschluß festgehalten, daß auch die „hochschulbezogenen" Stellungnahmen des AStA nicht vom marxistischen Standpunkt her argumentieren dürfen.

Damit ist erstmals ein Urteil gefällt worden, aus dem offen hervorgeht, daß es beim Verbot des Politischen Mandats (d.h. das Recht zu allen politischen Problemen Stellung zu nehmen) um das Verbot einer bestimmten Weltanschauung geht und nicht um politische Stellungnahmen allgemein.

Die Studentenbewegung soll mittels Gerichtsbeschluß auf eine bürgerliche, d.h., mit den Interessen des Staates und seiner Professoren etc. kooperierende Interessenvertretung festgelegt werden.

Diesem Bestreben dienen auch die „kommissarischen Fachschaftsvertreter", die Uni-Präsident Krupp in den Semesterferien (!) einsetzte, um baldmöglichst wieder „funktionsfähige Fachschaftsvertretungen" zu haben. Vor Jahren hatte der Uni-Präsident Fachschaftsvertreter ihres Amtes enthoben, weil sie das direkte Mandat wahrnahmen, d.h. auf Vollversammlungen gewählt und diesen auch rechenschaftspflichtig waren.

Nachdem eine daraufhin vom Präsidenten angesetzte Urnenwahl zu den Fachschaftsvertretungen von weit über 90% der Studenten boykottiert wurde, setzte der damalige Präsident Kantzenbach „kommissarische Fachschaftsvertreter" ein. Da diese RCDS- und andere rechte Studenten inzwischen die Uni verlassen haben, forderte der jetzige Uni-Präsident, Krupp, den AStA auf, eine neue Wahlordnung für die Fachsschaftsvertreter zu beschließen. Die Ausarbeitung wartete er allerdings nicht mehr ab, sondern forderte erneut Studenten auf, sich „kommisarisch" einsetzen zu lassen.

Und da es ihm mit der studentischen Interessenvertretung ernst ist, ermahnte er auch gleich den AStA, den zukünftigen RCDS-Kommisaren „eine ihren Aufgaben angemessene Finanzierung" zu sichern. Verweigert der AStA diesen Herren Studentenvertretern dann die Anerkennung und somit die Gelder, wird Krupp wohl erneut die Gerichte anrufen, Recht zu sprechen. ●

Unigruppe/Frankfurt

Hamburg:

Hamburg:

Behörde will Referendarvorstand illegalisieren

Wie wir in AK 76 berichteten, wurde auf der Referendarvollversammlung am 9.3. 76 der Referendarvorstand gewählt und die Kollegen der „ALTERNATIVE" in ihrem „Amt" bestätigt.

Oberschulrat (OSR) Lüdemann hatte das Zustandekommen dieser Vollversammlung durch Raumverbot zu verhindern versucht, mit der Begründung, es werde über Warnstreik diskutiert.

Mit der einschüchternden Wirkung seiner Maßnahme hatte sich OSR Lüdemann jedoch getäuscht! Mit beinahe 400 Kollegen wurde die Wahlvollversammlung eine der bestbesuchtesten überhaupt. Nachdem die Aula unverschlossen vorgefunden wurde, beschlossen die Referendare einstimmig, die Wahl in dem Raum durchzuführen und sich das ihnen seit Jahren zugestandene Recht nicht nehmen zu lassen.

Nach den Ferien ließ OSR Lüdemann in allen Seminaren einen Brief verlesen, in dem der Referendarvorstand wegen der stattgefundenen VV mit „strafrechtlichen und disziplinarischen Maßnahmen" bedroht wird.

In plumpster Art und Weise wird die Vollversammlung als „*Veranstaltung des sogenannten(!) Referendarvorstandes*" bezeichnet und der Beschluß der beinahe 400 Anwesenden als isolierte Aktion des RV hingestellt.

„*Die Veranstalter*" heißt es, „*haben sich zusammen mit einigen (!) Versammlungsteilnehmern Einlaß in die verschlossene (?) Aula verschafft.*"

Damit leugnet die Behörde die Existenz der Vollversammlung und des RV als Selbstverwaltungsgremien der Referendare, was weitere Angriffe erwarten läßt.

Als Gipfel der Unverschämtheit versucht er in seinem Brief den Referendaren auch noch weiszumachen, das Raumverbot für die Vollversammlung sei ein Gerücht, das der RV in die Welt gesetzt hätte, ebenso die Tatsache, daß „Selbstverwaltung und Interessensvertretung der Referendare am Studienseminar beeinträchtigt werden."

„*Wie anderen Gruppen und Vereinen* (!)" sei es dem RV „*unbenommen*", „*einen Mitbenutzungsvertrag für seine Veranstaltungen*" abzuschließen. Das würde bedeuten, daß in Zukunft für Vollversammlungen Eintritt genommen werden müßte; denn wie sonst will man die Saalmiete aufbringen?

Im Übrigen seien die eigentlichen Vertreter der Referendare am Studienseminar die „gewählten Sprecher der Seminare".

Damit meint Lüdemann den Referendarausschuß, dessen Anerkennung durch die Behörde tatsächlich im September 1970 von den Referendaren erkämpft wurde. In vorderster Front für diese Forderung stand damals B.Laux, der seit 1971 vom Berufsverbot (das erste in der BRD) betroffen ist.

In allen Seminaren wurde auf den Brief mit großem Protest reagiert, einzelne Seminarleiter versuchten, nicht einmal die Diskussion darüber zuzulassen. Zudem hatten gerade die „gewählten Sprecher der Seminare" schon vor der Wahlvollversammlung einstimmig eine Protestresolution gegen das Raumverbot verabschiedet und auf dem ersten Treffen nach Bekanntwerden des Briefes eine Resolution an Lüdemann geschickt, in der sie ihn auffordern, die Androhung disziplinarischer Maßnahmen gegen den Referendarvorstand umgehend zurückzunehmen und weiterhin die Aula für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Chile-Solidarität:

Bischof Frenz in Hamburg

Am 31.3. fand in einem Hamburger Gemeindehaus eine Chile-Solidaritätsveranstaltung mit Pastor Frenz statt. Pastor Frenz (er war früher Bischof in Chile und Leiter der kirchlichen Friedenskomitees) wurde vor einigen Monaten aus Chile ausgewiesen, weil er sich für verfolgte und gefangene Chilenen eingesetzt hatte. ●

Vor rund 100 Menschen schilderte Frenz konkret die faschistischen Terrormethoden des Pinochet-Regimes und beantwortete auch einige Fragen. Dabei betonte der fortschrittliche Pastor, daß ihm nirgendwo wie in der BRD so viele Steine in seiner Solidaritätsarbeit in den Weg gelegt worden sind.

Auf einer anderen Solidaritätsveranstaltung in Stuttgart gab Frenz bekannt, daß die von ihm vorgelegten Listen mit den Namen chilenischer Flüchtlinge in den Ländern Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein bisher bewirkten, daß k e i n e i n z i g e r Flüchtling bis zum heutigen Zeitpunkt in der BRD aufgenommen wurde! „*Dies deutet auf eine erbarmungslose Gleichgültigkeit der bundesdeutschen Bürokratie hin gegenüber den von Folter und Repressalien bedrohten Menschen*". Bisher seien lediglich 1752 chilenische Staatsangehörige in die BRD eingereist, davon höchstens ein Drittel als „politisch Verfolgte". Die BRD habe zwar die Anzahl der einzureisenden Flüchtlinge von 900 auf inzwischen 2000 vergrößert.

Dazu sagte Frenz: „*Ich habe das Gefühl, daß das immer nur ein Feigenblatt ist. Und immer, wenn ein Stück unten rausguckt, wird das Feigenblatt vergrößert*". (Zitiert in „Extra-dienst", 9.3.76).

Auf der Hamburger Veranstaltung enthüllte Frenz, daß er über belegbare Dokumente verfügt, wonach eine deutsche Kolonie ein eigenes KZ in Chile gebaut hat. – Nach alter NS-Tradition!

Auf der Veranstaltung wurde noch eine Resolution verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, alle chilenischen politischen Gefangenen in die BRD einreisen zu lassen und die Diktatur wirtschaftlich völlig zu boykottieren. ●

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hochschulnachrichten:
KB/Gruppe Hamburg

Hochschulnachrichten:

Zum Politischen Mandat

Hamburg:

Im letzten Semester stellte das Hochschulamt dem AStA der Uni ein Ultimatum, Flugblätter mit allgemeinpolitischen Aussagen aus dem Haushalt zu nehmen und die dafür verantwortlichen ehemaligen AStA-Mitglieder regreßpflichtig zu machen. Die Organisierung eines erfolgreichen Streiks zwang die Behörde zum Umdenken. Jetzt erhielten die ehemaligen AStA-Mitglieder von der Behörde direkt Zahlungsaufforderungen zugeschickt. Die Behörde will, wohl aus taktischen Überlegungen, im Augenblick keinen Frontalangriff gegen den jetzigen AStA fahren, sondern verlagert die Angriffe auf Einzelpersonen.

Freiburg

Der AStA der Uni Freiburg wurde zu einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt, weil er vorher von der Behörde zensierte Stellen in einem Flugblatt nicht vollständig beseitigt hat. Außerdem warf das Gericht dem AStA vor, in einer seiner Publikationen einen Leserbrief abgedruckt zu haben, der „eine eindeutig politische Aufforderung an die Studenten enthalte."

Göttingen

Der neue CDU-Kultusminister in Niedersachsen forderte in einer seiner ersten Amtshamdlungen den Rektor der Uni Göttingen auf, dafür Sorge zu tragen, daß eine vom AStA herausgegebene Presseerklärung von den Verantwortlichen privat bezahlt wird. Begründung: die Stellungnahme zur Berufung von Leisler Kiep als Finanzminister falle nicht in den Aufgabenbereich des AStA. Dieses Vorgehen bedeutet insofern eine Verschärfung, als die Presseerklärung die Auswirkungen eines CDU-Finanzministers gerade auch für die Hochschulen beschreibt. ●

CDU-Bildersturm im Nazistil

Am 29.3. sollte in den Räumen der „Parlamentarischen Gesellschaft" in Bonn eine Ausstellung mit Grafiken des engagierten Heidelberger Künstlers, Klaus Staeck, eröffnet werden. Die Ausstellung dauerte keine zwei Stunden. Dann stürmten mehrere prominente Abgeordnete der CDU und CSU in die Ausstellungsräume mit den Rufen *„Das ist ein Schweinestall!"*, *„Diese Räume sind keine Agitationszentrale für Linkssozialisten!"* und *„Das ist doch entartete Kunst"*. Die CDU/CSU-Abgeordneten Wagner, Jenninger, Haase, Stücklen, Häfele und der Vorsitzende des Bundestagsrechtsausschusses (!) Lenz rissen mit diesen Schlachtrufen die Plakate von den Wänden und trampelten darauf herum. Besucher der Staeck-Ausstellung hatten von der CDU/CSU-Aktion den Eindruck, hier sei ein Rollkommando nach SA-Manier in Aktion.

Als erstes hatte sich der Rechtsausschußvorsitzende Lenz auf ein Plakat gestürzt, das Gefangene im Stadion von Santiago zeigt. *„Seit Chile wissen wir genauer, was die CDU von Demokratie hält"* war die Überschrift zu dem Zitat von Bruno Heck (früherer CDU-Generalsekretär) *„Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm"*. Dies sei *„politische Pornographie"* meinten Jenninger und seine Gesinnungsfreunde und ihr Vorgehen sei vollkommen rechtens.

Und sie konnten sicher sein, daß ihre faschistische Aktion voll gedeckt würde. Bilderstürmer Stücklen, gerade noch mit dem Zerreißen der Plakate beschäftigt, berief anschließend in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der „Parlamentarischen Gesellschaft" eine Dringlichkeitssitzung von deren Vorstand ein. Um *„weitere physische Gewaltanwendung* (!) *der Mitglieder meiner Fraktion zu verhindern* (!!)" bestand Stücklen auf der sofortigen Schließung der Ausstellung. **Mit den Stimmen der zwei SPD-Abgeordneten wurde die Schließung der Ausstellung einstimmig beschlossen und durchgeführt.** Bundestagspräsidentin Renger hatte nichts besseres zu tun, ihre Kumpane mit der Empfehlung, die Ausstellung schleunigst zu schließen, zu unterstützen. Dabei kannte sie die Ausstellung nicht einmal.

SPD deckt CDU-Bilderstürmer

Wie weit heute die Reaktionäre gehen können, zeigt das Verhalten der CDU/CSU-Provokateure in den nächsten Tagen. Sie hielten ihre Aktion für gerechtfertigt, Jenninger ließ sich ganz provokativ mit dem von ihm zerrissenen Chile-Plakat fotografieren. Stücklen zeigte für den Vandalismus *„vollstes Verständnis"*, denn was da als Kunst angeboten werde, sei *„übelste Volksverhetzung"*. Wer geglaubt hatte, die SPD – zwei ihrer Abgeordneten hatten die Ausstellung initiiert – protestiere auf's Schärfste gegen die Bilderstürmer und erstatte Strafanzeige, der sah sich getäuscht. SPD-Abgeordneter Hauff verzichtete auf eine Strafanzeige und meinte, man müsse derartige Gewaltakte „politisch bekämpfen". Wohl genauso „politisch", wie die Sozialdemokraten 1933 die Nazis bekämpften, indem sie sie „abwirtschaften" lassen wollten. Doch damit nicht genug: Am 9.4. wurde die Staeck-Ausstellung erneut in den Räumen der Bremischen Landesvertretung in Bonn eröffnet. Vorher hatte der SPD-Vorstandsvize Koschnik „freiwillige Selbstzensur" und Rücksichtnahme gegenüber den sensiblen reaktionären und faschistischen Gemütern der Bundeshauptstadt angeordnet. Die neue Ausstellung, so Koschnik, dürfe keine „kirchenfeindlichen" und keine sonstigen Bilder enthalten, die den CDU-Fraktionschef Carstens beleidigen könnten. Als besonderen „Schachzug" hatte nämlich die SPD zur erneuten Eröffnung Carstens eingeladen, um die Einheitlichkeit mit der CDU zu demonstrieren. Carstens Antwort zeigte, daß die SPD ihre Lektion noch nicht ganz gelernt hatte. Carstens vermißte *„Toleranz und freiheitliche Gesinnung"* bei Bremens Bürgermeister und meinte damit, daß er allein die Existenz und das öffentliche Ausstellen von Staecks Plakaten für eine Provokation halte („Frankfurter Rundschau", 9.4.76).

Bundestagspräsidentin Renger lud Stücklen und andere Mitglieder der „Parlamentarischen Gesellschaft" drei Tage nach dem Bildersturm zum grossen Galaessen ein. Die Gesellschaft sei eine *„Institution für unser Parlament sowie das politische und gesellschaftliche Leben in Bonn"* meinte Renger und damit hat sie wohl nicht so ganz unrecht: Ein Bildersturm von CDU-Prominenten nach SA-Manier paßt sicher besser in die Bundeshauptstadt als die Bilder eines kritischen Künstlers.

Maulkörbe am laufenden Band

Staecks Grafiken sind seit Jahren Zielscheibe reaktionärer Angriffe. Gegen Dutzende seiner Plakate wurden Gerichtsverfahren angestrengt. Gerade eben hat der Präsident der Landesärztekammer, Maiwald, Strafantrag gegen Staeck wegen „öffentlicher Beleidigung" gestellt. Der Strafantrag bezieht sich auf ein im baden-württembergischen Wahlkampf verbreitetes Plakat, auf dem ein Arzt mit einem 1.000-DM-Schein abgebildet ist. Das Plakat trägt die Aufschrift: *„Wenn Du zum Arzt gehst, vergiß den Krankenschein nicht"*.

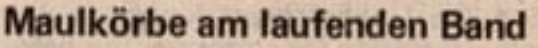
In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist es zu zwei weiteren Übergriffen auf Staeck-Ausstellungen gekommen: In Norderstedt (bei Hamburg) wurde die Ausstellung nach erst erteilter Genehmigung wieder verboten und in Grömitz betreibt die CDU gerade ein Verbot. In Heidelberg wurde am 6. April die Fensterscheibe von Staecks Atelier zertrümmert. Der Täter berief sich dabei auf die Aktion der „christlichen" Bonner Abgeordneten und meinte, er habe damit nur seinen Protest gegen die Staeck-Plakate zum Ausdruck bringen wollen.

Die Reaktionen auf die an den Nazi-Terror gegen „entartete Kunst" erinnernde CDU-Aktion sind ebenso bezeichnend für das politische und geistige Klima in diesem Land wie die Aktion selbst.

Die SPD bemüht sich, den Vorfall herunterzuspielen und als „Kinderei" abzutun. Die Springer-Schmierblätter verteidigten die Bilderstürmer und spornten zu Nachahmungen an. Im Ausland und bei westdeutschen Antifaschisten rief dieser Vorfall allerdings große Empörung hervor. **Vom Zerreißen von Plakaten bis zur Verbrennung von Büchern ist es nur ein kleiner Schritt, die Nachfolgeaktionen der Bücherverbrennungen sind bekannt. Staeck hat völlig recht: „Seit Chile wissen wir genauer, was die CDU von Demokratie hält".**



Klaus Staecks aktuelle Antwort auf die CDU-Attacke





Klaus Staeck (rechts) mit einer seiner Bildmontagen

Inhalt

Mietwucher bei Kaußen oder Persilschein für einen großen Ganoven

So wie am Maienweg in Hamburg sieht es in den meisten der etwa 50.000 Wohnungen aus, die der „Althaus-König" Günther Kaußen in der gesamten BRD besitzt: Der Kalk rieselt von den Wänden, die Fenster fallen bald raus, Boiler sind ständig kaputt, Wohnungen werden zu Wuchermieten besonders an ausländische Kollegen vermietet.

Mit Mahnungen und erpresserischen Drohschreiben versucht Kaußen außerdem, Wassergeld und Mieterhöhungen zu erzwingen, ohne jeden Beleg und Nachweis der Rechtmäßigkeit.

Am Maienweg, wo Kaußen 350 Wohnungen besitzt, verlangt er zusätzlich noch überhöhte Heizkosten, obwohl er im November letzten Jahres in einem Musterprozeß rechtskräftig verurteilt wurde, die zuviel gezahlten Heizkosten zurückzuzahlen. In den Dutzenden von Mahnungen, mit denen Kaußen die Mieter eindeckt, berechnet er sogar noch die Gerichtskosten !!

Bei einer so offensichtlichen Rechtsverletzung schweigen auch die bürgerlichen Politiker nicht, zumal sie im Vorwahlkampf ihr Herz für soziale Fragen wiederentdecken. Bundesfinanzminister H. Apel, in dessen Wahlkreis der Maienweg liegt, fand starke Worte: *„Psychoterror"*, *„unlautere Praktiken"*, *„eine der schlimmsten Figuren unserer Gesellschaft"* und riet den Mietern schließlich: *„Man muß diesen Kaußen derart mit Prozessen eindecken, wie er euch Mieter mit Mahnungen eindeckt"*. („Hamburger Abendblatt", 31.1./1.2.) Wo die Grenzen für SPD-Apel sind, verdeutlichte er gleich darauf, indem er resümierte: *„Aber einsperren können wir ihn* (Kaußen) *nicht!"* Das muß man sich mal überlegen: Ein Kapitalist, der Tausende von Mietern terrorisiert, in Hunderten von Prozessen des Mietwuchers, des Betrugs, der Prellerei, der Störung des Hausfriedens, der betrügerischen Manipulation etc. bereits überführt ist, bekommt von der SPD noch bescheinigt, daß er weiterhin frei herumlaufen darf!

Die CDU mit ihrem bekannten Rechts-empfinden, geht noch einen Schritt weiter. Kommentar des Hamburger CDU-Bundestagsabgeodneten Gerhard Orgaß: *„Kaußen mißachtet in grober Weise die Prinzipien unseres Rechtsstaates. Es muß geklärt werden, ob ein Mann wie Kaußen nicht gezwungen werden kann, Gerichtsurteile zu respektieren."*

Diese Partei, die ständig von Recht und Ordnung spricht, will also erst überprüfen, ob sich ein Hauskapitalist auch an Gesetze halten muß!

Den Kaußen-Mietern kann man nur raten, nicht auf Hilfe von solchen CDU- wie SPD-Politikern zu hoffen, sondern ihre Rechte selbst zu erkämpfen und dabei den Zusammenschluß mit allen betroffenen Kaußen-Mietern zu suchen. •

Wohnungskommission
KB / Gruppe Hamburg

Offizielle Statistiken bestätigen – die Wohnungsnot wird größer!

Nicht nur bei Sozialwohnungen, auch im Wohnungsbau insgesamt wird ab 1977 wieder mit großem Wohnraummangel gerechnet. Jährlich müßten über 550.000 Wohnungen gebaut werden, damit, wenigstens rechnerisch, jede Familie eine Wohnung hat (pro „Haushalt" eine Wohnung). Stattdessen werden jedoch in den nächsten Jahren nach Schätzungen der Bau- und Bodenbank sowie der „Neuen Heimat" lediglich 300.000 bis 350.000 Wohnungen jährlich fertiggestellt. **Bis 1977 werden an die 600.000 Haushalte keine Wohnung haben!!** (In diese Zahl einbezogen sind ca. 300.000 unvermietbare, weil viel zu teure, leerstehende Wohnungen).

Wohin das zielt, sagt der Vorsitzende des Verbandes der privaten Hypothekenbanken, Schönmann: *„Die Miete muß wieder ein echter Preis werden. Sie darf keine Schutzgebühr für erwartetes Wählerverhalten bleiben"* (nach „FAZ", 21.1.76). •

Wohnungskommission
KB / Gruppe Hamburg